J. W. Stalin

Werke

10

1927
AUGUST - DEZEMBER

HERAUSGEGEBEN
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEE
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZETRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

DIETZ VERLAG BERLIN
1953

INHALT

VORWORT

Der zehnte Band der Werke J. W. Stalins enthält die Schriften, die von August bis Dezember 1927 geschrieben worden sind.
Ende 1927 waren in der Politik der sozialistischen Industrialisierung des Landes entscheidende Erfolge erzielt worden. Vor der bolschewistischen Partei und dem Sowjetvolk erhob sich die dringliche Aufgabe des Übergangs zur Kollektivierung der Landwirtschaft.
In dem politischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XV. Parteitag der KPdSU(B) gibt J. W. Stalin eine Analyse der internationalen Lage der Sowjetunion, der Lage in den kapitalistischen Ländern, des Zustands der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt; er zeigt die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung; er legt die Aufgaben der Erweiterung und Festigung der sozialistischen Kommandohöhen und der Liquidierung der kapitalistischen Elemente in der Volkswirtschaft fest. J. W. Stalin begründet den Kurs auf die Kollektivierung der Landwirtschaft, der vom Parteitag gebilligt und angenommen wird.
Im Rechenschaftsbericht und im Schlusswort zum Rechenschaftsbericht auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B), in den Reden „Die politische Physiognomie der russischen Opposition", „Die trotzkistische Opposition früher und jetzt", „Die Partei und die Opposition" und in anderen Schriften vollendet J. W. Stalin die ideologische Zerschlagung des Trotzkismus und stellt der Partei die Aufgabe der vollständigen organisatorischen Zertrümmerung und Liquidierung des antisowjetischen trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks; er unterstreicht die Notwendigkeit des unermüdlichen Kampfes für Einheit und eiserne Disziplin in den Reihen der bolschewistischen Partei.
Die Schriften J.W. Stalins „Der internationale Charakter der Oktoberrevolution", „Unterredung mit ausländischen Arbeiterdelegationen", „Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR" zeigen die welthistorische Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf, die eine grundlegende Wendung in der Geschichte der Menschheit, die Wendung vom Kapitalismus zum Kommunismus, den Sieg des Marxismus-Leninismus über den Sozialdemokratismus bedeutet. J. W. Stalin unterstreicht die Bedeutung der UdSSR als Basis der internationalen revolutionären Bewegung und die Notwendigkeit, die Sowjetunion gegen Überfälle des Imperialismus zu verteidigen.
In der „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation" legt J.W. Stalin die unlösliche Einheit von Marxismus und Leninismus dar und zeigt das Neue auf, womit Lenin die allgemeine Schatzkammer des Marxismus bereichert hat, indem er die Lehre von Marx und Engels entsprechend der neuen Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, weiterentwickelte.
Zum erstenmal veröffentlicht werden im zehnten Band der Brief „An Genossin M. I. Uljanowa, Antwort an Genossen L. Michelson" und der „Konspekt für den Artikel ‚Der internationale Charakter der Oktoberrevolution.

Marx-Engels- Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B)

1927
AUGUST-DEZEMBER

VEREINIGTES PLENUM DES ZK UND DER ZKK DER KPdSU(B)[1]

29. Juli-9. August 1927

J. Stalin, Über die Opposition.
Artikel und Reden aus den Jahren 1921-1927.
Moskau/Leningrad 1928.

DIE INTERNATIONALE LAGE UND DIE VERTEIDIGUNG DER UdSSR

Rede am 1. August

I
Die Ausfälle der Opposition gegen die Sektionen der Komintern

Genossen! Ich möchte mich vor allem mit den Ausfällen Kamenews, Sinowjews und Trotzkis gegen die Sektionen der Komintern, gegen die polnische Sektion der Komintern, gegen die österreichische, gegen die englische, gegen die chinesische Sektion befassen. Ich möchte auf diese Frage deshalb eingehen, weil die Oppositionellen hier im trüben fischen wollten, weil sie uns, was die Bruderparteien anbetrifft, Sand in die Augen streuten; wir aber brauchen hier Klarheit und kein oppositionelles Geschwätz.

Die Frage der polnischen Partei

Sinowjew hatte die Stirn, hier zu erklären, wenn es dort, in der polnischen Partei, eine rechte Abweichung, vertreten durch Warski, gibt, so sei daran die Kommunistische Internationale, die jetzige Führung der Komintern schuld. Er sagte, wenn Warski eine Zeitlang die Meinung vertreten habe - und das hat er tatsächlich getan -, man müsse die Pilsudskitruppen unterstützen, so sei daran die Komintern schuld.

Das ist völlig falsch. Ich möchte mich auf Tatsachen berufen, auf die Ihnen bekannten Stellen aus dem stenographischen Protokoll der Plenartagung des ZK und der ZKK vom Juli vorigen Jahres, möchte mich auf einen solchen Genossen berufen wie den Genossen Dzierzynski und sein Zeugnis anführen; er erklärte damals, wenn es in der polnischen Partei eine rechte Abweichung gab, so sei sie von niemand anders als von Sinowjew gezüchtet worden.

Das war in den Tagen des so genannten Pilsudskiaufstands[2], als wir, die Mitglieder der polnischen Kommission des EKKI und des ZK unserer Partei, der Dzierzynski, Unschlicht, ich, Sinowjew und andere angehörten, die Beschlüsse für die Kommunistische Partei Polens ausarbeiteten. Sinowjew legte damals als Vorsitzender der Komintern einen eigenen Entwurf vor, in dem er unter anderem zum Ausdruck brachte, dass im gegenwärtigen Augenblick in Polen, da der Kampf entbrennt zwischen den Kräften, die auf seiten Pilsudskis stehen, und den Kräften, die auf seiten der polnischen Regierung Witos stehen, dass in diesem Augenblick eine Politik der Neutralität seitens der Kommunistischen Partei unzulässig und dass es vorläufig nicht nötig sei, scharfe Angriffe gegen Pilsudski zu richten.

Wir, ein paar Genossen, darunter Dzierzynski, traten damals dagegen auf und erklärten, dass diese Direktive falsch ist, dass sie die Kommunistische Partei Polens nur irreführt. Es muss gesagt werden, dass nicht nur die Politik der Neutralität, sondern auch eine Politik der Unterstützung Pilsudskis unzulässig ist. Nach einigen Einwendungen wurde diese Direktive mit unseren Änderungen angenommen.

Ich will damit sagen, dass nicht viel Mut dazu gehört, gegen Warski aufzutreten, der damals einen Fehler begangen hatte und dem dafür gehörig die Leviten gelesen wurden; aber die Schuld von sich auf andere abwälzen, die eigene Schuld an der Züchtung der rechten Abweichung in der polnischen Partei, die Schuld Sinowjews, auf die Komintern, auf die jetzigen Führer der Komintern abwälzen - heißt ein Verbrechen gegen die Komintern begehen.

Sie werden sagen, das sei eine Lappalie, und ich beschäftige mich unnötigerweise damit. Nein, Genossen, das ist keine Lappalie. Der Kampf gegen die rechte Abweichung in der polnischen Partei dauert an und wird noch fortgesetzt werden. Sinowjew hat - nun, wie soll man es gelinde ausdrücken - die Kühnheit zu behaupten, die rechte Abweichung werde von der

jetzigen Führung der Komintern unterstützt. Aber die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Sie beweisen, dass Sinowjew die Komintern verleumdet, dass er die Schuld von sich auf andere abwälzt. Das ist so üblich bei Sinowjew, das ist nichts Neues bei ihm. Wir haben jedoch die Pflicht, seine Verleumdermanieren jedesmal zu entlarven.

Über Österreich.

Sinowjew hat hier behauptet, die österreichische Kommunistische Partei sei schwach, sie habe nicht verstanden, die Führung der Aktion zu übernehmen, die vor kurzem in Wien stattgefunden hat[3]. Das stimmt und stimmt auch nicht. Dass die österreichische Kommunistische Partei schwach ist, das stimmt. Aber bestreiten, dass sie richtig gehandelt hat, heißt sie verleumden. Ja, sie ist noch schwach, aber schwach ist sie unter anderem deshalb, weil noch nicht jene tiefe revolutionäre Krise des Kapitalismus besteht, die die Massen revolutioniert, die die Sozialdemokratie desorganisiert und die Chancen des Kommunismus schnell erhöht; sie ist schwach, weil sie jung ist, weil in Österreich schon seit langem die Herrschaft der sozialdemokratischen „Linken“[4] besteht, die unter dem Deckmantel linker Phrasen eine rechte, opportunistische Politik zu betreiben versteht, weil es unmöglich ist, die Sozialdemokratie auf einen Hieb zu zerschlagen. Aber worauf will Sinowjew eigentlich hinaus? Er deutete an, wagte aber nicht, es geradeheraus zu sagen, dass es die Schuld der Komintern sei, wenn die österreichische Kommunistische Partei schwach ist. Offensichtlich wollte er das sagen. Aber das ist schon ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Das ist eine Verleumdung. Im Gegenteil, gerade seit Sinowjew nicht mehr Vorsitzender der Komintern ist, blieb die österreichische Kommunistische Partei von dem ständigen Hin- und Hergezerre, von der chaotischen Einmischung in ihr inneres Leben verschont und erhielt so die Möglichkeit vorwärts zu kommen, sich zu entwickeln. Zeugt denn die Tatsache, dass sie es verstanden hat, an den Wiener Ereignissen aktiv teilzunehmen und sich die Sympathie der Arbeitermassen zu erobern - zeugt das etwa nicht davon, dass die österreichische Kommunistische Partei wächst und sich in eine Massenpartei verwandelt? Wie kann man diese offensichtlichen Tatsachen bestreiten?

Der Ausfall gegen die englische Kommunistische Partei.

Sinowjew hat behauptet, die englische Kommunistische Partei habe bei dem Generalstreik und dem Bergarbeiterstreik[5] nichts gewonnen, sie sei sogar geschwächt aus dem Kampf hervorgegangen. Das ist falsch. Es ist deshalb falsch, weil das Gewicht der Kommunistischen Partei Englands von Tag zu Tag zunimmt. Das können nur Blinde leugnen. Das ist schon daraus zu ersehen, dass die englische Bourgeoisie, die der Kommunistischen Partei Englands früher keine ernsthafte Beachtung schenkte, sie jetzt hingegen wütend verfolgt und dass nicht nur die englische Bourgeoisie, sondern auch der Generalrat[6], auch die Labourpartei Englands einen wütenden Feldzug gegen „ihre“ Kommunisten organisieren. Warum wurden die englischen Kommunisten bisher mehr oder weniger geduldet? Weil sie schwach waren, weil ihr Einfluss unter den Massen schwach war. Warum hat man aufgehört, sie zu dulden, warum greift man sie jetzt wütend an? Weil man die Kommunistische Partei fürchtet als eine Macht, weil die Führer der englischen Labourpartei und des Generalrats sie fürchten als ihren Totengräber. Das vergisst Sinowjew.

Ich stelle nicht in Abrede, dass die westlichen Sektionen der Komintern überhaupt immer noch mehr oder weniger schwach sind. Das kann man nicht in Abrede stellen. Aber wo liegen die Ursachen hierfür? Die Hauptursachen sind:

erstens das Fehlen jener tiefen revolutionären Krise, die die Massen revolutioniert, sie auf die Beine bringt und sie eine jähe Wendung zum Kommunismus machen lässt;

zweitens der Umstand, dass in allen Ländern Westeuropas die vorherrschende Kraft unter den Arbeitern vorläufig noch die sozialdemokratischen Parteien sind, die älter sind als die kommunistischen Parteien, welche noch nicht lange bestehen und von denen man nicht verlangen kann, dass sie die sozialdemokratischen Parteien mit einem Schlage zertrümmern.
Und ist es etwa nicht Tatsache, dass die kommunistischen Parteien im Westen trotz dieser Umstände wachsen, dass ihre Popularität unter den Arbeitermassen zunimmt, dass einige von ihnen schon zu wirklichen Massenparteien des Proletariats geworden sind, während andere im Begriff sind, es zu werden?
Aber es gibt noch eine weitere Ursache, die das schnelle Wachstum der kommunistischen Parteien im Westen hindert. Das ist die Spalterarbeit der Opposition, eben jener Opposition, die hier in diesem Saale sitzt. Was ist erforderlich, damit die kommunistischen Parteien in schnellem Tempo wachsen? Eherne Einheit der Komintern, keine Spaltung innerhalb ihrer Sektionen. Was aber tut die Opposition? Sie hat eine zweite Partei in Deutschland geschaffen, die Partei Maslows und Ruth Fischers. Sie trachtet danach, ebensolche Spaltergruppen in den anderen Ländern Europas zu schaffen. Sie, unsere Opposition, hat eine zweite Partei in Deutschland geschaffen mit einem Zentralkomitee, einem Zentralorgan und einer Parlamentsfraktion, sie hat die Spaltung in der Komintern organisiert, wohl wissend, dass die Spaltung im gegebenen Fall das Wachstum der kommunistischen Parteien zwangsläufig hemmen muss - und jetzt schreit gerade sie, der Komintern die Schuld zuschiebend, dass die kommunistischen Parteien im Westen langsam wachsen! Das ist wirklich schon eine bodenlose Frechheit...

Über die chinesische Kommunistische Partei.

Die Oppositionellen erheben ein Geschrei darüber, dass von der chinesischen Kommunistischen Partei, namentlich von ihrer Führung, sozialdemokratische, menschewistische Fehler begangen werden. Das ist richtig. Sie machen das der Führung der Komintern zum Vorwurf. Das aber ist schon völlig falsch. Im Gegenteil, die Komintern hat die Fehler der Führung der chinesischen Kommunistischen Partei systematisch korrigiert. Das können nur Blinde leugnen. Sie wissen dass aus der Presse, aus der „Prawda“, aus der „Kommunistischen Internationale“[7], Sie wissen das aus den Beschlüssen der Komintern. Niemals hat die Opposition auch nur eine einzige Direktive, auch nur eine einzige Resolution der Komintern angeführt, die im ZK der chinesischen Kommunistischen Partei eine menschewistische Abweichung hätte hervorrufen können, und sie wird niemals eine anführen, denn solche Direktiven gibt es nicht. Es wäre töricht zu glauben, dass, wenn irgendwo in einer kommunistischen Partei oder in deren ZK eine menschewistische Abweichung auftritt, unbedingt die Komintern daran schuld sei.
Kamenew fragt, wo die menschewistischen Fehler der chinesischen Kommunistischen Partei herrühren könnten, und er antwortet, dass sie nur aus der falschen Führung der Komintern herrühren könnten. Ich frage aber: Wo rührten die menschewistischen Fehler in der deutschen Kommunistischen Partei während der Revolution von 1923 her? Wo rührte das Brandlerianertum[8] her? Wer hat es unterstützt? Ist es etwa nicht Tatsache, dass Trotzki, der heutige Führer der Opposition, die menschewistischen Fehler des ZK der deutschen Kommunistischen Partei unterstützt hat? Warum hat Kamenew damals nicht gesagt, dass das Aufkommen des Brandlerianertums aus der falschen Führung der Komintern zu erklären sei? Kamenew und Trotzki haben die Lehren der revolutionären Bewegung des Proletariats vergessen. Sie haben vergessen, dass in den kommunistischen Parteien bei einem Aufschwung der Revolution unweigerlich die rechte und die linke Abweichung auftreten müssen, von denen die erste sich nicht von der Vergangenheit trennen will, und die zweite nicht mit der Gegenwart rechnen will. Sie haben vergessen, dass es keine Revolutionen ohne diese Abweichungen gibt.

Und wie war es denn bei uns im Oktober 1917, gab es damals in unserer Partei etwa keine rechte und keine linke Abweichung? Sollten Kamenew und Sinowjew das wirklich vergessen haben? Erinnern Sie sich, Genossen, an die Geschichte der menschewistischen Fehler Kamenews und Sinowjews im Oktober? Woher kamen damals diese Fehler? Wer war schuld daran? Hätte man etwa Lenin oder dem ZK der Leninschen Partei die Schuld daran geben können? Wie konnte die Opposition diese und ähnliche Tatsachen „vergessen“? Wie konnte sie „vergessen“, dass bei einem Aufschwung der Revolution innerhalb der Parteien immer die rechte und die linke Abweichung vom Marxismus auftreten? Aber worin besteht dann die Aufgabe der Marxisten, die Aufgabe der Leninisten? Darin, die Träger sowohl der linken als auch der rechten Abweichung zu schlagen.

Ich wundere mich über Trotzkis Hochmut, der, man denke bloß, bei den kommunistischen Parteien im Westen oder im Osten, wie sich herausstellt, auch nicht die geringsten Fehler ausstehen kann. Er ist, man denke bloß, erstaunt, dass dort, in China, wo die Partei jung ist, wo sie knapp zwei Jahre besteht, dass dort menschewistische Fehler auftreten konnten.

Aber wie viele Jahre ist Trotzki selbst unter den Menschewiki umhergeirrt? Hat er das vergessen? Er ist doch volle 14 Jahre - von 1903 bis 1917 - unter den Menschewiki umhergeirrt. Warum gesteht er sich eine Frist von 14 Jahren zu, um sich, nachdem er in allen möglichen antileninistischen „Strömungen“ umhergeirrt ist, endlich den Bolschewiki zu nähern, während er den jungen chinesischen Kommunisten nicht einmal eine Frist von 4 Jahren zugestehen will? Warum ist er so hochmütig gegenüber anderen und so vergesslich gegenüber seinen eigenen Irrungen? Warum? Wo bleibt da sozusagen die „Gerechtigkeit“?

II
Über China

Gehen wir zur Chinafrage über.

Ich werde nicht weiter auf die Fehler der Opposition in der Frage des Charakters und der Perspektiven der chinesischen Revolution eingehen. Und zwar deshalb nicht, weil darüber ausführlich genug und überzeugend genug gesprochen wurde und es hier keiner Wiederholung bedarf. Ich werde auch nicht darauf eingehen, dass die chinesische Revolution in ihrem jetzigen Stadium angeblich eine Revolution für die Zollautonomie sein soll (Trotzki). Es lohnt sich auch nicht, darauf einzugehen, dass in China angeblich keine feudalen Überreste existieren und dass sie, falls sie doch existieren, keinerlei ernsthafte Bedeutung haben, so dass die Agrarrevolution in China völlig unbegreiflich wird (Trotzki und Radek). Über diese und ähnliche Fehler der Opposition in der chinesischen Frage sind Sie sicherlich bereits durch unsere Parteipresse unterrichtet.

Wenden wir uns der Frage zu, welches die Hauptausgangspunkte des Leninismus bei der Entscheidung der Fragen der Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern sind.

Worin besteht der Ausgangspunkt der Komintern und der kommunistischen Parteien überhaupt beim Herangehen an die Fragen der revolutionären Bewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern?

Er besteht in der strengen Unterscheidung zwischen der Revolution in den imperialistischen Ländern, in Ländern, die andere Völker unterdrücken, und der Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern, in Ländern, auf denen das imperialistische Joch anderer Staaten lastet. Die Revolution in den imperialistischen Ländern, das ist eine Sache - dort ist die Bourgeoisie die Unterdrückerin anderer Völker, dort ist sie in allen Stadien der Revolution konterrevolutionär, dort fehlt das nationale Moment als Moment des Befreiungskampfes. Etwas anderes ist die Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern - hier ist die Unterjochung durch den Imperialismus anderer Staaten einer der Faktoren der Revolution, hier ist dieses Joch, wie es nicht anders sein kann, auch für die nationale Bourgeoisie fühlbar, hier kann die nationale Bourgeoisie in einem bestimmten Stadium und für eine bestimmte Zeit

die revolutionäre Bewegung ihres Landes gegen den Imperialismus unterstützen, hier ist das nationale Moment als Moment des Befreiungskampfes ein Faktor der Revolution.
Diese Unterscheidung nicht machen, diesen Unterschied nicht begreifen, die Revolution in den imperialistischen Ländern der Revolution in den Koloniallländern gleichsetzen heißt den Weg des Marxismus, den
Weg des Leninismus verlassen, den Weg der Anhänger der II. Internationale beschreiten.
Folgendes führte Lenin darüber in seinem Referat über die nationale und koloniale Frage auf dem II. Kongress der Komintern aus:

„Was ist der wichtigste, der grundlegende Gedanke unserer Thesen? Die Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Völkern. Wir heben diesen Unterschied hervor - im Gegensatz zur II. Internationale und zur bürgerlichen Demokratie." (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 215, russ.)

Der Grundfehler der Opposition besteht darin, dass sie diesen Unterschied zwischen der Revolution des einen Typus und der Revolution des anderen Typus nicht begreift und nicht anerkennt.
Der Grundfehler der Opposition besteht darin, dass sie die Revolution von 1905 in Rußland, in einem imperialistischen Land, das andere Völker unterdrückte, der Revolution in China gleichsetzt, der Revolution in einem unterdrückten, halbkolonialen Land, das gezwungen ist, gegen das imperialistische Joch anderer Staaten zu kämpfen.
Bei uns in Rußland, im Jahre 1905, vollzog sich die Revolution gegen die Bourgeoisie, gegen die liberale Bourgeoisie, obwohl es eine bürgerlich-demokratische Revolution war. Warum? Weil die liberale Bourgeoisie eines imperialistischen Landes nicht anders als konterrevolutionär sein kann. Eben deshalb war damals bei den Bolschewiki keine Rede von zeitweiligen Blocks und Abkommen mit der liberalen Bourgeoisie und konnte auch keine Rede davon sein. Davon ausgehend, behauptet die Opposition, dieselbe Linie müsse in China in allen Stadien der revolutionären Bewegung verfolgt werden, zeitweilige Abkommen und Blocks mit der nationalen Bourgeoisie seien in China niemals und unter keinen Umständen zulässig. Die Opposition vergisst aber, dass so nur Leute reden können, die den Unterschied zwischen einer Revolution in unterdrückten Ländern und einer Revolution in Unterdrückerländern nicht begreifen und nicht anerkennen, dass so nur Leute reden können, die mit dem Leninismus brechen und zu den Anhängern der II. Internationale hinabsinken.
Über die Zulässigkeit zeitweiliger Abkommen und Blocks mit der bürgerlichen Befreiungsbewegung in den kolonialen Ländern führt Lenin folgendes aus:

„Die Kommunistische Internationale muss ein zeitweiliges Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und der rückständigen Länder eingehen, darf sich aber nicht mit ihr verschmelzen, sondern muss unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung - sogar in ihrer Keimform - wahren" (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 127 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. II, S. 775]) ... „wir als Kommunisten müssen und werden die bürgerlichen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern nur dann unterstützen, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren" (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 217, russ.).

Wie konnte es „passieren", dass Lenin, der mit äußerster Schärfe gegen Abkommen mit der Bourgeoisie in Rußland auftrat, solche Abkommen und Blocks in China für zulässig hält? Vielleicht hat sich Lenin geirrt? Vielleicht hat er eine Wendung von der revolutionären Taktik zur opportunistischen Taktik vollzogen? Natürlich nicht! Das ist deshalb „passiert", weil Lenin sich des Unterschieds zwischen der Revolution in einem unterdrückten Land und der Revolution in einem Unterdrückerland bewusst war. Das ist deshalb „passiert", weil Lenin

sich dessen bewusst war, dass in den kolonialen und abhängigen Ländern die nationale Bourgeoisie in einem bestimmten Stadium ihrer Entwicklung die revolutionäre Bewegung ihres Landes gegen das Joch des Imperialismus unterstützen kann. Die Opposition will das nicht begreifen, und zwar will sie es deshalb nicht begreifen, weil sie mit der revolutionären Taktik Lenins bricht, weil sie mit der revolutionären Taktik des Leninismus bricht.

Haben Sie beachtet, wie die Führer der Opposition in ihren Reden diese Weisungen Lenins geflissentlich umgingen, wie sie sich scheuten, sie zu berühren? Weshalb umgehen sie denn diese jedermann bekannten taktischen Weisungen Lenins für die kolonialen und abhängigen Länder? Weshalb fürchten sie diese Weisungen? Weil sie die Wahrheit fürchten. Weil die taktischen Weisungen Lenins die gesamte ideologisch-politische Konzeption des Trotzkismus in den Fragen der chinesischen Revolution über den Haufen werfen.

Über die Etappen der chinesischen Revolution. Die Opposition hat sich dermaßen verrannt, dass sie jetzt überhaupt leugnet, dass es in der Entwicklung der chinesischen Revolution irgendwelche Etappen gibt. Aber gibt es denn eine Revolution ohne bestimmte Etappen ihrer Entwicklung? Hatte unsere Revolution etwa nicht ihre Entwicklungsetappen? Nehmen Sie Lenins Aprilthesen[9], und Sie werden sehen, dass Lenin zwei Etappen in unserer Revolution unterschied: Die erste Etappe war die bürgerlich-demokratische Revolution mit der Agrarbewegung als ihrer Hauptachse; die zweite Etappe war die Oktoberrevolution mit der Machtergreifung durch das Proletariat als ihrer Hauptachse.

Welches sind die Etappen der chinesischen Revolution? Es gibt meiner Meinung nach drei:

Die erste Etappe ist die Revolution der vereinigten gesamtnationalen Front, die Kantoner Periode, als die Revolution ihren Stoß vorwiegend gegen den ausländischen Imperialismus richtete und als die nationale Bourgeoisie die revolutionäre Bewegung unterstützte;

die zweite Etappe ist die bürgerlich-demokratische Revolution, nachdem die nationalen Truppen bis zum Jangtse vorgestoßen waren, als die nationale Bourgeoisie sich von der Revolution abwandte und die Agrarbewegung sich zu einer mächtigen Revolution von Dutzenden von Millionen Bauern entwickelte (gegenwärtig steht die chinesische Revolution in der zweiten Etappe ihrer Entwicklung);

die dritte Etappe ist die Sowjetrevolution, die noch nicht eingetreten ist, aber eintreten wird.

Wer nicht begriffen hat, dass es keine Revolution ohne bestimmte Entwicklungsetappen gibt, wer nicht begriffen hat, dass die chinesische Revolution drei Etappen in ihrer Entwicklung zu durchlaufen hat, der hat weder vom Marxismus noch von der chinesischen Frage etwas begriffen.

Welches ist das charakteristische Merkmal der ersten Etappe der chinesischen Revolution?

Das charakteristische Merkmal der ersten Etappe der chinesischen Revolution ist erstens, dass sie eine Revolution der vereinigten gesamtnationalen Front war, und zweitens, dass sie hauptsächlich gegen das äußere imperialistische Joch gerichtet war (Hongkonger Streik[10] und dgl.). War Kanton damals das Zentrum, das Aufmarschgebiet der revolutionären Bewegung in China? Zweifellos. Das können jetzt höchstens noch Blinde leugnen.

Ist es richtig, dass die erste Etappe einer kolonialen Revolution eben diesen Charakter tragen muss? Ich glaube, es ist richtig. In den „Ergänzungsthesen" des II. Kongresses der Komintern, die von der Revolution in China und Indien handeln, heißt es direkt, dass in diesen Ländern „die Fremdherrschaft die freie Entwicklung des sozialen Lebens dauernd hemmt", dass „deshalb der erste Schritt der Revolution in den Kolonien der Sturz des ausländischen Kapitalismus sein muss". (Siehe stenographischen Bericht des II. Kongresses der Komintern, S. 605.)

Charakteristisch für die chinesische Revolution ist die Tatsache, dass sie diesen „ersten Schritt" getan, die erste Etappe ihrer Entwicklung, die Periode der Revolution der vereinigten gesamtnationalen Front, zurückgelegt hat und in die zweite Etappe ihrer Entwicklung, in die Periode der Agrarrevolution, eingetreten ist.

Charakteristisch beispielsweise für die türkische Revolution (Kemalisten) ist umgekehrt die Tatsache, dass sie bei dem „ersten Schritt“, in der ersten Etappe ihrer Entwicklung, in der Etappe der bürgerlichen Befreiungsbewegung, stecken geblieben ist, ohne auch nur zu versuchen, zur zweiten Etappe ihrer Entwicklung, zur Etappe der Agrarrevolution, überzugehen.

Was stellten die Kuomintang[11] und ihre Regierung in der ersten Etappe der Revolution, in der Kantoner Periode, dar? Sie stellten damals einen Block der Arbeiter, der Bauern, der bürgerlichen Intelligenz und der nationalen Bourgeoisie dar. War Kanton damals das Zentrum der revolutionären Bewegung, das Aufmarschgebiet der Revolution? War damals die Politik der Unterstützung der Kantoner Kuomintang als einer Regierung des Befreiungskampfes gegen den Imperialismus richtig? Hatten wir Recht, wenn wir Kanton in China und, sagen wir, Angora in der Türkei unterstützten, als Kanton und Angora den Kampf gegen den Imperialismus führten? Ja, wir hatten Recht. Wir hatten Recht, und wir handelten damals im Sinne Lenins, denn der Kampf Kantons und Angoras zersplitterte die Kräfte des Imperialismus, schwächte den Imperialismus, untergrub sein Ansehen und erleichterte dadurch die Entwicklung des Herdes der Weltrevolution, die Entwicklung der UdSSR. Stimmt es, dass die jetzigen Führer unserer Opposition damals gemeinsam mit uns sowohl Kanton als auch Angora unterstützt, ihnen einen gewissen Beistand erwiesen haben? Ja, das stimmt. Möge jemand versuchen, das zu widerlegen.

Wie ist aber die Einheitsfront mit der nationalen Bourgeoisie in der ersten Etappe der kolonialen Revolution aufzufassen? Bedeutet das, dass die Kommunisten den Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die Gutsherren und die nationale Bourgeoisie nicht verschärfen dürfen, dass das Proletariat, und sei es auch nur im geringsten Maße, sei es auch nur für einen Augenblick, seine Selbständigkeit opfern soll? Nein, das bedeutet es nicht. Die Einheitsfront kann nur in dem Fall und nur unter der Bedingung revolutionäre Bedeutung haben, wenn sie die Kommunistische Partei nicht daran hindert, ihre selbständige politische und organisatorische Arbeit zu leisten, das Proletariat zu einer selbständigen politischen Kraft zu organisieren, die Bauernschaft gegen die Gutsherren zu mobilisieren, offen die Revolution der Arbeiter und Bauern zu organisieren und so die Vorbedingungen für die Hegemonie des Proletariats zu schaffen. Mir scheint, der Referent hat auf Grund der allen bekannten Dokumente den vollen Beweis erbracht, dass die Komintern die chinesische Kommunistische Partei eben diese Auffassung von der Einheitsfront gelehrt hat.

Kamenew und Sinowjew haben sich hier auf ein einziges Telegramm nach Schanghai vom Oktober 1926 berufen, in dem es heißt, dass man vorläufig, bis zur Einnahme Schanghais, die Agrarbewegung nicht verschärfen solle. Es liegt mir fern, dieses Telegramm als richtig zu bezeichnen. Ich habe die Komintern niemals für unfehlbar gehalten und tue das auch jetzt nicht. Einzelne Fehler kommen vor, und dieses Telegramm ist zweifellos ein Fehler. Aber erstens wurde dieses Telegramm wenige Wochen später (im November 1926) von der Komintern selbst widerrufen, ohne dass die Opposition irgendwelche Einwände erhoben oder ein Signal gegeben hätte. Zweitens, warum hat die Opposition bis jetzt darüber geschwiegen, warum fällt ihr dieses Telegramm erst nach neun Monaten ein, und warum verheimlicht sie der Partei, dass dieses Telegramm von der Komintern vor neun Monaten widerrufen worden ist? Deshalb wäre es eine böswillige Verleumdung, wollte man die Meinung vertreten, dieses Telegramm habe die Linie unserer Führung bestimmt. In Wirklichkeit war das ein einzelnes, episodisches Telegramm, das für die Linie der Komintern, für die Linie unserer Führung absolut nicht charakteristisch ist. Das ist, wie gesagt, schon daraus ersichtlich, dass es wenige Wochen später durch eine Reihe von Dokumenten widerrufen wurde, die die Linie festlegten und für unsere Führung unbedingt charakteristisch sind.

Gestatten Sie mir, mich auf diese Dokumente zu berufen.

Da ist zum Beispiel ein Auszug aus der Resolution des VII. Plenums der Komintern, das im November 1926 stattfand, das heißt einen Monat nach dem oben erwähnten Telegramm:

„Die spezifische Besonderheit der gegenwärtigen Lage ist ihr Übergangscharakter: Das Proletariat muss wählen zwischen der Perspektive eines Blocks mit erheblichen Schichten der Bourgeoisie und der Perspektive einer weiteren Festigung seines Bündnisses mit der Bauernschaft. 'Wenn das Proletariat kein radikales Agrarprogramm aufstellt, wird es die Bauernschaft nicht in den revolutionären Kampf hineinziehen können und wird die Hegemonie in der nationalen Befreiungsbewegung verlieren."

Und weiter:

„Die Kantoner Volksregierung wird in der Revolution die Macht nicht behaupten können, wird den vollen Sieg über den fremdländischen Imperialismus und über die einheimische Reaktion nicht erringen können, solange die Sache der nationalen Befreiung nicht mit der Agrarrevolution gleichgesetzt wird." (Siehe Resolution des VII. erweiterten Plenums des EKKI.)

Hier haben Sie ein Dokument, das tatsächlich die Linie der Kominternführung bestimmt.
Es ist höchst seltsam, dass die Führer der Opposition dieses allen bekannte Dokument der Komintern übergehen.
Ich denke, es wird nicht unbescheiden sein, wenn ich auf die Rede verweise, die ich in der chinesischen Kommission der Komintern im November des gleichen Jahres 1926 gehalten habe, von der, natürlich nicht ohne meine Teilnahme, die Resolution des VII. erweiterten Plenums zur chinesischen Frage ausgearbeitet wurde. Diese Rede erschien dann als Einzelbroschüre unter dem Titel „Über die Perspektiven der Revolution in China". Hier einige Stellen aus dieser Rede:

„Ich weiß, dass es unter den Kuomintangleuten und selbst unter den chinesischen Kommunisten Leute gibt, die eine Entfaltung der Revolution im Dorfe nicht für möglich halten, da sie befürchten, dass die Hereinziehung der Bauernschaft in die Revolution die antiimperialistische Einheitsfront untergraben werde. *Das ist ein gewaltiger Irrtum, Genossen. Die antiimperialistische Front in China wird umso stärker und mächtiger sein, je schneller und gründlicher die chinesische Bauernschaft in die Revolution hineingezogen wird."*

Und weiter:

„Ich weiß, dass es unter den chinesischen Kommunisten Genossen gibt, die die Streiks der Arbeiter für die Verbesserung ihrer materiellen und rechtlichen Lage als unerwünscht ansehen und den Arbeitern abraten, in den Streik zu treten. (Zuruf: „Das war in Kanton und Schanghai der Fall.") Das ist ein großer Fehler, Genossen. Das ist eine schwerwiegende Unterschätzung der Rolle und des spezifischen Gewichts des Proletariats in China. Das muss in den Thesen als unbedingt negative Erscheinung festgehalten werden. Es wäre ein großer Fehler, wenn die chinesischen Kommunisten die gegenwärtige günstige Situation nicht dazu benutzen würden, um den Arbeitern zu helfen, ihre materielle und rechtliche Lage zu verbessern, und sei es auch durch Streiks. Wozu haben wir denn eine Revolution in China?" (Siehe Stalin, „Über die Perspektiven der Revolution in China"[12].)

Und hier ein drittes Dokument, vom Dezember 1926, aus der Zeit, als man die Komintern aus allen Städten Chinas mit Versicherungen überhäufte, die Entfaltung des Kampfes der Arbeiter führe zu Krise, Arbeitslosigkeit, zur Stilllegung der Fabriken und Werke:

„Eine allgemeine Politik des Rückzugs in den Städten und der Einschränkung des Kampfes der Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lage ist falsch. Den Kampf in den Dörfern muss man entfalten, aber gleichzeitig muss man den günstigen Moment für die Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter ausnutzen und auf jede Weise bestrebt sein, dem Kampf der Arbeiter einen organisierten Charakter zu verleihen, der Exzesse und

übermäßiges Vorauseilen ausschließt. Es gilt, besonders danach zu streben, dass sich der Kampf in den Städten gegen die Schichten der Großbourgeoisie und vor allem gegen die Imperialisten richte, damit die chinesische Klein- und Mittelbourgeoisie nach Möglichkeit im Rahmen der Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind bleibt. Wir halten das System der Schlichtungskammern, der Schiedsgerichte usw. für zweckmäßig, mit der Maßgabe, dass eine richtige Arbeiterpolitik in diesen Institutionen gewährleistet wird. Gleichzeitig halten wir es für notwendig, von vornherein zu erklären, dass Dekrete gegen die Streikfreiheit, gegen Arbeiterversammlungen usw. absolut unzulässig sind."

Ein viertes Dokument, das anderthalb Monate vor dem Umsturz Tschiang Kai-scheks[13] verfasst wurde:

„Die Arbeit der Kuomintangzellen und der kommunistischen Zellen in der Armee muss verstärkt werden, dort, wo keine Zellen bestehen, ihre Organisierung jedoch möglich ist, müssen sie organisiert werden; dort aber, wo die Organisierung kommunistischer Zellen unmöglich ist, muss mit Hilfe verborgen tätiger Kommunisten eine intensive Arbeit entfaltet werden.
Es muss Kurs genommen werden auf die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, auf die Umwandlung der örtlichen Bauernkomitees in faktische Machtorgane mit bewaffnetem Selbstschutz usw.
Die Kommunistische Partei muss überall und stets als solche auftreten; eine Politik der freiwilligen Halblegalität ist unzulässig; die Kommunistische Partei darf nicht die Rolle eines Hemmschuhs der Massenbewegung spielen; die Kommunistische Partei darf die verräterische und reaktionäre Politik der rechten Kuomintangleute nicht verschweigen, sie muss, um die Rechten zu entlarven, die Massen um die Kuomintang und die chinesische Kommunistische Partei mobilisieren.
Die Aufmerksamkeit aller der Revolution ergebenen Funktionäre muss darauf gelenkt werden, dass die chinesische Revolution gegenwärtig im Zusammenhang mit der Umgruppierung der Klassenkräfte und der Konzentration der imperialistischen Armeen eine kritische Periode durchmacht und dass weitere Siege nur möglich sind, wenn man entschieden auf die Entfaltung der Massenbewegung Kurs nimmt. Andernfalls droht der Revolution eine ungeheure Gefahr. Die Durchführung der Direktiven ist daher notwendiger als je zuvor."

Aber schon vorher, schon im April 1926, ein Jahr vor dem Umsturz der rechten Kuomintangleute und Tschiang Kai-scheks, warnte die Komintern die chinesische Kommunistische Partei und gab ihr die Weisung, dass man „es dahin bringen muss, dass die Rechten aus der Kuomintang ausscheiden oder ausgeschlossen werden".
So fasste und fasst die Komintern auch weiterhin die Taktik der Einheitsfront gegen den Imperialismus in der ersten Etappe der kolonialen Revolution auf.
Sind der Opposition diese richtungweisenden Dokumente bekannt?
Natürlich sind sie ihr bekannt. Warum verschweigt sie dann diese richtungweisenden Dokumente? Weil sie nicht die Wahrheit sucht, sondern auf Quertreibereien aus ist.
Und dabei gab es eine Zeit, da die jetzigen Führer der Opposition, besonders Sinowjew und Kamenew, einiges vom Leninismus verstanden und im wesentlichen für die gleiche Politik in der chinesischen revolutionären Bewegung eintraten, die die Komintern durchführte und die uns Genosse Lenin in seinen Thesen[14] vorgezeichnet hat. Ich denke an das VI. Plenum der Kommunistischen Internationale im Februar-März 1926, als Sinowjew Vorsitzender der Komintern war, als er noch Leninist war und noch nicht in das Lager Trotzkis hinübergewechselt war. Ich erwähne das VI. Plenum der Kommunistischen Internationale deshalb, weil es eine Resolution dieses Plenums über die chinesische Revolution[15] gibt, die im Februar-März 1926 einstimmig angenommen wurde und in der ungefähr die gleiche Einschätzung der ersten Etappe der chinesischen Revolution, der Kantoner Kuomintang und der Kantoner Regierung gegeben wird, wie sie die Komintern und die KPdSU(B) geben und

von der die Opposition jetzt nichts wissen will. Ich erwähne diese Resolution deshalb, weil Sinowjew damals für sie stimmte und von den Mitgliedern des ZK, Trotzki, Kamenew und die anderen Führer der jetzigen Opposition nicht ausgenommen, niemand Einwände gegen sie erhob.
Gestatten Sie mir, einige Stellen aus dieser Resolution anzuführen. Über die Kuomintang heißt es in dieser Resolution:

„Die politischen Streiks der chinesischen Arbeiter in Schanghai und Hongkong (Juni-September 1925) haben einen Wendepunkt im Befreiungskampf des chinesischen Volkes gegen die ausländischen Imperialisten herbeigeführt... Die politische Aktion des Proletariats gab einen mächtigen Anstoß zur weiteren Entwicklung und Festigung aller revolutionär-demokratischen Organisationen des Landes und in erster Linie der revolutionären Volkspartei, der Kuomintang, und der revolutionären Regierung in Kanton. Die Kuomintangpartei, deren Hauptkern im Bündnis mit den chinesischen Kommunisten handelte, ist ein revolutionärer Block der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz und der städtischen Demokratie auf dem Boden der Gemeinsamkeit der Klasseninteressen dieser Schichten im Kampf gegen die ausländischen Imperialisten und die gesamten militaristisch-feudalen Lebensverhältnisse, für die Unabhängigkeit des Landes und eine einheitliche revolutionär-demokratische Staatsmacht.“ (Siehe Resolution des VI. Plenums des EKKI.)

Also, die Kantoner Kuomintang als Bündnis von vier „Klassen“. Sie sehen, das ist beinahe eine „Martynowiade“[16], sanktioniert durch niemand anders als den damaligen Vorsitzenden der Komintern, Sinowjew.
Über die Kantoner Kuomintangregierung:

„Die von der Kuomintangpartei in Kanton geschaffene revolutionäre Regierunge hat es bereits verstanden, zu den breitesten Massen der Arbeiter, der Bauern und der städtischen Demokratie Verbindung herzustellen, sie hat, auf diese gestützt, die von den Imperialisten unterstützten konterrevolutionären Banden zerschlagen (und arbeitet an der radikalen Demokratisierung des gesamten politischen Lebens der Provinz Kuangtung). Die Kantoner Regierung, die somit die Vorhut im Kampf des chinesischen Volkes um seine Unabhängigkeit ist, ist das Vorbild für den künftigen revolutionär-demokratischen Aufbau im Lande.“ (Ebenda.)

Hieraus ergibt sich, dass die Kantoner Kuomintangregierung, die einen Block von vier „Klassen“ verkörperte, eine revolutionäre Regierung war, und nicht allein eine revolutionäre Regierung, sondern sogar das Vorbild für die künftige revolutionär-demokratische Regierung in China.
Über die Einheitsfront der Arbeiter, der Bauern und der Bourgeoisie:

„Angesichts der neuen Gefahren müssen die chinesische Kommunistische Partei und die Kuomintang die umfassendste politische Arbeit entfalten, Massenaktionen zur Unterstützung des Kampfes der Volksarmeen organisieren, die inneren Widersprüche im Lager der Imperialisten ausnutzen und ihnen die national-revolutionäre Einheitsfront der breitesten Schichten der Bevölkerung (Arbeiter, Bauern, Bourgeoisie) unter Führung der revolutionär-demokratischen Organisationen entgegenstellen.“ (Ebenda.)

Zeitweilige Blocks und Abkommen mit der Bourgeoisie sind also in den Kolonialländern in einer bestimmten Etappe der kolonialen Revolution nicht nur zulässig, sondern auch direkt notwendig.
Nicht wahr, das ist dem sehr ähnlich, was uns Lenin in seinen bekannten Richtlinien über die Taktik der Kommunisten in den kolonialen und abhängigen Ländern lehrt. Schade nur, dass Sinowjew das bereits vergessen hat.

Die Frage des Austritts aus der Kuomintang:

„Einzelne Schichten der chinesischen Großbourgeoisie, die sich zeitweilig um die Kuomintangpartei gruppiert hatten, rückten im letzten Jahr von ihr ab, was dazu führte, dass sich auf dem rechten Flügel der Kuomintang eine kleine Gruppe bildete, die offen gegen das enge Bündnis der Kuomintang mit den Massen der Werktätigen, für den Ausschluss der Kommunisten aus der Kuomintang und gegen die revolutionäre Politik der Kantoner Regierung auftrat. Die Verurteilung dieses rechten Flügels auf dem II. Kongress der Kuomintang (Januar 1926) und die Bestätigung der Notwendigkeit des Kampfbündnisses der Kuomintang mit den Kommunisten festigen die revolutionäre Richtung in der Tätigkeit der Kuomintang und der Kantoner Regierung und sichern der Kuomintang die revolutionäre Unterstützung des Proletariats.“ (Ebenda.)

Hieraus ergibt sich, dass der Austritt der Kommunisten aus der Kuomintang in der ersten Etappe der chinesischen Revolution ein ernster Fehler gewesen wäre. Schade nur, dass Sinowjew, der für diese Resolution gestimmt hat, dies knapp einen Monat später bereits vergessen hatte. Denn bereits im April 1926 (einen Monat später) verlangte Sinowjew den sofortigen Austritt der Kommunisten aus der Kuomintang.
Über die Abweichungen in der chinesischen Kommunistischen Partei und über die Unzulässigkeit des Überspringens der Kuomintangphase der Revolution:

„Die politische Selbstbestimmung der chinesischen Kommunisten wird sich im Kampf gegen zwei gleich schädliche Abweichungen entwickeln: gegen das rechte Liquidatorentum, das die selbständigen Klassenaufgaben des chinesischen Proletariats ignoriert und zu einer formlosen Verschmelzung mit der allgemeinen demokratischen nationalen Bewegung führt, und gegen die extrem linken Stimmungen, die über die revolutionär-demokratische Etappe der Bewegung unmittelbar zu den Aufgaben der proletarischen Diktatur und der Sowjetmacht hinüber springen wollen und dabei die Bauernschaft, diesen grundlegenden und entscheidenden Faktor der chinesischen nationalen Befreiungsbewegung, vergessen.“ (Ebenda.)

Hier ist, wie Sie sehen, alles enthalten, um die Opposition jetzt zu überführen, dass sie sowohl die Kuomintangphase der Entwicklung in China überspringt als auch die Bauernbewegung unterschätzt, als auch in der Frage der Sowjets vorauseilt. Es trifft den Kern der Sache.
Ist diese Resolution Sinowjew, Kamenew und Trotzki bekannt?
Man muss annehmen, dass sie ihnen bekannt ist. Auf jeden Fall muss sie Sinowjew bekannt sein, unter dessen Vorsitz diese Resolution vom VI. Plenum der Komintern beschlossen wurde und der selbst für sie gestimmt hat. Warum umgehen dann jetzt die Führer der Opposition diese Resolution der höchsten Instanz der kommunistischen Weltbewegung? Warum versuchen sie, sie totzuschweigen? Weil sich diese Resolution in allen Fragen der chinesischen Revolution gegen sie kehrt. Weil sie die gesamte gegenwärtige trotzkistische Konzeption der Opposition über den Haufen wirft. Weil sie sich von der Komintern abgekehrt haben, weil sie sich vom Leninismus abgekehrt haben und jetzt, aus Furcht vor der eigenen Vergangenheit, aus Furcht vor dem eigenen Schatten, gezwungen sind, die Resolution des VI. Plenums der Komintern feige zu umgehen.
So verhält es sich mit der ersten Etappe der chinesischen Revolution.
Wenden wir uns jetzt der zweiten Etappe der chinesischen Revolution zu.
War die erste Etappe dadurch gekennzeichnet, dass sich die Revolution mit ihrer Spitze hauptsächlich gegen den ausländischen Imperialismus richtete, so ist das charakteristische Merkmal der zweiten Etappe die Tatsache, dass sich die Revolution mit ihrer Spitze hauptsächlich gegen die inneren Feinde und vor allem gegen die Feudalherren, gegen das feudale Regime richtet.

Hat die erste Etappe ihre Aufgabe, den Sturz des ausländischen Imperialismus, gelöst? Nein, sie hat sie nicht gelöst. Sie hat die Durchführung dieser Aufgabe der zweiten Etappe der chinesischen Revolution als Erbe hinterlassen. Sie hat die revolutionären Massen gegen den Imperialismus nur in Bewegung gebracht, um dann ihren Lauf zu beenden und dies Werk der Zukunft zu überlassen.

Es ist anzunehmen, dass es auch der zweiten Etappe der Revolution nicht gelingen wird, die Aufgabe der Vertreibung der Imperialisten vollständig zu lösen. Sie wird die Bewegung der breiten Massen der chinesischen Arbeiter und Bauern gegen den Imperialismus weiterführen, aber sie wird dies nur tun, um die Vollendung dieses Werkes der nachfolgenden Etappe der chinesischen Revolution, der Sowjetetappe, zu überlassen.

Das ist auch nicht verwunderlich. Ist es etwa nicht bekannt, dass in der Geschichte unserer Revolution analoge Tatsachen zu verzeichnen waren, wenn auch in einer anderen Situation und unter anderen Umständen? Ist es etwa nicht bekannt, dass die erste Etappe unserer Revolution ihre Aufgabe, die Vollendung der Agrarrevolution, nicht vollständig gelöst, sondern diese Aufgabe der nachfolgenden Etappe der Revolution, der Oktoberrevolution, überlassen hat, die dann die Aufgabe der Ausrottung der feudalen Überreste vollständig und restlos löste. Deshalb wird es auch nicht verwunderlich sein, wenn es in der zweiten Etappe der chinesischen Revolution nicht gelingt, die Agrarrevolution restlos zu vollenden, und wenn die zweite Etappe der Revolution, nachdem sie die Millionenmassen der Bauernschaft in Bewegung gebracht und gegen die feudalen Überreste mobilisiert hat, die Vollendung dieses Werkes der nachfolgenden Etappe der Revolution, der Sowjetetappe, überlassen wird. Und das wird für die künftige Sowjetrevolution in China nur ein Plus sein.

Worin bestand die Aufgabe der Kommunisten in der zweiten Etappe der Revolution in China, als das Zentrum der revolutionären Bewegung sich offenkundig von Kanton nach Wuhan verschob und als sich neben dem revolutionären Zentrum in Wuhan ein konterrevolutionäres Zentrum in Nanking bildete?

Sie bestand darin, die Möglichkeit der offenen Organisierung der Partei, des Proletariats (Gewerkschaften), der Bauernschaft (Bauernbünde), der Revolution überhaupt restlos auszunutzen.

Sie bestand darin, die Wuhaner Kuomintangleute nach links, zur Agrarrevolution zu drängen.

Sie bestand darin, die Wuhaner Kuomintang zum Zentrum des Kampfes gegen die Konterrevolution und zum Kern der künftigen revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zu machen.

War diese Politik richtig?

Die Tatsachen haben gezeigt, dass das die einzig richtige Politik war, die die breiten Massen der Arbeiter und Bauern im Geiste der weiteren Entwicklung der Revolution zu erziehen vermochte.

Die Opposition verlangte damals die sofortige Bildung von Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten. Aber das war Abenteurertum, ein abenteuerliches Vorauseilen, denn die sofortige Bildung von Sowjets zu dem damaligen Zeitpunkt hätte bedeutet, eine Entwicklungsphase, die Phase der linken Kuomintang, zu überspringen.

Warum?

Weil die Kuomintang in Wuhan, die ein Bündnis mit den Kommunisten unterhielt, sich in den Augen der breiten Massen der Arbeiter und Bauern noch nicht diskreditiert und bloßgestellt hatte, weil sie als bürgerlich-revolutionäre Organisation ihre Möglichkeiten noch nicht erschöpft hatte.

Weil zu einem Zeitpunkt, da die Massen sich noch nicht an Hand ihrer eigenen Erfahrung von der Untauglichkeit dieser Regierung, von der Notwendigkeit ihres Sturzes überzeugt haben, die Aufstellung der Losung der Sowjets und des Sturzes der Wuhaner Regierung bedeutet, vorauszueilen, sich von den Massen loszulösen, sich der Unterstützung der Massen zu berauben und damit das begonnene Werk zum Scheitern zu bringen.

Die Opposition glaubt, dass es vollauf genüge, wenn sie die Unzuverlässigkeit, die Labilität, die revolutionäre Unzulänglichkeit der Kuomintang in Wuhan erkannt hat (und das zu erkennen dürfte einem politisch qualifizierten Funktionär nicht schwer fallen), sie glaubt, dass dies vollauf genüge, damit auch die Massen dies alles erkennen, dass dies vollauf genüge, um die Kuomintang durch Sowjets zu ersetzen und die Massen für sich zu gewinnen. Das ist jedoch der übliche „ultralinke" Fehler der Opposition, die ihr eigenes Bewusstsein und ihre eigene Erkenntnis für das Bewusstsein und die Erkenntnis der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern hält.

Die Opposition hat Recht, wenn sie sagt, dass die Partei voranschreiten muss. Das ist ein elementarer marxistischer Leitsatz, ohne dessen Befolgung es eine wirkliche kommunistische Partei weder gibt noch geben kann. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit besteht darin, dass die Partei nicht nur voranschreiten, sondern auch die Millionenmassen mit sich vorwärts führen muss. Voranschreiten, ohne die Millionenmassen mit sich vorwärts zu führen, bedeutet in Wirklichkeit, sich von der Bewegung loslösen. Voranschreiten, sich dabei von der Nachhut loslösen und es nicht verstehen, die Nachhut mit sich vorwärts zu führen - heißt vorauspreschen, was die Vorwärtsbewegung der Massen für eine gewisse Zeit vereiteln kann. Die Leninsche Führung besteht ja gerade darin, dass die Vorhut es verstehen muss, die Nachhut mit sich vorwärts zu führen, dass die Vorhut voranschreiten muss, ohne sich von den Massen loszulösen. Um aber zu erreichen, dass sich die Vorhut nicht von den Massen loslöst, dass die Vorhut die Millionenmassen tatsächlich mit sich vorwärts führen kann, dazu bedarf es einer entscheidenden Voraussetzung, nämlich, dass sich die Massen selbst an Hand ihrer eigenen Erfahrung von der Richtigkeit der Weisungen, Direktiven und Losungen der Vorhut überzeugen.

Das ist ja gerade das Unglück der Opposition, dass sie diese einfache Leninsche Regel für die Führung der Millionenmassen nicht anerkennt und nicht begreift, dass die Partei allein, die Vorhut allein, ohne die Unterstützung der Millionenmassen nicht imstande ist, die Revolution durchzuführen, dass die Revolution in letzter Instanz von den Millionenmassen der Werktätigen „gemacht" wird.

Warum haben wir Bolschewiki im April 1917 nicht die Losung des Sturzes der Provisorischen Regierung und der Errichtung der Sowjetmacht in Rußland als Losung der Praxis aufgestellt, obwohl wir überzeugt waren, dass wir in nächster Zukunft vor der Notwendigkeit stehen würden, die Provisorische Regierung zu stürzen und die Sowjetmacht zu errichten?

Weil die breiten Massen der Werktätigen sowohl im Hinterland als auch an der Front, weil schließlich die Sowjets selbst noch nicht bereit waren, sich eine solche Losung zu Eigen zu machen, weil sie noch an den revolutionären Charakter der Provisorischen Regierung glaubten.

Weil sich die Provisorische Regierung noch nicht durch die Unterstützung der Konterrevolution im Hinterland und an der Front kompromittiert und diskreditiert hatte.

Warum brandmarkte Lenin im April 1917 die Gruppe Bagdatjews in Petrograd, die die Losung des sofortigen Sturzes der Provisorischen Regierung und der Errichtung der Sowjetmacht aufgestellt hatte?

Weil der Versuch Bagdatjews ein gefährliches Vorauspreschen war, das die Gefahr heraufbeschwor, dass sich die bolschewistische Partei von den Millionenmassen der Arbeiter und Bauern loslöste.

Abenteurertum in der Politik, Bagdatjew-Politik in den Fragen der chinesischen Revolution - das ist es, was unserer trotzkistischen Opposition jetzt den Rest gibt.

Sinowjew erklärt, ich identifizierte, wenn ich von Bagdatjew-Politik spreche, die jetzige chinesische Revolution mit der Oktoberrevolution. Das ist natürlich Unsinn. Erstens habe ich selbst in meinem Artikel „Notizen über Gegenwartsthemen" den Vorbehalt gemacht, dass „die Analogie hier bedingt ist", dass „ich sie nur mit all den Vorbehalten gelten lasse, die

gemacht werden müssen, wenn man sich die Verschiedenartigkeit der Situation im heutigen China und im Rußland des Jahres 1917 vergegenwärtigt“[17]. Zweitens wäre es eine Dummheit zu behaupten, man könne bei der Charakterisierung dieser oder jener Strömungen, dieser oder jener Fehler in der Revolution eines bestimmten Landes überhaupt keine Analogien mit den Revolutionen anderer Länder aufstellen. Lernt etwa die Revolution eines Landes nicht aus den Revolutionen anderer Länder, selbst wenn diese Revolutionen nicht von gleichem Typus sind? Worauf läuft denn dann die Wissenschaft von der Revolution hinaus?
Sinowjew leugnet im Grunde genommen, dass eine Wissenschaft von der Revolution möglich ist. Ist es etwa nicht Tatsache, dass Lenin in der Periode vor der Oktoberrevolution Tschcheidse, Zereteli, Steklow und andere der „Louis-Blanc-Politik“ aus der Zeit der französischen Revolution von 1848 beschuldigte? Lesen Sie Lenins Artikel „Louis-Blanc-Politik“[18], und Sie werden sehen, dass Lenin zur Charakterisierung von Fehlern dieser oder jener Politiker vor dem Oktober weitgehend von Analogien aus der französischen Revolution von 1848 Gebrauch machte, obwohl Lenin sehr wohl wusste, dass die französische Revolution von 1848 und unsere Oktoberrevolution nicht Revolutionen von gleichem Typus sind. Wenn man aber von einer „Louis-Blanc-Politik“ Tschcheidses und Zeretelis in der Periode vor der Oktoberrevolution sprechen kann, warum sollte man dann nicht von einer „Bagdatjew-Politik“ Sinowjews und Trotzkis in der Periode der Agrarrevolution in China sprechen?
Die Opposition versichert, Wuhan sei nicht das Zentrum der revolutionären Bewegung gewesen. Aber warum hat denn dann Sinowjew behauptet, dass man der Wuhaner Kuomintang „allseitige Unterstützung erweisen muss“, um sie zum Zentrum des Kampfes gegen die chinesischen Cavaignac zu machen? Warum wurde das Wuhaner Territorium und nicht irgendein anderes zum Zentrum der maximalen Entwicklung der Agrarbewegung? Ist es etwa nicht Tatsache, dass gerade das Wuhaner Territorium (Hunan, Hupe) zu Beginn dieses Jahres das Zentrum der maximalen Entwicklung der Agrarbewegung war? Warum konnte man Kanton, wo es keine die Massen erfassende Agrarbewegung gab, „Aufmarschgebiet der Revolution“ nennen (Trotzki), während man Wuhan, auf dessen Territorium die Agrarrevolution begonnen und sich entwickelt hat, nicht als Zentrum, als „Aufmarschgebiet“ der revolutionären Bewegung betrachten darf? Wie ist es dann zu erklären, dass die Opposition das Verbleiben der Kommunistischen Partei in der Wuhaner Kuomintang und in der Wuhaner Regierung verlangte? Sollte die Opposition im April 1927 etwa für einen Block mit einer „konterrevolutionären“ Wuhaner Kuomintang eingetreten sein? Woher diese „Vergesslichkeit“ und Kopflosigkeit bei der Opposition?
Die Opposition ist voller Schadenfreude darüber, dass der Block mit der Wuhaner Kuomintang nicht von langer Dauer war, und behauptet dabei, die Komintern habe die chinesischen Kommunisten nicht vor der Möglichkeit eines Scheiterns der Wuhaner Kuomintang gewarnt. Es bedarf wohl kaum eines Beweises, dass die Schadenfreude der Opposition nur von ihrem politischen Bankrott zeugt. Die Opposition glaubt offenbar, dass Blocks mit der nationalen Bourgeoisie in den Kolonialländern von langer Dauer sein müssen. So können aber nur Leute denken, die sich auch der letzten Reste des Leninismus entledigt haben. Wenn sich die Feudalherren und der Imperialismus in China im gegenwärtigen Stadium als stärker erwiesen haben als die Revolution, wenn der Druck dieser feindlichen Kräfte eine Rechtsschwenkung der Wuhaner Kuomintang und eine zeitweilige Niederlage der chinesischen Revolution bewirkt hat, dann können darüber nur Leute, die von Defätismus verseucht sind, Schadenfreude empfinden. Was die Behauptung der Opposition anbelangt, die Komintern habe die Kommunistische Partei Chinas nicht vor einem möglichen Scheitern der Wuhaner Kuomintang gewarnt, so ist das eine der üblichen Verleumdungen, die die Opposition jetzt so reichlich in Vorrat hat.
Gestatten Sie mir, einige Dokumente zur Widerlegung der oppositionellen Verleumdungen zu zitieren.

Das erste Dokument, vom Mai 1927:

„Das Wichtigste in der Innenpolitik der Kuomintang ist jetzt die systematische Entfaltung der Agrarrevolution unter der Losung ‚Alle Macht den Bauernbünden und -komitees im Dorfe' in allen Provinzen, darunter auch besonders in Kuangtung. Das ist die Grundlage für die Erfolge der Revolution und der Kuomintang. Das ist die Grundlage, auf der in China eine umfassende und mächtige politische und militärische Armee gegen den Imperialismus und seine Agenten geschaffen werden muss. Praktisch ist die Losung der Bodenkonfiskation durchaus aktuell für die von einer starken Agrarbewegung erfaßten Provinzen, wie Hunan, Kuangtung usw. Ohne dies ist die Entfaltung der .Agrarrevolution unmögliche...
Man muss sofort beginnen, acht oder zehn Divisionen aus revolutionären Bauern und Arbeitern mit einem absolut zuverlässigen Kommandobestand zu organisieren. Das wird sowohl an den Fronten als auch im Hinterland die Garde Wuhans zur Entwaffnung unzuverlässiger Truppenteile sein. Damit darf man nicht zögern.
Man muss die Zersetzungsarbeit im Hinterland und unter den Truppen Tschiang Kai-scheks verstärken und den aufständischen Bauern in Kuangtung, wo die Herrschaft der Gutsherren besonders unerträglich ist, Hilfe leisten."

Das zweite Dokument, vom Mai 1927:

„Ohne Agrarrevolution ist der Sieg unmöglich. Ohne sie wird sich das ZK der Kuomintang in einen Spielball unzuverlässiger Generale verwandeln. Gegen Exzesse muss man kämpfen, aber nicht mit Hilfe von Truppen, sondern mit Hilfe der Bauernbünde. Wir sind entschieden für die faktische Inbesitznahme des Bodens von unten. Die Befürchtungen bezüglich der Reise Tan Ping-schans haben gewisse Berechtigung. Man darf sich nicht von der Arbeiter- und Bauernbewegung loslösen, sondern muss sie allseitig unterstützen. Andernfalls richten Sie die Sache zugrunde.
Einige alte Führer des ZK der Kuomintang haben Furcht vor den Ereignissen, schwanken, gehen Kompromisse ein. Es gilt, in das ZK der Kuomintang mehr neue Bauern- und Arbeiterführer von unten aufzunehmen. Ihre kühne Stimme wird den Alten Entschlossenheit verleiben, oder aber sie werden zum alten Eisen geworfen. Die jetzige Struktur der Kuomintang muss geändert werden. Die Spitze der Kuomintang muss unbedingt aufgefrischt und durch neue Führer ergänzt werden, die sich in der Agrarrevolution hervorgetan haben; die Peripherie aber muss erweitert, durch Angehörige der Millionen Mitglieder zählenden Arbeiter- und Bauernverbände ergänzt werden. Geschieht dies nicht, läuft die Kuomintang Gefahr, sich vom Geben loszulösen und jede Autorität einzubüßen.
Mit der Abhängigkeit von den unzuverlässigen Generalen muss Schluss gemacht werden. Mobilisieren Sie etwa 20000 Kommunisten, dazu etwa 50000 revolutionäre Arbeiter und Bauern aus Hunan und Hupe, stellen Sie einige neue Korps auf, nutzen Sie die Kursanten der Kommandeurschule aus und organisieren Sie, solange es nicht zu spät ist, eine eigene zuverlässige Armee. Geschieht dies nicht, gibt es keine Garantie gegen Niederlagen. Das ist eine schwierige Sache, aber einen anderen Weg gibt es nicht.
Organisieren Sie ein Revolutionäres Kriegstribunal mit prominenten nicht-kommunistischen Kuomintangleuten an der Spitze. Bestrafen Sie die Offiziere, die mit Tschiang Kai-schek in Verbindung stehen oder die Soldaten gegen das Volk, gegen die Arbeiter und Bauern, aufhetzen. Man darf es nicht bei bloßen Ermahnungen bewenden lassen. Es ist Zeit, zu handeln. Schurken müssen bestraft werden. Wenn die Kuomintangleute es nicht lernen, revolutionäre Jakobiner zu sein, werden sie für das Volk und die Revolution verloren sein."

Sie sehen, dass die Komintern die Ereignisse vorausgesehen, die Gefahren rechtzeitig signalisiert und den chinesischen Kommunisten vorausgesagt hat, dass die Wuhaner Kuomintang zugrunde geht, wenn die Kuomintangleute es nicht vermögen, revolutionäre Jakobiner zu werden.
Kamenew hat erklärt, an der Niederlage der chinesischen Revolution sei die Politik der Komintern schuld, wir hätten die „Cavaignac in China großgezogen". Genossen, so kann über

unsere Partei nur ein Mensch reden, der bereit ist, ein Verbrechen gegen die Partei zu begehen. So haben die Menschewiki in der Periode der Juliniederlage von 1917 über die Bolschewiki geredet, als die russischen Cavaignac auf den Plan traten. Lenin schrieb in seinem Artikel „Zu den Losungen“[19], dass die Juliniederlage ein „Sieg der Cavaignac“ ist. Die Menschewiki tobten damals und behaupteten, am Aufkommen der russischen Cavaignac sei die Politik Lenins schuld. Glaubt etwa Kamenew, dass am Aufkommen der russischen Cavaignac in der Periode der Juliniederlage von 1917 die Politik Lenins, die Politik unserer Partei schuld war, nicht aber etwas anderes? Ziemt es sich für Kamenew, hier die Herren Menschewiki nachzuahmen? (Heiterkeit.) Ich habe nicht geglaubt, dass die Genossen von der Opposition so tief sinken können...

Bekanntlich erlitt die Revolution von 1905 eine Niederlage, wobei diese Niederlage schwerer war als die gegenwärtige Niederlage der chinesischen Revolution. Die Menschewiki behaupteten damals, an der Niederlage der Revolution von 1905 sei die extreme revolutionäre Taktik der Bolschewiki schuld. Gedenkt Kamenew nicht auch hier, sich die menschewistische Auslegung der Geschichte unserer Revolution zum Vorbild zu nehmen und Steine auf die Bolschewiki zu werfen?

Wodurch ist denn die Niederlage der Bayrischen Räterepublik zu erklären? Vielleicht durch die Politik Lenins und nicht durch das Verhältnis der Klassenkräfte?

Wodurch ist die Niederlage der Ungarischen Räterepublik zu erklären? Vielleicht durch die Politik der Komintern und nicht durch das Verhältnis der Klassenkräfte?

Wie kann man behaupten, dass die Taktik dieser oder jener Partei das Verhältnis der Klassenkräfte aufheben oder umkehren könne? War unsere Politik im Jahre 1905 richtig oder nicht? Warum haben wir damals eine Niederlage erlitten? Sind die Tatsachen nicht ein Beweis dafür, dass die Revolution in China, wäre die Politik der Opposition durchgeführt worden, noch schneller eine Niederlage erlitten hätte, als es in Wirklichkeit der Fall war? Wie soll man Leute nennen, die das Verhältnis der
Klassenkräfte während der Revolution außer acht lassen und alles und jedes lediglich durch die Taktik dieser oder jener Partei zu erklären suchen? Von solchen Leuten kann man nur eins sagen - dass sie mit dem Marxismus gebrochen haben.

Die Schlussfolgerungen. Die Hauptfehler der Opposition:

1. Die Opposition versteht nicht den Charakter und die Perspektiven der chinesischen Revolution.
2. Die Opposition sieht nicht den Unterschied zwischen der Revolution in China und der Revolution in Rußland, zwischen einer Revolution in Kolonialländern und einer Revolution in imperialistischen Ländern.
3. Die Opposition bricht mit der Leninschen Taktik in der Frage des Verhältnisses zur nationalen Bourgeoisie in den Kolonialländern während der ersten Etappe der Revolution.
4. Die Opposition versteht nicht die Frage der Teilnahme der Kommunisten an der Kuomintang.
5. Die Opposition verletzt die Grundlagen der Leninschen Taktik in der Frage des Verhältnisses zwischen der Vorhut (der Partei) und der Nachhut (den Millionenmassen der Werktätigen).
6. Die Opposition bricht mit den Resolutionen des VI. und des VII. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Die Opposition preist mit großem Stimmaufwand ihre Politik in der chinesischen Frage und behauptet, dass es, wäre diese Politik durchgeführt worden, jetzt um China besser stünde. Es bedarf wohl kaum eines Beweises, dass die chinesische Kommunistische Partei in Anbetracht der groben Fehler, die die Opposition begangen hat, endgültig in eine Sackgasse geraten wäre, wenn sie sich die antileninistische Abenteurerpolitik der Opposition zu Eigen gemacht hätte.

Wenn sich die Kommunistische Partei in China in kurzer Zeit aus einer kleinen Gruppe von 5000-6000 Personen zu einer Massenpartei mit 60000 Mitgliedern entwickelt hat; wenn es der

chinesischen Kommunistischen Partei in dieser Zeit gelungen ist, etwa 3 Millionen Proletarier gewerkschaftlich zu organisieren; wenn es der chinesischen Kommunistischen Partei gelungen ist, die viele Millionen zählende Bauernschaft aus ihrem Schlummer zu erwecken und Dutzende Millionen von Bauern in den revolutionären Bauernbünden zu erfassen; wenn es der chinesischen Kommunistischen Partei in dieser Zeit gelungen ist, ganze Regimenter und Divisionen der nationalen Truppen auf ihre Seite zu ziehen; wenn es der chinesischen Kommunistischen Partei in dieser Zeit gelungen ist, die Idee der Hegemonie des Proletariats aus einem Wunsch zur Wirklichkeit werden zu lassen - wenn es der chinesischen Kommunistischen Partei gelungen ist, in kurzer Zeit alle diese Errungenschaften zu erzielen, so ist das unter anderem daraus zu erklären, dass sie den von Lenin vorgezeichneten Weg, den von der Komintern gewiesenen Weg gegangen ist.

Es erübrigt sich zu sagen, dass es bei der Politik der Opposition, bei ihren Fehlern, bei ihrem antileninistischen Kurs in den Fragen der kolonialen Revolution diese Errungenschaften der chinesischen Revolution entweder überhaupt nicht gäbe oder dass sie minimal wären.

Daran zweifeln können höchstens „ultralinke“ Renegaten und Abenteurer.

III
Über das Englisch-Sowjetische Einheitskomitee[20]

Die Frage des Englisch-Sowjetischen Komitees. Die Opposition behauptet, wir hätten auf das Englisch-Sowjetische Komitee gesetzt. Das stimmt nicht, Genossen. Das ist eine der Verleumdungen, zu denen die bankrotte Opposition so häufig greift. Die ganze Welt weiß, und folglich muss es auch die Opposition wissen, dass wir nicht auf das Englisch-Sowjetische Komitee, sondern auf die internationale revolutionäre Bewegung und auf die Erfolge unseres sozialistischen Aufbaus setzen. Die Opposition betrügt die Partei, wenn sie sagt, dass wir auf das Englisch-Sowjetische Komitee gesetzt haben oder setzen.

Was stellt nun das Englisch-Sowjetische Komitee dar? Das Englisch-Sowjetische Komitee ist eine der Formen der Verbindung unserer Gewerkschaften mit den englischen Gewerkschaften, mit reformistischen Gewerkschaften, mit reaktionären Gewerkschaften. Unsere Arbeit zur Revolutionierung der Arbeiterklasse in Europa verläuft gegenwärtig durch drei Kanäle:

a) durch den Kanal der Komintern, über die kommunistischen Sektionen, deren nächste Aufgabe die Beseitigung der reformistischen politischen Führung in der Arbeiterbewegung ist;

b) durch den Kanal der Roten Gewerkschaftsinternationale, über die revolutionären Minderheiten in den Gewerkschaften, deren nächste Aufgabe die Überwindung der reaktionären Arbeiteraristokratie in den Gewerkschaften ist;

c) über das Englisch-Sowjetische Einheitskomitee als eins der Mittel, die der Roten Gewerkschaftsinternationale und ihren Sektionen den Kampf für die Isolierung der Arbeiteraristokratie in den Gewerkschaften erleichtern können.

Die ersten beiden sind die hauptsächlichen und ständigen Kanäle, die für die Kommunisten unentbehrlich sind, solange es Klassen und eine Klassengesellschaft gibt. Der dritte Kanal ist nur ein zeitweiliger, behelfsmäßiger, episodischer und deshalb nicht stabiler, nicht immer zuverlässiger und bisweilen sogar ganz und gar unzuverlässiger Kanal. Den dritten Kanal den beiden ersten Kanälen gleichsetzen hieße den Interessen der Arbeiterklasse, dem Kommunismus zuwiderhandeln. Wie kann man nach alledem faseln, wir hätten auf das Englisch-Sowjetische Komitee gesetzt?

Mit der Bildung des Englisch-Sowjetischen Komitees verfolgten wir das Ziel, offene Verbindungen mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen Englands herzustellen.

Wozu?

Erstens, um die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter gegen das Kapital zu erleichtern oder zumindest den Kampf der reaktionären Führer der Gewerkschaftsbewegung gegen die Schaffung einer solchen Front zu erschweren.

Zweitens, um die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Gefahren eines imperialistischen Krieges überhaupt, gegen die Gefahren einer Intervention im Besonderen zu erleichtern oder zumindest den Kampf der reaktionären Gewerkschaftsführer gegen die Bildung einer solchen Front zu erschweren.
Ist die Arbeit der Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaften überhaupt zulässig?
Sie ist nicht nur zulässig, sondern bisweilen geradezu unerlässlich, denn in den reaktionären Gewerkschaften gibt es Millionen von Arbeitern, und die Kommunisten haben kein Recht, es abzulehnen, in diese Gewerkschaften hineinzugehen, sich den Weg zu den Massen zu bahnen und sie für den Kommunismus zu gewinnen.
Lesen Sie Lenins Buch „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus"[21], und Sie werden sehen, dass die Leninsche Taktik die Kommunisten verpflichtet, die Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften nicht abzulehnen.
Sind zeitweilige Übereinkommen mit reaktionären Gewerkschaften, Abkommen auf der Gewerkschaftslinie oder Elbereinkommen auf der politischen Linie überhaupt zulässig?
Sie sind nicht nur zulässig, sondern bisweilen geradezu unerlässlich. Dass die Gewerkschaften im Westen in der Mehrzahl der Fälle reaktionär sind, ist jedermann bekannt. Aber darum geht es gar nicht. Es geht darum, dass diese Gewerkschaften Massengewerkschaften sind. Es geht darum, dass man durch diese Gewerkschaften Zugang zu den Massen finden kann. Es kommt darauf an, dass solche Übereinkommen die Freiheit der revolutionären Agitation und Propaganda der Kommunisten nicht einengen, nicht beschränken, dass solche Übereinkommen die Zersetzung der Reformisten und die Revolutionierung der Arbeitermassen, die vor-läufig noch den reaktionären Führern folgen, erleichtern. Unter diesen Bedingungen sind zeitweilige Übereinkommen mit reaktionären Massengewerkschaften nicht nur zulässig, sondern bisweilen geradezu unerlässlich.
Lenin sagt hierzu folgendes:

„Der Kapitalismus wäre nicht Kapitalismus, wenn das ‚reine' Proletariat nicht von einer Masse außerordentlich mannigfaltiger Übergangstypen vom Proletarier zum Halbproletarier (der seinen Lebensunterhalt zur Hälfte durch Verkauf seiner Arbeitskraft erwirbt), vom Halbproletarier zum Kleinbauern(und kleinen Handwerker, Heimarbeiter, kleinen Eigentümer überhaupt), vorn Kleinbauern zum Mittelbauern usw. umgeben wäre; wenn es innerhalb des Proletariats selbst nicht eine Teilung in mehr oder minder entwickelte Schichten, eine Teilung nach Landsleuten, nach Berufen, manchmal nach Konfessionen u. dgl. m. gäbe. Aus alledem aber ergibt sich für die Vorhut des Proletariats, für seinen klassenbewussten Teil, für die Kommunistische Partei absolut unumgänglich die Notwendigkeit, die unbedingte Notwendigkeit, zu lavieren, Übereinkommen, Kompromisse mit verschiedenen proletarischen Gruppen, mit verschiedenen Parteien der Arbeiter und der kleinen Besitzer zu schließend Es kommt nur darauf an, zu verstehen, diese Taktik so anzuwenden, dass sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewusstseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit, beiträgt." (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 55/56 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. II, S.719/720].)

Und weiter:

„Dass die Henderson, Clynes, MacDonald und Snowden hoffnungslos reaktionär sind, stimmt. Ebenso stimmt es, dass sie in den Besitz der Macht kommen wollen (dabei aber, nebenbei bemerkt, eine Koalition mit der Bourgeoisie vorziehen), dass sie nach denselben althergebrachten bürgerlichen Regeln ‚regieren' wollen, dass sie, einmal zur Macht gelangt, sich unvermeidlich ebenso verhalten werden wie die Scheidemann und Noske. Das alles stimmt. Aber daraus folgt keineswegs, dass eine Unterstützung dieser Leute Verrat an der Revolution sei, vielmehr folgt daraus, dass die Revolutionäre aus der Arbeiterklasse im Interesse der Revolution diesen Heerschaften eine gewisse parlamentarische Unterstützung gewähren müssen." (Ebenda, S. 62, russ. [S. 726, deutsch].)

Das ist ja gerade das Unglück der Opposition, dass sie diese Weisungen Lenins nicht begreift und nicht anerkennt und der Leninschen Politik das „ultralinke“ Geschwätz über den reaktionären Charakter der Gewerkschaften vorzieht.
Engt das Englisch-Sowjetische Komitee unsere Agitation und Propaganda ein, kann es sie einengen? Nein, es kann sie nicht einengen. Wir haben das reaktionäre Wesen der Führer der englischen Arbeiterbewegung stets kritisiert und werden es stets kritisieren, wobei wir den Verrat dieser Führer vor den Massen der englischen Arbeiterklasse aufgedeckt haben und aufdecken werden. Die Opposition möge versuchen, die Tatsache zu widerlegen, dass wir die reaktionäre Tätigkeit des Generalrats stets offen und schonungslos kritisiert haben.
Man sagt uns, diese Kritik könne dazu führen, dass die Engländer das Englisch-Sowjetische Komitee sprengen. Nun, mögen sie es sprengen. Es gellt gar nicht darum, ob es zum Bruch kommen wird oder nicht. Es geht darum, über welche Frage es zum Bruch kommen, welche Idee durch den Bruch demonstriert werden wird. Jetzt geht es um die Kriegsgefahr überhaupt, um die Intervention im Besonderen. Wenn die Engländer den Bruch herbeiführen, wird die Arbeiterklasse wissen, dass die reaktionären Führer der englischen Arbeiterbewegung den Bruch deshalb herbeigeführt haben, weil sie nicht gewillt sind, ihrer imperialistischen Regierung bei der Organisierung des Krieges Widerstand entgegenzusetzen. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, dass ein unter diesen Bedingungen von den Engländern herbeigeführter Bruch die Arbeit der Kommunisten zur Entlarvung des Generalrats erleichtern wird, denn die Frage des Krieges ist jetzt die grundlegende Frage unserer Zeit.
Möglicherweise werden sie sich nicht zum Bruch entschließen. Was aber würde das bedeuten? Das würde bedeuten, dass wir uns die Freiheit der Kritik gesichert haben, die Freiheit, die Kritik an den reaktionären Führern der englischen Arbeiterbewegung fortzusetzen, ihren Verrat und ihren Sozialimperialismus vor den breiten Massen zu entlarven. Wäre das gut für die Arbeiterbewegung? Ich bin der Meinung, es wäre nicht schlecht.
Das also, Genossen, ist unsere Stellung zur Frage des Englisch-Sowjetischen Komitees.

IV
Über die Kriegsgefahr und die Verteidigung der UdSSR

Die Frage des Krieges. Ich muss vor allem die völlig falsche, nicht den Tatsachen entsprechende Erklärung Sinowjews und Trotzkis widerlegen, wonach ich auf unserem VIII. Parteitag der so genannten „militärischen Opposition“ angehört hätte. Das stimmt ganz und gar nicht, Genossen. Das ist eine Verleumdung, die Sinowjew und Trotzki aufgebracht haben, weil sie nichts anderes zu tun haben. Ich habe das Stenogramm in Händen, aus dem klar hervorgeht, dass ich damals zusammen mit Lenin gegen die so genannte „militärische Opposition“ aufgetreten bin. Schließlich sind hier Teilnehmer des VIII. Parteitags anwesend, die bestätigen werden, dass ich damals, auf dem VIII. Parteitag, gegen die „militärische Opposition“ aufgetreten bin. Ich bin nicht so scharf gegen die „militärische Opposition“ aufgetreten, wie es Trotzki vielleicht lieb gewesen wäre, weil ich der Meinung war, dass es unter den militärischen Oppositionellen ausgezeichnete Funktionäre gab, die man an der Front nicht entbehren kann, dass ich aber entschieden gegen die militärischen Oppositionellen aufgetreten bin und sie bekämpft habe - das ist eine Tatsache, die höchstens solche hoffnungslos verlorenen Leute wie Sinowjew und Trotzki bestreiten können.
Worum ging damals der Streit auf dem VIII. Parteitag? Um die Notwendigkeit, mit dem Freiwilligenprinzip und dem Partisanentum Schluss zu machen, um die Notwendigkeit, eine wirkliche reguläre Arbeiter- und Bauernarmee mit einer eisernen Disziplin zu schaffen, um die Notwendigkeit, für diese Sache Militärspezialisten heranzuziehen.
Es gab einen Resolutionsentwurf, der von den Anhängern einer regulären Armee und einer eisernen Disziplin eingebracht wurde. Für ihn traten Lenin, Sokolnikow, Stalin und andere ein. Es gab einen anderen Entwurf, den Entwurf W. Smirnows, der von denjenigen eingebracht

wurde, die für die Beibehaltung von Elementen des Partisanentums in der Armee waren. Für ihn traten W. Smirnow, Safarow, Woroschilow, Pjatakow und andere ein.
Hier Auszüge aus meiner Rede:

„Alle Fragen, die hier berührt wurden, laufen auf die eine hinaus, oh es in Rußland eine streng disziplinierte reguläre Armee geben soll oder nicht.
Vor einem halben Jahr hatten wir nach dem Zerfall der alten, zaristischen Armee eine neue, eine Freiwilligenarmee, die schlecht organisiert war, kollektiv geleitet wurde und den Befehlen nicht immer Folge leistete. Das war die Periode, in der die Entente ihre Offensive einleitete. Die Armee setzte sich hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, aus Arbeitern zusammen. Weil es in dieser Freiwilligenarmee an Disziplin mangelte, weil die Befehle nicht immer ausgeführt wurden und weil innerhalb der Leitung der Armee Desorganisation herrschte, erlitten wir Niederlagen und überließen dem Gegner Kasan, während Krasnow erfolgreich vom Süden her vorrückte... Die Tatsachen zeugen davon, dass die Freiwilligenarmee keiner Kritik standhält, dass wir außerstande sein werden, unsere Republik zu verteidigen, wenn wir nicht eine andere Armee schaffen, eine reguläre Armee, die vom Geiste der Disziplin durchdrungen ist, eine gut organisierte politische Abteilung besitzt, eine Armee, die fähig und in der Lage ist, sich auf den ersten Befehl hin gegen den Feind in Marsch zu setzen.
Ich muss sagen, dass die Elemente, die die Mehrheit unserer Armee bilden und keine Arbeiterelemente, sondern Bauern sind, nicht freiwillig für den Sozialismus kämpfen werden. Eine ganze Reihe von Tatsachen weist darauf hin. Mehrere Meutereien im Hinterland und an den Fronten zeigen ebenso wie eine Reihe von Ausschreitungen an den Fronten, dass die nichtproletarischen Elemente, die in unserer Armee die Mehrheit bilden, nicht freiwillig für den Kommunismus kämpfen wollen. Daher unsere Aufgabe - diese Elemente im Geiste einer eisernen Disziplin zu erziehen, zu erreichen, dass sie sich nicht nur im Hinterland, sondern auch an den Fronten der Führung des Proletariats anvertrauen, sie zu zwingen, für unsere gemeinsame sozialistische Sache zu kämpfen, und im Laufe des Krieges den Aufbau einer wirklichen regulären Armee zu vollenden, die allein imstande ist, das Land zu verteidigen.
So ist die Frage gestellt.
...Entweder bringen wir es fertig, eine streng disziplinierte, reguläre, wirkliche Arbeiter- und Bauernarmee zu schaffen, und behaupten die Republik, oder wir bringen das nicht fertig, und dann ist unsere Sache zugrunde gerichtet.
...Der von Smirnow vorgelegte Entwurf ist unannehmbar, da er die Disziplin in der Armee nur untergraben kann und die Schaffung einer regulären Armee unmöglich macht.“[22]

Das sind die Tatsachen, Genossen.
Sie sehen, dass Trotzki und Sinowjew wiederum Verleumdungen ausgestreut haben.
Weiter. Kamenew hat hier behauptet, wir hätten in letzter Zeit, in den letzten zwei Jahren, das moralische Kapital verschleudert, das wir früher in der internationalen Welt besaßen. Stimmt das? Natürlich stimmt es nicht! Nicht im Geringsten stimmt das!
Welche Bevölkerungsschichten Kamenew meint, unter welchen Bevölkerungsschichten des Ostens und des Westens wir an Einfluss verloren oder gewonnen haben - das hat Kamenew nicht gesagt. Indes ist für uns Marxisten gerade diese Frage entscheidend. Nehmen wir zum Beispiel China. Kann man behaupten, dass wir unser moralisches Kapital bei den chinesischen Arbeitern und Bauern eingebüßt haben? Es ist klar, dass man das nicht behaupten kann. Bis in die letzte Zeit hinein wussten die Millionenmassen der Arbeiter und Bauern Chinas wenig von uns. Bis in die letzte Zeit hinein beschränkte sich die Autorität der UdSSR auf einen engen Kreis der Spitzen der chinesischen Gesellschaft, auf den engen Kreis der liberalen Intelligenz der Kuomintang, auf Persönlichkeiten wie Feng Yu-hsiang, die Kantoner Generale usw. Das hat sich jetzt grundlegend geändert. Jetzt genießt die UdSSR in den Augen der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern Chinas eine Autorität, um die sie jede Macht, jede politische Partei in der Welt beneiden könnte. Aber dafür ist die Autorität der UdSSR in den Augen der liberalen Intelligenz Chinas, aller möglichen Generale usw.

beträchtlich gesunken, und von den letzteren beginnen viele sogar, die UdSSR zu bekämpfen. Aber was ist denn daran verwunderlich, und was ist daran schlecht? Kann man denn von der UdSSR, von der Sowjetmacht, von unserer Partei verlangen, dass unser Land bei allen Schichten der chinesischen Gesellschaft moralische Autorität genießt? Wer außer hohlköpfigen Liberalen kann das von unserer Partei, von der Sowjetmacht verlangen? Was ist besser für uns: Autorität bei der liberalen Intelligenz und bei allen möglichen reaktionären Generalen Chinas oder Autorität bei den Millionenmassen der Arbeiter und Bauern Chinas? Was ist vom Standpunkt unserer internationalen Lage, vom Standpunkt der Entwicklung der Revolution in der ganzen Welt entscheidend: das Anwachsen der Autorität der UdSSR unter den Millionenmassen der Werktätigen bei offensichtlichem Sinken der Autorität der 'UdSSR in den liberal-reaktionären Kreisen der chinesischen Gesellschaft oder Autorität in diesen letzteren liberal-reaktionären Kreisen bei Sinken des moralischen Gewichts unter den breiten Massen der Bevölkerung? Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, dass Kamenew mit seiner Behauptung völlig daneben trifft...
Und im Westen? Kann man sagen, wir hätten moralisches Kapital hei den proletarischen Schichten des Westens eingebüßt? Es ist klar, dass man das nicht kann. Wovon zeugen zum Beispiel die jüngsten Aktionen des Proletariats in Wien, der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik in England, die Demonstrationen vieler Tausender Arbeiter zur Verteidigung der UdSSR in Deutschland, in Frankreich? Zeugen sie davon, dass das moralische Gewicht der proletarischen Diktatur in den Augen der Millionenmassen der Arbeiterklasse sinkt? Natürlich nicht! Im Gegenteil, sie zeugen davon, dass das moralische Gewicht der UdSSR bei den Arbeitern des Westens steigt und sich festigt, dass die Arbeiter im Westen beginnen, ihre Bourgeoisie „auf russisch" zu bekämpfen.
Zweifellos nimmt die Feindschaft gegen die UdSSR in bestimmten Schichten der pazifistischen und der liberal-reaktionären Bourgeoisie zu, besonders im Zusammenhang mit der Erschießung der 20 „erlauchten" Terroristen und Brandstifter[23]. Aber sollte Kamenew die Meinung der liberal-reaktionären pazifistischen Kreise der Bourgeoisie wirklich höher schätzen als die Meinung der Millionenmassen der Proletarier des Westens? Wer wird die Tatsache zu bestreiten wagen, dass die Erschießung der 20 „Erlauchten" von den Millionenmassen der Arbeiter sowohl bei uns in der UdSSR als auch im Westen höchst beifällig aufgenommen wurde? „Recht geschieht ihnen, den Schurken!" - das waren die Worte, mit denen die Arbeiterviertel auf die Erschießung der 20 „Erlauchten" antworteten.
Ich weiß, dass es bei uns eine gewisse Sorte Leute gibt, die behaupten, je ruhiger wir uns verhielten, umso besser wäre es für uns. Sie, diese Leute, sagen uns: „Es stand gut um die Sache der UdSSR, als England die Beziehungen zu ihr abbrach; noch besser stand es um die Sache der UdSSR, als Wojkow ermordet wurde; aber die Sache der UdSSR verschlechterte sich, als wir die Zähne zeigten und die Ermordung Wojkows mit der Erschießung der 20 ‚erlauchten' Konterrevolutionäre beantworteten; bis zur Erschießung der Zwanzig brachte man uns in Europa Mitgefühl und Sympathie entgegen; nach der Erschießung dagegen hörte die Sympathie auf, und man begann uns vorzuwerfen, dass wir nicht die braven Kinder sind, als die uns die öffentliche Meinung Europas sehen möchte."
Was soll man zu dieser reaktionär-liberalen Philosophie sagen? Dazu kann man nur sagen, dass ihre Urheber die UdSSR ohnmächtig, unbewaffnet sehen möchten, vor den Feinden in die Knie sinkend, vor ihnen kapitulierend. Es gab einmal ein „blutendes" Belgien, von dem eine Zeitlang ständig Bilder auf den Zigarettenschachteln zu sehen waren. Warum sollte es nicht eine „blutende" UdSSR geben - ihr würden dann alle Sympathie und Mitgefühl entgegenbringen. Nein, und abermals nein, Genossen! Wir sind damit nicht einverstanden. Mögen sich alle diese liberal-pazifistischen Philosophen mit ihrer „Sympathie" für die UdSSR zum Teufel scheren. Wenn wir nur die Sympathie der Millionenmassen der Werktätigen haben - das übrige wird sich finden, und wenn schon unbedingt jemand „bluten" soll, so

werden wir alles daransetzen, dass nicht die UdSSR, sondern irgendein bürgerliches Land blutig geschlagen wird und „blutet".
Die Frage .der Unvermeidlichkeit des Krieges. Sinowjew regte sich hier mächtig auf, als er behauptete, in Bucharins Thesen werde von der „Wahrscheinlichkeit" und „Unvermeidlichkeit" des Krieges, nicht aber von seiner unbedingten Unvermeidlichkeit gesprochen. Er behauptete, eine solche Formulierung könne die Partei verwirren. Ich habe mir daraufhin Sinowjews Artikel „Konturen des künftigen Krieges" durchgelesen. Und was stellte sich heraus? Es stellte sich heraus, dass in Sinowjews Artikel kein einziges, buchstäblich kein einziges Wort darüber steht, dass der Krieg unvermeidlich geworden ist. In Sinowjews Artikel ist die Rede von der Möglichkeit eines neuen Krieges. Es gibt ein ganzes Kapitel darin, in dem er beweist, dass ein Krieg möglich ist. Dieses Kapitel schließt mit dem Satz: „Deshalb ist es berechtigt und notwendig, dass die Bolschewiki, die Leninisten, gegenwärtig an die Möglichkeit eines neuen Krieges denken." (Allgemeine Heiterkeit.) Beachten Sie, Genossen - an die Möglichkeit eines neuen Krieges „denken". In Sinowjews Artikel heißt es an einer Stelle, das der Krieg unvermeidlich „wird", aber es wird kein einziges, buchstäblich kein einziges Wort darüber gesagt, dass der Krieg bereits unvermeidlich geworden ist. Und dieser Mann hat - wie soll man es gelinde ausdrücken - die Stirn, Anklage zu erheben gegen Buchurins Thesen, die besagen, dass der Krieg wahrscheinlich und unvermeidlich geworden ist.
Was bedeutet es, jetzt von der „Möglichkeit" eines Krieges zu sprechen? Das bedeutet, uns um mindestens sieben Jahre zurückzuzerren, denn bereits vor sieben Jahren sagte Lenin, dass ein Krieg zwischen der UdSSR und der kapitalistischen Welt möglich ist. Wozu brauchte Sinowjew längst bekannte Tatsachen zu wiederholen und seine Rückwärtsbewegung als etwas Neues auszugeben?
Was bedeutet es, jetzt zu sagen, dass der Krieg unvermeidlich wird? Das bedeutet, uns um mindestens vier Jahre zurückzuzerren, denn wir haben bereits in der Periode des Curzon-Ultimatums[24] gesagt, dass der Krieg unvermeidlich wird.
Wie konnte es geschehen, dass Sinowjew, der gestern noch einen so konfusen und völlig ungereimten Artikel über den Krieg geschrieben hat, der kein einziges Wort darüber enthält, dass der Krieg unvermeidlich geworden ist, wie konnte es geschehen, dass dieser Mann es wagt, über Bucharins klare und eindeutige Thesen von der Unvermeidlichkeit des Krieges herzufallen? Das konnte nur geschehen, weil Sinowjew vergessen hat, was er gestern geschrieben hat. Die Sache ist die, dass Sinowjew zu den Glücklichen gehört, die schreiben, um das Geschriebene schon am nächsten Tage zu vergessen. (Heiterkeit.)
Sinowjew hat hier behauptet, Bucharin sei von Genossen Tschitscherin dazu „gedrängt" worden, seine Thesen im Sinne der Wahrscheinlichkeit und Unvermeidlichkeit des Krieges zu schreiben. Ich frage: Wer hat Sinowjew dazu „gedrängt", einen Artikel über die Möglichkeit eines Krieges zu schreiben, jetzt, da der Krieg bereits unvermeidlich geworden ist? (Heiterkeit.)
Die Frage der Stabilisierung des Kapitalismus. Sinowjew ist hier über Bucharins Thesen hergefallen und hat behauptet, die Thesen wichen in der Frage der Stabilisierung von der Position der Komintern ab. Das ist natürlich Unsinn. Damit hat Sinowjew nur seine Ignoranz in der Frage der Stabilisierung, in der Frage des Weltkapitalismus bewiesen. Sinowjew glaubt, da es nun einmal eine Stabilisierung gibt, sei die Sache der Revolution verloren. Er begreift nicht, dass die Krise des Kapitalismus und die Vorbereitung seines Untergangs aus der Stabilisierung erwachsen. Ist es etwa nicht Tatsache, dass der Kapitalismus in letzter Zeit seine Technik vervollkommnet und rationalisiert hat und dadurch gewaltige Warenmengen erzeugt, die nicht realisiert werden können? Ist es etwa nicht Tatsache, dass die kapitalistischen Regierungen sich immer mehr faschisieren, wobei sie zu Angriffen gegen die Arbeiterklasse übergehen und ihre Positionen zeitweilig festigen? Folgt aus diesen Tatsachen, dass die Stabilisierung zu einer dauerhaften Stabilisierung geworden ist? Natürlich nicht! Im

Gegenteil, gerade diese Tatsachen führen zur Verschärfung der Krise des Weltkapitalismus, die unvergleichlich tiefer ist als die Krise vor dem letzten imperialistischen Krieg.
Gerade die Tatsache, dass sich die kapitalistischen Regierungen faschisieren, gerade diese Tatsache führt zur Verschärfung der inneren Lage in den kapitalistischen Ländern und zu revolutionären Aktionen der Arbeiter (Wien, England).
Gerade die Tatsache, dass der Kapitalismus die Technik rationalisiert und eine gewaltige Menge von Waren erzeugt, die der Markt nicht absorbieren kann, gerade diese Tatsache führt dazu, dass sich der Kampf um die Absatzmärkte, um die Märkte für die Kapitalausfuhr im Lager der Imperialisten verschärft, dass die Voraussetzungen für einen neuen Krieg, für eine abermalige Neuaufteilung der Welt entstehen.
Ist es etwa schwer zu begreifen, dass das ungeheure Anwachsen der Produktionsmöglichkeiten des Kapitalismus bei der bekannten Begrenztheit des Weltmarkts und der Stabilität der „Einflusssphären" den Kampf um die Märkte verstärkt und die Krise des Kapitalismus vertieft?
Der Kapitalismus könnte diese Krise beheben, wenn er die Löhne der Arbeiter um ein Mehrfaches erhöhen, wenn er die materielle Lage der Bauernschaft ernstlich verbessern, wenn er auf diese Weise die Kaufkraft der Millionen Werktätigen ernstlich heben und die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes erweitern könnte. Aber dann wäre der Kapitalismus nicht Kapitalismus. Eben weil der Kapitalismus das nicht tun kann, eben weil der Kapitalismus seine „Einkünfte" nicht für die Hebung des Wohlstands der Mehrheit der Werktätigen, sondern für die Verstärkung ihrer Ausbeutung und für die Kapitalausfuhr in weniger entwickelte Länder verwendet, um noch größere „Einkünfte" zu erzielen - eben deshalb erzeugt der Kampf um die Absatzmärkte, der Kampf um die Märkte für Kapitalausfuhr einen verzweifelten Kampf um eine Neuaufteilung der Welt und der Einflusssphären, einen Kampf, der einen neuen imperialistischen Krieg bereits unvermeidlich gemacht hat.
Warum blicken gewisse imperialistische Kreise mit scheelen Augen auf die UdSSR und organisieren eine Einheitsfront gegen sie? Weil die UdSSR ein großartiger Markt für Absatz und Kapitalausfuhr ist. Warum intervenieren dieselben imperialistischen Kreise in China? Weil China ein großartiger Markt für Absatz und Kapitalausfuhr ist. Und so weiter und so fort. Eben darin liegen Ursache und Quelle der Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges, ganz gleich, ob er zwischen einzelnen imperialistischen Koalitionen oder gegen die UdSSR entbrennt.
Das Unglück der Opposition besteht darin, dass sie diese einfachen, elementaren Dinge nicht begreift.
Die Frage der Verteidigung unseres Landes. Und jetzt gestatten Sie mir, auf die letzte Frage einzugehen, auf die Frage, wie unsere Opposition sich anschickt, die UdSSR zu verteidigen.
Genossen! Den Prüfstein für das revolutionäre Wesen dieser oder jener Gruppe, dieser oder jener Strömung, dieser oder jener Partei bilden nicht die von ihnen abgegebenen Erklärungen oder Deklarationen. Den Prüfstein für das revolutionäre Wesen bilden die Taten, die praktische Tätigkeit, die praktischen Pläne dieser oder jener Gruppe, dieser oder jener Strömung, dieser oder jener Partei. Man kann den Erklärungen und Deklarationen der Menschen, so effektvoll sie auch sein mögen, keinen Glauben schenken, wenn sie nicht durch die Tat bekräftigt und in die Tat umgesetzt werden.
Es gibt eine Frage, die die Markscheide zwischen allen möglichen Gruppen, Strömungen und Parteien bildet und der Prüfstein für ihr revolutionäres oder antirevolutionäres Wesen ist. Diese Frage ist gegenwärtig die Frage der Verteidigung der UdSSR, die Frage des bedingungslosen, vorbehaltlosen Schutzes der UdSSR vor Überfällen des Imperialismus.
Ein Revolutionär ist, wer ohne Vorbehalte, bedingungslos, offen und ehrlich, ohne militärische Geheimberatungen bereit ist, die UdSSR zu schützen und zu verteidigen, denn die UdSSR ist der erste revolutionäre proletarische Staat in der Welt, der den Sozialismus

aufbaut. Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist; diese revolutionäre Bewegung zu schützen und voranzubringen ist aber nicht möglich, ohne die UdSSR zu schützen. Denn wer die internationale revolutionäre Bewegung zu schützen gedenkt und dabei die UdSSR nicht schützen will oder sich gegen sie stellt, der stellt sich gegen die Revolution, der gleitet unwiderruflich ins Lager der Feinde der Revolution hinab.
Angesichts der Kriegsgefahr sind jetzt zwei Lager entstanden und dementsprechend zwei Positionen: die Position des bedingungslosen Schutzes der UdSSR und die Position des Kampfes gegen die UdSSR. Zwischen ihnen gilt es, die Wahl zu treffen, denn eine dritte Position gibt es nicht und kann es nicht geben. Neutralität in dieser Sache, Schwanken, Vorbehalte, Suchen nach einer dritten Position bedeuten den Versuch, sich der Verantwortung zu entziehen, dem bedingungslosen Kampf für den Schutz der UdSSR aus dem Wege zu gehen, in einem für die Verteidigung der UdSSR höchst entscheidenden Moment fahnenflüchtig zu werden. Was aber bedeutet, sich der Verantwortung zu entziehen? Das bedeutet, unmerklich ins Lager der Gegner der UdSSR hinab zu gleiten.
So steht jetzt die Frage.
Wie ist es um die Opposition vom Gesichtspunkt der Verteidigung, des Schutzes der UdSSR bestellt?
Gestatten Sie, da wir uns schon einmal damit beschäftigen, auf den bekannten Brief Trotzkis an die ZKK zu verweisen, um Ihnen die Verteidigungs“theorie“, die Verteidigungslosung vor Augen zu führen, die Trotzki für den Fall eines Krieges gegen die UdSSR bereithält. Genosse Molotow hat in seiner Rede schon eine Stelle aus diesem Brief zitiert, aber er hat die betreffende Stelle nicht vollständig zitiert. Gestatten Sie, dass ich sie vollständig anführe.
Trotzki fasst Defätismus und Vaterlandsverteidigung so auf:

„Was ist Defätismus? Eine Politik, die darauf gerichtet ist, zur Niederlage des ‚eigenen’ Staates, der sich in den Händen einer feindlichen Klasse befindet, beizutragen. Jede andere Auffassung und Auslegung des Defätismus wäre eine Verfälschung. Wenn also zum Beispiel jemand sagt, die politische Linie ungebildeter und gewissenloser Plagiatoren müsse, eben im Interesse des Sieges des Arbeiterstaates, wie Kehricht hinweggefegt werden, so wird er deshalb noch keineswegs zum ‚Defätisten’. Im Gegenteil, unter den gegebenen konkreten Bedingungen ist er gerade der wahre Wortführer der revolutionären Vaterlandsverteidigung: ideologischer Kehricht führt nicht zum Sieg!
Beispiele, und zwar sehr lehrreiche, könnte man in der Geschichte anderer Klassen finden. Führen wir nur eins an. An der Spitze der französischen Bourgeoisie stand zu Beginn des imperialistischen Krieges eine Regierung ohne Steuer und ohne Segel. Die Gruppe Clemenceau stand in Opposition zu dieser Regierung. Ungeachtet des Krieges und der Militärzensur, ja sogar ungeachtet dessen, dass die Deutschen 80 Kilometer vor Paris standen (Clemenceau sagte: ‚Eben deshalb’), führte er einen wütenden Kampf gegen die kleinbürgerliche Schlaffheit und Unentschlossenheit, für imperialistische Brutalität und Rücksichtslosigkeit. Clemenceau verriet seine Klasse, die Bourgeoisie, nicht, im Gegenteil, er diente ihr treuer, standhafter, entschlossener, klüger als Viviani,. Painleve und Konsorten. Das hat der weitere Verlauf der Ereignisse bewiesen. Die Gruppe Clemenceau kam zur Macht und sicherte der französischen Bourgeoisie durch ihre konsequentere, räuberischere imperialistische Politik den Sieg. Gab es französische Zeitungsskribenten, die die Gruppe Clemenceau als Defätisten bezeichneten? Sicher gab es sie: Dummköpfe und Verleumder treiben sich im Tross aller Klassen herum. Aber sie haben nicht immer die Möglichkeit, die gleiche bedeutende Rolle zu spielen.“ (Aus dem Brief Trotzkis an Genossen Ordshonikidse vom 11. Juli 1927.)

Da haben Sie die von Trotzki vorgeschlagene, mit Verlaub zu sagen,, „Theorie“ der Verteidigung der UdSSR.

„Kleinbürgerliche Schlaffheit und Unentschlossenheit“ - das verkörpert, wie man erfährt, die Mehrheit unserer Partei, die Mehrheit unseres ZK, die Mehrheit unserer Regierung. Clemenceau - das ist Trotzki mit seiner Gruppe. (Heiterkeit.) Wenn der Feind bis auf etwa 80 Kilometer an die Kremlmauern herangekommen ist, dann wird dieser neu erstandene Clemenceau, dieser Operetten-Clemenceau, wie sich herausstellt, darauf bedacht sein, zunächst die jetzige Mehrheit zu stürzen, eben weil der Feind 80 Kilometer vor dem Kreml steht, und dann wird er sich um die Verteidigung kümmern. Und wenn es unserem Operetten-Clemenceau gelingt, das zu vollbringen, so wird dies, wie sich herausstellt, eben die wahre und bedingungslose Verteidigung der UdSSR sein.
Um das aber vollbringen zu können, wird er, Trotzki, das heißt Clemenceau, darauf bedacht sein, diesen „Kehricht“ vorher „im Interesse des Sieges des Arbeiterstaates“ „hinwegzufegen“. Was ist das aber für „Kehricht“? Das ist, so erfährt man, die Mehrheit der Partei, die Mehrheit des ZK, die Mehrheit der Regierung.
Es stellt sich also heraus, dass sich dieser Operetten-Clemenceau, wenn der Feind bis auf eine Entfernung von 80 Kilometer an den Kreml herangekommen ist, nicht damit befassen wird, die UdSSR zu verteidigen, sondern die jetzige Mehrheit der Partei zu stürzen. Und das nennt er Verteidigung!
Es mutet freilich etwas lächerlich an, wenn diese kleine Don-Quichotte-Gruppe, die im Verlauf von vier Monaten kaum an die tausend Stimmen zusammengebracht hat, wenn diese kleine Gruppe der Millionenpartei droht: „Ich werde dich hinwegfegen.“ Sie können sich ein Urteil bilden, in welch kläglichem Zustand sich die Gruppe Trotzkis befindet, wenn sie, nachdem sie vier Monate lang im Schweiße ihres Angesichts gearbeitet hat, kaum an die tausend Unterschriften zusammenzubringen vermochte. Ich glaube, dass eine beliebige Gruppe von Oppositionellen einige Tausend Unterschriften zusammenbringen könnte, wenn sie zu arbeiten verstünde. Ich wiederhole: Es mutet lächerlich an, wenn diese kleine Gruppe, in der es mehr Führer als Soldaten gibt (Heiterkeit), die volle vier Monate gearbeitet und kaum an die tausend Unterschriften gesammelt hat, wenn diese Gruppe einer Millionenpartei droht: „Ich werde dich hinwegfegen.“ (Heiterkeit.)
Und wie könnte es die kleine fraktionelle Gruppe bewerkstelligen, eine Millionenpartei „hinwegzufegen“? Glauben vielleicht die Genossen von der Opposition, dass die jetzige Mehrheit der Partei, die Mehrheit des ZK eine zufällige sei, dass sie keine Wurzeln in der Partei, dass sie keine Wurzeln in der Arbeiterklasse habe, dass sie sich von einem Operetten-Clemenceau freiwillig „hinwegfegen“ lasse? Nein, diese Mehrheit ist keine zufällige. Sie hat sich von Jahr zu Jahr, im Laufe der Entwicklung unserer Partei, herausgebildet, sie ist erprobt im Feuer des Kampfes, während des Oktober, nach dem Oktober, während des Bürgerkrieges, während des Aufbaus des Sozialismus.
Um eine solche Mehrheit „hinwegzufegen“, muss man einen Bürgerkrieg in der Partei beginnen. Und Trotzki gedenkt nun, in dem Augenblick, wenn der Feind 80 Kilometer vor dem Kreml steht, einen Bürgerkrieg in der Partei zu beginnen. Weiter, scheint’s, kann man nicht mehr gehen...
Und die jetzigen Führer der Opposition? Haben sie denn nicht bewiesen, wer sie sind? Ist es denn Zufall, dass sie, die einst wichtigste Posten in unserer Partei innehatten, sich dann als Renegaten erwiesen? Muss denn noch bewiesen werden, dass dieser Umstand nicht als Zufall betrachtet werden kann? Und Trotzki will nun mit Hilfe der kleinen Gruppe, die die Plattform der Opposition unterschrieben hat, das Rad der Geschichte unserer Partei in dem Augenblick zurückdrehen, wenn der Feind 80 Kilometer vor dem Kreml steht, wobei es heißt, dass ein Teil der Genossen die Plattform der Opposition unterschrieben haben, weil sie dachten: Wenn du unterschreibst, wirst du im Krieg nicht eingezogen. (Heiterkeit.)
Nein, verehrtester Trotzki, Sie täten besser daran, nicht von „Hinwegfegen des Kehrichts“ zu reden. Sie täten besser daran, nicht davon zu reden, da diese Worte ansteckend wirken. Wenn die Mehrheit von Ihrer Methode, den Kehricht hinwegzufegen, „angesteckt“ wird, dann weiß

ich nicht, ob das der Opposition gut bekommen würde. Und es ist ja nicht ausgeschlossen, dass die Mehrheit des ZK von einer solchen Methode „angesteckt“ wird und jemand „hinwegfegt“.
Reden über Hinwegfegen sind nicht immer erwünscht und ungefährlich, da sie die Mehrheit unseres ZK „anstecken“ und sie zwingen könnten, jemand „hinwegzufegen“. Und wenn Trotzki den Besen gegen die Partei und ihre Mehrheit zu gebrauchen gedenkt, ist es dann verwunderlich, wenn die Partei diesen Besen umdreht und ihn gegen die Opposition gebraucht?
Jetzt wissen wir, wie die Opposition die UdSSR zu verteidigen gedenkt. Die ihrem Wesen nach defätistische Theorie Trotzkis über Clemenceau, die von der gesamten Opposition unterstützt wird, beweist uns das deutlich genug.
Es ergibt sich also, dass man, um die Verteidigung der UdSSR zu sichern, vor allem das Clemenceausche Experiment durchführen müsse.
Das ist sozusagen der erste Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der UdSSR.
Der zweite Schritt zur Verteidigung der UdSSR besteht, wie sich herausstellt, darin, unsere Partei für zentristisch zu erklären. Die Tatsache, dass unsere Partei einen Kampf sowohl gegen die linke Abweichung vom Kommunismus (Trotzki - Sinowjew) als auch gegen die rechte Abweichung vom Kommunismus (Smirnow-Sapronow) führt, diese Tatsache wird, wie sich herausstellt, von unserer bornierten Opposition als Zentrismus gewertet.
Diese sonderbaren Käuze haben, wie sich herausstellt, vergessen, dass wir, indem wir den Kampf gegen beide Abweichungen führen, nur das Vermächtnis Lenins erfüllen, der auf dem entschiedenen Kampf sowohl gegen den „linken Doktrinarismus“ als auch gegen den „rechten Opportunismus“ unbedingt bestand.
Die Führer der Opposition haben mit dem Leninismus gebrochen, haben das Vermächtnis Lenins der Vergessenheit preisgegeben. Die Führer der Opposition wollen nicht zugeben, dass ihr Block, der oppositionelle Block, ein Block der Träger der linken und der rechten Abweichungen vom Kommunismus ist. Sie wollen nicht zugeben, dass ihr jetziger Block die Wiederherstellung des bekannten Trotzkischen Augustblocks unseligen Angedenkens auf neuer Grundlage ist. Sie wollen nicht begreifen, dass eben dieser Block die Gefahr der Entartung in sich birgt. Sie wollen nicht zugeben, dass die Vereinigung der „Ultralinken“ vom Schlage solcher abgefeimten Gauner und Konterrevolutionäre wie Maslow und Ruth Fischer mit den georgischen Vertretern der nationalistischen Abweichung in einem Lager den schlimmsten Abklatsch des liquidatorischen Augustblocks darstellt.
Um also die Verteidigung in Gang zu bringen, muss man, wie sich herausstellt, unsere Partei für zentristisch erklären und versuchen, ihr die Anziehungskraft, die sie auf die Arbeiter ausübt, zu nehmen.
Das ist sozusagen der zweite Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der UdSSR.
Der dritte Schritt zur Verteidigung der UdSSR besteht, wie sich herausstellt, darin, unsere Partei für nicht existierend zu erklären und sie als „Fraktion Stalins“ hinzustellen. Was wollen die Oppositionellen damit sagen? Sie wollen damit sagen, dass es keine Partei gibt, wohl aber eine „Fraktion Stalins“. Sie wollen damit sagen, dass die Beschlüsse der Partei für sie nicht bindend sind und dass sie diese Beschlüsse stets und ständig durchbrechen können. Sie wollen sich damit den Kampf gegen unsere Partei erleichtern. Zwar haben sie diese Waffe dem Arsenal des menschewistischen „Sozialistitscheski Wjestnik“[25] und der bürgerlichen „Rulj“[26] entnommen. Zwar ist es eines Kommunisten unwürdig, Waffen bei den Menschewiki und bei bürgerlichen Konterrevolutionären zu entnehmen. Aber was kümmert sie das? Der Opposition sind alle Mittel recht, wenn nur der Kampf gegen die Partei geführt wird.

Um also die Verteidigung der UdSSR vorzubereiten, muss man, wie sich herausstellt, die Partei für nicht existierend erklären, dieselbe Partei, ohne die überhaupt keine Verteidigung denkbar ist.
Das ist sozusagen der dritte Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der UdSSR.
Der vierte Schritt zur Verteidigung der UdSSR besteht, wie sich herausstellt, darin, die Komintern zu spalten, in Deutschland eine neue Partei zu organisieren mit den abgefeimten Gaunern und Konterrevolutionären Ruth Fischer und Maslow an der Spitze und dadurch die Unterstützung der UdSSR seitens des westeuropäischen Proletariats zu erschweren.
Um also die Verteidigung der UdSSR vorzubereiten, muss man, wie sich herausstellt, die Komintern spalten.
Das ist sozusagen der vierte Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der UdSSR.
Der fünfte Schritt zur Verteidigung der UdSSR besteht, wie sich herausstellt, darin, unserer Partei thermidorianische Tendenzen zuzuschreiben, sie zu spalten und mit dem Aufbau einer neuen Partei zu beginnen. Denn wenn wir keine Partei haben, wenn es nur eine „Stalinsche Fraktion“ gibt, deren Beschlüsse für die Mitglieder der Partei nicht bindend sind, wenn diese Fraktion thermidorianisch ist - obwohl es dumm und töricht ist, von Thermidorianertum in unserer Partei zu sprechen -, was bleibt dann zu tun übrig?
Um also die Verteidigung der UdSSR in Gang zu bringen, muss man, wie sich herausstellt, unsere Partei spalten und sich mit der Organisierung einer neuen Partei befassen.
Das ist sozusagen der fünfte Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der UdSSR.
Da haben Sie die fünf wichtigsten Maßnahmen, die die Opposition zur Verteidigung der UdSSR vorschlägt.
Muss noch bewiesen werden, dass alle diese Maßnahmen der Opposition mit der Verteidigung unseres Landes, mit der Verteidigung des Herdes der Weltrevolution nichts gemein haben?
Und diese Leute wollen, dass wir ihre defaitistischen, halbmenschewistischen Artikel in unserer Parteipresse veröffentlichen! Wofür halten sie uns eigentlich? Haben wir etwa bei uns schon eine Presse“freiheit“ für alle, „von den Anarchisten bis zu den Monarchisten“? Die gibt es nicht und wird es nicht geben. Warum veröffentlichen wir keine menschewistischen Artikel? Weil es bei uns keine Presse“freiheit“ für antileninistische, antisowjetische Strömungen „von den Anarchisten bis zu den Monarchisten“ gibt.
Was wollen die Oppositionellen, die auf Veröffentlichung ihrer halbmenschewistischen, defätistischen Artikel bestehen? Sie wollen der bürgerlichen Presse„freiheit“ ein Hintertürchen öffnen, wobei sie nicht sehen, dass sie dadurch die antisowjetischen Elemente beleben, deren Druck auf die Diktatur des Proletariats verstärken und der bürgerlichen „Demokratie“ den Weg bahnen. An eine Tür klopfen sie, eine andere aber öffnen sie.
Folgendes schreibt Herr Dan über die Opposition:

„Die russischen Sozialdemokraten würden eine solche Legalisierung der Opposition aufs wärmste begrüßen, obwohl sie mit deren positivem Programm nichts gemein haben. Sie würden die Legalität des politischen Kampfes, die offene Selbstliquidierung der Diktatur und den Übergang zu neuen politischen Formen, die einer breiten Arbeiterbewegung freie Bahn geben, begrüßen.“ („Sozialistitscheski Wjestnik“ Nr. 13, Juli 1927.)

„Die offene Selbstliquidierung der Diktatur“, das ist es, Genossen von der Opposition, was die Feinde der UdSSR von Ihnen erwarten und wohin Ihre Politik führt.
Genossen! Wir stehen vor zwei Gefahren: der Kriegsgefahr, die zu einer Kriegsdrohung geworden ist, und der Gefahr der Entartung einiger Glieder unserer Partei. Zur Vorbereitung der Verteidigung schreitend, müssen wir eine eiserne Disziplin in unserer Partei schaffen.

Ohne diese Disziplin ist eine Verteidigung unmöglich. Wir müssen die Parteidisziplin festigen, wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Partei desorganisieren. Wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Bruderparteien im Westen und im Osten spalten. (Beifall.) Wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Bruderparteien im Westen spalten und dabei von solchen abgefeimten Gaunern wie Souvarine, Ruth Fischer, Maslow, dem Wirrkopf Treint unterstützt werden.
Nur so, nur auf diese Weise können wir dem Krieg wohl gerüstet begegnen, wobei wir gleichzeitig bemüht sind, durch gewisse materielle Opfer, die wir auf uns nehmen, den Krieg hinauszuzögern, Zeit zu gewinnen, uns vom Kapitalismus loszukaufen.
Das müssen wir tun, und das werden wir tun. Die zweite Gefahr ist die Gefahr der Entartung.
Woher droht sie? Von dort (zeigt auf die Opposition). Diese Gefahr muss liquidiert werden. (Anhaltender Beifall.)

REDE AM 5. AUGUST

Genossen! Sinowjew hat sich diesem Plenum gegenüber höchst illoyal verhalten, als er in seiner Rede auf die bereits entschiedene Frage der internationalen Lage zurückkam.
Wir behandeln jetzt den vierten Punkt der Tagesordnung, „Über die Verletzung der Parteidisziplin durch Trotzki und Sinowjew“. Sinowjew indes umgeht den zur Diskussion stehenden Punkt, kommt auf die Frage der internationalen Lage zurück und versucht, eine bereits entschiedene Frage erneut zur Diskussion zu stellen. Dabei richtet er in seiner Rede die Frage mit ihrer Spitze gegen Stalin und vergisst, dass wir nicht über Stalin diskutieren, sondern über die Verletzung der Parteidisziplin durch Sinowjew und Trotzki.
Ich sehe mich daher veranlasst, in meiner Rede auf einige Seiten der bereits entschiedenen Frage zurückzukommen, um die Haltlosigkeit der Ausführungen Sinowjews aufzuzeigen.
Ich bitte um Entschuldigung, Genossen, aber ich werde auch einige Worte zu den Ausfällen Sinowjews gegen Stalin sagen müssen. (Zurufe: „Wir bitten darum!“)
Erstens. Sinowjew hat in seiner Rede aus irgendeinem Grunde an die Schwankungen Stalins im März 1917 erinnert und dabei ganze Märchen zusammengedichtet. Ich habe niemals geleugnet, dass bei mir im März 1917 gewisse Schwankungen aufgetreten waren, dass diese Schwankungen insgesamt ein bis zwei Wochen anhielten, dass diese Schwankungen mit der Ankunft Lenins im April 1917 aufhörten, und auf der Aprilkonferenz im Jahre 1917 stand ich in einer Front mit Genossen Lenin gegen Kamenew und seine oppositionelle Gruppe. Über alles das habe ich mehrmals in unserer Parteipresse geschrieben. (Siehe „Auf dem Wege zum Oktober“, „Trotzkismus oder Leninismus?“ u. a.)
Ich habe mich niemals für unfehlbar gehalten und halte mich nicht für unfehlbar. Nicht nur meine Fehler, auch flüchtige Schwankungen habe ich nie verheimlicht. Aber man darf auch nicht verheimlichen, dass ich nie auf meinen Fehlern beharrt und nie, von meinen flüchtigen Schwankungen ausgehend, eine Plattform, eine besondere Gruppe usw. geschaffen habe.
Aber was hat diese Frage mit der zur Diskussion stehenden Frage der Verletzung der Parteidisziplin durch Sinowjew und Trotzki zu tun? Weshalb umgeht Sinowjew die zur Diskussion stehende Frage und greift auf Erinnerungen an den März 1917 zurück? Sollte er wirklich seine eigenen Fehler, seinen Kampf gegen Lenin und seine besondere Plattform gegen die Partei Lenins im August, im September, Oktober, November 1917 vergessen haben? Oder glaubt Sinowjew vielleicht, durch Erinnerungen an die Vergangenheit die jetzt zur Diskussion stehende Frage der Verletzung der Parteidisziplin durch Sinowjew und Trotzki in den Hintergrund drängen zu können? Nein, dieser Trick wird Sinowjew nicht gelingen.
Zweitens. Sinowjew hat ferner ein Zitat aus meinem Brief angeführt, den ich ihm im Sommer 1923, einige Monate vor der deutschen Revolution von 1923, geschrieben hatte. Ich erinnere mich nicht an die Geschichte dieses Briefes. Eine Kopie dieses Briefes besitze ich nicht und kann deshalb nicht mit Sicherheit sagen, dass Sinowjew ihn richtig zitiert hat. Ich habe ihn, glaube ich, Ende Juli oder Anfang August 1923 geschrieben. Aber ich muss sagen, dass dieser Brief zweifellos von Anfang bis Ende richtig ist. Mit der Berufung auf diesen Brief will Sinowjew offenbar sagen, dass ich mich gegenüber der deutschen Revolution von 1923 überhaupt skeptisch verhalten habe. Das ist natürlich Unsinn.
In dem Brief wurde vor allem die Frage der sofortigen Nachtergreifung durch die Kommunisten berührt. Im Juli oder Anfang August 1923 bestand in Deutschland noch nicht jene tiefe revolutionäre Krise, die Millionenmassen auf die Beine bringt, das Paktierertum der Sozialdemokratie entlarvt, die Bourgeoisie vollends desorganisiert und die Frage der sofortigen Machtergreifung durch die Kommunisten auf die Tagesordnung setzt. Natürlich konnte bei der Lage im Juli-August in Deutschland keine Rede sein von einer sofortigen Machtergreifung durch die Kommunisten, die noch dazu in den Reihen der Arbeiterklasse in der Minderheit waren.

Ist ein solcher Standpunkt richtig? Ich denke, er ist richtig. Denselben Standpunkt vertrat damals das Politbüro.
Die zweite in dem Brief berührte Frage betrifft die Demonstration der kommunistischen Arbeiter in dem Augenblick, als die bewaffneten Faschisten danach trachteten, die Kommunisten zu einer vorzeitigen Aktion zu provozieren. Ich trat damals dafür ein, dass die Kommunisten sich nicht provozieren lassen dürfen. Und nicht nur ich, sondern das gesamte Politbüro vertrat diesen Standpunkt.
Aber zwei Monate später vollzieht sich in Deutschland eine schroffe Veränderung der Lage in der Richtung, dass sich die revolutionäre Krise verschärft. Poincare unternimmt einen militärischen Angriff auf Deutschland; die Finanzkrise in Deutschland nimmt katastrophalen Charakter an; innerhalb der deutschen Regierung beginnen Zerfall und ständiger Ministerwechsel; die revolutionäre Welle steigt und droht die Sozialdemokratie zu sprengen; es beginnt ein Massenübertritt der Arbeiter von der Sozialdemokratie zu den Kommunisten; die Frage der Machtergreifung durch die Kommunisten tritt auf die Tagesordnung. In dieser Situation trat ich, ebenso wie die anderen Mitglieder der Kommission der Komintern, entschieden und bestimmt für die sofortige Machtergreifung durch die Kommunisten ein.
Bekanntlich gab es in der damals geschaffenen deutschen Kommission der Komintern, der Sinowjew, Bucharin, Stalin, Trotzki, Radek und eine Reihe deutscher Genossen angehörten, eine Anzahl konkreter Beschlüsse über die direkte Hilfe für die deutschen Genossen bei der Machtergreifung.
Stimmten die Mitglieder dieser Kommission in jener Zeit in allem miteinander überein? Nein, das war nicht der Fall. Die Meinungsverschiedenheiten gingen damals um die Frage der Organisierung von Sowjets in Deutschland. Ich und Bucharin behaupteten, dass die Betriebsräte die Sowjets nicht ersetzen können, und schlugen die sofortige Organisierung proletarischer Sowjets in Deutschland vor. Trotzki und Radek, sowie auch einige deutsche Genossen, waren gegen die Organisierung von Sowjets, da sie glaubten, dass die Betriebsräte für die Übernahme der Macht ausreichen würden. Sinowjew schwankte zwischen diesen beiden Gruppen.
Beachten Sie, Genossen, damals war nicht von China die Rede, wo es insgesamt nur einige Millionen Proletarier gibt, sondern von Deutschland, einem industriell hochentwickelten Land, wo es damals etwa 15 Millionen Proletarier gab.
Womit endeten damals diese Meinungsverschiedenheiten? Damit, dass Sinowjew auf die Seite Trotzkis und Radeks überlief und die Frage der Sowjets negativ entschieden wurde.
Sinowjew hat zwar diese seine Sünden später reumütig zugegeben. Aber das schafft nicht die Tatsache aus der Welt, dass Sinowjew damals in einer der grundlegenden Fragen der deutschen Revolution auf dem rechten, dem opportunistischen Flügel stand, während Bucharin und Stalin auf dem revolutionären, dem kommunistischen Flügel standen.
Folgendes hat Sinowjew später darüber gesagt:

„In der Frage der Sowjets“ (in Deutschland. J. St.) „haben wir einen Fehler begangen, als wir Trotzki und Radek nachgaben. Jedesmal, wenn man in diesen Fragen nachgibt, überzeugt man sich davon, dass man einen Fehler begeht. Damals konnten keine Arbeitersowjets geschaffen werden, aber dies war der Prüfstein, um festzustellen, ob es sich um eine sozialdemokratische oder um eine kommunistische Einstellung handelte. Wir hätten in dieser Frage nicht nachgeben dürfen. Das Nachgeben war ein Fehler unserseits. So verhält es sich mit dieser Sache, Genossen.“ (Stenographisches Protokoll der 5. Sitzung des Präsidiums des EKKI mit den Vertretern der KP Deutschlands am 19. Januar 1924, S.70.)

Sinowjew spricht in diesem Zitat davon, dass „wir einen Fehler begingen“. Wer ist das „wir“? Es gab damals kein „wir“ und konnte es nicht geben. Einen Fehler begangen hat, um es genau zu sagen, Sinowjew, der auf die Seite Trotzkis und Radeks überlief und ihre falsche Position bezog.

Das sind die Tatsachen.
Sinowjew sollte lieber nicht an die deutsche Revolution von 1923 erinnern und sich vor dem Plenum blamieren, um so mehr, als die von ihm aufgeworfene Frage der deutschen Revolution, wie Sie sehen, gar nichts mit dem vierten Punkt der Tagesordnung des Plenums, den wir jetzt behandeln, zu tun hat.
Die Chinafrage. Sinowjew stellt die Dinge so hin, als habe Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den XIV. Parteitag angeblich China mit Amerika identifiziert. Das ist natürlich Unsinn. Von einer Identifizierung Chinas mit Amerika war in meinem Bericht überhaupt nicht die Rede und konnte keine Rede sein. In Wirklichkeit war in meinem Bericht lediglich vom Recht des chinesischen Volkes auf nationale Vereinigung und nationale Befreiung vom ausländischen Joch die Rede. Ich hatte die Frage mit ihrer Spitze gegen die imperialistische Presse gerichtet und gesagt: Wenn Sie, meine Herren Imperialisten, den nationalen Krieg in Italien, den nationalen Krieg in Amerika, den nationalen Krieg in Deutschland für die Vereinigung und für die Befreiung vom ausländischen Joch, zumindest in Worten, für richtig halten, inwiefern ist China schlechter als diese Länder, und warum hat das chinesische Volk kein Recht auf seine nationale Vereinigung und Befreiung?
Das habe ich in meinem Bericht gesagt, ohne dabei die Frage der Perspektiven und der Aufgaben der chinesischen Revolution vom Standpunkt des Kommunismus überhaupt zu berühren.
Ist eine solche Fragestellung im Kampf gegen die bürgerliche Presse berechtigt? Natürlich ist sie berechtigt. Sinowjew begreift diese einfache Sache nicht, aber daran ist schon seine eigene Begriffsstutzigkeit schuld, und sonst nichts.
Wie sich herausstellt, hält Sinowjew die Politik für falsch, die darauf gerichtet war, die Wuhaner Kuomintang zu einer Zeit, da sie revolutionär war, zum Kern der künftigen revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zu machen. Es fragt sich, was ist denn hieran falsch? Ist es etwa nicht Tatsache, dass die Wuhaner Kuomintang zu Beginn dieses Jahres revolutionär war? Warum ist denn Sinowjew so lärmend für eine „allseitige Unterstützung“ der Wuhaner Kuomintang eingetreten, wenn die Wuhaner Kuomintang nicht revolutionär war? Warum hat denn die Opposition geschworen, dass sie für das Verbleiben der Kommunistischen Partei in der Wuhaner Kuomintang ist, wenn diese damals nicht revolutionär war? Was wären denn Kommunisten wert, die der Wuhaner Kuomintang angehören und dort Einfluss haben, aber nicht versuchten, die Mitläufer aus den Reihen der Kuomintang voranzutreiben, und nicht den Versuch unternähmen, die Wuhaner Kuomintang zum Kern der revolutionär-demokratischen Diktatur zu machen? Ich würde sagen, dass solche Kommunisten keinen Groschen wert sind.
Dieser Versuch ist zwar nicht gelungen, da die Imperialisten und die Feudalherren Chinas sich im gegebenen Stadium als stärker erwiesen haben als die Revolution und die chinesische Revolution infolgedessen eine zeitweilige Niederlage erlitt. Aber folgt daraus etwa, dass die Politik der Kommunistischen Partei falsch war?
Im Jahre 1905 versuchten die russischen Kommunisten ebenfalls, die damals bestehenden Sowjets zum Kern der künftigen revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zu machen. Dieser Versuch gelang jedoch damals ebenfalls nicht, da das Verhältnis der Klassenkräfte ungünstig war, da sich der Zarismus und die Feudalherren als stärker erwiesen als die Revolution. Folgt daraus etwa, dass die Politik der Bolschewiki falsch war? Natürlich folgt das nicht daraus.
Sinowjew behauptet ferner, Lenin sei für die sofortige Organisierung von Sowjets der Arbeiterdeputierten in China gewesen. Dabei beruft sich Sinowjew auf Lenins Thesen zur kolonialen Frage, die auf dem II. Kongress der Komintern angenommen wurden. Aber hier führt Sinowjew die Partei einfach irre.
Es ist mehrmals in der Presse darüber gesprochen worden und muss hier wiederholt werden, dass in Lenins Thesen kein einziges Wort über Sowjets der Arbeiterdeputierten in China steht.

Es ist in der Presse mehrmals darüber gesprochen worden und muss hier wiederholt werden, dass Lenin in seinen Thesen nicht Sowjets der Arbeiterdeputierten meinte, sondern „Bauernsowjets", „Volkssowjets", „Sowjets der Werktätigen", wobei er ausdrücklich den Vorbehalt machte, dass es sich um solche Länder handelt, „in denen es kein oder fast kein Industrieproletariat gibt".

Kann man China zur Kategorie der Länder zählen, in denen es „kein oder fast kein Industrieproletariat gibt"? Natürlich kann man das nicht. Kann man in China Bauernsowjets, Sowjets der Werktätigen, Volkssowjets bilden, ohne vorher Klassensowjets der Arbeiterklasse zu bilden? Natürlich kann man das nicht. Wozu also betrügt die Opposition die Partei mit der Berufung auf Lenins Thesen?

Die Frage der Atempause. Lenin sagte im Jahre 1921, nach Beendigung des Bürgerkriegs, dass wir nunmehr eine gewisse Atempause vom Krieg hätten, eine Atempause, die zum Aufbau des Sozialismus benutzt werden müsse. Sinowjew hat jetzt an Stalin herumzunörgeln und behauptet, Stalin habe aus dieser Atempause eine Periode der Atempause gemacht, was angeblich der These von der Gefahr eines Krieges zwischen der UdSSR und den Imperialisten widerspricht.

Es braucht nicht betont zu werden, dass dies eine dumme und alberne Nörgelei von Sinowjew ist. Aber ist es etwa nicht Tatsache, dass wir nun schon seit sieben Jahren keine kriegerischen Zusammenstöße zwischen den Imperialisten und der UdSSR haben? Kann man diese siebenjährige Periode eine Periode der Atempause nennen? Natürlich kann und muss man sie so nennen. Lenin sprach wiederholt von der Periode des Brester Friedens, indes weiß ein jeder, dass diese Periode nicht länger als ein Jahr währte. Warum kann man die einjährige Periode des Brester Friedens eine Periode nennen, während man die siebenjährige Periode der Atempause nicht eine Periode der Atempause nennen darf? Wie kann man das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK mit einer so albernen und dummen Nörgelei aufhalten?

Über die Diktatur der Partei. Mehrmals ist in unserer Parteipresse darüber gesprochen worden, dass Sinowjew den Leninschen Begriff der „Diktatur" der Partei entstellt, indem er die Diktatur des Proletariats mit der Diktatur der Partei identifiziert. Mehrmals ist in unserer Parteipresse darüber gesprochen worden, dass Lenin unter „Diktatur" der Partei die Führung der Partei in Bezug auf die Arbeiterklasse verstand, das heißt nicht Gewaltanwendung seitens der Partei gegenüber der Arbeiterklasse, sondern Führung durch Überzeugung, durch politische Erziehung der Arbeiterklasse, und zwar Führung durch eine Partei, die die Führung mit anderen Parteien weder teilt noch teilen will.

Sinowjew begreift das nicht, er entstellt die Leninsche Auffassung. Durch die Entstellung der Leninschen Auffassung von der „Diktatur" der Partei aber macht Sinowjew, vielleicht ohne es selbst zu begreifen, den Weg frei für das Eindringen von „Araktschejewtum" in die Partei, für die Rechtfertigung der Verleumdung Lenins durch Kautsky, wonach Lenin angeblich eine „Diktatur der Partei über die Arbeiterklasse" errichtet hat. Kann man das gutheißen? Natürlich kann man das nicht. Aber wer ist denn schuld daran, wenn Sinowjew diese einfachen Dinge nicht begreift?

Über die nationale Kultur. Das, was Sinowjew hier über nationale Kultur zusammengeredet hat, sollte für alle Zeiten festgehalten werden, damit die Partei weiß, dass Sinowjew ein Gegner der Entwicklung der nationalen Kultur der Völker der UdSSR auf sowjetischer Grundlage, dass er in Wirklichkeit ein Anhänger der Kolonisationspolitik ist.

Wir hielten und halten die Losung der nationalen Kultur in einem Nationalitätenstaat in der Epoche der Herrschaft der Bourgeoisie für eine bürgerliche Losung. Warum? Weil die Losung der nationalen Kultur in einem solchen Staat in der Periode der Herrschaft der Bourgeoisie die geistige Unterwerfung der werktätigen Massen aller Nationalitäten unter die Führung der Bourgeoisie, unter ihre Herrschaft, unter ihre Diktatur bedeutet.

Nach der Machtergreifung durch das Proletariat haben wir die Losung der Entwicklung der nationalen Kultur der Völker der UdSSR auf der Grundlage der Sowjets proklamiert. Was

heißt das? Das heißt, dass wir die Entwicklung der nationalen Kultur unter den Völkern der UdSSR den Interessen und Erfordernissen des Sozialismus, den Interessen und Erfordernissen der proletarischen Diktatur, den Interessen und Bedürfnissen der Werktätigen aller Nationalitäten der UdSSR anpassen.
Heißt das, dass wir jetzt gegen die nationale Kultur überhaupt sind? Nein, das heißt es nicht. Das heißt lediglich, dass wir jetzt für die Entwicklung der nationalen Kultur der Völker der UdSSR, der nationalen Sprache, der Schule, der Presse usw. auf der Grundlage der Sowjets sind. Aber was bedeutet der Vorbehalt „auf der Grundlage der Sowjets"? Er bedeutet, dass die Kultur der Völker der UdSSR, die die Sowjetmacht entwickelt, ihrem Inhalt nach eine allen Werktätigen gemeinsame Kultur, eine sozialistische Kultur sein muss, während sie ihrer Form nach eine für jedes Volk der UdSSR unterschiedliche Kultur ist und sein wird, eine nationale Kultur, eine für die Völker der UdSSR entsprechend der Verschiedenheit in der Sprache und in den nationalen Besonderheiten unter-schiedliche Kultur. Darüber habe ich auch in meiner Rede in der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens vor ungefähr drei Jahren gesprochen[27]. In diesem Geiste hat unsere Partei auch die ganze Zeit hindurch gehandelt, indem sie die Entwicklung der nationalen Sowjetschulen, der nationalen Sowjetpresse und anderer kultureller Einrichtungen, die „Nationalisierung" des Parteiapparats, die „Nationalisierung" des Sowjetapparats usw. usf. förderte.
Eben deshalb hat Lenin in seinen Briefen an die in den nationalen Gebieten und Republiken tätigen Genossen dazu aufgefordert, die nationale Kultur dieser Gebiete und Republiken auf der Grundlage der Sowjets zu entwickeln.
Eben deshalb sind wir nach der Machtergreifung durch das Proletariat immer diesen Weg gegangen, eben deshalb ist es uns gelungen, ein internationales Gebäude zu errichten, das ohne Beispiel in der Welt dasteht und den Namen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken trägt.
Und Sinowjew glaubt nun, all das über den Haufen werfen, auslöschen, begraben zu können, indem er der nationalen Kultur den Krieg erklärt. Und dieses Kolonisatorengerede über die nationale Frage nennt er Leninismus! Ist das nicht lächerlich, Genossen!
Über den Aufbau des Sozialismus in einem Lande. Sinowjew und die Opposition überhaupt (Trotzki, Kamenew) klammern sich trotz einer Reihe schwerer Niederlagen in dieser Frage immer und immer wieder an diese Frage und stehlen dem Plenum die Zeit. Sie versuchen, die Sache so darzustellen, als wäre die These von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in der UdSSR keine Theorie Lenins, sondern eine „Theorie" Stalins.
Es braucht wohl kaum nachgewiesen zu werden, dass eine solche Behauptung der Opposition einen Versuch der Opposition darstellt, die Partei zu betrügen. Ist es etwa nicht Tatsache, dass gerade Lenin, und niemand anders, bereits im Jahre 1915 den Sieg des Sozialismus in einem Lande für möglich erklärte[28]? Ist es etwa nicht Tatsache, dass gerade Trotzki, und niemand anders, gleich damals gegen Lenin auftrat und die Erklärung Lenins als „nationale Beschränktheit" bezeichnete? Was hat denn das mit einer „Theorie" Stalins zu tun?
Ist es etwa nicht Tatsache, dass gerade Kamenew und Sinowjew, und niemand anders, im Jahre 1925 hinter Trotzki einher trotteten und Lenins Lehre von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande als „nationale Beschränktheit" bezeichneten? Ist es etwa nicht Tatsache, dass unsere Partei auf ihrer XIV. Konferenz eine besondere Resolution über die Möglichkeit des siegreichen Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR[29] angenommen hat, entgegen der halbmenschewistischen Theorie Trotzkis?
Warum übergehen Trotzki, Sinowjew und Kamenew diese Resolution der XIV. Parteikonferenz?
Ist es etwa nicht Tatsache, dass unsere Partei die Entschließung der XIV. Konferenz auf ihrem XIV. Parteitag bestätigt und diese Bestätigung mit ihrer Spitze gegen Kamenew und Sinowjew gerichtet hat[30]?

Ist es etwa nicht Tatsache, dass unsere XV. Parteikonferenz eine eingehend begründete Entschließung über die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in der UdSSR[31] angenommen und sie mit ihrer Spitze gegen den Oppositionsblock und dessen Haupt, Trotzki, gerichtet hat?
Ist es etwa nicht Tatsache, dass das VII. erweiterte Plenum des EKKI diese Resolution der XV. Konferenz der KPdSU(B) bestätigt und Trotzki, Sinowjew und Kamenew der sozialdemokratischen Abweichung überführt hat[32]?
Es fragt sich, was hat denn das mit einer „Theorie“ Stalins zu tun?
Hat denn Stalin jemals etwas anderes von der Opposition verlangt, als dass sie die Richtigkeit dieser Beschlüsse der höchsten Instanzen unserer Partei und der Komintern anerkennt?
Warum übergehen die Führer der Opposition alle diese Tatsachen, wenn sie ein reines Gewissen haben? Worauf spekulieren sie? Darauf, die Partei zu betrügen? Aber ist es etwa schwer, zu begreifen, dass es niemand gelingen wird, unsere bolschewistische Partei zu betrügen?
Das sind die Fragen, Genossen, die mit dem zur Diskussion stehenden Punkt über die Verletzung der Parteidisziplin durch Trotzki und Sinowjew eigentlich gar nichts zu tun haben, die Sinowjew aber trotzdem wieder hervorgeholt hat, um uns Sand in die Augen zu streuen und die zur Diskussion stehende Frage zu vertuschen.
Ich bitte nochmals um Entschuldigung, dass ich Ihre Zeit in Anspruch genommen und diese Fragen analysiert habe. Aber ich konnte nicht anders handeln, denn es gibt keinen anderen Weg, um unseren Oppositionellen die Lust auszutreiben, die Partei zu betrügen.

Jetzt aber, Genossen, gestatten Sie mir, von der „Verteidigung“ zum Angriff überzugehen.
Das eigentliche Unglück der Opposition besteht darin, dass sie bis zum heutigen Tage noch nicht begreifen kann, wodurch sie „es so weit gebracht hat“.
In der Tat, warum sind ihre Führer, die gestern noch zu den Führern der Partei zählten, „plötzlich“ Renegaten geworden? Wodurch ist das zu erklären? Die Opposition selbst möchte diese Tatsache gern mit Gründen persönlicher Art erklären: Stalin „hat nicht geholfen“, Bucharin „hat ein Bein gestellt“, Rykow „hat nicht unterstützt“, Trotzki „hat es verpasst“, Sinowjew „hat es übersehen“ und ähnliches. Aber diese billige ‘ „Erklärung“ enthält auch nicht die Spur einer Erklärung. Die Tatsache, dass die heutigen Führer der Opposition von der Partei isoliert sind, ist keine unbedeutende Tatsache. Noch weniger kann man sie als Zufall bezeichnen. Die Tatsache, dass die jetzigen Führer der Opposition der Partei abtrünnig geworden sind, hat tief liegende Ursachen. Offenbar sind Sinowjew, Trotzki und Kamenew durch irgend etwas auf die schiefe Bahn geraten, haben sie sich durch irgend etwas ernstlich versündigt - sonst hätte sich die Partei nicht von ihnen abgewandt, als von Renegaten. Und da erhebt sich die Frage: Wodurch sind die Führer der jetzigen Opposition auf die schiefe Bahn geraten, wodurch erklärt es sich, dass sie „es so weit gebracht haben“?
Die erste grundlegende Frage, in der sie auf die schiefe Bahn geraten sind, ist die Frage des Leninismus, die Frage der leninistischen Ideologie unserer Partei. Sie sind dadurch auf die schiefe Bahn geraten, dass sie versuchten und weiter versuchen, den Leninismus durch den Trotzkismus zu ergänzen, im Grunde genommen den Leninismus durch den Trotzkismus zu ersetzen. Das aber, Genossen, ist eine schwere Sünde der Führer der Opposition, die ihnen die Partei nicht verzeihen konnte noch verzeihen kann. Es ist klar, dass die Partei ihnen bei diesem Versuch, eine Wendung vom Leninismus zum Trotzkismus herbeizuführen, nicht folgen konnte, und infolgedessen sahen sich die Führer der Opposition von der Partei isoliert.
Was ist der jetzige Block der Trotzkisten mit den ehemaligen Leninisten aus der Opposition? Ihr jetziger Block ist der materielle Ausdruck des Versuchs, den Leninismus durch den Trotzkismus zu ergänzen. Das Wort „Trotzkismus“ ist nicht von mir erfunden. Es wurde erstmalig von Genossen Lenin gebraucht als etwas dem Leninismus Entgegengesetztes.

Worin besteht die Hauptsünde des Trotzkismus? Die Hauptsünde des Trotzkismus besteht darin, dass er nicht an die Kraft und an die Fähigkeit des Proletariats der UdSSR glaubt, die Bauernschaft, die Hauptmassen der Bauernschaft, zu führen sowohl im Kampf für die Festigung der Macht des Proletariats als auch insbesondere im Kampf für den Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande.

Die Hauptsünde des Trotzkismus besteht darin, dass er die Leninsche Idee der Hegemonie des Proletariats (in Bezug auf die Bauernschaft) beider Erkämpfung und Festigung der Diktatur des Proletariats, bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in den einzelnen Ländern nicht begreift und, im Grunde genommen, nicht anerkennt.

Waren diese organischen Mängel des Trotzkismus den früheren Leninisten Sinowjew und Kamenew bekannt? Ja, sie waren ihnen bekannt. Gestern noch haben sie an allen Ecken und Enden geschrieen, der Leninismus sei eins und der Trotzkismus etwas anderes. Gestern noch haben sie geschrieen, der Trotzkismus sei unvereinbar mit dem Leninismus. Aber sie brauchten nur mit der Partei in Konflikt zu geraten und in der Minderheit zu bleiben, und schon vergaßen sie das alles und wandten sich dem Trotzkismus zu, um gemeinsam mit ihm gegen die Leninsche Partei, gegen ihre Ideologie, gegen den Leninismus zu kämpfen.

Sie erinnern sich wahrscheinlich unseres Streits auf dem XIV. Parteitag. Worüber stritten wir damals mit der so genannten „neuen Opposition“? Über die Rolle und Bedeutung des Mittelbauern, über die Rolle und Bedeutung der Hauptmassen der Bauernschaft, über die Möglichkeit, dass das Proletariat ungeachtet der technischen Rückständigkeit unseres Landes die Hauptmassen der Bauernschaft beim sozialistischen Aufbau führt.

Mit anderen Worten: Wir stritten mit ihnen darüber, worüber unsere Partei seit langem mit dem Trotzkismus streitet. Sie wissen, dass das Ergebnis des Streits auf dem XIV. Parteitag für die „neue Opposition“ kläglich war. Sie wissen, dass die „neue Opposition“ im Ergebnis dieses Streits in der grundlegenden Frage, in der Frage der Leninschen Idee der Hegemonie des Proletariats in der Epoche der proletarischen Revolution, ins Lager des Trotzkismus hinüberwechselte. Auf diesem Boden entstand auch der so genannte Oppositionsblock der Trotzkisten mit den ehemaligen Leninisten aus der Opposition.

War der „neuen Opposition“ bekannt, dass der V. Kongress der Komintern den Trotzkismus als kleinbürgerliche Abweichung charakterisiert hat[33] Natürlich war ihr das bekannt. Mehr noch, sie selbst setzte sich auf dem V. Kongress der Komintern für die Annahme einer entsprechenden Resolution ein. Wusste die „neue Opposition“, dass Leninismus und kleinbürgerliche Abweichung unvereinbar sind? Natürlich wusste sie das. Mehr noch, vor den Augen der gesamten Partei schrie sie darüber an allen Ecken und Enden.

Jetzt urteilen Sie selbst: Konnte die Partei anders handeln, als sich von solchen Führern abzuwenden, die heute verbrennen, was sie gestern verehrten, die heute verleugnen, wozu sie die Partei gestern mit lauter Stimme aufriefen, die versuchen, den Leninismus durch den Trotzkismus zu ergänzen, obwohl sie einen solchen Versuch gestern noch Verrat am Leninismus nannten? Es ist klar, dass die Partei sich von solchen Führern abwenden musste.

In ihrer Sucht, alles auf den Kopf zu stellen, ging die Opposition sogar so weit, die Tatsache zu leugnen, dass Trotzki in der Periode vor der Oktoberrevolution zu den Menschewiki gehörte. Wundern Sie sich nicht, Genossen - sie erklärt direkt, Trotzki sei seit dem Jahre 1904 niemals Menschewik gewesen. Verhält sich das wirklich so? Wenden wir uns Lenin zu.

Lenin sagte im Jahre 1914, dreieinhalb Jahre vor der Oktoberrevolution, folgendes über Trotzki:

„Die alten Teilnehmer an der marxistischen Bewegung in Rußland kennen die Figur Trotzkis genau, und für sie lohnt es nicht, von ihr zu sprechen. Aber die junge Arbeitergeneration kennt sie nicht, und man muss von ihr sprechen, denn dies ist eine Figur, die typisch ist für alle jene fünf ausländischen Grüppchen, die faktisch ebenfalls zwischen den Liquidatoren und der Partei schwanken.

In den Zeiten der alten ‚Iskra (1901 bis 1903) gab man diesen Schwankenden und von den ‚Ökonomisten’ zu den ‚Iskra’-Leuten und umgekehrt Überlaufenden den Namen ‚Tuschinoer Überläufer’ (so nannte man in der Zeit der Wirren in Rußland die Krieger, die von dem einen Lager ins andere überliefen)...
Die ‚Tuschinoer Überläufer’ erklären sich als über den Fraktionen stehend, und das aus dem einzigen Grunde, weil sie ihre Ideen heute der einen, morgen der anderen Fraktion ‚entlehnen’. Trotzki war in den Jahren 1901 bis 1903 ein eifriger ‚Iskra’-Anhänger, und Rjasanow bezeichnete seine Rolle auf dem Parteitag von 1903 als die Rolle des ‚Leninschen Knüppels’. Ende 1903 ist Trotzki eifriger Menschewik, das heißt, er ist von den Iskra-Leuten zu den ‚Ökonomisten’ übergelaufen; er verkündet: ‚Zwischen der alten und der neuen „Iskra“ liegt ein Abgrund’. Im Jahre 1904/05 rückt er von den Menschewiki ab und nimmt eine schwankende Haltung ein, wobei er bald mit Martynow (dem ‚Ökonomisten’) zusammenarbeitet, bald die absurd linke ‚permanente Revolution’ verkündet. Im Jahre 1906/07 nähert er sich den Bolschewiki, und im Frühjahr 1907 erklärt er sich mit Rosa Luxemburg solidarisch.
In der Periode des Zerfalls geht er, nach langen ‚nichtfraktionellen’ Schwankungen, wiederum nach rechts, und im August 1912 geht er einen Block mit den Liquidatoren ein. Jetzt rückt er wiederum von ihnen ab, wobei er jedoch dem ‘Wesen der Sache nach ihre armseligen Gedanken wiederholt...
Derartige Typen sind charakteristisch als Trümmer geschichtlicher Gestaltungen und Formationen von gestern, als die proletarische Massenbewegung in Rußland noch schlief und ein beliebiges Grüppchen ‚genügend Platz’ hatte, um sich als Strömung, als Gruppe, als Fraktion, mit einem Wort, als eine ‚Macht’ hinzustellen, die von Vereinigung mit anderen redet.
Es ist notwendig, dass die junge Arbeitergeneration genau wisse, mit wem sie es zu tun hat, wenn mit unglaublichen Ansprüchen Leute auftreten, die weder den Parteibeschlüssen, die seit dem Jahre 1908 das Verhältnis zum Liquidatorentum bestimmt und festgelegt haben, auch nur im geringsten Rechnung tragen wollen noch der Erfahrung der modernen Arbeiterbewegung Rußlands, die in der Tat die Einheit der Mehrheit auf dem Boden der restlosen Anerkennung der genannten Beschlüsse hergestellt hat.“ (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 20, S.321/322 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 631/632].)

Daraus geht hervor, dass sich Trotzki in der Zeit nach 1903 dauernd außerhalb des bolschewistischen Lagers aufhielt, wobei er bald ins Lager der Menschewiki überlief, bald von ihnen abrückte, sich jedoch niemals den Bolschewiki anschloss, sondern im Jahre 1912 den Block mit den menschewistischen Liquidatoren gegen Lenin und seine Partei organisierte und mit den Menschewiki in einem Lager blieb.
Ist es da verwunderlich, wenn eine solche „Figur“ unserer bolschewistischen Partei kein Vertrauen einflößt?
Ist es da verwunderlich, wenn sich der von eben dieser „Figur“ geführte Oppositionsblock als isoliert erwies und von der Partei beiseite geschleudert wurde?
Die zweite grundlegende Frage, in der die Führer der Opposition auf die schiefe Bahn geraten sind, ist die Frage der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande in der Periode des Imperialismus. Der Fehler der Opposition besteht darin, dass sie versucht hat, die Lehre Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande unmerklich zu liquidieren.
Für niemand ist heute die Tatsache ein Geheimnis, dass Lenin bereits im Jahre 1915, zwei Jahre vor der Oktoberrevolution, ausgehend vom Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung unter den Bedingungen des Imperialismus, die These aufstellte, dass „der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist“. (Lenin, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 311 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 1, S. 753].)

Für niemand ist heute die Tatsache ein Geheimnis, dass gerade Trotzki, und niemand anders, in dem gleichen Jahr 1915 in der Presse gegen diese These Lenins auftrat und erklärte, die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einzelnen Ländern anerkennen, „würde bedeuten, ein Opfer jener nationalen Beschränktheit zu werden, die das Wesen des Sozialpatriotismus ist" (Trotzki, „Das Jahr 1917", Bd. III, Teil 1, S. 89190, russ.).

Ebenso ist die allbekannte Tatsache kein Geheimnis, dass diese Polemik zwischen Lenin und Trotzki in der Folge eigentlich nicht abriss bis zum Erscheinen von Lenins letzter Schrift „Über das Genossenschaftswesen"[34] im Jahre 1923, in der er immer wieder von neuem die Möglichkeit der Errichtung der „vollendeten sozialistischen Gesellschaft" in unserem Lande verkündet.
Welche Veränderungen traten im Zusammenhang mit dieser Frage nach Lenins Tod in der Geschichte unserer Partei ein? Auf unserer XIV. Parteikonferenz im Jahre 1925 erkannten Kamenew und Sinowjew nach einer Reihe von Schwankungen Lenins Lehre von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande an und grenzten sich zusammen mit der Partei in dieser Frage vom Trotzkismus ab. Aber einige Monate später, vor dem XIV. Parteitag, als sie im Kampf gegen die Partei in der Minderheit blieben und sich genötigt sahen, mit Trotzki einen Block zu bilden - schwenkten sie „plötzlich" zum Trotzkismus ab, brachen mit der Resolution der XIV. Konferenz unserer Partei und kehrten sich von der Leninschen Lehre von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande ab. Das Ergebnis ist, dass die Opposition das halbmenschewistische Geschwätz Trotzkis über die nationale Beschränktheit der Theorie Lenins als Nebelschleier benutzt, hinter dem sie ihre Arbeit zur Liquidierung des Leninismus in der Frage des sozialistischen Aufbaus zu verbergen sucht.
Es fragt sich: Ist es da verwunderlich, wenn die im Geiste des Leninismus erzogene und zusammengeschweißte Partei es für nötig hielt, sich nach alledem von solchen Liquidatoren abzuwenden, und die Führer der Opposition sich von der Partei isoliert sahen?
Die dritte grundlegende Frage, in der die Führer der Opposition auf die schiefe Bahn geraten sind, ist die Frage unserer Partei, die Frage ihrer Geschlossenheit, die Frage ihrer ehernen Einheit.
Der Leninismus lehrt, dass die Partei des Proletariats einheitlich und aus einem Guss sein muss, ohne Fraktionen, ohne fraktionelle Zentren, mit einem einheitlichen Parteizentrum, mit einem einheitlichen Willen. Der Leninismus lehrt, dass die Interessen der proletarischen Partei eine bewusste Erörterung der Fragen der Parteipolitik erfordern, ein bewusstes Verhältnis der Mitgliedermassen der Partei zur Parteiführung, Kritik an den Mängeln der Partei, Kritik an ihren Fehlern. Aber der Leninismus fordert gleichzeitig, dass die Parteibeschlüsse von allen Parteimitgliedern widerspruchslos durchgeführt werden, sobald diese Beschlüsse von den leitenden Organen der Partei angenommen und gebilligt sind.
Der Trotzkismus hat eine andere Auffassung hiervon. Für den Trotzkismus ist die Partei eine Art Föderation fraktioneller Gruppen mit einzelnen fraktionellen Zentren. Für den Trotzkismus ist die proletarische Disziplin der Partei unerträglich. Der Trotzkismus kann das proletarische Regime in der Partei nicht ausstehen. Der Trotzkismus begreift nicht, dass die Ausübung der Diktatur des Proletariats ohne eiserne Parteidisziplin unmöglich ist.
Waren diese organischen Defekte des Trotzkismus den ehemaligen Leninisten aus der Opposition bekannt? Natürlich waren sie ihnen bekannt. Mehr noch, sie schrien an allen Ecken und Enden, dass das „Organisationsschema" des Trotzkismus mit den Organisationsprinzipien des Leninismus unvereinbar ist. Die Tatsache, dass die Opposition sich in ihrer Erklärung vom 16. Oktober 1926 von der Auffassung, nach der die Partei eine Föderation von Gruppen ist, lossagte, diese Tatsache bestätigt ein übriges Mal, dass die Opposition auf diesem Gebiet auf beiden Beinen hinkte und hinkt. Aber dieses Lossagen erfolgte nur in Worten, es war unaufrichtig. In Wirklichkeit haben die Trotzkisten niemals ihre Versuche aufgegeben, unserer Partei die trotzkistische Organisationslinie aufzuzwingen,

Sinowjew und Kamenew aber helfen ihnen bei diesem unrühmlichen Werk. Sinowjew und Kamenew brauchten in ihrem Kampf gegen die Partei nur in der Minderheit zu bleiben, und schon schwenkten sie zu dem trotzkistischen, halbmenschewistischen Organisationsplan ab und verkündeten zusammen mit den Trotzkisten den Kampf gegen das proletarische Regime in der Partei als Tageslosung.

Kann es da wundernehmen, wenn unsere Partei es nicht für möglich erachtete, die Organisationsprinzipien des Leninismus zu begraben, wenn sie die jetzigen Führer der Opposition beiseite schleuderte?

Das, Genossen, sind die drei grundlegenden Fragen, in denen die jetzigen Führer der Opposition auf die schiefe Bahn geraten sind und mit dem Leninismus gebrochen haben.

Kann man sich danach wundern, dass die Leninsche Partei ihrerseits mit diesen Führern gebrochen hat?

Aber leider fand das Hinabsinken der Opposition damit kein Ende. Die Opposition sank noch tiefer und erreichte eine Grenze, über die man nicht hinausgehen darf, ohne Gefahr zu laufen, sich außerhalb der Reihen der Partei zu stellen.

Urteilen Sie selbst.

Bisher konnte man schwerlich annehmen, dass die Opposition, wie tief sie auch gesunken sein mag, in der Frage der bedingungslosen Verteidigung unseres Landes schwanken würde. Aber jetzt muss man nicht nur annehmen, sondern sogar behaupten, dass die Position der jetzigen Führer der Opposition eine defätistische Position ist. Wie anders kann man die dumme und absurde These Trotzkis von dem Clemenceauschen Experiment im Falle eines neuen Krieges gegen die UdSSR verstehen? Kann es etwa einen Zweifel geben, dass dies ein Symptom für das weitere Hinabsinken der Opposition ist?

Bisher konnte man schwerlich annehmen, dass die Opposition jemals die dumme und absurde Beschuldigung des Thermidorianertums gegen unsere Partei erheben würde. Im Jahre 1925, als Saluzki zum erstenmal von thermidorianischen Tendenzen in unserer Partei zu sprechen begann, grenzten sich die jetzigen Führer der Opposition entschieden von ihm ab. Aber jetzt ist die Opposition so tief gesunken, dass sie weiter geht als Saluzki und die Partei des Thermidorianertums beschuldigt. Unbegreiflich ist mir nur, wie Leute, die behaupten, unsere Partei sei thermidorianisch geworden, in unserer Partei bleiben können.

Bisher war die Opposition „lediglich“ darauf aus, einzelne fraktionelle Gruppierungen in den Sektionen der Komintern zu organisieren. Aber jetzt ist sie so weit gegangen, dass sie in Deutschland als Gegengewicht zu der dort bestehenden deutschen Kommunistischen Partei vor aller Augen eine neue Partei organisiert hat, die Partei der konterrevolutionären Spitzbuben Maslow und Ruth Fischer. Das aber ist eine Position der direkten Spaltung der Komintern. Von fraktionellen Gruppierungen in den Sektionen der Komintern zur Spaltung der Komintern - das ist der Weg des Hinabsinkens der Oppositionsführer.

Es ist charakteristisch, dass Sinowjew in seiner Rede die Tatsache des Vorhandenseins einer Spaltung in Deutschland nicht geleugnet hat. Dass aber diese selbe antikommunistische Partei von unserer Opposition organisiert worden ist, das ist schon allein daraus ersichtlich, dass die parteifeindlichen Artikel und Reden der Führer unserer Opposition von Maslow und Ruth Fischer als Sonderbroschüren gedruckt und verbreitet werden. (Zwischenruf: „Eine Schande!“)

Was aber bedeutet die Tatsache, dass der Oppositionsblock in unserer Presse Wujowitsch das Wort gegeben hat zur politischen Verteidigung dieser zweiten Partei in Deutschland, der Partei Maslows und Ruth Fischers? Das bedeutet, dass unsere Opposition Maslow und Ruth Fischer offen unterstützt, unterstützt gegen die Komintern, gegen ihre proletarischen Sektionen. Das aber ist schon nicht mehr einfach Fraktionsmacherei, Genossen. Das ist eine Politik der offenen Spaltung der Komintern. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Früher forderte die Opposition Freiheit für fraktionelle Gruppierungen in unserer Partei. Jetzt ist ihr das zuwenig. Jetzt beschreitet sie den Weg der direkten Spaltung, indem sie in der UdSSR eine neue Partei mit einem eigenen ZK, mit eigenen Ortsorganisationen gründet. Von

der Politik der Fraktionsmacherei zur Politik der direkten Spaltung, zur Politik der Gründung einer neuen Partei, zu einer Politik, die der Ossowski-“Konzeption“[35] entspricht - so tief sind die Führer unserer Opposition gesunken.

Das sind die Marksteine, die den Weg des weiteren Hinabsinkens der Opposition kennzeichnen, den Weg des Abfalls von der Partei und der Komintern, den Weg der Spaltungspolitik in der Komintern und der KPdSU(B).

Kann man eine solche Lage länger dulden? Es ist klar, dass man das nicht kann. Man kann eine Spaltungspolitik weder in der Komintern noch in der KPdSU(B) zulassen. Dieses Übel muss unverzüglich ausgerottet werden, wenn uns die Interessen der Partei und der Komintern, die Interessen ihrer Einheit, am Herzen liegen.

Das sind die Umstände, die das ZK gezwungen haben, die Frage des Ausschlusses Trotzkis und Sinowjews aus dem ZK zu stellen. Wo ist nun der Ausweg? - werden Sie fragen.

Die Opposition hat sich in eine Sackgasse verrannt. Die Aufgabe besteht darin, einen letzten Versuch zu machen und der Opposition zu helfen, aus dieser Sackgasse herauszukommen. Das, was Genosse Ordshonikidse hier im Namen der ZKK vorgeschlagen hat, ist das Verfahren und ist das Maximum an Zugeständnissen, auf das die Partei eingehen könnte, um die Sache des Friedens in der Partei zu erleichtern.

Erstens muss die Opposition entschieden und unwiderruflich das „thermidorianische“ Geschwätz und die absurde Losung hinsichtlich des Clemenceauschen Experiments aufgeben. Die Opposition muss begreifen, dass man mit solchen Anschauungen und mit solchen Tendenzen unser Land angesichts der drohenden Kriegsgefahr nicht verteidigen kann. Die Opposition muss begreifen, dass man mit solchen Anschauungen und mit solchen Tendenzen nicht länger im Zentralkomitee unserer Partei verbleiben kann. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Zweitens muss die Opposition offen und unumwunden die antileninistische Spaltergruppe Maslow-Ruth Fischer in Deutschland verurteilen und jede Verbindung mit ihr abbrechen. Die Unterstützung der Spaltungspolitik in der Komintern kann nicht länger geduldet werden. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Man kann die UdSSR nicht verteidigen, wenn man die Spaltung in der Komintern unterstützt und die Sektionen der Komintern desorganisiert.

Drittens muss die Opposition sich entschieden und unwiderruflich von jeglicher Fraktionsmacherei und von allem lossagen, was zur Schaffung einer neuen Partei in der KPdSU(B) führen kann. Eine Spaltungspolitik darf in unserer Partei weder zwei Monate noch zwei Stunden vor dem Parteitag zugelassen werden. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Das, Genossen, sind die drei grundlegenden Bedingungen, ohne deren Annahme wir ein weiteres Verbleiben Trotzkis und Sinowjews im ZK unserer Partei nicht zulassen können.

Man wird sagen, das sei eine Repressalie. Ja, das ist eine Repressalie. Repressalien galten im Arsenal unserer Partei niemals als ausgeschlossen. Wir handeln hier auf der Grundlage der bekannten Resolution des X. Parteitags, auf der Grundlage der Resolution, die von Genossen Lenin verfasst und auf dem X. Parteitag von ihm zur Annahme gebracht wurde[36]. Punkt 6 und 7 dieser Resolution lauten:

Punkt 6: „Der Parteitag ordnet die sofortige Auflösung ausnahmslos aller Gruppen an, die sich auf der einen oder der anderen Plattform gebildet haben, und beauftragt alle Organisationen, strengstens darüber zu wachen, dass keinerlei fraktionelle Kundgebungen zugelassen werden. Die Nichterfüllung dieses Parteitagsbeschlusses zieht den unbedingten und sofortigen Ausschluss aus der Partei nach sich.“

Punkt 7: „Um innerhalb der Partei und in der gesamten Sowjetarbeit strenge Disziplin herbeizuführen und die größte Einheit bei Ausmerzung jeglicher Fraktionsmacherei zu erzielen, bevollmächtigt der Parteitag das ZK, im Falle (in Fällen) eines Disziplinbruchs oder des Wiederauflebens oder der Zulassung der Fraktionsmacherei, alle Disziplinarmaßnahmen

der Partei, bis zum Ausschluss aus der Partei, und gegenüber Mitgliedern des ZK ihre Überführung in den Kandidatenstand und, als äußerste Maßnahme, sogar den Ausschluss aus der Partei in Anwendung zu bringen. Die Anwendung dieser äußersten Maßnahme (gegen Mitglieder des ZK, Kandidaten des ZK und Mitglieder der Kontrollkommission) kann nur unter der Bedingung erfolgen, dass ein Plenum des ZK einberufen wird, zu dem alle Kandidaten des ZK sowie alle Mitglieder der Kontrollkommission geladen werden. Erachtet diese gemeinsame Tagung der verantwortlichsten Leiter der Partei mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen die Überführung eines ZK-Mitglieds in den Kandidatenstand oder den Ausschluss aus der Partei für notwendig, so muss diese Maßregel unverzüglich durchgeführt werden."

Zurufe. Das muss sofort durchgeführt werden.
Stalin. Warten Sie, Genossen, beeilen Sie sich nicht. Das hat Lenin geschrieben und uns als Vermächtnis hinterlassen, denn er wusste, was das heißt eiserne Parteidisziplin, was das heißt Diktatur des Proletariats. Denn er wusste, dass die Diktatur des Proletariats durch die Partei verwirklicht wird, dass es ohne einheitliche und aus einem Guss geformte Partei keine Diktatur des Proletariats geben kann.
Das sind die Bedingungen, ohne deren Annahme ein weiteres Verbleiben Trotzkis und Sinowjews im ZK unserer Partei unmöglich ist. Nimmt die Opposition diese Bedingungen an, so ist es gut. Nimmt sie sie nicht an - umso schlimmer für sie. (Beifall.)

ZU DER „ERKLÄRUNG“ DER OPPOSITION VOM 8. AUGUST 1927

Rede am 9. August

Genossen! Das, was uns die Opposition vorschlägt, kann man nicht als Frieden in der Partei betrachten. Man soll sich keinen Illusionen hingeben. Das, was uns die Opposition vorschlägt, ist ein zeitweiliger Waffenstillstand. (Zuruf: „Nicht einmal ein zeitweiliger!“) Das ist ein zeitweiliger Waffenstillstand, der unter bestimmten Bedingungen ein gewisser Schritt vorwärts sein kann, es aber auch nicht sein kann. Das muss man sich ein für allemal merken. Das darf man nicht vergessen, sowohl für den Fall, dass die Opposition weitere Zugeständnisse macht, als auch für den Fall, dass die Opposition keine weiteren Zugeständnisse macht.

Ein Schritt vorwärts für die Partei ist es, dass die Opposition in allen drei von uns gestellten Fragen in gewissem Maße zurückgewichen ist. In gewissem Maße. Aber sie ist zurückgewichen mit Vorbehalten, die für einen künftigen noch schärferen Kampf den Boden bereiten können. (Zurufe: „Sehr richtig!“ „Sehr richtig, das stimmt!“)

Die Frage der Verteidigung der UdSSR ist für uns in Anbetracht der entstandenen Kriegsgefahr die grundlegende Frage. Die Opposition sagt in ihrer Erklärung in positiver Form, dass sie für die bedingungslose und vorbehaltlose Verteidigung der UdSSR ist, aber sie lehnt es ab, die bekannte Formel, die bekannte Losung Trotzkis hinsichtlich Clemenceaus zu verurteilen. Trotzki muss den Mut aufbringen zuzugeben, was ist.

Ich glaube, im gesamten Plenum des ZK und der ZKK besteht Einmütigkeit darüber, dass ein Mensch, der mit dem Herzen, in der Tat, und nicht nur in Worten, für die bedingungslose Verteidigung unseres Landes ist, nicht schreiben kann, was Trotzki in seinem an Genossen Ordshonikidse adressierten Brief an die ZKK geschrieben hat.

Ich glaube, das gesamte Plenum des ZK und der ZKK ist davon überzeugt, dass diese Losung, diese von Trotzki geprägte Formel über Clemenceau, nur Zweifel an der Aufrichtigkeit Trotzkis in der Frage der Verteidigung der UdSSR hervorrufen kann. Mehr noch, sie erweckt den Eindruck, dass sich Trotzki zu den Fragen der bedingungslosen Verteidigung unseres Landes negativ verhält. (Zurufe: „Sehr richtig, vollkommen richtig!“)

Ich glaube, das gesamte Plenum des ZK und der ZKK ist zutiefst davon überzeugt, dass Trotzki durch die Aufstellung dieser Losung, dieser Formel hinsichtlich Clemenceaus, die Verteidigung der UdSSR von dem bekannten Punkt über die Auswechslung der Führung in unserer Partei und der Führung der Sowjetmacht abhängig gemacht hat. Nur Blinde werden das nicht begreifen. Wenn es Trotzki an Mut fehlt, an dem elementaren Mut, seinen Fehler zuzugeben, so ist er selbst daran schuld.

Wenn die Opposition in ihrem Dokument diesen Fehler Trotzkis nicht verurteilt, so bedeutet das, dass sie eine Reservewaffe in der Hand behalten will für künftige Angriffe gegen die Partei in der Frage der Landesverteidigung, gegen die von der Partei verfolgte Linie. Sie behält also eine gewisse Reserve an Waffen in der Hand, um von ihnen Gebrauch zu machen.

Das ist die Ursache, warum die Opposition in diesem grundlegenden Punkt nicht für den Frieden ist, sondern für einen zeitweiligen Waffenstillstand mit Vorbehalten, die den Kampf in Zukunft noch mehr verschärfen können. (Zwischenruf: „Wir brauchen keinen Waffenstillstand, wir brauchen Frieden.“)

Nein, Genossen, wir brauchen einen Waffenstillstand, hier sind Sie im Irrtum. Wenn man schon zu Beispielen greift, wäre es besser, den Gogolschen Ossip als Beispiel zu nehmen, der gesagt hat: „Ein Stück Bindfaden? - nur her damit, auch ein Stück Bindfaden kann man brauchen.“ Es ist schon besser, so zu handeln, wie der Gogolsche Ossip gehandelt hat. Wir sind nicht so reich an Hilfsquellen und nicht so stark, dass wir einen Bindfaden verschmähen

dürften. Auch einen Bindfaden dürfen wir nicht verschmähen. Denken Sie nur richtig nach, und Sie werden begreifen, dass wir in unserem Arsenal auch einen Bindfaden haben sollten.
In der zweiten Frage, in der Frage des Thermidor, hat die Opposition zweifellos einen Rückzug angetreten, einen gewissen Rückzug an diesem Abschnitt im Vergleich zu dem, was vorher war; denn nach einem solchen Rückzug kann es (sofern man logisch ist, natürlich) nicht mehr jene dumme Agitation über „thermidorianische Entartung" der Partei geben, die von einigen Mitgliedern der Opposition und insbesondere von einigen ihrer halbmenschewistischen Mitglieder betrieben wurde.
Aber an dieses Zugeständnis knüpft die Opposition einen Vorbehalt, der jeglichen Waffenstillstand und jeglichen Frieden in Zukunft unmöglich machen kann. Die Oppositionellen sagen, es gäbe bei gewissen Elementen im Lande Restaurationstendenzen, Thermidortendenzen. Aber das hat nie jemand bestritten. Solange es antagonistische Klassen gibt, solange die Klassen nicht abgeschafft sind, wird es natürlich immer Versuche geben, die alten Zustände zu restaurieren. Aber nicht darum ging es bei unserem Streit. Bei unserem Streit geht es darum, dass die Opposition in ihren Dokumenten Ausfälle gegen das ZK und folglich auch gegen die Partei macht, sie des Thermidorianertums bezichtigt. Man kann das ZK von der Partei nicht trennen. Das kann man nicht. Das ist eine Dummheit. Nur parteifeindliche Elemente, die die grundlegenden elementaren Voraussetzungen des Leninschen Organisationsaufbaus nicht begriffen haben, nur solche Elemente können annehmen, man könne das ZK, noch dazu unser ZK, von der Partei trennen.
Aber die Opposition knüpft an ihre Zugeständnisse die Vorbehalte, über die ich gesprochen habe. Derartige Vorbehalte jedoch geben der Opposition eine gewisse Reservewaffe in die Hand, deren sie sich gegebenenfalls für neue Angriffe gegen die Partei bedienen wird.
Natürlich ist es lächerlich, von Thermidorianertum des ZK zu reden. Mehr noch: Es ist dumm. Ich bin der Meinung, dass die Opposition an diese Dummheit selbst nicht glaubt. Aber sie braucht das als Popanz. Denn wenn die Opposition daran glaubte, dann müsste sie natürlich unserer Partei und unserem ZK offen den Krieg erklären, indes beteuert sie, sie wolle den Frieden in der Partei.
So sehen Sie, dass die Opposition, auch was den zweiten Punkt betrifft, eine Reservewaffe in der Hand behält, um sodann einen neuen Angriff gegen das ZK zu unternehmen. Das muss man sich ebenfalls merken, Genossen, unter allen Umständen. Ganz gleich, ob wir die Führer der Opposition aus dem ZK entfernen oder ob wir sie nicht entfernen, diese Reservewaffe in der grundlegenden Frage des Thermidor bleibt in ihrer Hand, und die Partei muss sofort alle Maßnahmen treffen, um die Opposition zu liquidieren, wenn sie erneut zu dieser parteifeindlichen Waffe greift.
Die dritte Frage betrifft die Spaltung in der Kommunistischen Partei Deutschlands, die antileninistische Spaltergruppe Ruth Fischers und Maslows.
Gestern hatten wir in der Kommission eine sonderbare Unterhaltung. Es kostete die Oppositionellen große Mühe - sehr große Mühe -, bis sie nach einer Reihe von Reden den Mut aufbrachten zu erklären, dass sie, sich dem Beschluss der Komintern fügend - nicht aus Überzeugung, sondern sich dem Beschluss der Komintern fügend -, damit einverstanden seien, die Unzulässigkeit der organisatorischen Verbindung mit dieser parteifeindlichen Gruppe zuzugeben. Ich schlug vor: „organisatorische Verbindung und Unterstützung dieser Gruppe". Trotzki sagte: „Das braucht man nicht, das können wir nicht annehmen; der Beschluss der Komintern, durch den sie ausgeschlossen wurden, war falsch; ich werde mich dafür einsetzen, dass sie, dieselben Ruth Fischer und Maslow, wieder in die Partei aufgenommen werden."
Was heißt das? Urteilen Sie selbst. Wie haben doch diese Leute das elementarste Parteibewusstsein verloren!
Nehmen wir an, die KPdSU(B) schließt heute Mjasnikow, der Ihnen allen durch seine Parteifeindlichkeit bekannt ist, aus der Partei aus. Morgen aber kommt Trotzki und sagt: „Ich kann nicht darauf verzichten, Mjasnikow zu unterstützen, denn der Beschluss des ZK ist

falsch, aber ich bin bereit, die organisatorischen Verbindungen mit ihm abzubrechen, wie mir befohlen wurde.“

Morgen wird die Gruppe „Arbeiterwahrheit“[37] ausgeschlossen, die Ihnen ebenfalls durch ihre Parteifeindlichkeit bekannt ist. Trotzki aber kommt und erklärt: „Ich kann nicht darauf verzichten, diese parteifeindliche Gruppe zu unterstützen, denn sie wurde zu Unrecht ausgeschlossen.“

Übermorgen schließt das ZK Ossowski aus, weil er - das ist Ihnen wohlbekannt - ein Feind der Partei ist. Trotzki aber erklärt uns, dass dieser Ausschluss zu Unrecht erfolgt sei und er nicht darauf verzichten könne, Ossowski zu unterstützen.

Aber wenn die Partei, wenn die Komintern nach eingehender Behandlung der Angelegenheit dieser und jener Personen, darunter auch Ruth Fischers und Maslows, wenn diese höchsten Institutionen des Proletariats die Frage dahingehend entscheiden, dass solche Leute auszuschließen sind, Trotzki aber ungeachtet dessen auch weiterhin die Unterstützung der Ausgeschlossenen nicht einstellt - was ergibt sich daraus? Wo bleibt unsere Partei, wo die Komintern? Existieren sie überhaupt? Es ergibt sich, dass für Trotzki weder die Partei noch die Komintern existiert - es existiert nur die persönliche Meinung Trotzkis.

Wie nun aber, wenn nicht nur Trotzki, sondern auch andere Parteimitglieder so handeln wollten wie Trotzki? Es ist klar, dass dieses Partisanentum, dieses Atamanentum nur zur Vernichtung der Partei führen kann. Es wird dann keine Partei mehr geben. Es wird dann nur die persönlichen Meinungen einzelner Atamane geben. Das ist es, was Trotzki nicht begreifen will.

Warum erklärte sich die Opposition nicht damit einverstanden, die Unterstützung der antikommunistischen Gruppe Maslow-Ruth Fischer einzustellen? Warum erklärten sich die Führer der Opposition nicht damit einverstanden, unsere diesbezügliche Korrektur anzunehmen? Weil sie eine dritte Reservewaffe für den Angriff auf die Komintern in der Hand behalten wollen. Das muss man ebenfalls im Auge behalten.

Ganz gleich, ob wir mit ihnen zu einer Übereinkunft gelangen oder nicht, ob sie aus dem ZK entfernt werden oder nicht, diese Reservewaffe bleibt in ihrer Hand für einen künftigen Angriff auf die Komintern.

Die vierte Frage betrifft die Auflösung der Fraktionen. Wir schlagen vor, ehrlich und geradeheraus zu sagen: „Die Fraktion wird bedingungslos aufgelöst.“ Die Führer der Opposition weigern sich, das zu sagen. Stattdessen sagen sie: „Die Elemente des Fraktionswesens beseitigen“, fügen aber hinzu: „Die Elemente des Fraktionswesens, die auf Grund des innerparteilichen Regimes entstanden sind.“

Da haben Sie auch den vierten Vorbehalt. Das ist ebenfalls eine Reservewaffe gegen unsere Partei und ihre Einheit.

Was wollten die Oppositionellen damit sagen, als sie die Annahme der Formulierung ablehnten, in der die sofortige Auflösung ihrer Fraktion gefordert wird, die besteht und die dieser Tage ihre illegale Konferenz hier, in Moskau, einzuberufen gedenkt? Das bedeutet, dass sie sich das Recht vorbehalten wollen, auch künftighin Demonstrationen auf dem Bahnhof zu organisieren, denn - so würden sie sagen - das Regime ist schuld, wir waren gezwungen, noch eine Demonstration zu organisieren. Das bedeutet, dass sie sich das Recht vorbehalten wollen, auch künftighin die Partei anzugreifen, denn - so würden sie sagen - das Regime zwingt uns, anzugreifen. Da haben Sie noch eine Reservewaffe, die die Oppositionellen in der Hand behalten.

Alles das muss das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK wissen und im Gedächtnis behalten.

UNTERREDUNG MIT DER ERSTEN AMERIKANISCHEN ARBEITERDELEGATION

9. September 1927

I
FRAGEN DER DELEGATION UND ANTWORTEN DES GENOSSEN STALIN

Erste Frage. Welche neuen Prinzipien haben Lenin und die Kommunistische Partei dem Marxismus in der Praxis hinzugefügt? Wäre es richtig, zu sagen, dass Lenin an eine „schöpferische Revolution“ glaubte, während Marx mehr dazu neigte, den Kulminationspunkt der Entwicklung der ökonomischen Kräfte abzuwarten?

Antwort. Ich glaube, dass Lenin dem Marxismus keinerlei „neue Prinzipien“ „hinzugefügt hat“, ebenso wie Lenin kein einziges der „alten“ Prinzipien des Marxismus aufgehoben hat. Lenin war und bleibt der treueste und konsequenteste Schüler von Marx und Engels und stützt sich voll und ganz auf die Prinzipien des Marxismus.

Aber Lenin setzte nicht bloß die Lehre von Marx und Engels in die Tat um. Er war gleichzeitig der Fortsetzer der Lehre von Marx und Engels. Was bedeutet das?

Das bedeutet, dass er die Lehre von Marx und Engels entsprechend den neuen Entwicklungsbedingungen, entsprechend der neuen Phase des Kapitalismus, dem Imperialismus, weiterentwickelte. Das bedeutet, dass Lenin, indem er die Marxsche Lehre unter den neuen Verhältnissen des Klassenkampfes weiterentwickelte, die allgemeine Schatzkammer des Marxismus um etwas Neues bereichert hat im Vergleich zu dem, was Marx und Engels gegeben haben, im Vergleich zu dem, was in der Periode des vor-imperialistischen Kapitalismus gegeben werden konnte, wobei dieses Neue, womit Lenin die Schatzkammer des Marxismus bereichert hat, voll und ganz auf den von Marx und Engels gegebenen Prinzipien fußt.

In diesem Sinne sprechen wir denn auch vom Leninismus als dem Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen.

Hier einige Fragen, in denen Lenin Neues gegeben und die Lehre von Marx weiterentwickelt hat.

Erstens, die Frage des Monopolkapitalismus, des Imperialismus, als der neuen Phase des Kapitalismus.

Marx und Engels haben im „Kapital“ eine Analyse der Grundlagen des Kapitalismus gegeben. Aber Marx und Engels lebten in der Periode der Herrschaft des vormonopolistischen Kapitalismus, in der Periode der stetigen Evolution des Kapitalismus und seiner „friedlichen“ Ausbreitung über den ganzen Erdball.

Diese alte Phase fand Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Abschluss, als Marx und Engels nicht mehr lebten. Es ist begreiflich, dass Marx und Engels die neuen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus nur ahnen konnten, die mit der neuen, die alte Phase des Kapitalismus ablösenden Phase, mit der imperialistischen, monopolistischen Entwicklungsphase eintraten, als die stetige Evolution des Kapitalismus durch eine sprunghafte, katastrophenartige Entwicklung des Kapitalismus abgelöst wurde, als die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung und die Widersprüche des Kapitalismus mit besonderer Schärfe zutage traten, als der Kampf um Absatzmärkte und um Märkte für den Kapitalexport unter den Verhältnissen der äußersten Ungleichmäßigkeit der Entwicklung periodische imperialistische Kriege zum Zwecke periodischer Neuaufteilungen der Welt und der Einflusssphären unvermeidlich machte.

Das Verdienst Lenins und folglich das Neue bei Lenin besteht hier darin, dass er, gestützt auf die grundlegenden Thesen des „Kapitals“, eine tief begründete marxistische Analyse des Imperialismus als der letzten Phase des Kapitalismus gab, seine Eiterbeulen und die Bedingungen seines unvermeidlichen Untergangs enthüllte. Auf der Grundlage dieser Analyse entstand der bekannte Satz Lenins, dass unter den Verhältnissen des Imperialismus der Sieg des Sozialismus in einzelnen, einzeln genommenen, kapitalistischen Ländern möglich ist.

Zweitens, die Frage der Diktatur des Proletariats.

Die Grundidee der Diktatur des Proletariats als der politischen Herrschaft des Proletariats und als der Methode des gewaltsamen Sturzes der Macht des Kapitals wurde von Marx und Engels gegeben.

Das Neue auf diesem Gebiet besteht bei Lenin darin:

a) dass er die Sowjetmacht als die beste Staatsform der Diktatur des Proletariats entdeckte, wobei er die Erfahrungen der Pariser Kommune und der russischen Revolution auswertete;

b) dass er die Klammern der Formel Diktatur des Proletariats unter dem Gesichtspunkt des Problems der Verbündeten des Proletariats auflöste und die Diktatur des Proletariats definierte als eine besondere Form des Klassenbündnisses des Proletariats, als des Führers, mit den ausgebeuteten Massen der nichtproletarischen Klassen (der Bauernschaft usw.), die geführt werden;

c) dass er mit besonderem Nachdruck die Tatsache hervorhob, dass die Diktatur des Proletariats der höchste Typus der Demokratie in der Klassengesellschaft ist, die Form der proletarischen Demokratie, die die Interessen der Mehrheit (der Ausgebeuteten) zum Ausdruck bringt, im Gegensatz zur kapitalistischen Demokratie, die die Interessen der Minderheit (der Ausbeuter) zum Ausdruck bringt.

Drittens, die Frage der Formen und Methoden des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus in der Periode der Diktatur des Proletariats, in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, in einem von kapitalistischen Staaten umringten Lande.

Marx und Engels haben die Periode der Diktatur des Proletariats als eine mehr oder weniger lang anhaltende Periode betrachtet, als eine mit revolutionären Schlachten und Bürgerkriegen ausgefüllte Periode, in deren Verlauf das an der Macht stehende Proletariat die notwendigen Maßnahmen wirtschaftlicher, politischer, kultureller und organisatorischer Natur ergreift, um an Stelle der alten, kapitalistischen Gesellschaft die neue, sozialistische Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Klassen, eine Gesellschaft ohne Staat, zu schaffen. Lenin stand voll und ganz auf dem Boden dieser Grundsätze von Marx und Engels.

Das Neue auf diesem Gebiet besteht bei Lenin darin:

a) dass er die Möglichkeit der Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft in einem von imperialistischen Staaten umringten Lande der Diktatur des Proletariats begründete, unter der Voraussetzung, dass dieses Land nicht durch eine militärische Intervention der es umgebenden kapitalistischen Staaten erdrosselt wird;

b) dass er die konkreten Wege der Wirtschaftspolitik („Neue Ökonomische Politik“) aufzeigte, mittels deren das Proletariat, im Besitze der wirtschaftlichen Kommandohöhen (Industrie, Grund und Boden, Verkehrswesen, Banken usw.), die sozialisierte Industrie mit der Landwirtschaft zusammenschließt („Zusammenschluss der Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft“) und auf diese Weise die gesamte Volkswirtschaft zum Sozialismus führt;

c) dass er die konkreten Wege der allmählichen Heranführung der Hauptmassen der Bauernschaft an den sozialistischen Aufbau und ihre Einbeziehung in diesen Aufbau mittels der Genossenschaften aufzeigte, die in der Hand der proletarischen Diktatur ein überaus mächtiges Mittel zur Umgestaltung der bäuerlichen Kleinwirtschaft und zur Umerziehung der Hauptmassen der Bauernschaft im Geiste des Sozialismus sind.

Viertens, die Frage der Hegemonie des Proletariats in der Revolution, in jeder Volksrevolution, sowohl in der Revolution gegen den Zarismus als auch in der Revolution gegen den Kapitalismus.
Marx und Engels haben die Idee der Hegemonie des Proletariats in ihren Grundzügen skizziert. Das Neue bei Lenin besteht hier darin, dass er diese Skizze weiterentwickelt und zu einem geschlossenen System der Hegemonie des Proletariats ausgebaut hat, zu einem geschlossenen System der Führung der werktätigen Massen in Stadt und Land durch das Proletariat nicht nur beim Sturz des Zarismus und des Kapitalismus mindern auch beim sozialistischen Aufbau unter der Diktatur des Proletariats.
Es ist bekannt, dass die Idee der Hegemonie des Proletariats dank Lenin und seiner Partei eine meisterhafte Anwendung in Rußland gefunden hat. Daraus erklärt sich unter anderem die Tatsache, dass die Revolution in Rußland zur Herrschaft des Proletariats geführt hat.
Früher gingen die Dinge gewöhnlich so vor sich, dass die Arbeiter während der Revolution auf den Barrikaden kämpften, ihr Blut vergossen, das Alte stürzten, die Macht aber in die Hände der Bourgeois geriet, die dann die Arbeiter unterdrückten und ausbeuteten. So war es in England und in Frankreich. So war es in Deutschland. Bei uns in Rußland hat die Sache eine andere Wendung genommen. Bei uns waren die Arbeiter nicht nur die Stoßkraft der Revolution. Als Stoßkraft der Revolution suchte das russische Proletariat gleichzeitig der Hegemon, der politische Führer aller ausgebeuteten Massen in Stadt und Land zu sein, indem es diese Massen um sich scharte, sie von der Bourgeoisie loslöste und die Bourgeoisie politisch isolierte. Und als Hegemon der ausgebeuteten Massen kämpfte das russische Proletariat dafür, die Macht zu erobern und sie im eigenen Interesse, gegen die Bourgeoisie, gegen den Kapitalismus auszunutzen. Daraus erklärt sich denn auch, dass jeder machtvolle Ausbruch der Revolution in Rußland, im Oktober 1905 wie auch im Februar 1917, die Sowjets der Arbeiterdeputierten auf die Bildfläche brachte als die Keimform des neuen Machtapparats, der dazu berufen ist, die Bourgeoisie zu unterdrücken - im Gegensatz zum bürgerlichen Parlament als dem alten Machtapparat, der dazu berufen ist, das Proletariat zu unterdrücken.
Zweimal machte bei uns die Bourgeoisie den Versuch, das bürgerliche Parlament wiederherzustellen und den Sowjets ein Ende zu machen: im September 1917, während des Vorparlaments, vor der Machtergreifung durch die Bolschewiki, und im Januar 1918, während der konstituierenden Versammlung, nach der Machtergreifung durch das Proletariat - und jedesmal hat sie eine Niederlage erlitten. Warum? Weil die Bourgeoisie bereits politisch isoliert war, die Millionenmassen der Werktätigen das Proletariat als den einzigen Führer der Revolution betrachteten und die Sowjets bereits von den Massen als ihre eigene Arbeitermacht geprüft und erprobt waren, die gegen ein bürgerliches Parlament einzutauschen für das Proletariat Selbstmord gewesen wäre. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass der bürgerliche Parlamentarismus bei uns nicht Wurzel fasste. Das ist der Grund, warum die Revolution in Rußland zur Herrschaft des Proletariats geführt hat.
Das sind die Ergebnisse der Verwirklichung des Leninschen Systems der Hegemonie des Proletariats in der Revolution.
Fünftens, die nationale und koloniale Frage.
Als Marx und Engels seinerzeit die Ereignisse in Irland, in Indien, in China, in den Ländern Mitteleuropas, in Polen, in Ungarn analysierten, lieferten sie die richtunggebenden Grundideen für die nationale und koloniale Frage. Lenin fußte in seinen Arbeiten auf diesen Ideen.
Das Neue auf diesem Gebiet besteht bei Lenin darin:
a) dass er diese Ideen zu einem geschlossenen System von Ansichten über die nationalen und kolonialen Revolutionen in der Epoche des Imperialismus zusammenfasste;
b) dass er die nationale und koloniale Frage mit der Frage des Sturzes des Imperialismus verknüpfte;

c) dass er die nationale und koloniale Frage zu einem Bestandteil der allgemeinen Frage der internationalen proletarischen Revolution erklärte.
Schließlich, die Frage der Partei des Proletariats.
Marx und Engels skizzierten die Grundthesen über die Partei als Vorhut des Proletariats, das seine Befreiung sowohl im Sinne der Machtergreifung als auch im Sinne der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft ohne sie (ohne die Partei) nicht erreichen kann.
Das Neue auf diesem Gebiet besteht bei Lenin darin, dass er diese Skizze, entsprechend den neuen Bedingungen des Kampfes des Proletariats in der Periode des Imperialismus, weiterentwickelte und zeigte:
a) dass die Partei die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats ist im Vergleich zu anderen Formen der Organisation des Proletariats (Gewerkschaften, Genossenschaften, Staatsorganisation), deren Arbeit sie zusammenzufassen und zu lenken berufen ist;
b) dass die Diktatur des Proletariats nur durch die Partei als ihre lenkende Kraft verwirklicht werden kann;
c) dass die Diktatur des Proletariats nur dann vollkommen sein kann, wenn eine einzige Partei, die Partei der Kommunisten, sie führt, die die Führung nicht mit anderen Parteien teilt noch teilen darf;
d) dass ohne eiserne Disziplin in der Partei die Aufgaben der Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung der Ausbeuter und zur Umgestaltung der Klassengesellschaft in die sozialistische Gesellschaft nicht erfüllt werden können.
Das ist im Wesentlichen das Neue, das Lenin in seinen Werken gegeben hat, indem er die Marxsche Lehre entsprechend den neuen Bedingungen des Kampfes des Proletariats in der Periode des Imperialismus konkretisierte und weiterentwickelte.
Deshalb sagen wir auch, dass der Leninismus der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen ist.
Daraus geht hervor, dass man den Leninismus vom Marxismus nicht trennen und noch weniger dem Marxismus entgegenstellen darf.
In der Frage der Delegation heißt es weiter:
„Wäre es richtig, zu sagen, dass Lenin an eine ‚schöpferische Revolution’ glaubte, während Marx mehr dazu neigte, den Kulminationspunkt der Entwicklung der ökonomischen Kräfte abzuwarten?“
Ich glaube, das zu sagen wäre ganz falsch. Ich glaube, dass jede Volksrevolution - wenn sie wirklich eine Volksrevolution ist - eine schöpferische Revolution ist, denn sie zerschlägt eine alte Ordnung und bildet, schafft eine neue.
Gewiss kann nichts Schöpferisches an solchen, mit Verlaub zu sagen, „Revolutionen“ sein, wie sie mitunter in einigen rückständigen Ländern in Form von zwerghaften „Aufständen“ der einen Stämme gegen die anderen vorkommen. Aber die Marxisten haben solche zwerghaften „Aufstände“ niemals als Revolution angesehen. Es handelt sich also offenbar nicht um solche „Aufstände“, sondern um eine Volksrevolution der Massen, in der sich die unterdrückten Klassen gegen die Unterdrückerklassen erheben. Eine solche Revolution aber muss unvermeidlich eine schöpferische Revolution sein. Marx und Lenin waren gerade für eine solche Revolution - und nur für eine solche. Dabei ist klar, dass eine solche Revolution nicht unter beliebigen Bedingungen ausbrechen kann, dass sie nur unter bestimmten günstigen Bedingungen ökonomischer und politischer Natur vor sich gehen kann.

Zweite Frage. Kann man sagen, dass die Kommunistische Partei die Regierung kontrolliert?

Antwort. Alles hängt davon ab, was man unter Kontrolle versteht. In den kapitalistischen Ländern hat man von Kontrolle eine etwas eigenartige Auffassung. Ich weiß, dass eine ganze Reihe von kapitalistischen Regierungen trotz des Bestehens von

„demokratischen“ Parlamenten durch die Großbanken kontrolliert werden. Die Parlamente versichern, dass sie es sind, die die Regierungen kontrollieren. In Wirklichkeit aber ist es so, dass die großen Finanzkonsortien die Zusammensetzung der Regierungen im Voraus bestimmen und ihre Handlungen kontrollieren. Wer wüsste nicht, dass in keiner einzigen kapitalistischen „Großmacht“ ein Kabinett gegen den Willen der großen Finanzmagnaten gebildet werden kann: sie brauchen nur einen finanziellen Druck auszuüben - und die Minister purzeln von ihren Sesseln wie die Puppen. Das ist die wirkliche Kontrolle, die Kontrolle der Banken über die Regierungen im Gegensatz zu der vermeintlichen Kontrolle durch die Parlamente.

Wenn von einer solchen Kontrolle die Rede ist, so muss ich erklären, dass eine Kontrolle der Regierung durch die Geldsäcke bei uns undenkbar und ganz ausgeschlossen ist, schon allein deswegen, weil die Banken bei uns seit langem nationalisiert, die Geldsäcke aber aus der UdSSR hinausgeworfen worden sind.

Vielleicht wollte die Delegation nicht nach der Kontrolle, sondern nach der Leitung der Regierung durch die Partei fragen? Wenn die Delegation danach fragen wollte, so antworte ich darauf: Ja, die Partei leitet bei uns die Regierung. Diese Leitung ist aber deswegen möglich, weil die Partei bei uns das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt genießt und deshalb das Recht hat, die Organe der Regierung im Namen dieser Mehrheit zu leiten.

Worin kommt die Leitung der Regierung durch die Arbeiterpartei der UdSSR, durch die Kommunistische Partei der UdSSR, zum Ausdruck?

Vor allem darin, dass die Kommunistische Partei bestrebt ist, mittels der Sowjets und der Sowjetkongresse die wichtigsten Posten der Staatsarbeit in unserem Lande mit ihren Kandidaten, mit ihren besten, der Sache des Proletariats ergebenen Funktionären zu besetzen, die bereit sind, dem Proletariat mit Leib und Seele zu dienen. Und das gelingt ihr in den allermeisten Fällen, weil die Arbeiter und Bauern Vertrauen zur Partei haben. Es ist kein Zufall, dass die Organe der Staatsmacht bei uns von Kommunisten geleitet werden, dass sie, die Leiter dieser Organe, gewaltige Autorität im Lande besitzen.

Zweitens darin, dass die Partei die Arbeit der Verwaltungsorgane, die Arbeit der Organe der Staatsmacht prüft, Fehler und Mängel, ohne die es nicht abgeht, abstellt, ihnen hilft, die Beschlüsse der Regierung durchzuführen, und sich bemüht, ihnen die Unterstützung der Massen zu sichern, wobei von ihnen kein einziger wichtiger Beschluss ohne entsprechende Weisungen der Partei gefasst wird.

Drittens darin, dass bei der Ausarbeitung des Arbeitsplans dieser oder jener Organe der Staatsmacht, sei es auf dem Gebiet der Industrie und der Landwirtschaft, oder sei es auf dem Gebiet des Handels und des kulturellen Aufbaus, die Partei allgemeine Richtlinien gibt, die den Charakter und die Richtung der Arbeit dieser Organe während der Geltungsdauer der Pläne bestimmen.

Die bürgerliche Presse bringt gewöhnlich ihre „Verwunderung“ über eine solche „Einmischung“ der Partei in die Staatsgeschäfte zum Ausdruck. Aber diese „Verwunderung“ ist durch und durch geheuchelt. Es ist bekannt, dass in den kapitalistischen Ländern die bürgerlichen Parteien sich genauso in die Staatsgeschäfte „einmischen“ und die Regierungen leiten, wobei dort die Leitung in den Händen eines engen Kreises von Personen konzentriert ist, die auf die eine oder die andere Weise mit den Großbanken verbunden sind und sich infolgedessen bemühen, ihre Rolle vor der Bevölkerung zu verheimlichen.

Wer wüsste nicht, dass in jeder bürgerlichen Partei in England oder in anderen kapitalistischen Ländern ein Geheimkabinett aus einem engen Kreis von Personen besteht, die die Führung in ihren Händen konzentrieren? Denken Sie nur an die bekannte Rede Lloyd Georges über das „Schatten“kabinett der liberalen Partei. Der Unterschied zwischen dem Lande der Sowjets und den kapitalistischen Ländern besteht in dieser Hinsicht darin,

a) dass in den Ländern des Kapitalismus die bürgerlichen Parteien den Staat leiten im Interesse der Bourgeoisie und gegen das Proletariat, während die Kommunistische Partei in der UdSSR den Staat leitet im Interesse des Proletariats und gegen die Bourgeoisie;
b) dass die bürgerlichen Parteien ihre führende Rolle vor dem Volke verheimlichen und zu verdächtigen Geheimkabinetten Zuflucht nehmen, während die Kommunistische Partei in der UdSSR keinerlei Geheimkabinette braucht, die Politik und die Praxis der Geheimkabinette brandmarkt und vor dem ganzen Lande offen erklärt, dass sie die Verantwortung für die Leitung des Staates auf sich nimmt.
Ein Delegierter. Leitet die Partei die Gewerkschaften nach denselben Grundsätzen?
Stalin. Im Wesentlichen ja. Formell kann die Partei den Gewerkschaften keine Direktiven erteilen. Aber die Partei erteilt den Kommunisten Direktiven, die in den Gewerkschaften arbeiten. Bekanntlich gibt es in den Gewerkschaften ebenso wie in den Sowjets, den Genossenschaften usw. Fraktionen von Kommunisten. Pflicht dieser kommunistischen Fraktionen ist es, in den Organen der Gewerkschaften, der Sowjets, der Genossenschaften usw. durch Überzeugung die Annahme von Beschlüssen zu erwirken, die den Direktiven der Partei entsprechen. Und in den allermeisten Fällen gelingt ihnen das, weil der Einfluss der Partei unter den Massen gewaltig ist und sie bei ihnen großes Vertrauen genießt. Auf diese Weise wird die Einheitlichkeit im Handeln der verschiedensten Organisationen des Proletariats erreicht. Ohne das würden wir ein Durcheinander und Nebeneinander in der Arbeit dieser Organisationen der Arbeiterklasse haben.

Dritte Frage. Da in Rußland nur eine Partei legal ist, woher wissen Sie, dass die Massen mit dem Kommunismus sympathisieren?

Antwort. Es stimmt, dass es in der UdSSR keine legalen bürgerlichen Parteien gibt, dass hier nur eine Partei legal ist, die Partei der Arbeiter, die Partei der Kommunisten. Haben wir dennoch Mittel und Wege, um uns davon zu überzeugen, dass die Mehrheit der Arbeiter, die Mehrheit der werktätigen Massen mit den Kommunisten sympathisiert? Es handelt sich natürlich um die Arbeiter- und Bauernmassen, nicht um die neue Bourgeoisie, nicht um die Überreste der alten Ausbeuterklassen, die vom Proletariat bereits zerschlagen worden sind. Ja, wir haben die Möglichkeit, wir haben Mittel und Wege, um zu erfahren, ob die Arbeiter- und Bauernmassen mit den Kommunisten sympathisieren oder nicht sympathisieren.
Nehmen wir die wichtigsten Momente im Leben unseres Landes und prüfen wir, ob wir berechtigt sind zu behaupten, dass die Massen wirklich mit den Kommunisten sympathisieren. Nehmen wir vor allem einen so wichtigen Moment wie die Periode des Oktoberumsturzes im Jahre 1917, als die Partei der Kommunisten, eben als Partei, die Arbeiter und Bauern offen zum Sturz der Macht der Bourgeoisie aufrief und als sie, diese Partei, die Unterstützung der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern erlangte.
Wie war damals die Situation? An der Macht standen die Sozialrevolutionäre (SR) und die Sozialdemokraten (Menschewiki), die mit der Bourgeoisie einen Block bildeten. Der Machtapparat im Zentrum und im Lande befand sich ebenso wie der Kommandoapparat der 12-Millionen-Armee in den Händen dieser Parteien, in den Händen der Regierung. Die Partei der Kommunisten war halblegal. Die Bourgeois aller Länder prophezeiten ein unvermeidliches Scheitern der Partei der Bolschewiki.
Die Entente stand voll und ganz hinter der Kerenskiregierung. Nichtsdestoweniger hörte die Partei der Kommunisten, die Partei der Bolschewiki, nicht auf, das Proletariat zum Sturz dieser Regierung und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats aufzurufen. Und was geschah? Die gewaltige Mehrheit der werktätigen Massen im Hinterland und an der Front unterstützte aufs entschiedenste die Partei der Bolschewiki - und die Kerenskiregierung wurde gestürzt, die Macht des Proletariats wurde errichtet.

Wie konnte es geschehen, dass die Bolschewiki damals den Sieg davontrugen, trotz der feindseligen Prophezeiungen der Bourgeois aller Länder über den Untergang der Partei der Bolschewiki? Beweist dieser Umstand nicht, dass die breiten Massen der Werktätigen mit der Partei der Bolschewiki sympathisieren? Ich glaube, er beweist es.
Da haben Sie die erste Prüfung der Autorität und des Einflusses der Partei der Kommunisten unter den breiten Massen der Bevölkerung.
Nehmen wir die folgende Periode, die Periode der Intervention, die Periode des Bürgerkriegs, als die englischen Kapitalisten Nordrußland; das Gebiet von Archangelsk und Murmansk, okkupierten, als die amerikanischen, englischen, japanischen und französischen Kapitalisten Sibirien okkupierten und Koltschak vorschoben, als die französischen und englischen Kapitalisten Schritte zur Okkupation „Südrußlands“ unternahmen und Denikin und Wrangel auf den Schild hoben.
Das war ein Krieg der Entente und der konterrevolutionären Generale Rußlands gegen die kommunistische Regierung in Moskau, gegen die Errungenschaften unserer Oktoberrevolution. Das war eine Periode größter Prüfung der Stärke und Festigkeit des Einflusses der Partei der Kommunisten unter den breiten Massen der Arbeiter und Bauern.
Und was geschah? Ist es etwa nicht bekannt, dass im Ergebnis des Bürgerkriegs die Okkupanten aus Rußland hinausgeworfen, die konterrevolutionären Generale aber durch die Rote Armee vollends geschlagen wurden?
Hier zeigte es sich gerade, dass die Geschicke des Krieges letzten Endes nicht durch die Technik entschieden werden - mit Technik wurden Koltschak und Denikin von den Feinden der UdSSR reichlich versorgt -, sondern durch eine richtige Politik, durch die Sympathie und die Unterstützung der Millionenmassen der Bevölkerung.
War es ein Zufall, dass die Partei der Bolschewiki damals den Sieg davontrug? Natürlich war es kein Zufall. Zeugt dieser Umstand nicht davon, dass die Partei der Kommunisten bei uns die Sympathie der breiten Massen der Werktätigen genießt? Ich glaube, er zeugt davon.
Da haben Sie die zweite Prüfung der Stärke und Festigkeit der Kommunistischen Partei in der UdSSR.
Gehen wir zur gegenwärtigen Periode, zur Nachkriegsperiode über, in der die Fragen des friedlichen Aufbaus auf die Tagesordnung rückten, in der die Phase der wirtschaftlichen Zerrüttung abgelöst wurde durch die Phase der Wiederherstellung der Industrie und schließlich durch die Phase des Umbaus unserer ganzen Volkswirtschaft auf einer neuen technischen Grundlage. Haben wir jetzt Mittel und Wege, um die Stärke und Festigkeit der Partei der Kommunisten zu prüfen, um den Grad der Sympathie der breiten Massen der Werktätigen für diese Partei festzustellen? Ich glaube, wir haben sie.
Nehmen wir vor allem die Gewerkschaften der Sowjetunion, denen ungefähr 10 Millionen Proletarier angehören, sehen wir uns die Zusammensetzung der führenden Organe unserer Gewerkschaften an. Ist es ein Zufall, dass an der Spitze dieser Organe Kommunisten stehen? Natürlich ist das kein Zufall. Es wäre töricht zu glauben, dass den Arbeitern der UdSSR die Zusammensetzung der führenden Organe der Gewerkschaften gleichgültig ist. Die Arbeiter der UdSSR haben sich in den Stürmen dreier Revolutionen entwickelt und geschult. Sie haben, wie niemand sonst, gelernt, ihre Führer zu prüfen und wenn sie den Interessen des Proletariats nicht entsprechen, sie davonzujagen. Eine Zeitlang war Plechanow der populärste Mann in unserer Partei. Als aber die Arbeiter sich davon überzeugten, dass Plechanow die proletarische Linie verlassen hatte, schreckten sie nicht davor zurück, ihn vollkommen zu isolieren. Und wenn diese Arbeiter den Kommunisten ihr volles Vertrauen ausdrücken und sie auf verantwortliche Posten in den Gewerkschaften stellen, so kann das nur ein direkter Beweis dafür sein, dass der Einfluss der Kommunistischen Partei unter den Arbeitern der UdSSR von gewaltiger Stärke und Festigkeit ist.
Da haben Sie eine Prüfung, die zeigt, dass die breiten Massen der Arbeiter unbedingt mit der Partei der Kommunisten sympathisieren.

Nehmen wir die letzten Wahlen zu den Sowjets. Das Recht, an den Wahlen zu den Sowjets teilzunehmen, hat bei uns die gesamte erwachsene Bevölkerung der UdSSR vom 18. Lebensjahr an, ohne Unterschied des Geschlechts und der Nationalität, mit Ausnahme der bürgerlichen Elemente, die fremde Arbeit ausbeuten und denen das Wahlrecht entzogen ist. Die Zahl der Wähler beläuft sich auf ungefähr 60 Millionen. Die gewaltige Mehrheit der Wähler besteht natürlich aus Bauern. Von diesen 60 Millionen haben ungefähr 51 Prozent, das heißt mehr als 30 Millionen, von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Sehen Sie sich nun die Zusammensetzung der führenden Organe unserer Sowjets im Zentrum und im Lande an. Kann man die Tatsache als Zufall bezeichnen, dass die gewaltige Mehrheit der gewählten führenden Funktionäre aus Kommunisten besteht? Es ist klar, dass man das nicht als Zufall bezeichnen kann. Zeugt diese Tatsache nicht davon, dass die Kommunistische Partei unter den Millionenmassen der Bauernschaft Vertrauen genießt? Ich glaube, sie zeugt davon.
Da haben Sie eine weitere Prüfung der Stärke und Festigkeit der Kommunistischen Partei.
Nehmen wir den Kommunistischen Jugendverband (Komsomol), dem ungefähr 2 Millionen jugendliche Arbeiter und Bauern angehören. Kann man die Tatsache als Zufall bezeichnen, dass die gewaltige Mehrheit der gewählten führenden Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbands Kommunisten sind? Ich glaube, das kann man nicht als Zufall bezeichnen.
Da haben Sie eine weitere Prüfung der Stärke und Autorität der Kommunistischen Partei.
Nehmen wir schließlich unsere zahllosen Konferenzen, Beratungen, Delegiertenversammlungen usw., die Millionenmassen von werktätigen Männern und Frauen, Arbeitern und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen aller Nationalitäten der UdSSR erfassen. Über diese Beratungen und Konferenzen spricht man im Westen mitunter ironisch und behauptet, dass die Russen überhaupt gern reden. Indes haben diese Beratungen und Konferenzen für uns gewaltige Bedeutung, weil sie sowohl einen Prüfstein für die Stimmung der Massen abgeben als auch unsere Fehler aufdecken und Mittel und Wege zur Beseitigung dieser Fehler aufzeigen, denn bei uns werden nicht wenig Fehler gemacht, und wir verheimlichen sie nicht, da wir der Auffassung sind, dass die Aufdeckung der Fehler und ihre ehrliche Berichtigung das beste Mittel ist, um die Leitung des Landes zu verbessern. Lesen Sie die Reden, die auf diesen Konferenzen und Beratungen gehalten werden, lesen Sie die sachlichen und offenherzigen Bemerkungen dieser „einfachen Leute“ aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, lesen Sie ihre Beschlüsse - und Sie werden sehen, wie gewaltig der Einfluss und die Autorität der Kommunistischen Partei ist, Sie werden sehen, dass jede Partei in der Welt uns um diesen Einfluss und diese Autorität beneiden könnte.
Da haben Sie eine weitere Prüfung der Festigkeit der Kommunistischen Partei.
Das sind die Mittel und Wege, die wir haben, um die Stärke der Kommunistischen Partei und ihren Einfluss unter den Volksmassen zu überprüfen.
Daher weiß ich, dass die breiten Massen der Arbeiter und Bauern der UdSSR mit der Kommunistischen Partei sympathisieren.

Vierte Frage. Wenn eine parteilose Gruppe eine Fraktion organisierte und bei den Wahlen eigene Kandidaten, die auf der Plattform der Unterstützung der Sowjetregierung stünden, aufstellte, gleichzeitig aber die Aufhebung des Außenhandelsmonopols forderte - könnte sie über eigene Mittel verfügen und eine aktive politische Kampagne entfalten?

Antwort. Ich glaube, diese Frage enthält einen unversöhnlichen Widerspruch. Man kann sich keine Gruppe vorstellen, die auf der Plattform der Unterstützung der Sowjetregierung stünde und gleichzeitig die Aufhebung des Außenhandelsmonopols forderte. Warum? Weil das Außenhandelsmonopol eine der unerschütterlichen Grundlagen der Plattform der Sowjetregierung ist. Weil eine Gruppe, die die Aufhebung des Außenhandelsmonopols

fordert, nicht für die Unterstützung der Sowjetregierung sein kann. Weil eine solche Gruppe nur eine Gruppe sein kann, die dem gesamten Sowjetsystem zutiefst feindlich gegenübersteht.
In der UdSSR gibt es natürlich Elemente, die die Aufhebung des Außenhandelsmonopols fordern. Das sind die NÖP-Leute, die Kulaken, die Splitter der bereits zerschlagenen Ausbeuterklassen usw. Aber diese Elemente sind eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung. Ich glaube, dass es sich bei der Frage der Delegation nicht um diese Elemente handelt. Wenn es sich aber um die Arbeiter und die werktätigen Massen der Bauernschaft handelt, so muss ich sagen, dass die Forderung nach Aufhebung des Außenhandelsmonopols bei ihnen nur Gelächter hervorrufen und feindselig aufgenommen werden würde.
In der Tat, was würde die Abschaffung des Außenhandelsmonopols für die Arbeiter bedeuten? Das würde für sie Verzicht auf die Industrialisierung des Landes, auf die Errichtung neuer Werke und Fabriken, auf die Erweiterung der alten Werke und Fabriken bedeuten. Das würde für sie Überschwemmung der UdSSR mit Waren aus den kapitalistischen Ländern, Abbau unserer Industrie infolge ihrer relativen Schwäche, Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen, Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, Schwächung ihrer ökonomischen und politischen Positionen bedeuten. Das würde letzten Endes eine Stärkung des NÖP-Manns und der neuen Bourgeoisie überhaupt bedeuten. Kann das Proletariat der UdSSR einen solchen Selbstmord begehen? Es ist klar, dass es das nicht kann.
Und was würde die Abschaffung der Außenhandelsmonopole für die werktätigen Massen der Bauernschaft bedeuten? Sie würde die Verwandlung unseres Landes aus einem selbständigen Land in ein halbkoloniales Land und die Verelendung der Bauernmassen bedeuten. Sie würde die Rückkehr zu jenem Regime des „freien Handels" bedeuten, das unter Koltschak und Denikin herrschte, als die vereinigten Kräfte der konterrevolutionären Generale und der „Alliierten" die Millionenmassen der Bauernschaft nach Herzenslust ausrauben und ausplündern konnten. Das würde letzten Endes eine Stärkung der Kulaken und der übrigen Ausbeuterelemente im Dorfe bedeuten. Die Bauern haben die Herrlichkeiten dieses Regimes in der Ukraine und im Nordkaukasus, an der Wolga und in Sibirien zur Genüge ausgekostet. Was könnte zu der Annahme berechtigen, dass sie von neuem den Kopf in diese Schlinge stecken wollen? Ist es etwa nicht klar, dass die werktätigen Massen der Bauernschaft nicht für die Abschaffung des Außenhandelsmonopols sein können?
Ein Delegierter. Die Delegation hat den Punkt bezüglich des Außenhandelsmonopols, bezüglich seiner Aufhebung, als einen Punkt aufgeworfen, auf dessen Basis sich eine ganze Gruppe der Bevölkerung organisieren könnte, wenn in der UdSSR nicht das Monopol einer Partei, das Monopol auf Legalität, bestünde.
Stalin. Die Delegation kehrt also zur Frage des Monopols der Kommunistischen Partei, als der einzigen legalen Partei in der UdSSR, zurück. Ich habe diese Frage bereits kurz beantwortet, als ich von den Mitteln und Wegen sprach, die wir haben, um die Sympathie der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern für die Kommunistische Partei zu überprüfen.
Was die anderen Schichten der Bevölkerung, die Kulaken, die NÖP-Leute, die Überreste der alten zerschlagenen Ausbeuterklassen betrifft, so haben sie bei uns kein Recht auf eine eigene politische Organisation, ebenso wie sie kein Wahlrecht haben. Das Proletariat hat der Bourgeoisie nicht nur die Fabriken und Werke, die Banken und die Eisenbahnen, den Boden und die Bergwerke weggenommen. Es hat ihr auch das Recht auf eine eigene politische Organisation genommen, denn das Proletariat will nicht die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie. Die Delegation hat offenbar nichts dagegen einzuwenden, dass das Proletariat der UdSSR der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern die Fabriken und Werke, den Boden und die Eisenbahnen, die Banken und Bergwerke weggenommen hat. (Heiterkeit.)
Die Delegation ist jedoch, wie mir scheint, etwas darüber erstaunt, dass das Proletariat sich nicht hierauf beschränkt hat, sondern weitergegangen ist und der Bourgeoisie die politischen Rechte genommen hat. Das ist meines Erachtens nicht ganz logisch oder, richtiger gesagt, ganz unlogisch. Mit welcher Berechtigung fordert man vom Proletariat Großmut gegenüber

der Bourgeoisie? Legt etwa die Bourgeoisie im Westen, die sich an der Macht befindet, auch nur die geringste Großmut gegenüber der Arbeiterklasse an den Tag? Treibt sie nicht die wirklich revolutionären Parteien der Arbeiterklasse in die Illegalität? Mit welcher Berechtigung fordert man vom Proletariat der UdSSR Großmut gegenüber seinem Klassenfeind? Ich glaube, Logik verpflichtet. Wer an die Möglichkeit denkt, der Bourgeoisie ihre politischen Rechte wiederzugeben, muss, wenn er logisch sein will, weitergehen und auch die Frage der Rückgabe der Fabriken und Werke, der Eisenbahnen und der Banken an die Bourgeoisie stellen.

Ein Delegierter. Die Delegation hatte die Aufgabe, zu klären, auf welche Weise in der Arbeiterklasse und in der Bauernschaft vorhandene Ansichten, die von den Ansichten der Kommunistischen Partei abweichen, ihren legalen Ausdruck finden können. Es wäre falsch, die Sache so aufzufassen, dass die Delegation sich für die Frage der Gewährung politischer Rechte an die Bourgeoisie, für die Frage, wie die Bourgeoisie ihre Ansichten auf legalem Wege zum Ausdruck bringen könne, interessiert. Es handelt sich eben darum, auf welche Weise in der Arbeiterklasse und in der Bauernschaft vorhandene Ansichten, die von den Ansichten der Kommunistischen Partei abweichen, ihren legalen Ausdruck finden können.

Ein anderer Delegierter. Diese abweichenden Ansichten könnten in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften usw. ihren Ausdruck finden.

Stalin. Sehr gut. Also, es handelt sich nicht um die Wiederherstellung der politischen Rechte der Bourgeoisie, sondern um den Meinungskampf innerhalb der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Haben wir gegenwärtig in der Sowjetunion einen Meinungskampf unter den Arbeitern und den werktätigen Massen der Bauernschaft? Ja, unbedingt. Es ist unmöglich, dass Millionen von Arbeitern und Bauern in allen praktischen Fragen und in allen Einzelfragen der gleichen Meinung sind. So etwas gibt es im Leben nicht. Erstens besteht ein großer Unterschied zwischen den Arbeitern und den Bauern sowohl hinsichtlich ihrer ökonomischen Lage als auch hinsichtlich ihrer Ansichten über diese oder jene Fragen. Zweitens bestehen gewisse Unterschiede in den Auffassungen innerhalb der Arbeiterklasse selbst, Unterschiede der Erziehung, Unterschiede des Alters, des Temperaments, Unterschiede zwischen den Stammarbeitern und den Arbeitern, die aus dem Dorfe gekommen sind, usw. All das führt zu einem Meinungskampf unter den Arbeitern und den werktätigen Massen der Bauernschaft, der in Versammlungen, in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, während der Wahlen zu den Sowjets usw. seinen legalen Ausdruck findet.

Aber zwischen dem Meinungskampf jetzt, unter den Verhältnissen der proletarischen Diktatur, und dem Meinungskampf in der Vergangenheit, vor der Oktoberrevolution, besteht ein grundlegender Unterschied. Damals, in der Vergangenheit, drehte sich der Meinungskampf unter den Arbeitern und werktätigen Bauern hauptsächlich um die Fragen des Sturzes der Gutsbesitzer, des Zarismus, der Bourgeoisie, um die Zerschlagung der bürgerlichen Ordnung. Jetzt, unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats, geht der Meinungskampf nicht um die Fragen des Sturzes der Sowjetmacht, der Zerschlagung der Sowjetordnung, sondern um die Fragen der Verbesserung der Organe der Sowjetmacht, der Verbesserung ihrer Arbeit. Hier besteht ein grundlegender Unterschied.

Es kann nicht wundernehmen, dass in der Vergangenheit der Meinungskampf um die Frage der revolutionären Zerschlagung der bestehenden Ordnung ein Grund dafür war, dass mehrere miteinander konkurrierende Parteien innerhalb der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen der Bauernschaft auftraten. Diese Parteien waren: die Partei der Bolschewiki, die Partei der Menschewiki, die Partei der Sozialrevolutionäre. Anderseits ist auch durchaus verständlich, dass jetzt, unter der Diktatur des Proletariats, der Meinungskampf, der nicht auf die Zerschlagung der bestehenden Sowjetordnung, sondern auf ihre Verbesserung und Festigung abzielt, keinen Nährboden für das Bestehen mehrerer Parteien unter den Arbeitern und den werktätigen Massen des Dorfes abgibt.

Das ist der Grund, warum die Legalität einer einzigen Partei, der Partei der Kommunisten, das Monopol dieser Partei, nicht nur auf keinen Widerspruch unter den Arbeitern und den werktätigen Bauern stößt, sondern im Gegenteil als etwas Notwendiges und Wünschenswertes erachtet wird.

Die Stellung unserer Partei als der einzigen legalen Partei im Lande (das Monopol der Kommunistischen Partei) ist nicht etwas Künstliches und eigens Ausgehecktes. Eine solche Stellung lässt sich nicht künstlich, durch administrative Maßnahmen usw. schaffen. Das Monopol unserer Partei hat sich aus dem Leben ergeben, hat sich historisch herausgebildet, als Ergebnis dessen, dass die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki endgültig Bankrott gemacht haben und bei uns von der Bildfläche verschwunden sind.

Was waren die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki in der Vergangenheit? Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat. Wodurch wurde das Bestehen dieser Parteien vor dem Oktober 1917 begünstigt und unterstützt? Durch das Bestehen der Klasse der Bourgeois und schließlich durch das Bestehen der bürgerlichen Staatsmacht. Ist es etwa nicht klar, dass mit dem Sturz der Bourgeoisie die Grundlagen für das Bestehen dieser Parteien verschwinden mussten?

Was wurde aus diesen Parteien nach dem Oktober 1917? Sie wurden zu Parteien der Wiederherstellung des Kapitalismus und des Sturzes der Macht des Proletariats. Ist es etwa nicht klar, dass diese Parteien jeden. Boden und jeden Einfluss unter den Arbeitern und den werktätigen Schichten der Bauernschaft verlieren mussten?

Der Kampf zwischen der Partei der Kommunisten und den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki um den Einfluss auf die. Arbeiterklasse hatte nicht erst gestern begonnen. Der Beginn dieses Kampfes datiert von dem Zeitpunkt, als die ersten Anzeichen einer revolutionären Massenbewegung in Rußland, noch vor 1905, auftraten. Die Periode von 1903 bis Oktober 1917 war eine Periode erbitterten Meinungskampfes in der Arbeiterklasse unseres Landes, eine, Periode des Kampfes zwischen den Bolschewiki, den Menschewiki und den Sozialrevolutionären um den Einfluss in der Arbeiterklasse. In dieser Periode hat die Arbeiterklasse der UdSSR drei Revolutionen durchgemacht. Im Feuer dieser Revolutionen hat sie diese Parteien, ihre Tauglichkeit für die Sache der proletarischen Revolution, ihren proletarisch-revolutionären Geist erprobt und geprüft. Und in den Oktobertagen 1917, als die Geschichte das Fazit des ganzen revolutionären Kampfes der Vergangenheit zog, als auf der Waage der Geschichte die innerhalb der Arbeiterklasse ringenden Parteien gewogen wurden - da traf schließlich die Arbeiterklasse der UdSSR ihre endgültige Wahl und entschied sich für die Kommunistische Partei als die einzige proletarische Partei.

Wodurch ist die Tatsache zu erklären, dass die Wahl der Arbeiterklasse auf die Kommunistische Partei fiel? Ist es nicht eine Tatsache, dass die Bolschewiki im Petrograder Sowjet zum Beispiel im April 1917 eine unbedeutende Minderheit bildeten? Ist es nicht eine Tatsache, dass die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki damals in den Sowjets eine gewaltige Mehrheit hatten? Ist es nicht eine Tatsache, dass sich bis zu den Oktobertagen der gesamte Machtapparat und alle Zwangsmittel in den Händen der Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki befanden, die mit der Bourgeoisie einen Block bildeten?

Die Erklärung liegt darin, dass die Kommunistische Partei damals für die Beendigung des Krieges, für einen sofortigen demokratischen Frieden war, während die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki für den „Krieg bis zum siegreichen Ende“, für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges eintraten.

Die Erklärung liegt darin, dass die Kommunistische Partei damals für den Sturz der Kerenskiregierung, für den Sturz der bürgerlichen Macht, für die Nationalisierung der Fabriken und Werke, der Banken und Eisenbahnen war, während die Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre für die Kerenskiregierung kämpften und das Recht der Bourgeoisie auf die Fabriken und Werke, auf die Banken und Eisenbahnen verfochten.

Die Erklärung liegt darin, dass die Partei der Kommunisten damals für die sofortige Konfiskation der Ländereien der Gutsbesitzer zugunsten der Bauern war, während die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki diese Frage bis zur Konstituierenden Versammlung hinausschieben wollten, deren Einberufung sie wiederum auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben suchten.
Ist es da verwunderlich, wenn die Wahl der Arbeiter und der armen Bauern schließlich zugunsten der Kommunistischen Partei ausfiel?
Ist es da verwunderlich, wenn die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki so schnell zugrunde gegangen sind?
Daher rührt das Monopol der Kommunistischen Partei, und das ist der Grund, warum die Kommunistische Partei zur Macht gelangt ist.
Die folgende Periode, die Periode nach dem Oktober 1917, die Periode des Bürgerkriegs, war die Periode des endgültigen Untergangs der Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die Periode des endgültigen Triumphes der Partei der Bolschewiki. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre selbst haben in jener Periode den Triumph der Kommunistischen Partei erleichtert. Nachdem die Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre während der Oktoberumwälzung zerschlagen und hinweggefegt worden waren, begannen ihre Splitter sich an den konterrevolutionären Aufständen der Kulaken zu beteiligen, bildeten einen Block mit den Koltschak- und Denikinleuten, traten in den Dienst der Entente und bewirkten damit, dass sie in den Augen der Arbeiter und Bauern endgültig erledigt waren. Es ergab sich folgendes Bild: Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die sich aus bürgerlichen Revolutionären in bürgerliche Konterrevolutionäre verwandelt hatten, halfen der Entente, das neue Rußland, Sowjetrußland, zu würgen, während die Partei der Bolschewiki, die alles Lebendige und Revolutionäre um sich sammelte, immer neue und neue Scharen von Arbeitern und Bauern zum Kampf für das sozialistische Vaterland, zum Kampf gegen die Entente mobilisierte.
Es ist durchaus natürlich, dass der Sieg der Kommunisten in dieser Periode zur vollständigen Niederlage der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki führen musste und auch wirklich geführt hat. Ist es da verwunderlich, wenn die Kommunistische Partei nach alledem zur einzigen Partei der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft geworden ist?
So ist bei uns das Monopol der Kommunistischen Partei als der einzig legalen Partei im Lande entstanden.
Sie sprechen von dem Meinungskampf unter den Arbeitern und Bauern jetzt, unter den Verhältnissen der proletarischen Diktatur. Ich habe bereits gesagt, dass es einen Meinungskampf gibt und geben wird, dass ohne ihn eine Vorwärtsbewegung unmöglich ist. Aber der Meinungskampf unter den Arbeitern geht bei den jetzigen Verhältnissen nicht um die prinzipielle Frage des Sturzes der Sowjetordnung, sondern um die praktischen Fragen der Verbesserung der Sowjets, der Berichtigung der Fehler der Sowjetorgane - also um die Festigung der Sowjetmacht. Es ist ganz klar, dass ein solcher Meinungskampf die Kommunistische Partei nur stärken und vervollkommnen kann. Es ist ganz klar, dass ein solcher Meinungskampf das Monopol der Kommunistischen Partei nur stärken kann. Es ist ganz klar, dass ein solcher Meinungskampf keinen Nährboden abgeben kann für die Bildung anderer Parteien im Schoße der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft.

Fünfte Frage. Können Sie uns kurz die Hauptdifferenzen zwischen Ihnen und Trotzki darlegen?

Antwort. Ich muss vor allem sagen, dass die Differenzen mit Trotzki keine persönlichen Differenzen sind. Trügen diese Differenzen einen persönlichen Charakter, so würde sich die Partei damit keine einzige Stunde befassen, denn sie duldet es nicht, dass einzelne Personen sich in den Vordergrund drängen.

Es handelt sich offenbar um Meinungsverschiedenheiten in der Partei. So fasse ich diese Frage auf. Ja, diese Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Partei. Über den Charakter dieser Meinungsverschiedenheiten haben Rykow in Moskau und Bucharin in Leningrad unlängst in ihren Referaten ziemlich ausführlich gesprochen. Diese Referate sind veröffentlicht worden. Zu dem, was in diesen Referaten über die Meinungsverschiedenheiten gesagt worden ist, habe ich nichts hinzuzufügen. Wenn Sie diese Dokumente nicht haben, so kann ich sie Ihnen besorgen.

(Die Delegation erklärt, dass sie diese Dokumente besitzt.)

Ein Delegierter. Man wird uns nach unserer Rückkehr über diese Meinungsverschiedenheiten fragen, aber wir besitzen nicht alle Dokumente. Wir besitzen zum Beispiel nicht die „Plattform der 83“.

Stalin. Ich habe diese „Plattform“ nicht unterschrieben. Ich habe kein Recht, über fremde Dokumente zu verfügen. (Heiterkeit.)

Sechste Frage. In den kapitalistischen rändern liegt der Hauptantrieb für die Entwicklung der Produktion in der Hoffnung auf Erzielung von Profit. Dieser Antrieb fehlt, natürlich relativ, in der UdSSR. Wodurch wird er ersetzt, und inwieweit ist Ihrer Ansicht nach dieser Ersatz wirksam? Kann er beständig sein?

Antwort. Es ist richtig, dass die Haupttriebkraft der kapitalistischen Wirtschaft die Erzielung von Profit ist. Richtig ist auch, dass die Erzielung von Profit weder das Ziel noch die Triebkraft unserer sozialistischen Industrie ist. Was ist dann die Triebkraft unserer Industrie?

Vor allem der Umstand, dass die Fabriken und Werke bei uns dem gesamten Volk und nicht den Kapitalisten gehören, dass die Fabriken und Werke nicht von Sachwaltern der Kapitalisten, sondern von Vertretern der Arbeiterklasse geleitet werden. Das Bewusstsein, dass die Arbeiter nicht für den Kapitalisten, sondern für ihren eigenen Staat, für ihre eigene Klasse arbeiten - dieses Bewusstsein ist eine gewaltige Triebkraft für die Entwicklung und Vervollkommnung unserer Industrie.

Hervorzuheben ist, dass die gewaltige Mehrheit der Fabrikdirektoren bei uns aus Arbeitern besteht, die vom Obersten Volkswirtschaftsrat im Einvernehmen mit den Gewerkschaften ernannt werden, wobei kein einziger Direktor gegen den Willen der Arbeiter oder der betreffenden Gewerkschaften auf seinem Posten bleiben kann.

Ferner ist hervorzuheben, dass jedes Werk, jede Fabrik ein Betriebskomitee hat, das von den Arbeitern gewählt wird und die Tätigkeit der Betriebsleitung kontrolliert.

Schließlich ist hervorzuheben, dass in jedem Industriebetrieb Produktionsberatungen der Arbeiter stattfinden, an denen alle Arbeiter des betreffenden Betriebs teilnehmen und in denen die Arbeiter die gesamte Arbeit des Betriebsdirektors überprüfen, den Arbeitsplan der Betriebsleitung erörtern, die Fehler und Mängel aufzeigen und die Möglichkeit haben, diese Mängel durch die Gewerkschaften, durch die Partei, durch die Organe der Sowjetmacht abzustellen.

Es ist nicht schwer zu verstehen, dass alle diese Umstände sowohl die Stellung der Arbeiter als auch die ganze Betriebsordnung von Grund aus verändern. Ist für den Arbeiter im Kapitalismus die Fabrik nur fremdes Eigentum oder sogar Gefängnis, so sieht er unter dem Sowjetsystem in der Fabrik kein Gefängnis mehr, sondern etwas, was ihm nahe steht, was sein eigen ist, etwas, an dessen Entwicklung und Verbesserung er zutiefst interessiert ist.

Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass dieses neue Verhältnis der Arbeiter zum Werk, zum Betrieb, dieses Gefühl des Verwachsenseins der Arbeiter mit dem Betrieb eine gewaltige Triebkraft unserer ganzen Industrie ist.

Aus diesem Umstand ist die Tatsache zu erklären, dass die Zahl der Erfinder auf dem Gebiet der Produktionstechnik und der Organisatoren der Industrie, die aus den Reihen der Arbeiter kommen, von Tag zu Tag wächst.
Zweitens der Umstand, dass die Einkünfte aus der Industrie bei uns nicht zur Bereicherung einzelner Personen dienen, sondern zur weiteren Ausdehnung der Industrie, zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiterklasse, zur Verbilligung der Industriewaren, die sowohl die Arbeiter als auch die Bauern brauchen, das heißt wiederum zur Verbesserung der materiellen Lage der werktätigen Massen verwendet werden.
Der Kapitalist kann seine Einkünfte nicht zur Hebung des Wohlstands der Arbeiterklasse verwenden. Er lebt für den Profit. Sonst wäre er kein Kapitalist. Er macht Profit, um zusätzliches Kapital zu erhalten und in weniger entwickelte Länder auszuführen mit dem Zweck, dort neue, noch größere Profite zu erzielen. So fließt Kapital aus Nordamerika nach China, nach Indonesien, nach Südamerika, nach Europa ab, aus Frankreich nach den französischen Kolonien, aus England nach den englischen Kolonien.
Bei uns ist die Sache anders, denn wir treiben keine Kolonialpolitik und erkennen sie auch nicht an. Bei uns bleiben die Einkünfte aus der Industrie im Lande und dienen zur weiteren Entfaltung der Industrie, zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, zur Steigerung der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, darunter des bäuerlichen Marktes, durch Verbilligung der Industriewaren. Annähernd 10 Prozent des Gewinns der Industrie werden bei uns für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse verwendet. Die Versicherung der Arbeiterklasse auf Staatskosten macht bei uns, gemessen am Geldlohn der Arbeiter, 13 Prozent desselben aus. Ein bestimmter Teil der Einkünfte (ich kann im Moment nicht sagen, wieviel) wird für kulturelle Bedürfnisse, für die Berufsausbildung der Lehrlinge in den Fabriken und für den Urlaub der Arbeiter verwendet. Ein ziemlich bedeutender Teil dieser Einkünfte (ich kann im Moment wiederum nicht sagen, wieviel) wird für die Erhöhung des Geldlohnes der Arbeiter verwendet. Der übrige Teil der Einkünfte aus der Industrie wird für die weitere Entfaltung der Industrie, für die Renovierung der alten Werke, für die Errichtung neuer Werke, schließlich für die Verbilligung der Industriewaren verwendet.
Die gewaltige Bedeutung dieser Umstände für unsere ganze Industrie besteht darin,
a) dass sie die Annäherung der Landwirtschaft an die Industrie und die Ausgleichung der Gegensätze zwischen Stadt und Land erleichtern;
b) dass sie das Wachstum der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, des städtischen wie des ländlichen, fördern und dadurch eine ständig wachsende Basis für die weitere Entfaltung der Industrie schaffen.
Drittens der Umstand, dass die Nationalisierung der Industrie die planmäßige Leitung der gesamten Industriewirtschaft erleichtert.
Sind diese Antriebe und Triebkräfte unserer Industrie ständige Faktoren? Können sie ständig wirkende Faktoren sein? Ja, sie sind unbedingt ständig wirkende Antriebe und Triebkräfte. Und je mehr sich unsere Industrie entwickeln wird, desto mehr werden diese Faktoren an Kraft und Bedeutung gewinnen.

Siebente Frage. Inwieweit kann die UdSSR mit der kapitalistischen Industrie der anderen Länder zusammenarbeiten?
Sind einer solchen Zusammenarbeit bestimmte Grenzen gesetzt, oder handelt es sich einfach um einen Versuch, festzustellen, auf welchem Gebiet eine Zusammenarbeit und was für eine Zusammenarbeit möglich ist und auf welchem Gebiet sie nicht möglich ist?

Antwort. Es handelt sich offenbar um zeitweilige Abkommen mit den kapitalistischen Staaten auf dem Gebiet der Industrie, auf dem Gebiet des Handels und vielleicht auf dem Gebiet der diplomatischen Beziehungen.

Ich glaube, dass das Bestehen zweier entgegengesetzter Systeme - des kapitalistischen Systems und des sozialistischen Systems - die Möglichkeit solcher Abkommen nicht ausschließt. Ich glaube, dass solche Abkommen unter den Verhältnissen einer friedlichen Entwicklung möglich und zweckmäßig sind.
Export und Import bilden die geeignetste Basis für solche Abkommen. Wir brauchen Betriebsausrüstungen, Rohstoffe (zum Beispiel Baumwolle), Halbfabrikate (der Metallindustrie u. a.), die Kapitalisten aber brauchen einen Absatzmarkt für diese Waren. Da haben Sie die Basis für ein Abkommen. Die Kapitalisten brauchen Erdöl, Holz, Getreide, wir aber brauchen einen Absatzmarkt für diese Waren. Da haben Sie die Basis für ein Abkommen. Wir brauchen Kredite, die Kapitalisten brauchen anständige Zinsen für diese Kredite. Da haben Sie eine weitere Basis für ein Abkommen, diesmal auf dem Gebiet des Kreditwesens, wobei bekannt ist, dass die Sowjetorgane die pünktlichsten Zahler in Kreditangelegenheiten sind.
Dasselbe gilt für das diplomatische Gebiet. Wir betreiben eine Politik des Friedens, und wir sind bereit, mit den bürgerlichen Staaten gegenseitige Nichtangriffspakte abzuschließen. Wir betreiben eine Politik des Friedens, und wir sind bereit, ein Abkommen über Abrüstung, bis zur völligen Beseitigung der stehenden Heere, zu schließen, was wir vor der ganzen Welt bereits auf der Konferenz in Genua[38] erklärt haben. Da haben Sie die Basis für ein Abkommen auf diplomatischem Gebiet.
Die Grenzen solcher Abkommen? Die Grenzen werden gesetzt durch die Gegensätzlichkeit der zwei Systeme, die miteinander wetteifern, miteinander ringen. In dem durch diese beiden Systeme bedingten Rahmen, aber nur in diesem Rahmen, sind Abkommen durchaus möglich. Davon zeugt die Erfahrung der Abkommen mit Deutschland, mit Italien, mit Japan usw.
Sind diese Abkommen einfach ein Experiment, oder können sie einen mehr oder weniger dauerhaften Charakter haben? Das hängt nicht nur von uns, das hängt auch von unseren Kontrahenten ab. Das hängt von der allgemeinen Situation ab. Ein Krieg kann alle und jegliche Abkommen über den Haufen werfen. Das hängt schließlich von den Bedingungen des Abkommens ab. Knechtende Bedingungen können wir nicht annehmen. Wir haben ein Abkommen mit Harriman, der die Manganerzgruben in Georgien ausbeutet. Das Abkommen ist auf 20 Jahre geschlossen worden. Wie Sie sehen, ist das durchaus keine kurze Frist. Wir haben auch ein Abkommen mit der Lena-Goldfields-Gesellschaft, die in Sibirien Gold gewinnt. Das Abkommen ist auf 30 Jahre geschlossen worden - eine noch längere Frist. Schließlich besteht ein Abkommen mit Japan über die Ausbeutung von Erdölquellen und Kohlengruben auf Sachalin.
Wir würden wünschen, dass diese Abkommen einen mehr oder weniger dauerhaften Charakter tragen. Das hängt aber natürlich nicht nur von uns ab, sondern auch von unseren Kontrahenten.

Achte Frage. Worin bestehen die Hauptunterschiede zwischen Rußland und den kapitalistischen Staaten in der Politik gegenüber den nationalen Minderheiten?

Antwort. Es handelt sich offenbar um die Nationalitäten der UdSSR, die früher durch den Zarismus und die russischen Ausbeuterklassen unterdrückt wurden und kein eigenes Staatswesen besaßen.
Der Hauptunterschied besteht darin, dass in den kapitalistischen Staaten nationale Unterdrückung und nationale Versklavung bestehen, während bei uns, in der UdSSR, sowohl das eine als auch das andere mit der Wurzel ausgerottet worden ist.
Dort, in den kapitalistischen Staaten, gibt es neben den Nationen erster Klasse, neben den privilegierten Nationen, den „staatsbildenden" Nationen, Nationen zweiter Klasse, „nicht staatsbildende" Nationen, nicht vollberechtigte Nationen, die der verschiedenen Rechte und

vor allem der Staatsrechte beraubt sind. Bei uns, in der UdSSR, dagegen sind alle diese Attribute der nationalen Ungleichheit und der nationalen Unterdrückung vernichtet worden. Bei uns sind alle Nationen gleichberechtigt und souverän, denn die nationalen und staatlichen Privilegien der ehemals herrschenden großrussischen Nation sind beseitigt worden.

Es kommt natürlich nicht auf die Deklaration der Gleichberechtigung der Nationalitäten an. Deklarationen über nationale Gleichberechtigung sind bei allen möglichen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien in nicht geringer Zahl zu finden. Welchen Wert haben Deklarationen, wenn sie nicht in die Tat umgesetzt werden? Es kommt darauf an, die Klassen zu beseitigen, die Träger, Schöpfer und Verfechter der nationalen Unterdrückung sind. Solche Klassen waren bei uns die Gutsbesitzer und die Kapitalisten. Wir haben diese Klassen gestürzt und damit die Möglichkeit der nationalen Unterdrückung beseitigt. Und gerade weil wir diese Klassen gestürzt haben, ist bei uns eine wirkliche nationale Gleichberechtigung möglich geworden.

Das eben nennen wir Verwirklichung der Idee der bis zur Lostrennung gehenden Selbstbestimmung der Nationen. Gerade weil wir die Selbstbestimmung der Nationen verwirklicht haben, gerade deshalb ist es uns gelungen, das gegenseitige Misstrauen der werktätigen Massen der verschiedenen Nationen der UdSSR auszumerzen und die Nationen auf der Grundlage der Freiwilligkeit zu einem Bundesstaat zusammenzuschließen.

Die jetzt bestehende Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist das Ergebnis unserer nationalen Politik und der Ausdruck der freiwilligen Föderierung der Nationen der UdSSR zu einem Bundesstaat.

Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass eine solche Politik in der nationalen Frage in den kapitalistischen Ländern undenkbar ist, denn dort stehen immer noch die Kapitalisten an der Macht, die die Schöpfer und Verfechter der Politik der nationalen Unterdrückung sind.

Es muss zum Beispiel die Tatsache vermerkt werden, dass an der Spitze des höchsten Machtorgans in der UdSSR, des Zentralexekutivkomitees der Sowjets, nicht unbedingt ein russischer Vorsitzender steht, sondern sechs Vorsitzende, entsprechend der Zahl der sechs Unionsrepubliken, die sich zur UdSSR zusammengeschlossen haben. Davon ist einer ein Russe (Kalinin), der zweite ein Ukrainer (Petrowski), der dritte ein Bjelorusse (Tscherwjakow), der vierte ein Aserbaidshaner (Mussabekow), der fünfte ein Turkmene (Aitakow), der sechste ein Usbeke (Faisullah Chodshajew). Das ist eine der Tatsachen, die unsere nationale Politik klar zum Ausdruck bringt. Es braucht nicht erst betont zu werden, dass keine einzige bürgerliche Republik - und mag sie noch so demokratisch sein - sich zu einem solchen Schritt entschließen würde. Für uns indessen ist dieser Schritt eine selbstverständliche Tatsache, die sich aus unserer gesamten Politik der nationalen Gleichberechtigung ergibt.

Neunte Frage. Die amerikanischen Arbeiterführer suchen ihren Kampf gegen die Kommunisten mit zwei gründen zu rechtfertigen:

1. Die Kommunisten richten die Arbeiterbewegung durch ihren Fraktionskampf innerhalb der Gewerkschaften und durch ihre Angriffe gegen die nichtradikalen Gewerkschaftsfunktionäre zugrunde,

2. die amerikanischen Kommunisten erhalten Anweisungen aus Moskau und können daher keine guten Gewerkschaftler sein, weil ihre Loyalität gegenüber einer ausländischen Organisation größer ist als ihre Loyalität gegenüber der eigenen Gewerkschaft.

Wie kann diese Schwierigkeit beseitigt und wie kann erreicht werden, dass die amerikanischen Kommunisten mit den anderen Zellen der amerikanischen Arbeiterbewegung zusammenarbeiten können?

Antwort. Ich glaube, dass die Versuche der amerikanischen Arbeiterführer, ihren Kampf gegen die Kommunisten zu rechtfertigen, keiner Kritik standhalten. Noch niemand hat bewiesen und niemand wird beweisen, dass die Kommunisten die Arbeiterbewegung zugrunde richten. Dafür aber muss als durchaus erwiesen gelten, dass die Kommunisten in der ganzen Welt, darunter auch in Amerika, die ergebensten und kühnsten Kämpfer der Arbeiterbewegung sind.

Ist es etwa nicht Tatsache, dass die Kommunisten während der Streiks und Demonstrationen der Arbeiter in den ersten Reihen der Arbeiterklasse marschieren und die ersten Schläge der Kapitalisten auffangen, wohingegen sich die reformistischen Arbeiterführer währenddessen in den Hinterhöfen der Kapitalisten verstecken? Wie sollen da die Kommunisten die Feigheit und die reaktionäre Einstellung der reformistischen Arbeiterführer nicht kritisieren? Ist es etwa nicht klar, dass eine solche Kritik die Arbeiterbewegung nur beleben und stärken kann?

Allerdings richtet eine solche Kritik die Autorität der reaktionären Arbeiterführer zugrunde. Was ist aber daran Besonderes? Mögen die reaktionären Arbeiterführer mit einer Gegenkritik antworten, nicht aber damit, dass sie die Kommunisten aus den Gewerkschaften hinauswerfen.

Ich glaube, die Arbeiterbewegung Amerikas kann, wenn sie leben und sich weiterentwickeln will, nicht ohne Kampf der Meinungen und Strömungen innerhalb der Gewerkschaften auskommen. Ich glaube, der Kampf der Meinungen und Strömungen innerhalb der Gewerkschaften, die Kritik an den reaktionären Führern usw. werden sich immer mehr verstärken, wie sehr sich auch die reformistischen Arbeiterführer dem entgegenstemmen mögen. Die Arbeiterklasse Amerikas aber braucht unbedingt einen solchen Meinungskampf und eine solche Kritik, um zwischen den verschiedenen Strömungen die Wahl treffen und sich schließlich als selbständige organisierte Kraft innerhalb der amerikanischen Gesellschaft konstituieren zu können.

Wenn sich die amerikanischen reformistischen Führer über die Kommunisten beschweren, so beweist das nur, dass sie von der Gerechtigkeit ihrer Sache nicht überzeugt sind, dass sie sich nicht sicher fühlen. Eben deswegen fürchten sie die Kritik wie die Pest. Es ist bemerkenswert, dass die amerikanischen Arbeiterführer, wie man sieht, entschiedenere Gegner der elementaren Demokratie sind als viele Bourgeois in demselben Amerika.

Völlig falsch ist die Behauptung, die amerikanischen Kommunisten arbeiteten „auf Anweisung aus Moskau“. Sie werden in der Welt keine Kommunisten finden, die bereit wären, „auf Anweisungen“ von außen, gegen ihre Überzeugung, gegen ihren Willen, gegen das Gebot der Situation zu handeln. Ja selbst wenn es irgendwo solche Kommunisten gäbe, so wären sie keinen Groschen wert.

Die Kommunisten sind die mutigsten und kühnsten Menschen, sie führen den Kampf gegen eine Unzahl von Feinden. Die Kommunisten sind unter anderem gerade deswegen so hochzuschätzen, weil sie es verstehen, für ihre Überzeugung einzutreten. Daher mutet es seltsam an, wenn von den amerikanischen Kommunisten als von Leuten gesprochen wird, die keine eigene Überzeugung haben und nur „auf Anweisung“ von außen zu handeln imstande sind.

An der Behauptung der Arbeiterführer ist nur eins richtig, nämlich, dass die amerikanischen Kommunisten der internationalen Organisation der Kommunisten angehören und sich von Zeit zu Zeit mit der Zentrale dieser Organisation über diese oder jene Fragen beraten. Was ist denn Übles dabei? Sind etwa die amerikanischen Arbeiterführer gegen die Organisierung eines internationalen Arbeiterzentrums? Zwar gehören sie der Amsterdamer Internationale[39] nicht an. Aber sie gehören ihr nicht deswegen nicht an, weil sie gegen ein internationales Arbeiterzentrum sind, sondern weil sie Amsterdam für eine zu linke Organisation halten. (Heiterkeit.)

Warum können die Kapitalisten sich im internationalen Maßstab organisieren, während die Arbeiterklasse oder ein Teil der Arbeiterklasse keine eigene internationale Organisation haben soll?

Ist es nicht klar, dass Green und seine Freunde aus der Amerikanischen Arbeitsföderation[40] die amerikanischen Kommunisten verleumden, wenn sie die Legenden der Kapitalisten über „Anweisungen aus Moskau“ sklavisch wiederholen?
Es gibt Leute, die meinen, dass die Mitglieder der Kommunistischen Internationale in Moskau nichts weiter tun als in einem fort Direktiven für alle Länder schreiben. Da der Komintern mehr als 60 Länder angeschlossen sind, so können Sie sich die Lage der Mitglieder der Komintern vorstellen, die weder schlafen noch essen, sondern nichts weiter tun als in einem fort, Tag und Nacht Direktiven für diese Länder schreiben. (Heiterkeit.) Und mit dieser lächerlichen Legende glauben die amerikanischen Arbeiterführer ihre Angst vor den Kommunisten verbergen und die Tatsache vertuschen zu können, dass die Kommunisten die kühnsten und ergebensten Führer der Arbeiterklasse Amerikas sind!
Die Delegation fragt, wo der Ausweg aus dieser Situation liege. Ich glaube, es gibt hier nur einen Ausweg: den Kampf der Meinungen und Strömungen innerhalb der Gewerkschaften Amerikas zuzulassen, mit der reaktionären Politik des Hinauswerfens der Kommunisten aus den Gewerkschaften Schluss zu machen und der Arbeiterklasse Amerikas die Möglichkeit zu geben, eine freie Wahl zwischen diesen Strömungen zu treffen, denn Amerika hat noch nicht seine Oktoberrevolution gehabt, und die Arbeiter haben dort noch keine Möglichkeit gehabt, eine endgültige Wahl zwischen den verschiedenen Strömungen in den Gewerkschaften zu treffen.

Zehnte Frage. Werden gegenwärtig zur Unterstützung der amerikanischen Kommunistischen Partei oder der kommunistischen Zeitung „Daily Worker“ Gelder nach Amerika geschickt? Wenn das nicht der Fall ist, wie hoch sind die jährlichen Mitgliedsbeiträge, die die amerikanischen Kommunisten an die III. Internationale abführen?

Antwort. Wenn es sich um die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Amerikas und der III. Internationale handelt, so muss ich sagen, dass die Kommunistische Partei Amerikas als Teil der Kommunistischen Internationale an die Komintern offenbar ebenso Mitgliedsbeiträge abführt, wie die Komintern als Zentrum der internationalen kommunistischen Bewegung - das muss man annehmen - die Kommunistische Partei Amerikas nach Kräften unterstützt, wenn sie es für notwendig hält. Ich glaube, dass hieran nichts Merkwürdiges, nichts Außergewöhnliches ist.
Wenn es sich aber um die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Amerikas und der Kommunistischen Partei der UdSSR handelt, so muss ich erklären, dass ich keinen einzigen Fall kenne, wo Vertreter der amerikanischen Kommunistischen Partei sich um Unterstützung an die Kommunistische Partei der UdSSR gewandt hätten. Das mag Ihnen seltsam erscheinen, ist aber eine Tatsache, die von allzu großer Feinfühligkeit der amerikanischen Kommunisten zeugt.
Was würde aber geschehen, wenn die Kommunistische Partei Amerikas sich um Unterstützung an die Kommunistische Partei der UdSSR wendete? Ich glaube, dass die Kommunistische Partei der UdSSR ihr nach Kräften helfen würde. In der Tat, was wäre eine kommunistische Partei, die dazu noch an der Macht steht, wert, wenn sie nicht der kommunistischen Partei eines anderen Landes, die sich unter dem Joch des Kapitalismus befindet, nach Kräften helfen wollte? Ich möchte sagen, dass eine solche kommunistische Partei keinen Groschen wert wäre.
Nehmen wir an, die amerikanische Arbeiterklasse sei an die Macht gekommen und habe ihre Bourgeoisie gestürzt; nehmen wir an, die Arbeiterklasse eines anderen Landes wende sich an die Arbeiterklasse Amerikas, die im großen Kampfe gegen den Kapitalismus gesiegt hat, mit der Bitte, sie nach Kräften materiell zu unterstützen - könnte dann die amerikanische

Arbeiterklasse eine solche Unterstützung verweigern? Ich glaube, sie würde sich mit Schande bedecken, wenn sie mit der Unterstützung zögerte.

Elfte Frage. Wir wissen, dass manche guten Kommunisten nicht ganz einverstanden sind mit der Forderung der Kommunistischen Partei, dass alle neu aufgenommenen Mitglieder Atheisten sein müssen, denn gegenwärtig ist die reaktionäre Geistlichkeit niedergeworfen. Könnte nicht die Kommunistische Partei in Zukunft einer Religion neutral gegenüber stehen, die die Wissenschaft in ihrer Gesamtheit unterstützen und sich dem Kommunismus nicht entgegenstellen würde?
Könnte man bei Ihnen nicht in Zukunft den Parteimitgliedern erlauben, religiöse Überzeugungen zu haben, wenn diese nicht im Widerspruch zur Loyalität gegenüber der Partei stünden?

Antwort. In dieser Frage sind einige Ungenauigkeiten enthalten.
Erstens kenne ich solche „guten Kommunisten" nicht, von denen die Delegation hier spricht. Solche Kommunisten dürfte es auf der Welt wohl überhaupt nicht geben.
Zweitens muss ich erklären, dass es, formal gesprochen, bei uns keine Bedingungen für die Aufnahme in die Partei gibt, die von dem Kandidaten beim Eintritt in die Partei unbedingten Atheismus forderten. Unsere Bedingungen für die Aufnahme in die Partei sind: Anerkennung des Programms und des Statuts der Partei, unbedingte Unterordnung unter die Beschlüsse der Partei und ihrer Organe, Mitgliedsbeiträge, Zugehörigkeit zu einer der Organisationen der Partei.
Ein Delegierter. Ich lese sehr oft, dass Ausschlüsse aus der Partei stattfinden, weil die Betreffenden an Gott glauben.
Stalin. Ich kann nur wiederholen, was ich über die Bedingungen für die Aufnahme in die Partei bereits gesagt habe. Andere Bedingungen haben wir nicht.
Heißt das, dass die Partei der Religion neutral gegenübersteht? Nein, das heißt es nicht. Wir entfalten Propaganda gegen die religiösen Vorurteile und werden sie auch weiterhin entfalten. Die Gesetzgebung unseres Landes ist derart, dass jeder Bürger das Recht hat, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen. Das ist für jeden eine Sache des Gewissens. Gerade deswegen haben wir auch die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt. Aber zugleich mit der Trennung der Kirche vom Staat und der Verkündung der Freiheit des Glaubensbekenntnisses haben wir jedem Bürger das Recht zuerkannt, durch Überzeugung, durch Propaganda und Agitation gegen diese oder jene Religion und gegen die Religion überhaupt zu kämpfen. Die Partei kann der Religion nicht neutral gegenüberstehen, und sie entfaltet eine antireligiöse Propaganda gegen alle und jedwede religiösen Vorurteile, weil sie für die Wissenschaft ist, die religiösen Vorurteile aber gegen die Wissenschaft gerichtet sind, denn jede Religion steht im Gegensatz zur Wissenschaft. Solche Fälle wie in Amerika, wo unlängst Darwinisten verurteilt wurden[41] sind bei uns unmöglich, weil die Partei eine Politik der allseitigen Förderung der Wissenschaft betreibt.
Die Partei kann religiösen Vorurteilen nicht neutral gegenüberstehen und wird gegen diese Vorurteile Propaganda entfalten, weil das eins der sicheren Mittel zur Untergrabung des Einflusses der reaktionären Geistlichkeit ist, die die Ausbeuterklassen unterstützt und Unterwerfung unter diese Klassen predigt.
Die Partei kann den Trägern religiöser Vorurteile, der reaktionären Geistlichkeit, die das Bewusstsein der werktätigen Massen vergiftet, nicht neutral gegenüberstehen.
Haben wir die reaktionäre Geistlichkeit niedergeworfen? Ja, wir haben sie niedergeworfen. Schlimm ist nur, dass sie noch nicht völlig liquidiert ist. Die antireligiöse Propaganda ist das Mittel, mit dem die Liquidierung der reaktionären Geistlichkeit zu Ende geführt werden soll. Es gibt Fälle, wo hie und da ein Parteimitglied mitunter eine allseitige Entfaltung der

antireligiösen Propaganda behindert. Wenn man solche Parteimitglieder ausschließt, so ist das sehr gut, denn für solche „Kommunisten“ gibt es keinen Platz in den Reihen unserer Partei.

Zwölfte Frage. Können Sie uns in aller Kürze eine Charakteristik der zukünftigen Gesellschaft geben, die der Kommunismus zu schaffen versucht?

Antwort. Eine allgemeine Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft haben Marx, Engels und Lenin in ihren Werken gegeben.
Will man in aller Kürze die Anatomie der kommunistischen Gesellschaft skizzieren, so wird das eine Gesellschaft sein: a) in der es kein Privateigentum an Produktionsinstrumenten und -mitteln, sondern nur gesellschaftliches, kollektives Eigentum an ihnen geben wird; b) in der es keine Klassen und keine Staatsmacht, sondern Schaffende der Industrie und der Landwirtschaft geben wird, die sich als eine freie Assoziation der Werktätigen wirtschaftlich selbst verwalten werden; c) in der die Volkswirtschaft, nach einem Plan organisiert, auf der höchstentwickelten Technik sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft basieren wird; d) in der es keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft geben wird; e) in der man die Produkte nach dem Prinzip der alten französischen Kommunisten verteilen wird: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“; f) in der Wissenschaft und Kunst sich unter so günstigen Verhältnissen entwickeln werden, dass sie zur vollen Blüte gelangen werden; g) in der die Persönlichkeit, befreit von der Sorge um das Stück Brot und von der Notwendigkeit, sich an die „Mächtigen dieser Welt“ anzupassen, wirklich frei sein wird.
Und so weiter und so fort.
Es ist klar, dass wir von einer solchen Gesellschaft noch weit entfernt sind.
Was die internationalen Voraussetzungen anbelangt, die für den vollen Triumph der kommunistischen Gesellschaft notwendig sind, so werden sie sich in dem Maße ergeben und mehren, wie die revolutionären Krisen und die revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern anwachsen werden.
Man darf sich die Sache nicht so vorstellen, dass die Arbeiterklasse eines Landes oder einiger Länder zum Sozialismus oder gar zum Kommunismus schreiten wird, die Kapitalisten der anderen Länder aber das gleichgültig mit ansehen und mit verschränkten Armen dasitzen werden. Und erst recht darf man sich nicht vorstellen, dass sich die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern bereit finden wird, bloßer Zuschauer der siegreichen Entwicklung des Sozialismus in diesem oder jenem Lande zu sein. In Wirklichkeit werden die Kapitalisten alles tun, was in ihren Kräften steht, um solche Länder zu erdrosseln. In Wirklichkeit wird jeder ernste Schritt in diesem oder jenem Lande zum Sozialismus und um so mehr zum Kommunismus hin unvermeidlich von einem unbändigen Drang der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder zur Eroberung der Macht und zur Erkämpfung des Sozialismus in diesen Ländern begleitet sein.
Auf diese Weise werden sich im Laufe der weiteren Entwicklung der internationalen Revolution und der internationalen Reaktion zwei Zentren im Weltmaßstab herausbilden: ein sozialistisches Zentrum, das eine Anziehungskraft auf die Länder ausübt, die zum Sozialismus tendieren, und ein kapitalistisches Zentrum, das eine Anziehungskraft auf die Länder ausübt, die zum Kapitalismus tendieren. Der Kampf dieser beiden Lager wird das Schicksal des Kapitalismus und des Sozialismus in der ganzen Welt entscheiden.

II
FRAGEN DES GENOSSEN STALIN
UND ANTWORTEN DER DELEGIERTEN

Stalin. Wenn die Delegation nicht zu sehr ermüdet ist, so möchte ich bitten, mir zu gestatten, ihr meinerseits einige Fragen zu stellen. *(Die Delegation drückt ihr Einverständnis aus.)*

Erste Frage. Wodurch erklärt sich der geringe Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Amerika?
Bei Ihnen gibt es, glaube ich, ungefähr 17 Millionen Industriearbeiter. *(Die Delegierten geben die Auskunft, dass es in Amerika 18 bis 19 Millionen Industriearbeiter gibt.)* Organisiert sind, glaube ich, ungefähr 3 Millionen. *(Die Delegierten geben die Auskunft, dass in der Amerikanischen Arbeitsföderation annähernd 3 Millionen Arbeiter organisiert sind und dass außerdem in anderen Verbänden eine halbe Million Arbeiter organisiert sind, so dass es also insgesamt 3,5 Millionen organisierter Arbeiter gibt.)* Ich persönlich bin der Auffassung, dass das ein sehr geringer Prozentsatz gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ist. Bei uns in der UdSSR sind 90 Prozent aller Proletarier des Landes gewerkschaftlich organisiert. Ich möchte die Delegation fragen, ob sie diese Tatsache der relativ geringen gewerkschaftlichen Organisiertheit der Arbeiter für eine positive Tatsache hält. Glaubt die Delegation nicht, dass diese Tatsache von der Schwäche des amerikanischen Proletariats zeugt, von der Schwäche seiner Kampfmittel, die es gegen die Kapitalisten auf wirtschaftlichem Gebiet anwendet?

Brophy. Die geringe Mitgliederzahl der Gewerkschaften ist nicht dadurch zu erklären, dass die von den Gewerkschaftsorganisationen angewandte Taktik etwa nicht die richtige wäre, sondern durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande, die nicht die ganze Masse der Arbeiter zur Organisierung drängen und die, eben weil sie, diese wirtschaftlichen Verhältnisse, günstig sind, die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten einengen. Diese Verhältnisse werden sich natürlich ändern, und parallel mit der Änderung dieser Verhältnisse werden die Gewerkschaften wachsen, und die gesamte Gewerkschaftsbewegung wird einen anderen Weg einschlagen.
Douglas. Ich bin mit der Erklärung, die der Vorredner gegeben hat, einverstanden. Ich möchte noch hinzufügen, dass man erstens berücksichtigen muss, dass der Arbeitslohn in den Vereinigten Staaten in der letzten Zeit von den Kapitalisten selbst sehr stark erhöht wird. Dieser Prozess der Erhöhung des Arbeitslohnes war im Jahre 1917, im Jahre 1919 und später zu beobachten. Wenn man den heutigen Reallohn mit dem Lohn von 1911 vergleicht, so stellt sich heraus, dass er bedeutend höher ist.
Die Gewerkschaftsbewegung gliederte sich im Prozess ihrer Entwicklung anfangs nach Branchen, nach Berufen und gliedert sich auch jetzt noch so, und die Gewerkschaften wurden vorwiegend für qualifizierte Arbeiter geschaffen. An der Spitze dieser Verbände standen bestimmte Führer, die eine in sich abgekapselte Organisation repräsentierten und für ihre Mitglieder gute Bedingungen durchzusetzen versuchten. Sie hatten keine Beweggründe, den Rahmen der Gewerkschaftsverbände zu er-weitern und unqualifizierte Arbeiter in den Gewerkschaften aufzunehmen.
Außerdem muss die amerikanische Gewerkschaftsbewegung mit einem sehr gut organisierten Kapitalismus rechnen, der über alle Mittel verfügt, um der gewerkschaftlichen Organisierung aller Arbeiter entgegenzuwirken. Wenn zum Beispiel ein vertrusteter Produktionszweig in einem seiner Betriebe auf zu starken Widerstand der Gewerkschaft stößt, so geht er sogar so weit, dass er diesen Betrieb schließt und die Arbeit in einen anderen seiner Betriebe verlegt. Auf diese Weise wird der Widerstand der Gewerkschaft gebrochen.

Der amerikanische Kapitalismus erhöht von sich aus den Arbeitslohn der Arbeiter, räumt ihnen aber dabei keinerlei wirtschaftliche Macht ein, gibt ihnen keine Möglichkeit, für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kämpfen.
Ferner ist ein sehr wichtiger Umstand in Amerika, dass die Kapitalisten zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten Zwietracht säen. In den meisten Fällen sind die unqualifizierten Arbeiter aus Europa eingewanderte Arbeiter oder, in der letzten Zeit, Neger. Die Kapitalisten sind bestrebt, Zwietracht zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten zu säen. Diese Teilung nach Nationalitäten geht auch nach dem Merkmal qualifizierter und unqualifizierter Arbeit vor sich. Die Kapitalisten züchten systematisch einen Antagonismus zwischen den Arbeitern der verschiedenen Nationalitäten, unabhängig von der Qualifiziertheit ihrer Arbeit.
In den letzten 10 Jahren treibt der amerikanische Kapitalismus eine aufgeklärtere Politik in der Hinsicht, dass er seine eigenen Gewerkschaften schafft, die so genannten Company Unions. Er zieht die Arbeiter zur Arbeit ihres Betriebs heran, interessiert die Arbeiter am Profit dieses Betriebs usw. Der amerikanische Kapitalismus hat die Tendenz, die horizontale Teilung durch eine vertikale Teilung zu ersetzen, das heißt, die Arbeiterklasse zu spalten, sie für die Interessen des Kapitalismus zu gewinnen und zu interessieren.
Coyle. Ich will die Frage nicht vom Standpunkt der Theorie, sondern vom Standpunkt der Praxis betrachten. Zwar kann man die Arbeiter in guten Zeiten am leichtesten organisieren, aber die Sache ist die, dass die Statistik der Bewegung der Mitgliederzahl der Amerikanischen Arbeitsföderation zeigt, dass die Amerikanische Arbeitsföderation die unqualifizierten Arbeiter allmählich verliert und die Mitgliederzahl an qualifizierten Arbeitern erhöht. Die Amerikanische Arbeitsföderation will also eine Organisation sein und wird allmählich eine Organisation, die hauptsächlich qualifizierte Arbeiter in ihren Reihen hat.
Die Gewerkschaftsbewegung in Amerika erfasst die unqualifizierten Arbeiter fast gar nicht. Die großen Industriezweige werden von den Gewerkschaften nicht erfasst. Von diesen großen Industriezweigen sind nur die Arbeiter des Kohlenbergbaus und der Eisenbahn bis zu einem gewissen Grade organisiert, aber auch im Kohlenbergbau haben wir 65 Prozent nicht organisierter Arbeiter. Die Arbeiter solcher Industriezweige, wie Stahl-, Kautschuk- und Automobilindustrie, sind gewerkschaftlich fast überhaupt nicht organisiert. Man kann sagen, dass die Gewerkschaften die unqualifizierten Arbeiter nicht erfassen.
Es gibt eine Reihe nicht zur Amerikanischen Arbeitsföderation gehörender Gewerkschaftsorganisationen, die die unqualifizierten und wenig qualifizierten Arbeiter zu organisieren suchen. Was den Standpunkt der Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation betrifft, so hat zum Beispiel einer ihrer Führer, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbands, ganz offen erklärt, dass er in seinem Verband keine unqualifizierten Arbeiter haben will. Mit den Gewerkschaftsführern steht es so, dass sich eine Kaste von Führern herausgebildet hat, bestehend aus einigen Dutzend Leuten, die gewaltige Gehälter beziehen - jährlich 10000 Dollar und mehr - eine Kaste, in die einzudringen außerordentlich schwer ist.
Dunn. Die Frage des Genossen Stalin ist nicht gerecht gestellt, denn wenn in seinem Lande 90 Prozent aller Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, so gehört hier die Macht der Arbeiterklasse, während in den kapitalistischen Ländern die Arbeiter die unterdrückte Klasse sind und die Bourgeoisie alle Maßnahmen ergreift, um es den Arbeitern unmöglich zu machen, sich gewerkschaftlich zu organisieren.
Außerdem bestehen dort reaktionäre Gewerkschaften mit reaktionären Führern an der Spitze. Unter den Verhältnissen, die wir in Amerika haben, ist es sehr schwer, die Arbeiter selbst für die Idee der gewerkschaftlichen Organisierung einzunehmen. Das ist die Ursache dafür, dass in Amerika die Gewerkschaften so wenig verbreitet sind.
Stalin. Ist der letzte Redner mit dem Vorredner darin einverstanden, dass gewisse Führer der Arbeiterbewegung Amerikas selbst bestrebt sind, die Gewerkschaftsbewegung einzuengen?

Dunn. Ja, ich bin einverstanden.
Stalin. Ich wollte niemand verletzen. Ich wollte mir nur den Unterschied in der Lage der Dinge in Amerika und in der UdSSR klarmachen. Wenn ich jemand verletzt habe, so bitte ich um Entschuldigung. (Heiterkeit bei den Delegierten.)
Dunn. Ich fühle mich keineswegs verletzt.
Stalin. Gibt es in Amerika ein System der staatlichen Versicherung der Arbeiter?
Ein Delegierter. Ein staatliches Versicherungssystem der Arbeiter gibt es in Amerika nicht.
Coyle. In der Mehrzahl der Staaten wird bei Unglücksfällen, die sich im Produktionsprozess ereignen, eine Entschädigung von maximal 30 Prozent des Verlustes der Arbeitsfähigkeit ausgezahlt. Das ist in der Mehrzahl der Staaten der Fall. Die Bezahlung erfolgt durch die privaten Firmen, in deren Betrieben die Arbeitsfähigkeit eingebüßt wurde, aber das Gesetz fordert eine solche Bezahlung.
Stalin. Gibt es eine staatliche Arbeitslosenversicherung in Amerika?
Ein Delegierter. Nein. Der Fonds, der für die Arbeitslosenversicherung geschaffen wird, mag in allen Staaten zusammen für 80000 bis 100000 Arbeitslose ausreichen.
Coyle. Eine Versicherung (nichtstaatlichen Charakters) gibt es gegen Unglücksfälle in der Industrie, das heißt gegen Unglücksfälle, die sich im Produktionsprozess ereignen. Aber für Invalidität infolge von Krankheit oder Alter gibt es überhaupt keine Versicherung. Der Versicherungsfonds setzt sich aus Beiträgen der Arbeiter zusammen. Im Grunde genommen läuft die Sache darauf hinaus, dass die gesamte Summe des Versicherungsfonds von den Arbeitern selbst bezahlt wird, denn die Arbeiter würden, wenn sie diesen Fonds nicht bildeten, einen höheren Betrag bekommen, da aber dieser Fonds auf Grund eines Übereinkommens zwischen den Arbeitern und den Unternehmern gebildet wird, so bekommen die Arbeiter einen kleineren Betrag. Daraus setzt sich fast die ganze Summe des Fonds zusammen. Die Unternehmer tragen faktisch einen ganz geringen Teil zu diesem Fonds bei, ungefähr 10 Prozent.
Stalin. Ich glaube, dass es die Genossen interessieren wird, wenn ich mitteile, dass bei uns in der UdSSR für die Versicherung der Arbeiter auf Staatskosten mehr als 800 Millionen Rubel jährlich aufgewandt werden.
Es dürfte wohl auch nicht überflüssig sein, Ihnen mitzuteilen, dass die Arbeiter bei uns in allen Industriezweigen außer dem üblichen Geldlohn zusätzlich noch ungefähr ein Drittel des Arbeitslohnes für Versicherungen, für Verbesserung der Lebenshaltung, für kulturelle Bedürfnisse usw. erhalten.

Zweite Frage. Wodurch ist es zu erklären, dass es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika keine spezielle .Massenpartei der Arbeiter gibt?
Die Bourgeoisie in Amerika hat ganze zwei politische Parteien: die republikanische und die demokratische, die amerikanischen Arbeiter aber haben keine eigene politische Massenpartei. Sind die Genossen nicht der Ansicht, dass das Fehlen einer eigenen Massenpartei der Arbeiter, und sei es auch nur einer solchen wie in England (Labour Party), die Kraft der Arbeiterklasse in ihrem politischen Kampf gegen die Kapitalisten schwächt?
Und noch eine weitere Frage: Warum sprechen sich die Führer der Arbeiterbewegung in Amerika, Green und andere, entschieden gegen die Schaffung einer selbständigen Arbeiterpartei in Amerika aus?
Brophy. Ja, die Führer haben einen Beschluss gefasst, dass keine Notwendigkeit bestehe, eine solche Partei zu schaffen. Es gibt aber eine Minderheit, die die Meinung vertritt, dass die Schaffung einer solchen Partei notwendig ist. Jetzt sind in Amerika die objektiven Bedingungen so, dass, wie bereits gesagt wurde, die Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten sehr schwach ist, die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung wiederum erklärt sich daraus, dass die Arbeiterklasse zunächst kein Bedürfnis hat, sich zu organisieren

und den Kampf gegen die Kapitalisten zu führen, weil die Kapitalisten selbst den Lohn der Arbeiter erhöhen und ihnen eine befriedigende materielle Lage sichern.

Stalin. Sichergestellt werden doch vor allem die qualifizierten Arbeiter, wenn überhaupt jemand sichergestellt wird. Hier ist irgendein Widerspruch. Einerseits heißt es, dass keine Notwendigkeit besteht, sich zu organisieren, da die Arbeiter sichergestellt sind; anderseits wird gesagt, dass gerade die am meisten sichergestellten Arbeiter, das heißt die qualifizierten Arbeiter, gewerkschaftlich organisiert sind; drittens heißt es, dass gerade die nicht sichergestellten, das heißt die unqualifizierten Arbeiter, für die es am notwendigsten ist, sich zu organisieren, gewerkschaftlich nicht organisiert sind. Das kann ich keineswegs verstehen.

Brophy. Ja, hier ist ein Widerspruch vorhanden, aber genauso widerspruchsvoll ist die amerikanische Wirklichkeit in politischer und ökonomischer Hinsicht.

Brebner. Wenngleich die unqualifizierten Arbeiter gewerkschaftlich nicht organisiert sind, so haben sie doch politisches Stimmrecht. Wenn also Momente der Unzufriedenheit bestehen, so bringen die unqualifizierten Arbeiter diese Momente durch Ausnutzung ihres politischen Stimmrechts zum Ausdruck. Anderseits nehmen die Arbeiter, die in den Gewerkschaften organisiert sind, wenn sie eine besonders schwere Zeit durchmachen, ihre Zuflucht nicht zur Gewerkschaft, sondern zu ihrem politischen Stimmrecht. Auf diese Weise ist das politische Stimmrecht eine Kompensation für das Fehlen der gewerkschaftlichen Organisiertheit.

Israels. Eine der Hauptschwierigkeiten liegt in dem System selbst, in dem Wahlsystem der Vereinigten Staaten. Bei den Präsidentenwahlen wird dort nicht der Kandidat gewählt, der die Mehrheit der Stimmen des ganzen Landes oder auch nur die Mehrheit der Stimmen einer bestimmten Klasse erhält. In jedem Staat gibt es dort Wahlkollegien, jeder Staat hat eine bestimmte Stimmenzahl, durch die er an den Präsidentenwahlen teilnimmt. Um als Präsident gewählt zu werden, muss man 51 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Wenn 3-4 Parteien bestünden, so würde das dazu führen, dass niemand gewählt würde und die Wahlen in den Kongress verlegt werden müssten. Das ist ein Argument gegen die Schaffung einer dritten Partei. Die Gegner der Schaffung einer dritten Partei argumentieren folgendermaßen: Stellt keinen dritten Kandidaten auf, denn dadurch würdet ihr die Stimmenzahl der liberalen Partei zersplittern und die Wahl des Kandidaten der liberalen Partei unmöglich machen.

Stalin. Der Senator La Follette gründete aber doch seinerzeit eine dritte bürgerliche Partei. Demnach kann eine dritte Partei die Stimmen nicht zersplittern, wenn sie eine bürgerliche Partei ist, sie kann aber die Stimmen zersplittern, wenn sie eine Arbeiterpartei ist.

Davis. Ich halte die Tatsache, auf die der Vorredner hingewiesen hat, nicht für eine fundamentale Tatsache. Meines Erachtens ist die wichtigste Tatsache die folgende. Als Beispiel nehme ich die Stadt, in der ich wohne. Während der Wahlkampagne kommt der Vertreter der und der Partei und verschafft dem Leiter der Gewerkschaftsorganisation irgendeinen verantwortlichen Posten, im Zusammenhang mit der Wahlkampagne übergibt er dem Leiter der Gewerkschaftsorganisation bestimmte Mittel, die er für seine Zwecke verwenden kann, dann erlangt dieser auf Grund des Postens, den er bekommt, ein bestimmtes Prestige. Es ergibt sich also eine Situation, wo die Führer der Gewerkschaftsbewegung selbst Anhänger entweder der einen oder der anderen bürgerlichen Partei sind. Daher ist es nur natürlich, dass diese Führer der Gewerkschaftsbewegung, wenn man von der Schaffung einer dritten Partei, einer Arbeiterpartei, zu sprechen beginnt, nichts für die Schaffung einer solchen Partei tun wollen. Dabei berufen sie sich darauf, dass die Schaffung einer dritten Partei eine Spaltung in den Gewerkschaften hervorrufen werde.

Douglas. Die Tatsache, dass nur qualifizierte Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, erklärt sich hauptsächlich daraus, dass jeder, der sich gewerkschaftlich organisieren will, einen bestimmten Fonds und eine bestimmte Existenzgrundlage haben muss, da die Mitgliedsbeiträge sehr hoch sind und die unqualifizierten Arbeiter keine Möglichkeit haben, den hohen Eintrittsbeitrag zu bezahlen.

Außerdem sind die unqualifizierten Arbeiter ständig in Gefahr, dass sie, wenn sie sich zu organisieren versuchen, vom Unternehmer auf die Straße gesetzt werden. Die unqualifizierten Arbeiter können sich nur bei tatkräftiger Unterstützung durch die qualifizierten Arbeiter organisieren. Diese Unterstützung haben sie in den meisten Fällen nicht. Eben dieser Umstand ist eins der Haupthindernisse für die gewerkschaftliche Organisierung der unqualifizierten Arbeiter.

Ihre Rechte verteidigen die Arbeitermassen hauptsächlich dadurch, dass sie diese Rechte auf der politischen Linie verteidigen. Darin sehe ich auch die Hauptursache für das Fehlen einer Organisation der unqualifizierten Arbeiter.

Ich muss auf eine Besonderheit des amerikanischen Wahlsystems hinweisen, auf die direkten Wahlen, wo jedermann in die Wahlversammlung gehen und sich als Demokrat oder als Republikaner erklären und seine Stimme abgeben kann. Ich bin überzeugt, dass es Gompers nicht vermocht hätte, zu erreichen, dass sich die Arbeiter mit einem unpolitischen Programm begnügen, wenn er nicht dieses Argument der direkten Stimmabgabe gehabt hätte. Er sagte den Arbeitern stets, dass sie, wenn sie sich politisch betätigen wollen, in die bestehenden zwei politischen Parteien eintreten und dort diesen oder jenen Posten erlangen können, dass sie sich dort Autorität erwerben können. Mit Hilfe dieses Arguments gelang es Gompers, die Arbeiter von der Idee der Organisation der Arbeiterklasse und der Schaffung einer Arbeiterpartei abzuhalten.

Dritte Frage. Wodurch ist es zu erklären, dass die Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation in der Frage der Anerkennung der UdSSR reaktionärer sind als viele Bourgeois?

Wodurch ist es zu erklären, dass solche Bourgeois, wie Herr Borah und andere, sich für die Anerkennung der UdSSR aussprechen, während die Führer der Arbeiterbewegung Amerikas von Gompers bis Green die reaktionärste Propaganda gegen die Anerkennung der ersten Arbeiterrepublik, gegen die Anerkennung der UdSSR, trieben und nach wie vor treiben?

Wodurch ist es zu erklären, dass sogar ein solcher Reaktionär, wie der ehemalige amerikanische Präsident Woodrow Wilson, es für möglich befand, Sowjetrußland „zu begrüßen“, während Green und andere Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation reaktionärer sein wollen als die Kapitalisten?

Hier ist der Wortlaut der „Begrüßung“ Woodrow Wilsons, die er im März 1918 während der Offensive der Truppen des deutschen Kaisers gegen das sowjetische Petrograd an den Sowjetkongress Rußlands richtete:

„Ich nehme die Tagung des Sowjetkongresses zum Anlass und möchte im Namen der Völker der Vereinigten Staaten dem russischen Volk meine aufrichtige Sympathie ausdrücken, besonders jetzt, da Deutschland seine Streitkräfte in die Tiefe des Landes vorrücken lässt, um seinen Kampf für die Freiheit zu vereiteln, alle seine Errungenschaften zu vernichten, die deutschen Pläne zu verwirklichen und das russische Volk zu versklaven. Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten gegenwärtig zu ihrem Leidwesen nicht imstande ist, Rußland die unmittelbare Unterstützung zu erweisen, die sie ihm zu erweisen wünscht, möchte ich dem russischen Volk durch den gegenwärtigen Kongress versichern, dass die Regierung der Vereinigten Staaten alle Möglichkeiten ausnutzen wird, um Rußland von neuem die volle Souveränität und die volle Unabhängigkeit in seinen inneren Angelegenheiten und die völlige Wiederherstellung seiner großen Rolle im Leben Europas und der zeitgenössischen Menschheit zu gewährleisten. Das Volk der Vereinigten Staaten bringt dem Bestreben des russischen Volkes, sich für immer von der Selbstherrschaft zu befreien und seine Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, von ganzem Herzen Sympathie entgegen.“ (Siehe „Prawda“ Nr. 50 vom 16. März 1918.)

Kann man es für normal halten, dass die Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation reaktionärer sein wollen als der reaktionäre Wilson?

Brophy. Ich kann die Ursachen nicht genau erklären, aber ich bin der Auffassung, dass die Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation aus denselben Gründen, aus denen die Amerikanische Arbeitsföderation nicht der Amsterdamer Internationale angehört, auf dem Standpunkt der Nichtanerkennung Sowjetrußlands stehen. Der Unterschied besteht in einer besonderen Philosophie der amerikanischen Arbeiter; ferner handelt es sich um den ökonomischen Unterschied, der zwischen den amerikanischen und den europäischen Arbeitern besteht.

Stalin. Aber die Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation haben, soweit mir bekannt ist, gegen die Anerkennung Italiens oder Polens, wo die Faschisten herrschen, nichts einzuwenden.

Brophy. Durch Ihren Hinweis auf das Beispiel Polens und Italiens, wo faschistische Regierungen bestehen, erklären Sie zugleich die Ursache für die Nichtanerkennung der UdSSR durch Amerika. Dieses gehässige Verhalten zur UdSSR erklärt sich aus dem Ärger, den die Führer der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung mit ihren eigenen Kommunisten haben.

Dunn. Der Grund, den der Vorredner angeführt hat, dass sie nämlich die UdSSR nicht anerkennen können, weil ihnen ihre eigenen Kommunisten zu schaffen machen, ist nicht stichhaltig, denn die Agitation gegen die Anerkennung der UdSSR haben sie bereits vor der Organisierung der amerikanischen Kommunistischen Partei getrieben.

Der Hauptgrund besteht darin, dass die Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation gegen alles sind, was irgendwie nach Sozialismus aussieht. Auch in dieser Hinsicht unterliegen sie dem Einfluss der Kapitalisten, die ihre so genannte „Nationale Bürgerassoziation“ haben, eine Organisation, die sich mit allen Mitteln bemüht, in der gesamten amerikanischen Gesellschaft gegen jede Art von Sozialismus Stimmung zu machen. Diese Organisation trat gegen den Standpunkt Ivy Lees auf, der sich für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Amerika und der UdSSR einsetzte. Die Führer dieser Organisation erklärten: Wie können wir innerhalb unserer Arbeiterklasse Ordnung halten, wenn die Liberalen solche Reden zu führen beginnen? Die „Nationale Bürgerassoziation“ ist die Organisation einer Gruppe von Kapitalisten, die eine große Summe Geldes in diese Organisation hineingesteckt haben und sie leiten. Es muss festgestellt werden, dass der stellvertretende Vorsitzende der Amerikanischen Arbeitsföderation, Matthew Woll, Vizepräsident dieser reaktionären Assoziation ist.

Brophy. Die Ursachen für die reaktionäre Gesinnung der Gewerkschaftsführer, die angeführt wurden, sind nicht die grundlegenden Ursachen. Dieser Frage muss man tiefer auf den Grund gehen. Die Tatsache, dass eine amerikanische Delegation in der UdSSR weilt, ist die beste Antwort und ein Beweis für die Sympathie, die ein Teil der amerikanischen Arbeiter der Sowjetunion entgegenbringt. Ich glaube, die Meinung, die die Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation über die UdSSR haben, unterscheidet sich nicht von der Meinung der Mehrheit der Arbeiterklasse Amerikas. Der Standpunkt der Mehrheit der Arbeiterklasse gegenüber der UdSSR erklärt sich aus der großen Entfernung von der UdSSR. Die Arbeiterklasse Amerikas ist nicht an allen internationalen Fragen interessiert, der Einfluss der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse Amerikas aber macht sich in der Frage ihrer Stellung zur UdSSR stark geltend.

„Prawda“ Nr. 210,
15. September 1927

An Genossin M. J. Uljanowa

ANTWORT AN GENOSSEN L. MICHELSON

Dieser Tage erhielt ich von Ihnen die Kopie eines Briefes des Genossen Michelson über die nationale Frage. Ich antworte mit ein paar Worten.

1. Die burjatischen Genossen haben mich gefragt: „Wie soll man sich den Übergang von den nationalen Kulturen, die sich bei uns in den einzelnen autonomen Republiken entwickeln, zu der einheitlichen allgemein-menschlichen Kultur vorstellen?“ (Siehe Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 259[42].) Ich habe ihnen geantwortet, dass man sich diesen Übergang nicht so vorstellen darf, dass „in der Periode des Sozialismus eine allgemeinmenschliche Einheitssprache geschaffen werden wird und alle anderen Sprachen absterben werden“[43], sondern so, dass die ihrem Inhalt nach proletarische, allgemeinmenschliche Kultur zum Gemeingut der Nationalitäten wird in Formen, die der Sprache und Lebensweise dieser Nationalitäten entsprechen. (Siehe „Fragen des Leninismus“.) Zur Erläuterung führte ich eine Reihe von Tatsachen aus der Entwicklung unserer Revolution an, die zum Erwachen und Erstarken der früher zurückgedrängten Nationalitäten und ihrer Kultur geführt hat. Darum ging der Streit.

Genosse Michelson hat das Wesen des Streits nicht begriffen.

2. Genosse Michelson beanstandet meine Worte „in der Periode des Sozialismus“ (siehe oben) sowie meine Behauptung, dass der Prozess der Assimilierung einiger Nationalitäten nicht gleichbedeutend ist mit der Abschaffung der Nationen überhaupt, und behauptet, dass einige Formulierungen Stalins Anlass geben könnten, sie im Sinne einer „Revision des Leninismus“ in der nationalen Frage auszulegen. Dabei führt er die Worte Lenins an, das „das Ziel des Sozialismus nicht nur Beseitigung der Zersplitterung der Menschheit in kleine Staaten und jeder Absonderung der Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung ist“[44]

Ich glaube erstens, dass Genosse Michelson die Fragestellung im Brief der burjatischen Genossen nicht beachtet, die Stalin in seiner Rede an der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens keineswegs unbeachtet lassen konnte. Bei den Burjaten war die Rede eben vom Übergang von den nationalen Kulturen zur allgemeinmenschlichen Kultur, wobei die burjatischen Genossen offenbar dachten, dass es zuerst nationale Kulturen geben werde und dann eine allgemeinmenschliche. Stalin widersprach dem in seiner Antwort und sagte, dass dieser Übergang nicht in der Weise vor sich gehen wird, wie das die Burjaten annehmen, sondern in der Weise, dass sich bei den Nationalitäten der UdSSR sowohl die (der Form nach) nationale Kultur als auch die (dem Inhalt nach) allgemeinmenschliche Kultur gleichzeitig entwickeln werden, dass nur, wenn dieser Übergang in dieser Weise erfolgt, die allgemeinmenschliche Kultur zum Gemeingut der Nationalitäten werden kann. (Siehe „Fragen des Leninismus“.)

Ich glaube ferner, dass Genosse Michelson den Sinn meiner Antwort nicht begriffen hat. Als ich über die „Periode des Sozialismus“ bei uns sprach, meinte ich nicht den „End“sieg des Sozialismus, der nur im internationalen Maßstab eintreten kann, wenn der Sozialismus in allen Ländern oder in einigen der wichtigsten Länder gesiegt hat, sondern die Periode des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande. Das erhellt aus der ganzen Fragestellung in meiner Rede an der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens. Kann man behaupten, dass in der Periode des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande („Periode des Sozialismus“), das heißt vor dem Siege des Sozialismus in den anderen Ländern, die Nationen bei uns unbedingt verschwinden und zu einer gemeinsamen Nation mit einer gemeinsamen Sprache verschmelzen werden? Ich bin der Meinung, dass man das nicht kann. Mehr noch,

sogar nach dem Siege der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab, sogar danach werden noch lange nationale und staatliche Unterschiede bestehen.
Lenin hatte völlig Recht, als er sagte, dass „nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern ... sich noch sehr, sehr lange sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten werden“. (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 72 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 736].)
Wie soll man dann das von Genossen Michelson angeführte Lenin-Zitat verstehen, dass das Ziel des Sozialismus letzten Endes die Verschmelzung der Nationen ist? Ich glaube, dass es nicht so verstanden werden darf, wie es Genosse Michelson versteht. Denn aus dem Obengesagten ist ersichtlich, dass Lenin in diesem Zitat die Verschmelzung der Nationen als Endaufgabe des Sozialismus meinte, die als Ergebnis des Sieges des Sozialismus in allen Ländern, nach Ablauf einer „sehr, sehr langen“ Zeitspanne „nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab“ verwirklicht wird.
Es zeigt sich, dass Genosse Michelson Lenin nicht verstanden hat.
3. Mir scheint, dass Stalins „Formulierungen“ keiner „Präzisierung“ bedürfen. Ich warte mit Ungeduld darauf, dass die Opposition es riskiert, auf dem Parteitag in offener Polemik etwas über die prinzipielle Seite der nationalen Frage zu sagen. Ich fürchte, sie wird es nicht riskieren, denn nach dem misslungenen Auftreten Sinowjews auf dem Plenum des ZK und der ZKK hat es die Opposition vorgezogen, die Frage der nationalen Kultur in ihrer jüngsten „Plattform“ mit völligem Stillschweigen zu übergehen. Aber sollten die Oppositionellen es wider Erwarten dennoch riskieren - umso besser für die Partei, denn die Partei wird dabei nur gewinnen.

J. Stalin

16. September 1927.

Zum erstenmal veröffentlicht.

DIE POLITISCHE PHYSIOGNOMIE DER RUSSISCHEN OPPOSITION

Aus der Rede in der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des EKKI
und der Internationalen Kontrollkommission

27. September 1927

Genossen! Die Redner haben hier so gut und so ausführlich gesprochen, dass mir nur wenig zu sagen bleibt.

Ich habe nicht die ganze Rede Wujowitschs gehört, da ich mich nicht im Saale befand und so nur noch den Schluss seiner Rede hörte. Diesem Schluss habe ich entnommen, dass er die KPdSU(B) des Opportunismus beschuldigt, sich selbst aber für einen Bolschewik hält und sich anmaßt, die KPdSU(B) den Leninismus zu lehren.

Was soll man dazu sagen? Bei uns in der Partei gibt es leider eine gewisse Anzahl von Leuten, die sich Bolschewiki nennen, in Wirklichkeit aber mit dem Leninismus nichts gemein haben. Ich bin der Meinung, dass zu diesen Leuten auch Wujowitsch gehört. Wenn solche Leute sich anmaßen, die KPdSU(B) den Leninismus zu lehren, ist leicht zu begreifen, was dabei herauskommen kann. Ich bin der Meinung, dass Wujowitschs Kritik keine Antwort wert ist.

Mir fällt da eine kleine Geschichte ein, die den deutschen Dichter Heine betrifft. Lassen Sie mich Ihnen diese Geschichte erzählen. Unter den verschiedenen Kritikern, die in der Presse gegen Heine auftraten, war ein ewig erfolgloser und recht unbegabter Literaturkritiker namens Auffenberg. Die hervorstechende Eigenschaft dieses Schriftstellers war, dass er unermüdlich „kritisierte“ und Heine mit seiner Kritik in der Presse in unverschämter Weise verfolgte. Heine hielt es offenbar nicht für nötig, auf diese „Kritik“ zu reagieren, und schwieg beharrlich. Das setzte Heines Freunde in Erstaunen, und sie fragten ihn in einem Brief, wie das denn zu verstehen sei: Der Schriftsteller Auffenberg schreibt eine Menge kritischer Artikel gegen Heine, Heine aber hält es nicht für nötig zu antworten. Heine sah sich nunmehr genötigt zu antworten. Was gab er nun auf das Schreiben seiner Freunde zur Antwort? Heine antwortete in der Presse mit ein paar Worten: Einen Schriftsteller „Auffenberg hab ich nicht gelesen - ich denke: er ist ungefähr wie Arlincourt, den ich auch nicht gelesen habe“.

Die russischen Bolschewiki könnten, Heines Worte abwandelnd, über Wujowitschs kritische Exerzitien sagen: „Einen Bolschewik Wujowitsch kennen wir nicht - wir denken: er ist ungefähr wie Ali-Baba, den wir auch nicht kennen.“

Über Trotzki und die Opposition. Das hauptsächliche Missgeschick der Opposition besteht darin, dass sie die Dinge, über die sie hier schwatzt, nicht versteht. Trotzki sprach in seiner Rede über die Politik in China. Aber er will nicht zugeben, dass es bei der Opposition in der chinesischen Frage keinerlei Linie, keinerlei Politik gab. Was es gab, war ein Geschaukel, ein Auf-der-Stelle-Treten, ein ständiges Hin und Her von einem Extrem zum andern, aber irgendeine Linie gab es bei der Opposition nicht. Unsere Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich Chinas drehten sich um drei Fragen: um die Frage der Teilnahme der Kommunisten an der Kuomintang, um die Frage der Sowjets und um die Frage des Charakters der chinesischen Revolution. In all diesen Fragen erwies sich die Opposition als bankrott, denn sie hatte keinerlei Linie.

Die Frage der Teilnahme an der Kuomintang. Im April 1926, das heißt einen Monat nach dem VI. EKKI-Plenum, das einen Beschluss für die Teilnahme der Kommunisten an der Kuomintang annahm, forderte die Opposition den sofortigen .Austritt der Kommunisten aus der Kuomintang. Warum? Weil die Opposition, erschreckt durch den ersten Vorstoß Tschiang Kai-scheks (März 1926), im Grunde genommen verlangte, dass man sich Tschiang Kai-schek anpassen solle, weil sie die Kommunisten aus dem Spiel der revolutionären Kräfte in China auszuschalten gedachte.

Formell begründete die Opposition ihre Forderung nach Austritt aus der Kuomintang jedoch damit, dass die Kommunisten nicht an bürgerlich-revolutionären Organisationen teilnehmen können, als welche die Kuomintang betrachtet werden muss. Aber ein Jahr danach, im April 1927, forderte die Opposition schon die Teilnahme der Kommunisten an der Wuhaner Kuomintang. Warum? Mit welcher Begründung? Hatte die Kuomintang im Jahre 1927 etwa aufgehört, eine bürgerliche Organisation zu sein? Wo ist denn hier eine Linie oder auch nur die Spur einer Linie?

Die Frage der Sowjets. Auch hier hatte die Opposition keine bestimmte Linie. Ein Teil der Opposition forderte im April 1927 die sofortige Organisierung von Sowjets in China zum Sturz der Wuhaner Kuomintang (Trotzki). Gleichzeitig forderte ein anderer Teil der Opposition ebenfalls die sofortige Organisierung von Sowjets, aber nun nicht zum Sturz der Wuhaner Kuomintang, sondern zu deren Unterstützung (Sinowjew). Das nennt sich bei ihnen Linie! Dabei verlangten beide Teile der Opposition, sowohl Trotzki als auch Sinowjew, gleichzeitig mit der Forderung nach Organisierung von Sowjets, die Teilnahme der Kommunisten an der Kuomintang, die Teilnahme der Kommunisten an der regierenden Partei. Das verstehe, wer kann! Sowjets bilden und gleichzeitig die Teilnahme der Kommunisten an der regierenden Partei, das heißt an der Kuomintang, fordern, das ist eine Dummheit, die nicht ein jeder fertig bringt. Und das nennt sich Linie!

Die Frage des Charakters der chinesischen Revolution. Die Komintern war und ist weiterhin der Ansicht, dass die Grundlage der Revolution in China in der gegenwärtigen Periode die Agrarrevolution der Bauern ist. Aber welches ist die Meinung der Opposition hierüber? Sie hatte hierüber überhaupt niemals eine bestimmte Meinung. Bald behauptete sie, dass es in China keine Agrarrevolution geben könne, da es dort überhaupt keinen Feudalismus gäbe; bald erklärte sie, dass in China eine Agrarrevolution möglich und notwendig sei, obwohl sie den feudalen Überresten in China keine ernste Bedeutung beimaß, wobei unbegreiflich war, wie es denn in einem solchen Fall zu einer Agrarrevolution kommen konnte; bald behauptete sie, dass die Hauptsache in der chinesischen Revolution nicht die Agrarrevolution, sondern eine Revolution für die Zollautonomie sei. Das verstehe, wer kann!

So sieht die so genannte „Linie“ der Opposition in den strittigen Fragen der chinesischen Revolution aus.

Das ist keine Linie, sondern ein Auf-der-Stelle-Treten, Wirrwarr, völliges Fehlen einer Linie.

Und diese Leute maßen sich an, die leninistischen Positionen der Komintern zu kritisieren! Ist das nicht lächerlich, Genossen?

Trotzki sprach hier über die revolutionäre Bewegung in Kuangtung, über die Truppen Ho-Lungs und Yeh-Tings, und beschuldigte uns, dass wir hier angeblich eine neue Kuomintang zur Führung dieser Bewegung schaffen. Ich werde diese Erfindung, die sich Trotzki aus den Fingern gesogen hat, nicht widerlegen. Ich will lediglich erklären, dass diese ganze Sache der revolutionären Bewegung im Süden, der Ausmarsch der Truppen Yeh-Tings und Ho-Lungs aus Wuhan, ihr Vorrücken nach Kuangtung, ihre Vereinigung mit der revolutionären Bauernbewegung usw. - ich will sagen, dass diese ganze Sache auf Initiative der chinesischen Kommunistischen Partei begonnen wurde. Weiß Trotzki das? Er muss es wissen, wenn er überhaupt irgendetwas weiß.

Wer wird diese Bewegung führen, wenn diese Bewegung Erfolge zeitigt, wenn ein neuer Aufschwung der Revolution in China Wirklichkeit wird? Natürlich Sowjets. Wenn früher, in der Blütezeit der Kuomintang, keine günstigen Bedingungen für die sofortige Bildung von Sowjets vorhanden waren, so können und werden die Sowjets jetzt - nachdem sich die Kuomintangleute durch ihre Verbindung mit der Konterrevolution kompromittiert und diskreditiert haben -, bei einem Erfolg der Bewegung, in der Tat zu der Hauptkraft werden, die die Arbeiter und Bauern Chinas um sich schart. Wer aber wird die Sowjets führen? Natürlich die Kommunisten. Aber die Kommunisten würden, wenn noch einmal eine revolutionäre Kuomintang auf dem Schauplatz erschiene, an der Kuomintang schon nicht

mehr teilnehmen. Nur Ignoranten können das Bestehen von Sowjets mit der Möglichkeit der Teilnahme der Kommunisten an der Kuomintangpartei für vereinbar halten. Diese beiden unvereinbaren Dinge miteinander vereinbaren wollen heißt Wesen und Bestimmung der Sowjets nicht begreifen.
Das gleiche ist zur Frage des Englisch-Russischen Komitees zu sagen. Hier haben wir dasselbe Schwanken und dasselbe Fehlen einer Linie bei der Opposition. Anfangs war die Opposition von dem Englisch-Russischen Komitee begeistert. Sie behauptete sogar, das Englisch-Russische Komitee sei ein Mittel, „um den Reformismus in Europa unschädlich zu machen“ (Sinowjew), wobei sie offenbar vergaß, dass die englische Hälfte des Englisch-Russischen Komitees gerade aus Reformisten besteht.
Später, als die Opposition endlich merkte, dass Purcell und seine Freunde Reformisten sind, verwandelte sich ihre Begeisterung in Enttäuschung, ja geradezu in Verzweiflung, und sie forderte den sofortigen Bruch als Mittel, um den Generalrat zu stürzen, ohne zu begreifen, dass der Generalrat nicht von Moskau aus gestürzt werden kann. Eine Dummheit nach der anderen - darin zeigte sich die so genannte „Linie“ der Opposition in der Frage des Englisch-Russischen Komitees.
Trotzki ist nicht fähig zu begreifen, dass, wenn die Sache bis zum Bruch gediehen ist, die Hauptfrage nicht der Bruch an und für sich ist, sondern die Frage, über die es zum Bruch kommt, die Idee, die durch den Bruch demonstriert wird. Welche Idee wird durch den bereits vollzogenen Bruch demonstriert? Die Idee der Kriegsgefahr, die Idee der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Kriegsgefahr. Wer kann leugnen, dass eben diese Idee jetzt in ganz Europa die grundlegende Frage unserer Zeit ist? Daraus aber folgt, dass man den Arbeitermassen eben in dieser wichtigsten Frage den Verrat des Generalrats greifbar vor Augen führen musste, was von uns auch getan wurde. Die Tatsache, dass sich der Generalrat genötigt sah, in einem Augenblick, da ein neuer Krieg drohte, die Initiative zu ergreifen und das Odium des Bruchs auf sich zu nehmen - diese Tatsache entlarvt in den Augen der Arbeitermassen besser als alles andere die verräterische und sozialimperialistische „Natur“ des Generalrats in der grundlegenden Frage, der Frage des Krieges. Aber die Opposition behauptet, es wäre besser gewesen, wenn wir die Initiative ergriffen und das Odium des Bruchs auf uns genommen hätten!
Und das nennt sich bei ihnen Linie! Und diese Wirrköpfe maßen sich an, die leninistischen Positionen der Komintern zu kritisieren! Ist das nicht lächerlich, Genossen?
Noch schlimmer sieht es bei der Opposition in der Frage unserer Partei, in der Frage der KPdSU(B), aus. Trotzki begreift nicht, was unsere Partei ist. Er hat keine richtige Vorstellung von unserer Partei. Er blickt auf unsere Partei herab, ganz so, wie ein Adliger auf den Pöbel oder wie ein Bürokrat auf Untergebene herabblickt. Sonst würde er nicht behaupten, dass in einer Millionenpartei, in der KPdSU(B), einzelne Personen, einzelne Führer die Macht „an sich reißen“, die Macht „usurpieren“ könnten. Die Macht „an sich reißen“ in einer Millionenpartei, die drei Revolutionen vollbracht hat und jetzt die Grundfesten des Weltimperialismus erschüttert - bis zu einer solchen Dummheit hat sich Trotzki verstiegen!
Kann man überhaupt in einer an revolutionären Traditionen reichen Millionenpartei die Macht „an sich reißen“? Warum ist es dann Trotzki nicht gelungen, die Macht in der Partei „an sich zu reißen“, sich in der Partei an die Führung zu drängen? Woraus ist das zu erklären? Hat Trotzki etwa nicht den Willen, den Wunsch, an die Führung zu kommen? Ist es etwa nicht Tatsache, dass Trotzki nun schon über zwei Jahrzehnte gegen die Bolschewiki kämpft, um in der Partei an die Führung zu kommen? Warum ist es ihm nicht gelungen, die Macht in der Partei „an sich zu reißen“? Ist er etwa ein weniger großer Redner als die jetzigen Führer unserer Partei? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass Trotzki als Redner höher steht als viele der jetzigen Führer unserer Partei? Woraus ist es dann zu erklären, dass Trotzki trotz seiner Redekunst, trotz seines Willens zur Führung, trotz seiner Fähigkeiten aus der Führung der großen Partei, die den Namen KPdSU(B) trägt, beiseite geschleudert wurde? Trotzki möchte

das gern damit erklären, dass unsere Partei seiner Meinung nach Stimmvieh ist, das blindlings hinter dem ZK der Partei herläuft. Aber so können nur Leute über unsere Partei sprechen, die sie verachten und sie für Pöbel halten. Die Partei so, als Stimmvieh, kann nur ein heruntergekommener Parteiaristokrat betrachten. Das zeugt davon, dass Trotzki das Gefühl der Parteiverbundenheit verloren hat, .dass er die Fähigkeit verloren hat, die wirklichen Gründe für das Misstrauen der Partei gegen die Opposition zu erkennen.

Und in der Tat, woraus ist es zu erklären, dass die KPdSU(B) der Opposition ihr völliges Misstrauen zum Ausdruck bringt? Es erklärt sich daraus, dass die Opposition die Absicht hat, den Leninismus durch den Trotzkismus zu ersetzen, den Leninismus durch den Trotzkismus zu ergänzen, den Leninismus durch den Trotzkismus zu „verbessern". Nun, die Partei aber will dem Leninismus treu bleiben, trotz aller und jeglicher Machenschaften heruntergekommener Parteiaristokraten. Hier liegt die Ursache dafür, dass die Partei, die drei Revolutionen vollbracht hat, es für nötig hielt, sich von Trotzki und von der Opposition überhaupt abzuwenden.

Und die Partei wird in ähnlicher Weise mit allen „Leitern" und „Führern" verfahren, die beabsichtigen, den Leninismus durch den Trotzkismus oder durch irgendeine andere Art von Opportunismus zu verfälschen.

Wenn Trotzki unsere Partei als Stimmvieh hinstellt, so gibt er damit seiner Verachtung gegenüber den Mitgliedermassen der KPdSU(B) Ausdruck. Kann es da wundernehmen, wenn die Partei das ihrerseits mit Verachtung und mit dem Ausdruck völligen Misstrauens Trotzki gegenüber beantwortet?

Ebenso schlimm sieht es bei der Opposition in der Frage des Regimes in unserer Partei aus. Trotzki stellt die Sache so dar, als unterscheide sich das jetzige Regime in der Partei, das der gesamten Opposition zuwider ist, prinzipiell von dem Regime, das zu Lenins Zeiten in der Partei eingeführt wurde. Er möchte die Sache so darstellen, als habe er gegen das von Lenin nach dem X. Parteitag eingeführte Regime nichts einzuwenden und als führe er den Kampf im Grunde genommen gegen das jetzige Regime in der Partei, das seiner Meinung nach mit dem von Lenin eingeführten Regime nichts gemein hat.

Ich behaupte, dass Trotzki hier direkt die Unwahrheit sagt.

Ich behaupte, dass das jetzige Regime in der Partei der genaue Ausdruck eben des Regimes ist, das zu Lenins Zeiten, zur Zeit unseres X. und XI. Parteitags, in der Partei eingeführt wurde.

Ich behaupte, dass Trotzki das Leninsche Regime in der Partei bekämpft, das zu Lenins Zeiten und unter Lenins Führung eingeführt wurde.

Ich behaupte, dass der Kampf der Trotzkisten gegen das Leninsche Regime in der Partei schon zu Lenins Zeiten begann, dass der heutige Kampf der Trotzkisten die Fortsetzung des Kampfes gegen das Regime in der Partei ist, den sie schon zu Lenins Zeiten geführt haben.

Worin bestehen die Grundlagen dieses Regimes? Darin, dass bei Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie und Zulassung sachlicher Kritik an Mängeln und Fehlern in der Partei zugleich keine wie immer geartete Fraktionsmacherei geduldet und jegliche Fraktionsmacherei bei Strafe des Parteiausschlusses ausgemerzt wird.

Wann wurde dieses Regime in der Partei eingeführt? Auf unserem X. und XI. Parteitag, das heißt zu Lenins Zeiten.

Ich behaupte, dass Trotzki und die Opposition eben dieses Regime in der Partei bekämpfen.

Wir besitzen ein Dokument wie die „Erklärung der 46", die von solchen Trotzkisten wie Pjatakow, Preobrashenski, Serebrjakow, Alski und anderen unterzeichnet ist, in der es direkt heißt, dass das in der Partei nach dem X. Parteitag eingeführte Regime sich überlebt habe und für die Partei unerträglich geworden sei.

Was verlangten diese Leute? Sie verlangten die Zulassung fraktioneller Gruppierungen in der Partei und die Aufhebung des entsprechenden Beschlusses des X. Parteitags. Das war im Jahre 1923. Ich erkläre, dass sich Trotzki durch seinen Kampf gegen das nach dem X. Parteitag in der Partei eingeführte Regime voll und ganz mit der Position der

„46“ solidarisiert hat. Aus dieser Zeit datiert bereits der Kampf der Trotzkisten gegen das Leninsche Regime in der Partei. (Trotzki: „Ich habe nicht über den X. Parteitag gesprochen. Das haben Sie sich ausgedacht.“) Es kann Trotzki nicht unbekannt sein, dass ich das dokumentarisch beweisen kann. Die entsprechenden Dokumente sind erhalten geblieben, ich werde sie an die Genossen verteilen, und dann wird es klar sein, wer von uns die Unwahrheit spricht.

(Anmerkung der Redaktion der „K.I.“. Am 3. Oktober überreichte Genosse Stalin dem Politsekretariat des EKKI als Anlage zum Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des EKKI und der Internationalen Kontrollkommission die dokumentarischen Beweise, auf die er in seiner Rede verwies, und zwar:
1. Auszug aus der „Erklärung der 46“ (15. Oktober 1923), die von Pjatakow, Preobrashenski, Serebrjakow, Alski und anderen unterzeichnet ist, in der es heißt:
„Das innerhalb der Partei bestehende Regime ist völlig unerträglich. Es ertötet die Selbsttätigkeit der Partei und ersetzt die Partei durch einen zusammen geschobenen Beamtenapparat, der in normalen Zeiten reibungslos funktioniert, der aber in Krisenzeiten unvermeidlich ins Stocken gerät und angesichts der herannahenden ernsten Ereignisse völlig zu versagen droht. Die entstandene Lage ist dadurch zu erklären, dass sich das nach dem X. Parteitag entstandene Regime der fraktionellen Diktatur innerhalb der Partei objektiv überlebt hat.“
2. Auszug aus einer Erklärung Trotzkis an das ZK und an die ZKK (8. Oktober 1923), in der es heißt:
„Das Regime, das im Wesentlichen schon vor dem XII. Parteitag entstanden war, nach dem Parteitag aber endgültig gefestigt wurde und endgültige Form annahm, ist viel weiter von der Arbeiterdemokratie entfernt als das Regime in den härtesten Perioden des Kriegskommunismus.“
Zur Erläuterung dieser Auszüge muss gesagt werden, dass vor dem XII. Parteitag bei uns der XI. Parteitag (im Frühjahr 1922) und der X. Parteitag (im Frühjahr 1921) stattfanden, deren Arbeiten Lenin leitete und in deren Resolutionen eben das Regime in der Partei seine endgültige Form erhielt, gegen das sich sowohl die „Erklärung der 46“ (Trotzkisten) als auch die oben genannte Erklärung Trotzkis wenden.)

Ich behaupte, dass die Trotzkisten, die die „Erklärung der 46“ unterzeichnet haben, das Leninsche Regime in der Partei schon zu Lenins Zeiten bekämpften.
Ich behaupte, dass Trotzki diesen Kampf gegen das Leninsche Regime die ganze Zeit über unterstützt, dass er die Opposition inspiriert und angetrieben hat.
Ich behaupte, dass der jetzige Kampf Trotzkis gegen das Regime in unserer Partei die Fortsetzung des antileninistischen Kampfes ist, über den ich soeben gesprochen habe.
Die Frage der illegalen parteifeindlichen Druckerei der Trotzkisten. Trotzki hat seine schriftlich ausgearbeitete Rede so aufgebaut, dass er die illegale Druckerei nicht einmal richtig erwähnt hat, offenbar in der Annahme, er sei nicht verpflichtet, solche „Kleinigkeiten“ wie die illegale parteifeindliche Druckerei der Trotzkisten zu erwähnen. Das war nicht die Rede eines Angeklagten, sondern eine Deklaration der Opposition, die gegen die Komintern und gegen die KPdSU(B) Anklage erhebt. Indes ist klar, dass die Frage der illegalen parteifeindlichen Druckerei der Trotzkisten sowohl Trotzki als auch seine Anhänger aus der Opposition voll und ganz als Feinde der Partei, als Spalter und Desorganisatoren der proletarischen Sache entlarvt.
In der Tat, Trotzki ist der Ansicht, dass die Opposition im Recht sei - dass sie deshalb das Recht habe, eigene illegale Druckereien einzurichten.
Aber außer der Gruppe Trotzkis gibt es in der KPdSU(B) noch andere oppositionelle Gruppen: die „Arbeiteropposition“, die Sapronowleute usw. Jede dieser kleinen Gruppen glaubt sich im Recht. Wollte man in die Fußtapfen Trotzkis treten, so müsste man jeder dieser Gruppen das Recht zugestehen, eigene illegale Druckereien einzurichten. Angenommen, sie richteten wirklich eigene illegale Druckereien ein, die Partei aber führte keinen Kampf gegen dieses Übel - was bliebe dann von der Partei übrig?
Was bedeutet es, zuzulassen, dass alle und jegliche Gruppierungen in der Partei illegale Druckereien haben? Das bedeutet zuzulassen, dass in der Partei mehrere Zentren mit eigenen „Programmen“, eigenen „Plattformen“, eigenen „Linien“ bestehen. Was bliebe dann von der eisernen Disziplin in unserer Partei übrig, die Lenin für die Grundlage der Diktatur des Proletariats hielt? Ist eine solche Disziplin möglich ohne ein einheitliches, ein einziges

leitendes Zentrum? Begreift Trotzki, in welchen Sumpf er gerät, wenn er das Recht oppositioneller Gruppierungen auf Organisierung illegaler parteifeindlicher Druckereien verteidigt?

Die Frage des Bonapartismus. In dieser Frage bekundet die Opposition völlige Ignoranz. Wenn Trotzki die gewaltige Mehrheit unserer Partei bonapartistischer Versuche beschuldigt, so demonstriert er damit seine völlige Ignoranz und zeigt, dass er nicht begreift, wo die Wurzeln des Bonapartismus liegen.

Was ist Bonapartismus? Bonapartismus ist der Versuch, der Mehrheit den Willen der Minderheit mittels Gewalt aufzuzwingen. Wenn die Minderheit gegen die Mehrheit mittels Gewalt die Macht in der Partei oder im Lande an sich reißt, so ist das Bonapartismus. Wenn aber die Anhänger der Linie des ZK der KPdSU(B) sowohl in der Partei als auch in den Sowjets die gewaltige Mehrheit darstellen, wie kann man da solch dummes Zeug reden, als trachte die Mehrheit danach, sich selbst ihren eigenen Willen mittels Gewalt aufzuzwingen? Wo wäre es in der Geschichte vorgekommen, dass die Mehrheit sich selbst ihren eigenen Willen mittels Gewalt aufgezwungen hätte? Wer, außer Leuten, die den Verstand verloren haben, kann wohl an die Möglichkeit einer so unvorstellbaren Sache glauben?

Ist es etwa nicht Tatsache, dass die Anhänger der Linie des ZK der KPdSU(B) sowohl in der Partei als auch im Lande die gewaltige Mehrheit darstellen? Ist es etwa nicht Tatsache, dass die Opposition ein winziges Häuflein darstellt? Man kann sich vorstellen, dass die Mehrheit unserer Partei der Minderheit, das heißt der Opposition, ihren Willen aufzwingt. Und das ist völlig berechtigt im parteimäßigen Sinne dieses Wortes. Wie aber kann man sich vorstellen, dass die Mehrheit sich selbst ihren eigenen Willen aufzwänge, und noch dazu mittels Gewalt? Wie kann hier von Bonapartismus die Rede sein? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass unter der Minderheit, das heißt unter der Opposition, Tendenzen auftreten können, ihren Willen der Mehrheit aufzuzwingen? Es wäre nichts Erstaunliches daran, wenn solche Tendenzen aufträten, denn die Minderheit, das heißt die trotzkistische Opposition, hat jetzt keine anderen Möglichkeiten, sich der Führung zu bemächtigen, als die Anwendung von Gewalt gegen die Mehrheit. Wenn also schon von Bonapartismus die Rede ist, dann mag Trotzki die Kandidaten für den Bonaparte in seiner eigenen Gruppe suchen.

Ein paar Worte über Entartung und Thermidorianertum. Ich werde mich hier nicht mit der Analyse der dummen und törichten Beschuldigungen beschäftigen, die die Oppositionellen bisweilen gegen unsere Partei erheben, wenn sie sie der Entartung und des Thermidorianertums bezichtigen. Ich werde mich nicht damit beschäftigen, weil sie keine Analyse wert sind. Ich möchte die Frage vom rein praktischen Standpunkt behandeln.

Nehmen wir einen Augenblick an, die trotzkistische Opposition vertrete wirklich eine revolutionäre Politik und nicht eine sozialdemokratische Abweichung - womit wäre es dann zu erklären, dass alle entarteten und aus der Partei und der Komintern verjagten opportunistischen Elemente sich um die trotzkistische Opposition gruppieren, dort Zuflucht und Schutz finden?

Womit ist es zu erklären, dass Ruth Fischer und Maslow, Scholem und Urbahns, die als entartete Elemente und Renegaten aus der Komintern und der deutschen Kommunistischen Partei verjagt wurden, gerade bei der trotzkistischen Opposition Schutz und gastliche Aufnahme finden?

Womit ist es zu erklären, dass solche opportunistischen und wirklich entarteten Elemente wie Souvarine und Rosmer in Frankreich, Ossowski und Daschkowski in der UdSSR, gerade bei der trotzkistischen Opposition Zuflucht finden?

Kann man die Tatsache als Zufall bezeichnen, dass die Komintern und die KPdSU(B) diese entarteten und wirklich thermidorianisch gestimmten Elemente aus ihren Reihen ausschließen, Trotzki und Sinowjew sie jedoch mit offenen Armen empfangen, ihnen Zuflucht und Schutz gewähren?

Zeugen diese Tatsachen nicht davon, dass die „revolutionären" Phrasen der trotzkistischen Opposition Phrasen bleiben, während die Opposition in Wirklichkeit das Sammelbecken der entarteten Elemente ist?
Zeugt das alles nicht davon, dass die trotzkistische Opposition Nistplatz und Brutstätte der Entartung und des Thermidorianertums ist?
Jedenfalls gibt es bei uns in der KPdSU(B) eine einzige Gruppe, die alle und jegliche Spitzbuben vom Schlage Maslows und Ruth Fischers, vom Schlage Souvarines und Ossowskis um sich sammelt. Diese Gruppe ist die Gruppe Trotzkis.
Das, Genossen, ist in großen Zügen die politische Physiognomie der Opposition.
Und welche Schlussfolgerung ergibt sich daraus? - werden Sie fragen.
Es gibt nur eine Schlussfolgerung. Die Opposition hat sich so weit verstrickt, sie hat sich mit solchem Geschick in eine Sackgasse verrannt, aus der es keinen Ausweg gibt, dass sie sich vor die Wahl gestellt sieht: entweder die Komintern und die KPdSU(B) oder Maslow, Ruth Fischer und die Renegaten aus der illegalen parteifeindlichen Druckerei.
Man kann nicht ewig zwischen diesen beiden Lagern hin und her schwanken. Es ist Zeit, die Wahl zu treffen. Entweder mit der Komintern und der KPdSU(B), und dann - Krieg gegen Maslow und Ruth Fischer, gegen alle und jegliche Renegaten. Oder gegen die KPdSU(B) und die Komintern, und dann - schert euch zur Gruppe Maslow und Ruth Fischer, zu allen Renegaten und Entarteten, zu all den Schtscherbakow und sonstigen Lumpen. (Beifall.)

Zeitschrift „Kommunistitscheski Internazional"
(Die Kommunistische Internationale) Nr. 41,
14. Oktober 1927.

KONSPEKT FÜR DEN ARTIKEL „DER INTERNATIONALE CHARAKTER DER OKTOBERREVOLUTION“

Die Oktoberrevolution ist nicht nur eine Revolution „im nationalen Rahmen“, sondern vor allem eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung, denn sie bedeutet eine grundlegende Wendung in der Weltgeschichte der Menschheit, eine Wendung vom Alten zum Neuen.

Die Revolutionen der Vergangenheit endeten gewöhnlich damit, dass am Regierungsruder eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe abgelöst wurde. Die Ausbeuter wechselten, die Ausbeutung blieb. So war es zur Zeit der Sklavenrevolutionen, der Revolutionen der Leibeigenen, der Revolutionen der Handels- und Industriebourgeoisie. Die Oktoberrevolution unterscheidet sich grundsätzlich von diesen Revolutionen. Sie setzt sich nicht das Ziel, eine Ausbeutungsform durch eine andere Ausbeutungsform, eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe zu ersetzen, sondern jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, alle und jede Ausbeutergruppen zu stürzen.

Errichtung der Diktatur des Proletariats, als der revolutionärsten und organisiertesten Klasse unter allen Ausgebeuteten.

Eben deshalb bedeutet der Sieg der Oktoberrevolution eine grundlegende Wendung in der Ökonomik und der Politik, im Leben und in der Lebensweise, in den Sitten und den Traditionen, in der Kultur und in der gesamten geistigen Physiognomie der ausgebeuteten Massen der ganzen Welt.

Darin liegt auch die Wurzel jener großen Sympathien, die die unterdrückten Klassen aller Länder der Oktoberrevolution entgegenbringen, in der sie das Unterpfand ihrer eigenen Befreiung sehen.

Vier grundlegende Züge.

1. Die Zentren des Imperialismus (die „Mutterländer“). Der Oktober als Wendung von der Herrschaft des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern - zum Kommunismus. Bei uns wird häufig gesagt, dass die Oktoberrevolution eine Durchbrechung der Front des Weltimperialismus darstellt. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass sie die Ära der proletarischen Revolutionen und der Diktatur des Proletariats eröffnet hat.

Früher ging man von der französischen Revolution des 18. Jahrhunderts aus, man benutzte ihre Traditionen und führte ihre Ordnung ein. Jetzt geht man von der Oktoberrevolution aus.

Früher Frankreich.

Jetzt die UdSSR.

Früher war der „Jakobiner“ der Schrecken der gesamten Bourgeoisie. Jetzt ist der Bolschewik der Schrecken der Bourgeoisie.

Die Ära der „einfachen“ bürgerlichen Revolutionen, als das Proletariat lediglich die Stoßkraft war, die Ausbeuter aber die Früchte der Revolutionen einheimsten, ist vorbei.

Angebrochen ist die Ära der proletarischen Revolutionen in den kapitalistischen Ländern.

2. Die Peripherie des Imperialismus. Der Oktober hat die Ära der Befreiungsrevolutionen in den Kolonien und abhängigen Ländern eröffnet.

Das Proletariat kann sich nicht befreien, ohne die vom Imperialismus unterdrückten Völker zu befreien. Einheitsfront der proletarischen Revolutionen in den Mutterländern und der kolonialen Revolutionen in den abhängigen Ländern.

Die Ära der ungestörten Ausbeutung der Kolonien und abhängigen Länder ist vorbei.

Angebrochen ist die Ära der Befreiungsrevolutionen in den Kolonien, die Ära des Erwachens des Proletariats dieser Länder, die Ära seiner Hegemonie.

3. Zentren und Peripherie - zusammen. Damit hat der Oktober dem Weltimperialismus einen tödlichen Schlag versetzt, von dem er sich nie erholen wird.

Der Imperialismus wird nie das „Gleichgewicht“ und die „Stabilität“ wiedererlangen, die er vor dem Oktober besaß.
Die Ära der „Stabilität“ des Kapitalismus ist vorbei.
Angebrochen ist die Ära des Niedergangs des Kapitalismus.
4. Der Oktober bedeutet den ideologischen Sieg des Kommunismus über den Sozialdemokratismus, des Marxismus über den Reformismus. Früher, vor dem Sieg der Diktatur des Proletariats in der UdSSR, konnten die Sozialdemokraten und Reformisten mit dem Banner des Marxismus prunken, mit Marx und Engels kokettieren usw., da das für die Bourgeoisie nicht gefährlich war und die Menschen noch nicht wussten, wozu der Sieg des Marxismus führen kann.
Jetzt, nach dem Sieg der Diktatur des Proletariats in der UdSSR, nachdem alle begriffen haben, wozu der Marxismus führt und was sein Sieg zu bedeuten hat, haben es die Sozialdemokraten und Reformisten vorgezogen, sich vom Marxismus abzugrenzen, da sie spüren, dass dieses Prunken und Kokettieren mit dem Marxismus für die Bourgeoisie gefährlich ist.
Von nun an ist der Kommunismus zum einzigen Hort und Bollwerk des Marxismus geworden.
Von nun an verlässt der Geist des Marxismus die Sozialdemokratie so, wie die Sozialdemokratie schon vorher den Marxismus verlassen hatte.
Seit dem Sieg der Oktoberrevolution können nur diejenigen Marxisten sein, die die erste proletarische Diktatur der Welt entschlossen und rück-haltlos unterstützen.
Was heißt die erste proletarische Diktatur in der Welt unterstützen? Das heißt die Position des direkten Kampfes gegen die eigene Bourgeoisie einnehmen. Da aber die Sozialdemokraten nicht gegen ihre eigene Bourgeoisie kämpfen wollen, sondern es vorziehen, sich ihr anzupassen, so nehmen sie natürlich die Position des Kampfes gegen die erste proletarische Diktatur der Welt ein, die Position der Wiederaufrichtung des
Kapitalismus in der UdSSR. Und das eben ist der Untergang der Sozialdemokratie.
Der Oktober hat die Ära des Triumphes des Weltkommunismus eröffnet, die die Ära des Untergangs der Sozialdemokratie und ihres direkten Übergangs in das Lager der Bourgeoisie ist.
Der Oktober ist der Sieg des Marxismus in der Ideologie.

Oktober 1927.

Zum erstenmal veröffentlicht.

DIE TROTZKISTISCHE OPPOSITION FRÜHER UND JETZT

Rede in der Sitzung des vereinigten Plenums
des ZK und der ZKK der KPdSU(B)[45]
23. Oktober 1927

I
EINIGE KLEINE FRAGEN

Genossen! Ich habe wenig Zeit, deshalb werde ich nur zu einzelnen Fragen sprechen.
Vor allem über das persönliche Moment. Sie haben hier gehört, wie eifrig die Oppositionellen, ohne ihre Kräfte zu schonen, auf Stalin schimpfen. Das wundert mich nicht, Genossen. Die Tatsache, dass die Angriffe hauptsächlich gegen Stalin gerichtet sind, erklärt sich daraus, dass Stalin besser vielleicht als mancher unserer Genossen das ganze gaunerische Treiben der Opposition kennt und dass es nicht so leicht sein dürfte, ihn hinters Licht zu führen. Und deshalb richten sie den Schlag vor allem gegen Stalin. Nun, mögen sie schimpfen, soviel sie wollen.
Lassen wir Stalin, Stalin ist ein kleiner Mann. Nehmen wir Lenin. Wer wüsste nicht, dass die Opposition mit Trotzki an der Spitze zur Zeit des Augustblocks eine noch unverschämtere Hetze gegen Lenin betrieb. Hören Sie zum Beispiel Trotzki:

„Wie ein unsinniger Teufelsspuk mutet einen das gemeine Gezänk an, das Lenin, Meister in diesen Dingen, dieser berufsmäßige Ausbeuter jeglicher Rückständigkeit in der russischen Arbeiterbewegung, systematisch schürt." (Siehe „Brief Trotzkis an Tschcheidse", April 1913.)

Ausdrücke sind das, Genossen, Ausdrücke, achten Sie darauf! Das schreibt Trotzki, und das schreibt er über Lenin.
Kann man sich da wundern, wenn Trotzki, der den großen Lenin so skrupellos verleumdet, dessen Stiefel er nicht einmal wert ist, nunmehr auf einen der vielen Schüler Lenins, auf Genossen Stalin, schimpft, was das Zeug hält.
Mehr noch, ich betrachte es als eine Ehre für mich, wenn die Opposition ihren ganzen Hass gegen Stalin richtet. So muss es auch sein. Ich meine, es wäre sonderbar und eine Beleidigung für mich, wenn die Opposition, die die Partei zu zerstören sucht, Stalin lobte, der die Grundlagen des Leninschen Parteiprinzips verteidigt.
Jetzt über Lenins „Testament". Die Oppositionellen haben hier, wie Sie gehört haben, ein großes Geschrei erhoben und behauptet, das Zentralkomitee der Partei habe das „Testament" Lenins „verheimlicht". Mehrmals wurde diese Frage bei uns, wie Sie wissen, auf dem Plenum des ZK und der ZKK behandelt. (Zuruf: „Dutzende von Malen.") Es wurde bewiesen und abermals bewiesen, dass niemand etwas verheimlicht, dass das „Testament" Lenins an den XIIL Parteitag gerichtet war, dass es, dies „Testament", auf dem Parteitag verlesen wurde (Zurufe: „Sehr richtig!") und dass der Parteitag einstimmig beschloss, es nicht zu veröffentlichen, unter anderem deshalb, weil Lenin dies selbst nicht gewünscht und nicht verlangt hatte. All das weiß die Opposition ebenso gut wie wir alle. Und trotzdem hat die Opposition die Stirn zu erklären, dass das ZK das „Testament" „verheimlicht".
Die Frage des „Testaments" Lenins wurde bei uns, wenn ich nicht irre, bereits 1924 erörtert. Es gibt da einen gewissen Eastman, einen ehemaligen amerikanischen Kommunisten, der dann aus der Partei hinausgeworfen wurde. Nachdem sich dieser Herr eine Zeitlang in Moskau unter Trotzkisten herumgetrieben und verschiedene Gerüchte und Verleumdungen in Bezug auf Lenins „Testament" gesammelt hatte, fuhr er ins Ausland und gab unter dem Titel

„Nach Lenins Tod“ ein Buch heraus, in dem er nicht mit Farben spart, um die Partei, das Zentralkomitee und die Sowjetmacht zu verleumden, und in dem alles darauf aufgebaut ist, dass das ZK unserer Partei angeblich das „Testament“ Lenins „verheimlicht“. Da dieser Eastman eine Zeitlang mit Trotzki in Verbindung stand, forderten wir, die Mitglieder des Politbüros, Trotzki auf, sich von Eastman abzugrenzen, der dadurch, dass er sich an Trotzki klammert und sich auf die Opposition beruft, Trotzki für die Verleumdung unserer Partei hinsichtlich des „Testaments“ verantwortlich macht. Da die Frage so offenkundig war, grenzte sich Trotzki wirklich von Eastman ab und gab eine entsprechende Erklärung an die Presse. Sie wurde im September 1925 in Nummer 16 des „Bolschewik“ veröffentlicht.
Gestatten Sie mir, die Stelle aus Trotzkis Artikel zu verlesen, die davon handelt, ob die Partei und ihr ZK das „Testament“ Lenins verheimlicht oder es nicht verheimlicht. Ich zitiere aus Trotzkis Artikel:

„An einigen Stellen seines Büchleins spricht Eastman davon, dass das ZK eine Reihe außerordentlich wichtiger Dokumente, die Lenin in der letzten Periode seines Lebens geschrieben hat (es handelt sich um Briefe zur nationalen Frage, um das so genannte ‚Testament’ usw.), vor der Partei ‚verheimlicht’ habe; das kann man nicht anders nennen als eine Verleumdung des ZK unserer Partei. Aus Eastmans Worten kann man den Schluss ziehen, Wladimir Iljitsch habe diese Briefe, die den Charakter innerorganisatorischer Ratschläge trugen, für die Presse bestimmt. In Wirklichkeit stimmt das absolut nicht. Wladimir Iljitsch wandte sich seit der Zeit seiner Krankheit wiederholt an die leitenden Institutionen der Partei und an ihren Parteitag mit Vorschlägen, Briefen u. a. Es versteht sich von selbst, dass alle diese Briefe und Vorschläge stets bestimmungsgemäß weitergeleitet, den Delegierten des XII. und des XIII. Parteitags zur Kenntnis gebracht wurden und selbstverständlich immer entsprechenden Einfluss auf die Beschlüsse der Partei ausübten, und wenn nicht alle diese Briefe veröffentlicht wurden, so deshalb, weil sie von ihrem Verfasser nicht für die Presse bestimmt waren. Wladimir Iljitsch hat überhaupt kein ‚Testament’ hinterlassen, und der Charakter seines Verhältnisses zur Partei sowie auch der Charakter der Partei selbst schlossen die Möglichkeit eines solchen ‚Testaments’ aus. Als ‚Testament’ wird in der Emigrantenpresse sowie in der ausländischen bürgerlichen und menschewistischen Presse gewöhnlich ein (bis zur Unkenntlichkeit entstellter) Brief Wladimir Iljitschs bezeichnet, der Ratschläge organisatorischer Art enthielt. Der XIII. Parteitag brachte diesem Brief, wie auch allen anderen, die größte Aufmerksamkeit entgegen und zog daraus den gegebenen Bedingungen und Umständen entsprechende Schlüsse. Alle Redereien über ein verheimlichtes oder verletztes ‚Testament’ sind bösartige Erfindungen und sind ganz und gar gegen den faktischen Willen ‘Wladimir Iljitschs sowie gegen die Interessen der von ihm geschaffenen Partei gerichtet’.“ (Siehe Trotzkis Artikel „Zu Eastmans Buch ‚Nach Lenins Tod“, „Bolschewik“ Nr. 16, 1. September 1925, S.68.)

Das ist wohl klar. Das schreibt Trotzki und niemand anders. Mit welchem Recht kommen jetzt Trotzki, Sinowjew und Kamenew mit ihrem Geschwätz und behaupten, dass die Partei und ihr ZK Lenins „Testament“ „verheimlichen“? Schwätzen „darf“ man, aber alles muss seine Grenzen haben.
Man sagt, Genosse Lenin habe in diesem „Testament“ dem Parteitag vorgeschlagen, man solle sich im Hinblick auf Stalins „Grobheit“ überlegen, ob man nicht Stalin als Generalsekretär durch einen anderen Genossen ersetzen solle. Das stimmt durchaus. Ja, Genossen, ich bin grob gegen diejenigen, die grob und verräterisch die Partei zersetzen und spalten. Ich habe das nicht verheimlicht und verheimliche es nicht. Möglich, dass hier eine gewisse Milde gegenüber den Spaltern erforderlich ist. Aber das bringe ich nicht fertig. Gleich in der ersten Sitzung des ZK-Plenums nach dem XIII. Parteitag ersuchte ich das Plenum des ZK, mich von der Funktion des Generalsekretärs zu entbinden. Der Parteitag selbst behandelte diese Frage. Jede Delegation behandelte diese Frage, und alle Delegationen,

unter ihnen auch Trotzki, Kamenew, Sinowjew, verpflichteten Stalin einstimmig, auf seinem Posten zu bleiben.
Was konnte ich tun? Von meinem Posten davonlaufen? Das ist nicht meine Art, ich bin niemals von irgendeinem Posten davongelaufen, und ich habe kein Recht davonzulaufen, denn das wäre Desertion. Wie ich schon früher sagte, bin ich nicht frei in meinen Entschlüssen, und wenn die Partei mich zu etwas verpflichtet, so muss ich mich fügen.
Ein Jahr danach richtete ich erneut einen Antrag an das Plenum, mich von meiner Funktion zu entbinden, aber man verpflichtete mich erneut, auf meinem Posten zu bleiben.
Was konnte ich weiter tun?
Was die Veröffentlichung des „Testaments" angeht, so beschloss der Parteitag, es nicht zu veröffentlichen, da es an den Parteitag gerichtet und nicht für die Presse bestimmt war.
Es gibt bei uns einen Beschluss des Plenums des ZK und der ZKK aus dem Jahre 1926, den XV. Parteitag um die Erlaubnis zu ersuchen, dieses Dokument zu veröffentlichen. Es gibt weiter einen Beschluss des gleichen Plenums des ZK und der ZKK über die Veröffentlichung anderer Briefe Lenins, in denen Lenin Kamenews und Sinowjews Fehler vor dem Oktoberaufstand behandelt und ihren Ausschluss aus der Partei verlangt[46].
Es ist klar, dass alles Gerede darüber, die Partei verberge diese Dokumente, gemeine Verleumdung ist. Hierher gehören auch Dokumente wie Lenins Briefe über die Notwendigkeit, Sinowjew und Kamenew aus der Partei auszuschließen. Niemals noch hat die bolschewistische Partei, hat das ZK der bolschewistischen Partei die Wahrheit gefürchtet. Die Stärke der bolschewistischen Partei besteht gerade darin, dass sie die Wahrheit nicht fürchtet und ihr direkt ins Gesicht sieht.
Die Opposition versucht, mit dem „Testament" Lenins aufzutrumpfen. Aber man braucht dieses „Testament" nur durchzulesen, um zu begreifen, dass nichts da ist, womit sie auftrumpfen könnten. Im Gegenteil, das „Testament" Lenins ist der Tod der heutigen Führer der Opposition.
In der Tat, es ist eine Tatsache, dass Lenin in seinem „Testament" Trotzki des „Nichtbolschewismus" beschuldigt und in Bezug auf Kamenews und Sinowjews Fehler während des Oktobers feststellt, dass dieser Fehler kein „Zufall" ist. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass man weder Trotzki, der an „Nichtbolschewismus" leidet, politisch vertrauen darf noch Kamenew und Sinowjew, deren Fehler kein „Zufall" sind und sich wiederholen können und müssen.
Es ist bezeichnend, dass über Fehler Stalins in dem „Testament" kein einziges Wort, keine einzige Andeutung enthalten ist. Dort ist nur von der Grobheit Stalins die Rede. Aber Grobheit ist kein Fehler in der politischen Linie beziehungsweise Position Stalins und kann es nicht sein.
Hier die entsprechende Stelle aus dem „Testament":

„Ich werde die anderen Mitglieder des ZK nicht weiter auf ihre persönlichen Eigenschaften hin charakterisieren. Ich erinnere nur daran, dass die Oktoberepisode Sinowjews und Kamenews natürlich kein Zufall ist, dass sie ihnen aber ebensowenig als persönliche Schuld angerechnet werden kann wie Trotzki der Nichtbolschewismus."

Das ist wohl klar.

II
ÜBER DIE „PLATTFORM" DER OPPOSITION

Die nächste Frage. Weshalb hat das ZK die bekannte „Plattform" der Opposition nicht veröffentlicht? Sinowjew und Trotzki erklären das damit, dass das ZK und die Partei die Wahrheit „fürchten". Stimmt das? Natürlich stimmt das nicht. Mehr noch, es ist eine

Dummheit zu sagen, die Partei oder das ZK fürchteten die Wahrheit. Es gibt bei uns stenographische Protokolle der Plenartagungen des ZK und der ZKK. Diese Protokolle werden in einigen Tausend Exemplaren gedruckt und an die Parteimitglieder verteilt. Sie enthalten die Reden der Oppositionellen ebenso wie die Reden der Genossen, die die Parteilinie vertreten. Sie werden von Zehntausenden und Hunderttausenden von Parteimitgliedern gelesen. (Zurufe: „Sehr richtig!“) Wenn wir die Wahrheit fürchteten, würden wir diese Dokumente nicht verbreiten. Das Gute an diesen Dokumenten ist gerade, dass sie es den Parteimitgliedern ermöglichen, die Position des ZK mit den Ansichten der Opposition zu vergleichen und ihre Entscheidungen zu treffen. Wo kann hier von Furcht vor der Wahrheit die Rede sein?

Im Oktober 1926 spielten sich die Führer der Opposition auf, indem sie behaupteten, wie sie es auch heute tun, das ZK fürchte die Wahrheit, verberge ihre „Plattform“, verheimliche sie vor der Partei usw. Gerade deshalb versuchten sie damals ihr Glück in den Zellen von Moskau (ich erinnere an „Aviopribor“), von Leningrad (ich erinnere an „Putilow“) usw. Und was geschah? Es zeigte sich, dass die Arbeiter, die Kommunarden, unsere Oppositionellen verdroschen, ja sie so gründlich verdroschen, dass die Führer der Opposition gezwungen waren, das Kampffeld fluchtartig zu verlassen. Weshalb wagten sie denn damals nicht, weiter alle Zellen zu durchwandern und zu prüfen, wer von uns die Wahrheit fürchtet - die Oppositionellen oder das ZK? Einfach deshalb, weil sie aus Angst vor der wirklichen (nicht aber ausgedachten) Wahrheit die Courage verloren.

Und jetzt? Gibt es etwa, offen gesagt, jetzt bei uns keine Diskussion in den Zellen? Man zeige uns nur eine Zelle, in der es auch nur einen Oppositionellen gibt, wo während der letzten 3-4 Monate auch nur eine Zellensitzung ohne Auftreten der Opposition, ohne Diskussion stattgefunden hätte. Ist es etwa nicht Tatsache, dass die Opposition in den letzten 3-4 Monaten überall, wo sie es nur kann, in den Zellen mit eigenen Gegenresolutionen auftritt? (Zurufe: „Ganz richtig!“) Warum versuchen Trotzki und Sinowjew denn nicht, in die Zellen zu gehen und dort ihre Ansichten darzulegen?

Eine bezeichnende Tatsache. Im August dieses Jahres, nach dem Plenum des ZK und der ZKK, schickten Trotzki und Sinowjew dem ZK ein Schreiben, in dem sie erklärten, dass sie in der Versammlung des Moskauer Parteiaktivs auftreten wollen, wenn das ZK nichts dagegen einzuwenden habe. Das ZK antwortete darauf (und diese Antwort wurde den Ortsorganisationen zugeschickt), dass es gegen das Auftreten Trotzkis und Sinowjews nichts einzuwenden habe, jedoch unter der Voraussetzung, dass sie als Mitglieder des ZK nicht gegen die Beschlüsse des ZK aufträten. Und was geschah? Sie verzichteten auf dies Auftreten. (Allgemeine Heiterkeit.)

Ja, Genossen, es gibt bei uns tatsächlich Leute, die die Wahrheit fürchten, aber das sind nicht das ZK und noch weniger die Partei, sondern es sind die Führer unserer Opposition.

Warum hat dann das ZK die „Plattform“ der Opposition nicht veröffentlicht?

Vor allem deshalb, weil das ZK die Fraktion Trotzkis, und fraktionelle Gruppierungen überhaupt, nicht legalisieren wollte und nicht legalisieren durfte. Lenin sagt in der Resolution des X. Parteitags „Über die Einheit“, dass das Vorhandensein einer „Plattform“ eins der entscheidenden Merkmale der Fraktionsmacherei ist. Trotzdem arbeitete die Opposition eine „Plattform“ aus und forderte ihre Veröffentlichung, womit sie gegen den Beschluss des X. Parteitags verstieß. Was hätte es bedeutet, wenn das ZK die „Plattform“ der Opposition veröffentlicht hätte? Es hätte bedeutet, dass das ZK bereit ist, sich an der gegen die Beschlüsse des X. Parteitags verstoßenden fraktionellen Arbeit der Opposition zu beteiligen. Konnten sich das ZK und die ZKK darauf einlassen? Es ist klar, dass kein ZK, das sich selbst achtet, sich auf diesen fraktionellen Schritt einlassen konnte. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Weiter. In der gleichen, von Lenins Hand geschriebenen Resolution des X. Parteitags „Über die Einheit“ heißt es, dass „der Parteitag die strikte Weisung gibt, ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben, sofort aufzulösen“, dass „die

Nichterfüllung dieses Parteitagsbeschlusses den unbedingten und sofortigen Ausschluss aus der Partei nach sich zieht“. Eine klare und eindeutige Direktive. Was aber hätte es bedeutet, wenn das ZK und die ZKK die „Plattform“ der Opposition veröffentlicht hätten? Hätte man das Auflösung ausnahmslos aller Gruppen nennen können, die sich auf der einen oder anderen „Plattform“ gebildet haben? Natürlich nicht. Im Gegenteil, das hätte bedeutet, dass das ZK und die ZKK es selbst übernehmen, die Gruppen und Fraktionen nicht aufzulösen, sondern zu helfen, auf der Grundlage der „Plattform“ der Opposition Gruppen und Fraktionen zu organisieren. Konnten sich das ZK und die ZKK auf eine solche Spaltermaßnahme einlassen? Es ist klar, dass sie das nicht konnten.

Schließlich enthält die „Plattform“ der Opposition derartige Verleumdungen der Partei, dass ihre Veröffentlichung sowohl der Partei als auch unserem Staate nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen würde.

In der Tat, in der „Plattform“ der Opposition heißt es, dass unsere Partei angeblich bereit sei, das Außenhandelsmonopol abzuschaffen und alle Schulden, also auch die Kriegsschulden, zu bezahlen. Jedermann weiß, dass das eine gemeine Verleumdung unserer Partei, unserer Arbeiterklasse, unseres Staates ist. Nehmen wir einmal an, wir hätten die „Plattform“ mit derartigen Verleumdungen der Partei und des Staates veröffentlicht. Was wäre die Folge davon? Das hätte lediglich zur Folge, dass die internationale Bourgeoisie einen noch größeren Druck auf uns ausüben würde, indem sie Zugeständnisse von uns fordern würde, auf die wir uns keinesfalls einlassen können (zum Beispiel die Abschaffung des Außenhandelsmonopols, die Bezahlung der Kriegsschulden usw.), und indem sie uns mit Krieg drohen würde.

Wenn solche Mitglieder des ZK wie Trotzki und Sinowjew unsere Partei bei den Imperialisten aller Länder verleumderisch denunzieren und ihnen versichern, wir wären bereit, maximale Zugeständnisse, bis zur Aufhebung des Außenhandelsmonopols, zu machen, so kann dies nur das eine bedeuten: Ihr Herren Bourgeois, übt einen noch größeren Druck auf die Partei der Bolschewiki aus, droht ihnen mit dem Kriege, sie, die Bolschewiki, sind zu allen und jeglichen Zugeständnissen bereit, wenn ihr nur den nötigen Druck ausübt.

Verleumderisch Denunziation unserer Partei bei den Herren Imperialisten durch Sinowjew und Trotzki, um unsere Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Außenpolitik zu vertiefen - darauf läuft die „Plattform“ der Opposition hinaus.

Wem gereicht das zum Schaden? Es ist klar, dass das dem Proletariat der UdSSR, der Kommunistischen Partei der UdSSR, unserem ganzen Staat zum Schaden gereicht.

Wem gereicht das zum Nutzen? Das gereicht den Imperialisten aller Länder zum Nutzen.

Jetzt frage ich Sie - konnte sich das ZK bereit finden, solche Gemeinheiten in unserer Presse zu veröffentlichen? Es ist klar, dass es das nicht konnte.

Dies sind die Erwägungen, die das ZK veranlassten, die Veröffentlichung der „Plattform“ der Opposition abzulehnen.

III
LENIN ÜBER DIE DISKUSSION UND DIE OPPOSITION UBERHAUPT

Die nächste Frage. Sinowjew legte sich hier mächtig ins Zeug, als er zu beweisen suchte, dass Lenin immer und zu jeder Zeit für Diskussionen gewesen sei, er stützte sich dabei auf die Tatsache, dass vor dem X. Parteitag und auf dem Parteitag selbst eine Diskussion auf der Grundlage von Plattformen stattgefunden hat. Er „vergaß“ jedoch zu erwähnen, dass Lenin die Diskussion vor dem X. Parteitag für einen Fehler hielt. Er „vergaß“ zu sagen, dass in der Resolution des X. Parteitags „Über die Einheit der Partei“, die von Lenins Hand geschrieben ist und die eine Direktive für die Entwicklung unserer Partei darstellt, keine Diskussion auf der Grundlage von „Plattformen“ gefordert wird, sondern die Auflösung aller und jeglicher Gruppen, die sich auf der einen oder anderen „Plattform“ gebildet haben. Er „vergaß“, dass

sich Lenin auf dem X. Parteitag dafür aussprach, dass künftig eine Opposition gleich welcher Art in der Partei „nicht zugelassen werden darf". Er „vergaß" zu sagen, dass Lenin die Verwandlung unserer Partei in einen „Diskussionsklub" für völlig unzulässig hielt.
Hier ein Beispiel dafür, wie Lenin die Diskussion vor dem X. Parteitag einschätzte:

„Ich hatte heute bereits Gelegenheit, darüber zu sprechen, und ich konnte selbstverständlich nur vorsichtig sagen, dass sich wohl nicht viele unter Ihnen finden werden, die diese Diskussion nicht als einen übermäßigen Luxus einschätzen. Ich für meine Person kann nicht umhin, hinzuzufügen, dass dieser Luxus meiner Meinung nach wirklich völlig unerlaubt war und dass wir mit der Zulassung einer solchen Diskussion zweifellos einen Fehler begangen haben." (Siehe Protokolle des X. Parteitags, S. 16[47].)

Und folgendes sagte Lenin auf dem X. Parteitag über jede Opposition, die nach dem X. Parteitag auftreten könnte:

„Die Partei zusammenschweißen, keine Opposition in der Partei zulassen - das ist die politische Schlussfolgerung aus der gegenwärtigen Lage..." „Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen! Und ich glaube, der Parteitag wird diese Schlussfolgerung ziehen müssen, wird die Schlussfolgerung ziehen müssen, dass es mit der Opposition jetzt zu Ende ist, dass sie ausgespielt hat, dass wir jetzt von den Oppositionen genug haben!" (Ebenda, S. 61 und 63[48].)

Das war Lenins Ansicht über die Frage der Diskussion und über die Opposition überhaupt.

IV
DIE OPPOSITION UND DIE „DRITTE KRAFT"

Die nächste Frage. Wozu bedurfte es der Mitteilung des Genossen Menshinski über die Weißgardisten, mit denen ein Teil der „Mitarbeiter" der illegalen parteifeindlichen Druckerei der Trotzkisten in Verbindung steht?
Erstens, um die Lügen und Verleumdungen zu widerlegen, die die Opposition in ihren parteifeindlichen Blättern zu dieser Frage verbreitet. Die Opposition versichert allen und jedem, dass die Angelegenheit mit den Weißgardisten, die auf diese oder jene Art mit den Verbündeten der Opposition wie Schtscherbakow, Twerskoi und anderen in Verbindung stehen, eine Erfindung, eine Lüge sei, die in Umlauf gesetzt wurde, uni die Opposition in Verruf zu bringen. Die Mitteilung des Genossen Menshinski samt den Aussagen der Verhafteten lassen keinerlei Zweifel darüber bestehen, dass ein Teil der „Mitarbeiter" der illegalen parteifeindlichen Druckerei der Trotzkisten mit konterrevolutionären weißgardistischen Elementen in Verbindung steht, zweifellos in Verbindung steht. Mag die Opposition versuchen, diese Tatsachen und Dokumente zu widerlegen.
Zweitens, um die Lügen zu entlarven, die das Maslow-Organ in Berlin, („Die Fahne des Kommunismus") jetzt verbreitet. Wir haben soeben die letzte Nummer dieses Schmutzblättchens des Renegaten Maslow erhalten, das sich damit beschäftigt, die UdSSR zu verleumden und der Bourgeoisie Staatsgeheimnisse der UdSSR zu verraten. In diesem Presseorgan sind, natürlich entstellt, die Aussagen der verhafteten Weißgardisten und ihrer Verbündeten aus der illegalen parteifeindlichen Druckerei zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht. (Zurufe: „Das ist aber ein starkes Stück!") Woher konnte Maslow diese Mitteilungen erhalten? Diese Mitteilungen sind vertraulich, da noch nicht der ganze Kreis von Weißgardisten ermittelt und verhaftet ist, der in die Organisierung einer Verschwörung nach dem Typ der Pilsudskiverschwörung verwickelt ist. In diese Aussagen nahmen in der ZKK Trotzki, Sinowjew, Smilga und andere Oppositionelle Einsicht. Es wurde ihnen vorerst verboten, eine Kopie von diesen Aussagen anzufertigen. Sie haben jedoch offenbar trotzdem

eine Kopie angefertigt und sich bemüßigt gefühlt, sie Maslow zu übersenden. Was heißt aber, Maslow diese Mitteilungen zur Veröffentlichung übergeben? Das heißt die Weißgardisten, die noch nicht ermittelt und verhaftet sind, warnen, sie warnen, dass die Bolschewiki sie zu verhaften beabsichtigen.
Kann man das gutheißen, darf sich ein Kommunist so verhalten? Es ist klar, dass er das nicht darf.
Der Artikel in Maslows Organ hat eine pikante Überschrift: „Stalin spaltet die KPdSU(B). Weißgardistische Verschwörung. Brief aus der UdSSR.“ (Zurufe: „Schurken!“) Konnten wir es nach alledem, nachdem Maslow mit Trotzkis und Sinowjews Hilfe die entstellten Aussagen der Verhafteten zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht hatte - konnten wir es nach alledem unterlassen, dem Plenum des ZK und der ZKK Rechenschaft abzulegen und den Verleumdungen die wirklichen Tatsachen und die wirklichen Aussagen gegenüberzustellen?
Das sind die Gründe, weshalb das ZK und die ZKK es für notwendig hielten, Genossen Menshinski zu ersuchen, eine Mitteilung über die Tatsachen zu machen.
Was geht aus diesen Aussagen, aus der Mitteilung des Genossen Menshinski hervor? Haben wir die Opposition jemals beschuldigt oder beschuldigen wir sie jetzt, eine militärische Verschwörung organisiert zu haben? Natürlich nicht. Haben wir die Opposition jemals beschuldigt oder beschuldigen wir sie jetzt, an einer solchen Verschwörung teilgenommen zu haben? Natürlich nicht. (Muralow: „Auf dem letzten Plenum wurde diese Beschuldigung erhoben.“) Das stimmt nicht, Muralow. Es gibt bei uns zwei Verlautbarungen des ZK und der ZKK über die illegale parteifeindliche Druckerei und über die parteilosen Intellektuellen, die mit dieser Druckerei in Verbindung standen. Sie werden in diesen Dokumenten nicht einen Satz, nicht ein Wort darüber finden, dass wir die Opposition der Teilnahme an einer militärischen Verschwörung beschuldigen. Das ZK und die ZKK behaupten in diesen Dokumenten lediglich, dass die Opposition bei der Organisierung der illegalen Druckerei mit bürgerlichen Intellektuellen in Verbindung getreten ist und dass ein Teil dieser Intellektuellen seinerseits, wie sich zeigte, Verbindungen mit Weißgardisten hatte, die eine militärische Verschwörung planen. Ich würde Muralow bitten, die entsprechende Stelle in den vom Politbüro des ZK und dem Präsidium der ZKK zu dieser Frage herausgegebenen Dokumenten anzugeben. Muralow wird sie nicht angeben, denn solche Stellen gibt es überhaupt nicht.
Wessen haben wir dann die Opposition beschuldigt, und wessen beschuldigen wir sie auch weiterhin?
Erstens, dass die Opposition in Verfolgung ihrer Spalterpolitik eine parteifeindliche illegale Druckerei organisierte.
Zweitens, dass die Opposition zur Organisierung dieser Druckerei einen Block mit bürgerlichen Intellektuellen einging, von denen ein Teil, wie sich zeigte, in direkter Verbindung mit konterrevolutionären Verschwörern stand.
Drittens, dass die Opposition, indem sie bürgerliche Intellektuelle zu sich heranzog und mit ihnen gegen die Partei konspirierte, damit, ohne dass sie es wollte und wünschte, in den Bannkreis der so genannten „dritten Kraft“ geriet.
Es zeigte sich, dass die Opposition viel mehr Vertrauen zu diesen bürgerlichen Intellektuellen hat als zu ihrer eigenen Partei. Sonst hätte sie nicht die Freilassung „aller Verhafteten“ gefordert, die im Zusammenhang mit der illegalen Druckerei festgenommen worden sind, einschließlich Schtscherbakow, Twerskoi, Bolschakow und andere, die, wie sich zeigte, Verbindungen mit konterrevolutionären Elementen unterhielten.
Die Opposition wollte eine parteifeindliche illegale Druckerei haben; zu diesem Zweck wandte sie sich um Hilfe an bürgerliche Intellektuelle; ein Teil dieser letzteren nun hatte, wie sich zeigte, Verbindungen mit direkten Konterrevolutionären - eine solche Kette ergab sich, Genossen. An die Opposition heftete sich, ohne dass sie es wollte und wünschte, ein Schwarm sowjetfeindlicher Elemente, die bestrebt sind, die Spalterarbeit der Opposition für ihre Zwecke auszunutzen.

Somit bewahrheitete sich die Voraussage, die Lenin schon auf dem X. Parteitag unserer Partei machte (siehe Resolution des X. Parteitags „Über die Einheit der Partei"), wo er sagte, dass die „dritte Kraft", das heißt die Bourgeoisie, unbedingt bestrebt sein wird, bei einem Kampf innerhalb unserer Partei ihre Hände im Spiel zu haben, um die Arbeit der Opposition für ihre Klassenziele auszunutzen.
Man sagt, dass konterrevolutionäre Elemente bisweilen auch, ohne dass sie mit der Opposition in irgendeiner Verbindung stehen, in die Sowjetorgane, zum Beispiel an den Fronten, eindringen. Das stimmt. Aber dann werden sie von den Sowjetorganen verhaftet und erschossen. Was aber tat die Opposition? Sie forderte die Freilassung der bei der illegalen Druckerei verhafteten und mit konterrevolutionären Elementen in Verbindung stehenden bürgerlichen Intellektuellen. Das ist das Schlimme, Genossen. Das ist das Resultat, zu dem die Spalterarbeit der Opposition führt. Statt an all diese Gefahren zu denken, statt an den Abgrund zu denken, in den sie sich selbst hineintreiben, verlegen sich unsere Oppositionellen darauf, die Partei zu verleumden, und bemühen sich mit aller Kraft, unsere Partei zu desorganisieren, zu spalten.
Man spricht von einem ehemaligen Wrangeloffizier, der der OGPU bei der Aufdeckung konterrevolutionärer Organisationen hilft. Die Opposition gerät außer sich und erhebt ein großes Geschrei darüber, dass sich der ehemalige Wrangeloffizier, an den sich die Verbündeten der Opposition, alle diese Schtscherbakow und Twerskoi, wandten, als Agent der OGPU erwies. Aber was ist daran Schlimmes, wenn dieser selbe ehemalige Wrangeloffizier der Sowjetmacht dabei behilflich ist, konterrevolutionäre Verschwörungen aufzudecken? Wer kann der Sowjetmacht das Recht absprechen, ehemalige Offiziere auf ihre Seite zu ziehen, um sie zur Aufdeckung konterrevolutionärer Organisationen zu verwenden? Schtscherbakow und Twerskoi haben sich an diesen ehemaligen Wrangeloffizier nicht als einen Agenten der OGPU, sondern als ehemaligen Wrangeloffizier gewandt, um ihn gegen die Partei und gegen die Sowjetmacht auszunutzen. Darum handelt es sich, und das ist das Schlimme bei unserer Opposition. Und als die OGPU bei der Verfolgung dieser Spuren, ganz unerwartet für sie selbst, auf die illegale parteifeindliche Druckerei der Trotzkisten stieß, da stellte sich heraus, dass die Herren Schtscherbakow, Twerskoi und Bolschakow, während sie den Block mit der Opposition eingehen, bereits einen Block mit Konterrevolutionären, mit ehemaligen Koltschakoffizieren vom Schlage eines Kostrow und Nowikow, haben, worüber uns Genosse Menshinski heute berichtet hat.
Darum handelt es sich, Genossen, und das ist das Schlimme bei unserer Opposition.
Die Spalterarbeit der Opposition führt zu ihrem Zusammenschluß mit bürgerlichen Intellektuellen, der Zusammenschluß mit bürgerlichen Intellektuellen aber erleichtert die Umwucherung der Opposition mit konterrevolutionären Elementen aller Art - das ist die bittere Wahrheit.

V
WIE SICH DIE OPPOSITION AUF DEN PARTEITAG „VORBEREITET"

Die nächste Frage: über die Vorbereitung des Parteitags. Sinowjew und Trotzki regten sich hier mächtig auf, als sie behaupteten, wir bereiteten den Parteitag mittels Repressalien vor. Seltsam, dass sie nichts außer „Repressalien" sehen. Und der Beschluss des Plenums des ZK und der ZKK über die Diskussion, mehr als einen Monat vor dem Parteitag - was ist das Ihrer Ansicht nach: eine Vorbereitung des Parteitags oder nicht? Und die nicht abreißende Diskussion in den Zellen und sonstigen Organisationen der Partei, die nun schon drei, vier Monate andauert?
Und die Erörterung der stenographischen Protokolle und der Beschlüsse des Plenums während des letzten halben Jahres, besonders während der letzten drei, vier Monate, die alle

Fragen der Innen- und Außenpolitik betreffen? Als was soll man das alles bezeichnen, wenn nicht als Aufschwung der Aktivität der Parteimassen, als ihre Heranziehung zur Erörterung der wichtigsten Fragen unserer Politik, als Vorbereitung der Parteimassen auf den Parteitag?
Wessen Schuld ist es denn, wenn die Parteiorganisationen die Opposition dabei nicht unterstützen? Offensichtlich ist es die Schuld der Opposition, deren Linie eine Linie des völligen Bankrotts, deren Politik eine Politik des Blocks mit allen parteifeindlichen Elementen einschließlich der Renegaten Maslow und Souvarine gegen die Partei und die Komintern ist.
Sinowjew und Trotzki sind offenbar der Meinung, man müsse den Parteitag durch die Organisierung illegaler parteifeindlicher Druckereien, durch die Organisierung illegaler parteifeindlicher Versammlungen, durch verleumderische Denunziationen unserer Partei bei den Imperialisten aller Länder, durch die Desorganisierung und Spaltung unserer Partei vorbereiten. Dass das eine recht merkwürdige Auffassung von der Vorbereitung eines Parteitags ist, werden Sie zugeben. Und wenn die Partei entschiedene Maßnahmen, bis zum Ausschluss, gegen die Desorganisatoren und Spalter ergreift, dann erhebt die Opposition ein Geschrei über Repressalien.
Ja, die Partei wendet Repressalien gegen die Desorganisatoren und Spalter an und wird sie anwenden, denn die Partei darf unter keinen Umständen gespalten werden, weder vor dem Parteitag noch während des Parteitags. Denn die Partei würde Selbstmord begehen, wenn sie es den frech gewordenen Spaltern, den Verbündeten all der verschiedenen Schtscherbakow, gestattete, die Partei zugrunde zu richten, nur deshalb, weil uns bis zum Parteitag nur noch ein Monat bleibt.
Genosse Lenin war darüber anderer Meinung. Sie wissen, dass Lenin 1921 vorschlug, Schljapnikow aus dem ZK und aus der Partei auszuschließen, nicht wegen Organisierung einer parteifeindlichen Druckerei, und nicht wegen eines Bündnisses mit bürgerlichen Intellektuellen, sondern schon allein deswegen, weil Schljapnikow sich erdreistet hatte, in einer Parteizelle die Beschlüsse des Obersten Volkswirtschaftsrats zu kritisieren. Vergleichen Sie nun dieses Verhalten Lenins damit, wie die Partei jetzt mit der Opposition verfährt, und Sie werden verstehen, wie nachsichtig wir gegenüber den Desorganisatoren und Spaltern waren.
Es kann Ihnen nicht unbekannt sein, dass Lenin 1917, vor dem Oktoberaufstand, mehrmals vorschlug, Kamenew und Sinowjew aus der Partei auszuschließen, allein schon deshalb, weil sie einen unveröffentlichten Beschluss der Partei in einer halbsozialistischen, halbbürgerlichen Zeitung, in der Zeitung „Nowaja Shisn“[49], kritisierten. Wie viele vertrauliche Beschlüsse des ZK und der ZKK aber publiziert unsere Opposition jetzt auf den Seiten der Maslowschen Zeitung in Berlin, die eine bürgerliche, antisowjetische, konterrevolutionäre Zeitung ist! Und wir dulden das immer noch, dulden es endlos und geben damit den Spaltern aus der Opposition die Möglichkeit, unsere Partei zugrunde zu richten. Eine solche Schande hat die Opposition über uns gebracht! Aber wir können das nicht endlos dulden, Genossen. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)
Man spricht von Verhaftungen der aus der Partei ausgeschlossenen Desorganisatoren, die eine antisowjetische Tätigkeit entfalten. Ja, wir verhaften sie, und wir werden sie verhaften, wenn sie nicht aufhören, die Partei und die Sowjetmacht zu untergraben. (Zurufe: „Richtig! Sehr richtig!“)
Man sagt, die Geschichte unserer Partei kenne dafür keine Beispiele. Das ist nicht wahr. Und die Gruppe Mjasnikow[50]? Und die Gruppe der „Arbeiterwahrheit“? Wer wüsste nicht, dass die Mitglieder dieser Gruppen mit der unmittelbaren Unterstützung Sinowjews, Trotzkis und Kamenews verhaftet wurden? Weshalb konnte man die aus der Partei ausgeschlossenen Desorganisatoren vor drei, vier Jahren verhaften, und weshalb kann man das jetzt nicht, wenn einige ehemalige Mitglieder der trotzkistischen Opposition so weit gehen, dass sie sich direkt mit Konterrevolutionären zusammenschließen?

Sie haben die Mitteilung des Genossen Menshinski gehört. In dieser Mitteilung heißt es, dass ein gewisser Stepanow (Angehöriger der Armee), Parteimitglied, Anhänger der Opposition, direkte Verbindungen mit den Konterrevolutionären unterhält, mit Nowikow, Kostrow und anderen, was Stepanow in seinen Aussagen auch selbst nicht leugnet. Was soll man da mit diesem Typ tun, der bis zum heutigen Tage ein Oppositioneller ist? Ihn in die Arme schließen oder ihn verhaften? Kann es da wundernehmen, wenn die OGPU solche Typen verhaftet? (Zwischenrufe: „Richtig, ganz richtig!“ Beifall.)

Lenin sagte, dass die Partei völlig zugrunde gerichtet werden kann, wenn man den Desorganisatoren und Spaltern gegenüber Nachsicht übt. Das ist völlig richtig. Gerade deshalb ist es, denke ich, an der Zeit, mit der Nachsicht gegenüber den Führern der Opposition Schluss zu machen, ist es an der Zeit, die Konsequenz zu ziehen und Trotzki und Sinowjew aus dem ZK unserer Partei auszuschließen. (Zurufe: „Sehr richtig!“) Das sind die elementaren Schlussfolgerungen und die elementaren Minimalmaßnahmen, die wir ergreifen müssen, um die Partei vor der Spalterarbeit der Desorganisatoren zu schützen.

Auf der letzten Plenartagung des ZK und der ZKK im August dieses Jahres schalten mich einige Mitglieder des Plenums wegen meiner Milde Trotzki und Sinowjew gegenüber, weil ich dem Plenum abriet, Trotzki und Sinowjew sofort aus dem ZK auszuschließen. (Zwischenrufe: „Sehr richtig, und wir schelten auch jetzt noch darüber.“) Möglich, dass ich damals zu gut war und einen Fehler beging, als ich eine gemäßigtere Linie Trotzki und Sinowjew gegenüber vorschlug. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Genosse Petrowski: „Sehr richtig, wir werden immer wegen des faulen ‚Bindfadens’ schelten!“) Jetzt aber, Genossen, nach all dem, was wir in diesen drei Monaten erlebt haben, nachdem die Opposition das von ihr selbst in der speziellen „Erklärung“ vom 8. August gegebene Versprechen, ihre Fraktion aufzulösen, gebrochen und damit die Partei ein weiteres Mal betrogen hat - nach all dem ist keinerlei Milde mehr am Platze. Jetzt heißt es, in den ersten Reihen der Genossen stehen, die Trotzkis und Sinowjews Ausschluss aus dem ZK verlangen. (Stürmischer Beifall. Zurufe: „Richtig! Sehr richtig!“ Zwischenruf: „Trotzki muss aus der Partei ausgeschlossen werden.“) Das soll der Parteitag entscheiden, Genossen.

Wenn wir Trotzki und Sinowjew aus dem ZK ausschließen, müssen wir dem XV. Parteitag all die Materialien über die Spalterarbeit der Opposition zur Beurteilung vorlegen, die sich bei uns angehäuft haben und auf Grund deren der Parteitag die Möglichkeit haben wird, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

VI
VOM LENINISMUS ZUM TROTZKISMUS

Die nächste Frage. Sinowjew berührte in seiner Rede die interessante Frage der „Fehler“ der Parteilinie in den letzten zwei Jahren und der „Richtigkeit“ der Linie der Opposition. Ich möchte darauf mit ein paar Worten antworten, indem ich die Frage des Bankrotts der Linie der Opposition und der Richtigkeit der Politik unserer Partei in den letzten zwei Jahren klarstelle. Ich nehme aber Ihre Aufmerksamkeit zu sehr in Anspruch, Genossen. (Zurufe: „Bitte, wir bitten fortzufahren!“ Vorsitzender: „Ist jemand dagegen?“ Zurufe: „Wir bitten fortzufahren!“)

Worin besteht die Hauptsünde der Opposition, die den Bankrott der Politik der Opposition bestimmte? Die Hauptsünde der Opposition besteht darin, dass sie versuchte, versucht und weiter versuchen wird, den Leninismus durch den Trotzkismus zu verfälschen und zu ersetzen. Es gab eine Zeit, da Kamenew und Sinowjew den Leninismus gegen Trotzkis Anschläge verteidigten. Damals war auch Trotzki nicht so dreist. Das war die eine Position. Dann aber wechselten Sinowjew und Kamenew, erschreckt durch die neuen Schwierigkeiten, auf Trotzkis Seite hinüber, bildeten mit Trotzki zusammen etwas Ähnliches wie den Augustblock, nur noch schlimmerer Art, und verfielen somit dem Trotzkismus. Auch hier hat sich Lenins

Voraussage bewahrheitet, dass der Oktoberfehler Sinowjews und Kamenews kein „Zufall“ war. Vom Kampf für den Leninismus gingen Sinowjew und Kamenew zum Kampf für den Trotzkismus über. Das ist bereits eine völlig andere Position. Dadurch erklärt es sich eigentlich auch, dass Trotzki jetzt dreister geworden ist.
Worin besteht die Hauptaufgabe des jetzigen vereinigten Blocks, an dessen Spitze Trotzki steht? Darin, die Partei allmählich, Schritt für Schritt von den Bahnen des Leninismus in die Bahnen des Trotzkismus zu lenken. Das ist die Hauptsünde der Opposition. Die Partei will aber eine leninistische Partei bleiben. Es ist nur natürlich, dass die Partei der Opposition den Rücken gekehrt hat und das Banner des Leninismus immer höher erhebt. Das ist der Grund, weshalb die gestrigen Führer der Partei heute zu Renegaten geworden sind.
Die Opposition glaubt, ihre Niederlage durch persönliche Momente, durch die Grobheit Stalins, die Unnachgiebigkeit Bucharins und Rykows usw. „erklären“ zu können. Eine allzu billige Erklärung! Das ist ein Taschenspielertrick, aber keine Erklärung. Trotzki kämpft seit 1904 gegen den Leninismus. In der Periode von 1904 bis zur Februarrevolution 1917 trieb sich Trotzki die ganze Zeit bei den Menschewiki herum und führte einen erbitterten Kampf gegen die Partei Lenins. In dieser Periode brachte die Partei Lenins Trotzki eine ganze Reihe von Niederlagen bei. Warum? Vielleicht war die Grobheit Stalins daran schuld? Aber Stalin war damals noch nicht Sekretär des ZK, er befand sich damals fern vom Ausland, führte den Kampf in der Illegalität, gegen den Zarismus, während sich der Kampf zwischen Trotzki und Lenin im Ausland abspielte - was hat das also mit der Grobheit Stalins zu tun?
In der Periode von der Oktoberrevolution bis zum Jahre 1922 brachte es Trotzki, der nun bereits der Partei der Bolschewiki angehörte, fertig, zwei „großartige“ Ausfälle gegen Lenin und seine Partei zu unternehmen: 1918 - in der Frage des Brester Friedens und 1921 - in der Gewerkschaftsfrage. Beide Ausfälle endeten mit einer Niederlage Trotzkis. Warum? Vielleicht war die Grobheit Stalins daran schuld? Aber Stalin war damals noch nicht Sekretär des ZK, Sekretärsposten bekleideten damals allen bekannte Trotzkisten - was hat das also mit der Grobheit Stalins zu tun?
Im Weiteren hatte die Partei mit einer ganzen Reihe neuer Ausfälle Trotzkis zu tun (1923, 1924, 1926, 1927), wobei jeder Ausfall mit einer neuen Niederlage Trotzkis endete.
Geht aus all dem nicht klar hervor, dass Trotzkis Kampf gegen die leninistische Partei weitreichende, tiefe historische Wurzeln hat? Geht daraus nicht klar hervor, dass der gegenwärtige Kampf der Partei gegen den Trotzkismus eine Fortsetzung des Kampfes ist, den die Partei mit Lenin an der Spitze seit 1904 führte?
Geht aus all dem nicht klar hervor, dass die Versuche der Trotzkisten, den Leninismus durch den Trotzkismus zu ersetzen, die Hauptursache für die Niederlage und den Bankrott der gesamten Linie der Opposition sind?
Unsere Partei ist geboren und groß geworden im Sturm revolutionärer Schlachten. Sie ist keine Partei, die in einer Periode friedlicher Entwicklung groß geworden ist. Gerade deshalb ist sie erfüllt von revolutionären Traditionen und frei von einer fetischistischen Einstellung zu ihren Führern. Plechanow war eine Zeitlang der populärste Mann in der Partei. Mehr noch, er war Begründer der Partei, und mit seiner Popularität kann die Popularität Trotzkis oder Sinowjews überhaupt keinen Vergleich aushalten. Und doch hat sich die Partei, ungeachtet dessen, von Plechanow abgewandt, sobald Plechanow begann, vom Marxismus zum Opportunismus überzugehen. Kann es da wundernehmen, wenn sich solche weniger „großen“ Männer wie Trotzki und Sinowjew in den allerletzten Reihen der Partei fanden, nachdem sie sich vom Leninismus abzukehren begannen?
Das markanteste Merkmal der opportunistischen Entartung der Opposition, das markanteste Zeichen des Bankrotts und des Verfalls der Opposition ist aber, dass sie gegen das Manifest des Zentralexekutivkomitees der UdSSR gestimmt hat. Die Opposition ist gegen den Übergang zum Siebenstundentag! Die Opposition ist gegen das Manifest des ZEK der UdSSR! Die ganze Arbeiterklasse der UdSSR, der ganze fortgeschrittene Teil der Proletarier aller

Länder begrüßen das Manifest voller Begeisterung, zollen der Idee des Übergangs zum Siebenstundentag einmütigen Beifall - die Opposition aber stimmt gegen das Manifest, stimmt in den allgemeinen Chor der bürgerlichen und menschewistischen „Kritiker“ ein und schließt sich den Verleumdern aus dem „Vorwärts“[51] an.
Ich hatte nicht geglaubt, dass die Opposition sich derart mit Schande bedecken könnte.

VII
ÜBER EINIGE DER WICHTIGSTEN ERGEBNISSE DER PARTEIPOLITIK IN DEN LETZTEN JAHREN

Kommen wir nun zur Frage der Linie unserer Partei in den, letzten zwei Jahren, zur Überprüfung dieser Linie, zur Einschätzung dieser Linie.
Sinowjew und Trotzki haben gesagt, die Linie unserer Partei habe sich als unhaltbar erwiesen. Wenden wir uns den Tatsachen zu. Nehmen wir die vier Grundfragen unserer Politik und überprüfen wir die Linie unserer Partei in den letzten zwei Jahren unter dem Gesichtswinkel dieser Fragen. Ich denke an so entscheidende Fragen wie die Frage der Bauernschaft, die Frage der Industrie und ihrer Neuausrüstung, die Frage des Friedens und schließlich die Frage des Anwachsens der kommunistischen Elemente in der ganzen Welt.
Die Frage der Bauernschaft. Wie war die Lage bei uns vor zwei, drei Jahren? Sie wissen, dass die Lage im Dorfe bei uns damals schwer war. Die Vorsitzenden der Exekutivkomitees unserer Amtsbezirke und unsere Dorffunktionäre überhaupt wurden nicht immer anerkannt und waren nicht selten Terrorakten ausgesetzt. Dorfkorrespondenten wurden mit Schüssen empfangen. Hie und da, besonders in den Randgebieten, kam es zu Banditenüberfällen. Und in einem Lande wie Georgien kam es sogar zu Auf ständen[52]. Natürlich gewann der Kulak in einer solchen Situation an Kraft, der Mittelbauer scharte sich um den Kulaken, die Dorfarmut aber bröckelte auseinander. Besonders schwer wirkte sich auf die Lage des Landes der Umstand aus, dass die Produktivkräfte des Dorfes äußerst langsam wuchsen, ein Teil des Ackerlandes wurde überhaupt nicht bestellt, die Anbaufläche belief sich auf etwa 70-75 Prozent der vor dem Kriege bebauten Fläche. Das war in der Periode vor der XIV. Konferenz unserer Partei.
Auf der XIV. Konferenz ergriff die Partei eine Reihe von Maßnahmen, die gewisse Zugeständnisse an den Mittelbauern bedeuteten und darauf berechnet waren, die bäuerliche Wirtschaft in schnellerem Tempo voranzubringen, die Produktion von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen zu steigern, ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern herzustellen und die Isolierung des Kulakentums voranzutreiben. Auf unserem XIV. Parteitag versuchte die Opposition mit Sinowjew und Kamenew an der Spitze, diese Politik der Partei zu vereiteln und schlug im Grunde genommen vor, sie durch eine Politik der Enteignung der Kulaken, durch eine Politik der Wiederherstellung der Komitees der Dorfarmut zu ersetzen. Das war im Grunde genommen eine Politik der Erneuerung des Bürgerkriegs im Dorfe. Die Partei schlug diese Attacke der Opposition zurück, bestätigte die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz, billigte die Politik der Belebung der Sowjets im Dorfe und stellte die Losung der Industrialisierung als Hauptlosung des sozialistischen Aufbaus auf. Die Partei stand fest auf der Linie des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern und der Isolierung des Kulakentums.
Was hat die Partei damit erreicht?
Sie hat eine Befriedung des Dorfes erreicht, sie hat erreicht, dass sich die Beziehungen zu den Hauptmassen der Bauernschaft gebessert haben, dass die Voraussetzungen geschaffen wurden für die Organisierung der Dorfarmut zu einer selbständigen politischen Kraft, dass das Kulakentum weiter isoliert wurde und dass Millionen bäuerlicher Einzelwirtschaften durch die staatlichen und genossenschaftlichen Organe allmählich erfasst wurden.

Was ist aber Befriedung des Dorfes? Das ist eine der Grundbedingungen für den Aufbau des Sozialismus. Man kann den Sozialismus nicht aufbauen, wenn es Banditenüberfälle und Bauernaufstände gibt. Gegenwärtig haben wir eine Erweiterung der Anbaufläche bis an den Vorkriegsstand (95 Prozent), ein befriedetes Dorf, wir haben das Bündnis mit dem Mittelbauern, eine mehr oder minder organisierte Dorfarmut, erstarkte Sowjets auf dem Lande und eine größere Autorität des Proletariats und seiner Partei im Dorfe.
Wir haben somit die Bedingungen geschaffen, die es ermöglichen, die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente im Dorfe voranzutreiben und den weiteren erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in unserem Lande zu gewährleisten.
Das sind die Resultate der Politik unserer Partei im Dorfe in den letzten zwei Jahren.
Daraus folgt, dass sich die Politik unserer Partei in der Grundfrage, in der Frage der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft, als richtig erwiesen hat.
Die Frage der Industrie. Die Geschichte zeigt, dass noch kein einziger junger Staat in der Welt seine Industrie, besonders die Schwerindustrie, ohne Hilfe von außen, ohne ausländische Anleihen oder ohne Ausplünderung fremder Länder, Kolonien usw. entwickelt hat. Das ist der übliche Weg der kapitalistischen Industrialisierung. England entwickelte seine Industrie in der Vergangenheit, indem es jahrhundertelang alle Länder, alle Kolonien aussog und das, was es zusammenraubte, in seiner Industrie anlegte. Deutschland begann in letzter Zeit auf die Beine zu kommen, weil es aus Amerika Anleihen in Höhe von mehreren Milliarden Rubel erhielt.
Wir aber können keinen dieser Wege beschreiten. Unsere ganze Politik schließt die Ausplünderung von Kolonien aus. Und Anleihen gibt man uns nicht. Der einzige Weg, der uns blieb, war der Weg, den uns Lenin gewiesen hat, und zwar: die Entwicklung unserer Industrie, die Neuausrüstung unserer Industrie auf der Grundlage der inneren Akkumulation. Die Opposition unkte die ganze Zeit, dass die innere Akkumulation für die Neuausrüstung unserer Industrie nicht ausreichen würde. Bereits im April 1926 behauptete die Opposition auf der Plenartagung des ZK, dass unsere eigene innere Akkumulation nicht ausreichen würde, um die Neuausrüstung der Industrie voranzubringen. Die Opposition prophezeite damals Niederlage über Niederlage. Indessen hat sich gezeigt, dass es uns in diesen zwei Jahren gelungen ist, das Werk der Neuausrüstung unserer Industrie voranzubringen. Es ist eine Tatsache, dass wir es vermocht haben, in zwei Jahren über zwei Milliarden Rubel in unserer Industrie zu investieren. Es ist eine Tatsache, dass sich diese Investitionen als ausreichend erwiesen haben, um die Neuausrüstung unserer Industrie und die Industrialisierung des Landes weiter voranzubringen. Wir haben erreicht, was noch kein einziger Staat in der Welt zu erreichen versucht hat: Wir haben unsere Industrie entwickelt, wir haben begonnen, sie neu auszurüsten, wir haben dies Werk mit Mitteln unserer eigenen Akkumulation vorangebracht.
Das sind die Resultate unserer Politik in der Frage der Neuausrüstung unserer Industrie.
Nur Blinde können die Tatsache leugnen, dass sich die Politik unserer Partei hier als richtig erwiesen hat.
Die Frage der Außenpolitik. Das Ziel unserer Außenpolitik ist, wenn man die diplomatischen Beziehungen zu den bürgerlichen Staaten im Auge hat, die Erhaltung des Friedens. Was haben wir auf diesem Gebiet erreicht? Wir haben erreicht, dass wir den Frieden erhalten haben - schlecht oder recht -, jedenfalls, dass wir ihn erhalten haben. Wir haben erreicht, dass wir trotz der kapitalistischen Umkreisung, trotz der feindseligen Tätigkeit der kapitalistischen Regierungen, trotz der provokatorischen Ausfälle in Peking[53], London[54], Paris[55] - dass wir uns trotz alledem nicht haben provozieren lassen und es verstanden haben, die Sache des Friedens zu verteidigen.
Wir haben keinen Krieg, trotz der wiederholten Prophezeiungen Sinowjews und anderer - das ist die grundlegende Tatsache, gegen die das hysterische Geschrei unserer Opposition machtlos ist. Und das ist wichtig für uns, denn nur unter den Verhältnissen des Friedens können wir den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande mit der für uns wünschenswerten Geschwindigkeit weiter voranbringen. Wie oft aber wurde bei uns ein Krieg prophezeit!

Sinowjew prophezeite, dass wir im Frühjahr dieses Jahres Krieg haben würden. Dann begann er zu prophezeien, dass der Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach im Herbst dieses Jahres ausbrechen würde. Dabei steht der Winter schon vor der Tür, und wir haben noch keinen Krieg.
Das sind die Resultate unserer Friedenspolitik.
Nur Blinde können diese Resultate nicht sehen.
Schließlich die vierte Frage - die Frage des Zustands der kommunistischen Kräfte in der ganzen Welt. Nur Blinde können leugnen, dass die kommunistischen Parteien in der ganzen Welt wachsen, von China bis Amerika, von England bis Deutschland. Nur Blinde können leugnen, dass die Elemente der Krise des Kapitalismus anwachsen und nicht zurückgehen. Nur Blinde können leugnen, dass das Fortschreiten des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande, die Erfolge unserer Politik innerhalb des Landes eine der Hauptursachen für das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in der ganzen Welt sind. Nur Blinde können das fortschreitende Anwachsen des Einflusses und der Autorität der Kommunistischen Internationale in allen Ländern der Welt leugnen.
Das sind die Resultate der Linie unserer Partei in den vier Grundfragen der Innen- und Außenpolitik in den letzten zwei Jahren.
Was aber bedeutet es, dass die Politik unserer Partei richtig ist? Das kann neben allem übrigen nur eins bedeuten: den vollständigen Bankrott der Politik unserer Opposition.

VIII
ZURÜCK ZU AXELROD

Das ist alles gut und schön - könnte man uns sagen. Die Linie der Opposition ist falsch und parteifeindlich. Ihr Verhalten kann man nicht anders nennen als Spaltertum. Der Ausschluss Sinowjews und Trotzkis ist folglich der natürliche Ausweg aus der entstandenen Lage. Das stimmt alles.
Aber es hat doch eine Zeit gegeben, da wir alle gesagt haben, man müsse die Führer der Opposition im ZK behalten, man solle sie nicht absägen. Woher jetzt ein solcher Wechsel? Woraus ist diese Wendung zu erklären? Kann man hier überhaupt von einer Wendung sprechen?
Ja, das kann man. Woraus ist diese Wendung zu erklären? Sie erklärt sich aus der grundlegenden Änderung der prinzipiellen Linie und des Organisationsschemas“ der Führer der Opposition. Geändert haben sich die Führer der Opposition, und vor allem Trotzki, geändert haben sie sich zum Schlechteren. Natürlich musste sich auch die Politik der Partei gegenüber diesen Oppositionellen ändern.
Nehmen wir zum Beispiel eine so wichtige prinzipielle Frage wie die Frage bezüglich der Entartung unserer Partei. Was heißt Entartung unserer Partei? Das heißt Leugnung des Bestehens der Diktatur des Proletariats in der UdSSR. Welchen Standpunkt nahm Trotzki in dieser Frage, sagen wir, vor drei Jahren ein? Sie wissen, dass die Liberalen und die Menschewiki, die Smena-Wech-Leute[56] und allerlei Renegaten damals immer wieder von der Unvermeidlichkeit einer Entartung unserer Partei redeten. Sie wissen, dass sie damals Beispiele aus der französischen Revolution anführten und behaupteten, die Bolschewiki müssten ebenso ein Fiasko erleiden, wie es seinerzeit die Jakobiner in Frankreich erlitten haben. Sie wissen, dass die historischen Analogien mit der französischen Revolution (Fiasko der Jakobiner) das Hauptargument aller und jeglicher Menschewiki und Smena-Wech-Leute gegen die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats und gegen die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande waren und sind.
Wie stellte sich Trotzki vor drei Jahren zu dieser Frage? Er stand solchen Analogien damals unbedingt ablehnend gegenüber. Folgendes schrieb er damals in seiner Schrift „Der neue Kurs“ (1924):

„Die historischen Analogien mit der großen französischen Revolution (Fiasko der Jakobiner!), von denen der Liberalismus und der Menschewismus zehren und mit denen sie sich trösten, sind oberflächlich und unhaltbar.“ (Siehe „Der neue Kurs“, S. 33.)

Klar und eindeutig! Man kann sich wohl schwerlich entschiedener und eindeutiger ausdrücken. Ist diese Bemerkung Trotzkis über die historischen Analogien mit der französischen Revolution, die von Smena-Wech-Leuten und Menschewiki aller Art mit Vorliebe gebraucht werden, richtig? Unbedingt ist sie richtig.

Und jetzt? Hält Trotzki an diesem Standpunkt weiterhin fest? Leider nicht. Ganz im Gegenteil. In diesen drei Jahren hat Trotzki eine Evolution zum „Menschewismus“ und „Liberalismus“ hin durchgemacht. Heute behauptet er selbst, dass die historischen Analogien mit der französischen Revolution ein Kennzeichen nicht des Menschewismus, sondern des „wirklichen“, „echten“ „Leninismus“ seien. Haben Sie das stenographische Protokoll der Sitzung des Präsidiums der ZKK vom Juli dieses Jahres gelesen? Wenn Sie es gelesen haben, werden Sie unschwer begreifen, dass Trotzki sich jetzt in seinem Kampf gegen die Partei auf die menschewistischen Theorien über Entartung stützt, nach denen unsere Partei entarte in der gleichen Weise, wie in der Periode der französischen Revolution die Jakobiner ein Fiasko erlitten. Jetzt gehört das Geschwätz vom „Thermidor“ bei Trotzki zum guten Ton.

Vom Trotzkismus zum „Menschewismus“ und zum „Liberalismus“ in der grundlegenden Frage, in der Frage der Entartung - das ist der Weg der Trotzkisten in den letzten drei Jahren.

Die Trotzkisten haben sich geändert. Es musste sich auch die Politik der Partei gegenüber den Trotzkisten ändern.

Nehmen wir jetzt eine solche nicht minder wichtige Frage wie die Organisationsfrage, die Frage der Parteidisziplin, der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, der Rolle der eisernen Disziplin in der Partei bei der Festigung der Diktatur des Proletariats. Jedermann weiß, dass die eiserne Disziplin in unserer Partei eine der grundlegenden Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats und für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in unserem Lande ist. Jedermann weiß, dass die Menschewiki aller Länder bestrebt sind, vor allem die eiserne Disziplin unserer Partei zu untergraben. Es gab eine Zeit, da Trotzki die in unserer Partei bestehende eiserne Disziplin verstand und schätzte. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen unserer Partei und Trotzki haben eigentlich nie aufgehört. Jedoch haben es Trotzki und die Trotzkisten verstanden, sich den Beschlüssen unserer Partei zu fügen. Jedermann kennt die wiederholten Erklärungen Trotzkis, dass er, wie unsere Partei auch sein möge, bereit sei, „die Hände an die Hosennaht zu legen“, wenn die Partei befiehlt. Und man muss sagen, dass es den Trotzkisten nicht selten gelungen ist, sich gegenüber der Partei und ihren führenden Organen loyal zu verhalten.

Und jetzt? Kann man sagen, dass die Trotzkisten, die gegenwärtige Opposition, bereit sind, sich den Beschlüssen der Partei zu fügen, die Hände an die Hosennaht zu legen usw.? Nein, das kann man heute schon nicht mehr sagen. Nachdem sie ihr eigenes Versprechen, sich den Parteibeschlüssen zu fügen, zweimal gebrochen und die Partei zweimal betrogen haben, nachdem sie gemeinsam mit bürgerlichen Intellektuellen illegale Druckereien organisiert haben, nachdem Sinowjew und Trotzki von dieser Tribüne herab wiederholt Erklärungen abgegeben haben, dass sie die Disziplin unserer Partei brechen und auch in Zukunft brechen würden - nach all dem wird sich in unserer Partei wohl kaum jemand finden, der es wagen würde zu glauben, die Führer der Opposition seien bereit, die Hände an die Hosennaht zu legen, der Partei zu gehorchen. Jetzt hat die Opposition einen neuen Weg eingeschlagen, den Weg der Spaltung der Partei, den Weg der Schaffung einer neuen Partei. Jetzt ist die populärste Schrift bei den Oppositionellen nicht die bolschewistische Schrift Lenins „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“[57], sondern die alte menschewistische Broschüre Trotzkis „Unsere politischen Aufgaben“ (herausgegeben im Jahre 1904), die gegen die Organisationsprinzipien des Leninismus, gegen Lenins Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ gerichtet ist.

Sie wissen, dass der eigentliche Kern dieser alten Broschüre Trotzkis in der Ablehnung der Leninschen Auffassung von der Partei und der Parteidisziplin besteht. In dieser Broschüre nennt Trotzki Lenin nicht anders als „Maximilian Lenin“, womit er sagen will, dass Lenin ein zweiter Maximilian Robespierre mit dessen Streben nach persönlicher Diktatur sei. In dieser Broschüre erklärt Trotzki unumwunden, dass man sich der Parteidisziplin nur soweit fügen müsse, als die Parteibeschlüsse nicht den Wünschen und Anschauungen derjenigen widersprechen, die sich der Partei fügen sollen. Das ist ein rein menschewistisches Organisationsprinzip. Interessant an dieser Broschüre ist unter anderem, dass Trotzki sie dem Menschewik P. Axelrod widmet. So heißt es dort auch: „Dem teuren Lehrer Pawel Borissowitsch Axelrod.“ (Heiterkeit. Zurufe: „Ausgesprochener Menschewik!“)
Von der Loyalität gegenüber der Partei zur Politik der Spaltung der Partei, von Lenins Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ zu Trotzkis Broschüre „Unsere politischen Aufgaben“, von Lenin zu Axelrod - das ist der organisatorische Weg unserer Opposition.
Die Trotzkisten haben sich geändert. Also musste sich auch die Organisationspolitik der Partei gegenüber der trotzkistischen Opposition ändern.
Nun denn - glückliche Reise zu Ihrem „teuren Lehrer Pawel Borissowitsch Axelrod“! Glückliche Reise! Nur beeilen Sie sich, verehrtester Trotzki, denn „Pawel Borissowitsch“ ist recht hinfällig und könnte in Bälde sterben, und Sie könnten zu Ihrem „Lehrer“ zu spät kommen. (Lang anhaltender Beifall.)

„Prawda“ Nr. 251,
2. November 1927.

UNTERREDUNG MIT AUSLÄNDISCHEN ARBEITERDELEGATIONEN

5. November 1927

Anwesend waren 80 Delegierte aus Deutschland, Frankreich, Osterreich, der Tschechoslowakei, Südamerika, China, Belgien, Finnland, Dänemark und Estland. - Die Unterredung dauerte 6 Stunden.

Stalin. Genossen, gestern wurde mir eine Liste mit Fragen in deutscher Sprache ohne Unterschrift zugeleitet. Heute Morgen erhielt ich zwei neue Listen: eine von der französischen Delegation, die andere von der dänischen. Beginnen wir mit der ersten Liste der Fragen, wenn auch unbekannt ist, von welcher Delegation diese Liste stammt. Dann kann man sich den folgenden zwei Listen zuwenden. Wenn Sie keine Einwände erheben, fangen wir an. (Die Delegierten bringen ihr Einverständnis zum Ausdruck.)

Erste Frage. Warum nimmt die UdSSR nicht am Völkerbund teil?

Antwort. Über die Gründe, warum die Sowjetunion nicht am Völkerbund teilnimmt, wurde in unserer Presse wiederholt gesprochen. Ich könnte einige dieser Gründe hervorheben.
Die Sowjetunion ist nicht Mitglied des Völkerbunds und nimmt am Völkerbund nicht teil vor allem, weil sie nicht gewillt ist, die Verantwortung zu übernehmen für die imperialistische Politik des Völkerbunds, für die „Mandate“, die vom Völkerbund zur Ausbeutung und Unterdrückung der Koloniallӓnder erteilt werden. Die Sowjetunion nimmt am Völkerbund nicht teil, da sie gegen den Imperialismus, gegen die Unterdrückung der Kolonien und der abhängigen Länder ist.
Die Sowjetunion nimmt am Völkerbund nicht teil, weil sie zweitens nicht gewillt ist, die Verantwortung zu übernehmen für die Kriegsvorbereitungen, für die Verstärkung der Rüstungen, für die neuen Militärbündnisse usw., die vom Völkerbund bemäntelt und sanktioniert werden und die unweigerlich zu neuen imperialistischen Kriegen führen müssen.
Die Sowjetunion nimmt am Völkerbund nicht teil, da sie mit aller Entschiedenheit gegen imperialistische Kriege ist.
Schließlich nimmt die Sowjetunion am Völkerbund nicht teil, weil sie nicht gewillt ist, ein Bestandteil jener die imperialistischen Machenschaften verdeckenden Kulisse zu sein, die der Völkerbund darstellt, der durch die salbungsvollen Reden seiner Mitglieder die imperialistischen Machenschaften bemäntelt.
Der Völkerbund ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein „Absteigequartier“ für die imperialistischen Drahtzieher, die ihre Geschäfte hinter den Kulissen besorgen. Das, wovon im Völkerbund offiziell gesprochen wird, ist leeres Geschwätz, das zur Täuschung des Volkes bestimmt ist. Das aber, was die imperialistischen Drahtzieher inoffiziell hinter den Kulissen des Völkerbunds tun, das sind wirkliche imperialistische Taten, die von den schwülstigen Rednern des Völkerbunds pharisäisch bemäntelt werden.
Kann es da wundernehmen, wenn die Sowjetunion nicht gewillt ist, Mitglied zu sein und an dieser volksfeindlichen Komödie teilzunehmen?

Zweite Frage. Warum wird in der Sowjetunion keine sozialdemokratische Partei geduldet?

Antwort. Man duldet keine sozialdemokratische Partei (das heißt die Menschewiki) in der Sowjetunion aus dem gleichen Grunde, aus dem dort keine Konterrevolutionäre geduldet werden. Das wundert Sie vielleicht, aber es gibt daran nichts Verwunderliches.
Die Entwicklungsbedingungen unseres Landes, die Geschichte seiner Entwicklung sind derart, dass die Sozialdemokratie, die unter dem zaristischen Regime eine mehr oder weniger revolutionäre Partei war, nach dem Sturz des Zarismus, unter Kerenski, zu einer Regierungspartei wurde, zu einer bürgerlichen Partei, zu einer Partei des imperialistischen Krieges, nach der Oktoberrevolution aber sich in eine Partei der offenen Konterrevolution, in eine Partei der Restauration des Kapitalismus verwandelte.
Es kann Ihnen nicht unbekannt sein, dass die Sozialdemokratie bei uns am Bürgerkrieg auf seiten Koltschaks und Denikins teilnahm, gegen die Macht der Sowjets. Heute ist diese Partei eine Partei der Restauration des Kapitalismus, eine Partei der Liquidierung der Sowjetordnung.
Ich glaube, dass eine derartige Evolution der Sozialdemokratie nicht nur in der UdSSR, sondern auch in den anderen Ländern für sie typisch ist. Die Sozialdemokratie war bei uns mehr oder weniger revolutionär, solange das zaristische Regime bestand. Daraus erklärt sich denn auch, dass wir, die Bolschewiki, damals mit den Menschewiki, das heißt mit den Sozialdemokraten, eine Partei bildeten. Die Sozialdemokratie wird zu einer Oppositions- oder Regierungspartei, zu einer bürgerlichen Partei, wenn die so genannte demokratische Bourgeoisie zur Macht kommt. Die Sozialdemokratie wird zu einer Partei der offenen Konterrevolution, wenn das revolutionäre Proletariat die Macht ergreift.
Ein Delegierter. Heißt dies, dass die Sozialdemokratie nur hier, in der UdSSR, eine konterrevolutionäre Kraft ist, oder kann sie auch in anderen Ländern als konterrevolutionäre Kraft qualifiziert werden?
Stalin. Ich sagte bereits, dass hier ein gewisser Unterschied besteht.
Im Lande der Diktatur des Proletariats ist die Sozialdemokratie eine konterrevolutionäre Kraft, die die Wiederaufrichtung des Kapitalismus und die Liquidierung der Diktatur des Proletariats im Namen der bürgerlichen „Demokratie“ anstrebt.
In den kapitalistischen Ländern, wo das Proletariat noch nicht die Macht in den Händen hat, ist die Sozialdemokratie entweder eine oppositionelle Partei gegenüber der Macht des Kapitals oder eine halbe Regierungspartei, die ein Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie gegen die reaktionärsten Kräfte des Kapitalismus und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung eingegangen ist, oder sie ist gänzlich Regierungspartei, die den Kapitalismus und die bürgerliche „Demokratie“ gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats direkt und offen verteidigt.
Sie wird gänzlich konterrevolutionär, und ihr konterrevolutionäres Wesen richtet sich gegen die Macht des Proletariats, erst nachdem die Macht des Proletariats Wirklichkeit geworden ist.

Dritte Frage. Warum gibt es keine Pressefreiheit in der UdSSR?

Antwort. Von welcher Pressefreiheit sprechen Sie? Pressefreiheit für welche Klasse - für die Bourgeoisie oder für das Proletariat? Wenn es sich um Pressefreiheit für die Bourgeoisie handelt, so gibt es sie bei uns nicht und wird es sie nicht geben, solange die Diktatur des Proletariats besteht. Wenn es sich aber um die Pressefreiheit für das Proletariat handelt, so muss ich sagen, dass Sie keinen anderen Staat in der Welt finden werden, wo eine solch allseitige und weitgehende Pressefreiheit für das Proletariat bestände, wie sie in der UdSSR besteht.

Die Pressefreiheit für das Proletariat ist kein leeres Wort. Ohne dass man die besten Druckereien, die besten Verlagshäuser hat, ohne offene Organisationen der Arbeiterklasse, von den engsten bis zu den breitesten, die Millionen der Arbeiterklasse umfassen, ohne weitgehendste Versammlungsfreiheit gibt es keine Pressefreiheit.
Schauen Sie sich die Lebensbedingungen in der UdSSR an, suchen Sie die Arbeiterbezirke auf, und Sie werden sich überzeugen, dass die besten Druckereien, die besten Verlagshäuser, ganze Fabriken für die Herstellung von Papier und Farben, die für die Presse notwendig sind, riesige Paläste für Versammlungen - dass all dies und vieles andere, was für die Pressefreiheit der Arbeiterklasse notwendig ist, der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen voll und ganz zur Verfügung steht. Das eben heißt bei uns Pressefreiheit für die Arbeiterklasse. Bei uns gibt es keine Pressefreiheit für die Bourgeoisie.
Bei uns gibt es keine Pressefreiheit für Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die bei uns die Interessen der geschlagenen und gestürzten Bourgeoisie vertreten. Was ist aber daran verwunderlich? Wir haben niemals die Verpflichtung übernommen, allen Klassen Pressefreiheit zu geben, alle Klassen glücklich zu machen. Als die Bolschewiki im Oktober 1917 die Macht ergriffen, erklärten sie offen, dass diese Macht die Macht einer Klasse ist, die Macht des Proletariats, dass diese Macht die Bourgeoisie niederhalten wird im Interesse der werktätigen Massen in Stadt und Land, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in der UdSSR bilden.
Wie kann man danach von der proletarischen Diktatur Pressefreiheit für die Bourgeoisie verlangen?

Vierte Frage. Warum werden die in Haft befindlichen Menschewiki nicht aus den Gefängnissen entlassen?

Antwort. Es handelt sich offenbar um aktive Menschewiki. Ja, es stimmt, dass aktive Menschewiki vor Ablauf ihrer Haftzeit nicht aus den Gefängnissen entlassen werden. Was ist aber daran verwunderlich?
Warum entließ man beispielsweise die Bolschewiki im Juli, August, September, Oktober 1917 nicht aus den Gefängnissen, als die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre an der Macht waren?
Warum musste sich Lenin von Juli bis Oktober 1917 in der Illegalität verbergen, als die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre an der Macht waren? Woraus ist zu erklären, dass der große Lenin, dessen Name ein Banner für die Proletarier aller Länder ist, sich von Juli bis Oktober 1917 in Finnland verbergen musste, fern von der „demokratischen Republik“ Kerenskis und Zeretelis, Tschernows und Dans, und dass das Presseorgan der Partei Lenins, die „Prawda“, von Vertretern der bürgerlichen Macht zertrümmert wurde, obwohl damals bekannte Menschewiki, aktive Politiker der II. Internationale an der Spitze der Regierung standen?
All dies erklärt sich offenbar daraus, dass der Kampf zwischen der bürgerlichen Konterrevolution und der proletarischen Revolution zwangsläufig zu gewissen Repressalien führen muss. Ich sagte bereits, dass die Sozialdemokratie bei uns eine konterrevolutionäre Partei ist. Daraus folgt aber, dass die proletarische Revolution nicht umhinkann, die Führer dieser konterrevolutionären Partei zu verhaften.
Aber das ist nicht alles. Daraus folgt ferner, dass die Verhaftung von Menschewiki bei uns die Fortsetzung der Politik der Oktoberrevolution ist. In der Tat, was ist die Oktoberrevolution? Die Oktoberrevolution bedeutet vor allem den Sturz der Macht der Bourgeoisie. Jetzt erkennen alle mehr oder minder klassenbewussten Arbeiter aller Länder an, dass die Bolschewiki richtig handelten, als sie im Oktober 1917 die Macht der Bourgeoisie stürzten. Ich zweifle nicht daran, dass Sie der gleichen Meinung sind. Nun ist aber die Frage: Wen hat

denn das Proletariat im Oktober 1917 eigentlich gestürzt? Die Geschichte besagt, die Tatsachen besagen, dass das Proletariat im Oktober 1917 die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre gestürzt hat, denn gerade die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, Kerenski und Tschernow, Goz und Liber, Dan und Zereteli, Abramowitsch und Awxentjew, waren damals an der Macht. Was aber stellen die Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre dar? Sie sind Parteien der II. Internationale.
Es ergibt sich also, dass das Proletariat der UdSSR, als es die Oktoberrevolution durchführte, Parteien der I1. Internationale gestürzt hat. Mag sein, dass das diesem oder jenem Sozialdemokraten unangenehm ist, aber dies ist eine unzweifelhafte Tatsache, Genossen, die zu bestreiten lächerlich wäre.
Es ergibt sich folglich, dass man im Augenblick der proletarischen Revolution die Macht der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre stürzen kann und muss, damit die Macht des Proletariats triumphieren kann.
Wenn man sie aber stürzen kann, warum sollte man sie da nicht verhaften dürfen, wenn sie offen und entschieden in das Lager der bürgerlichen Konterrevolution übergehen? Glauben Sie, dass der Sturz der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre ein weniger starkes Mittel sei als ihre Verhaftung?
Man kann nicht die Politik der Oktoberrevolution für richtig halten, ohne zugleich auch ihre unvermeidlichen Folgen für richtig zu halten. Eins von beiden:
Entweder war die Oktoberrevolution ein Fehler - und dann ist die Verhaftung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre ein ebensolcher Fehler;
oder die Oktoberrevolution war kein Fehler - und dann kann die Verhaftung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die den Weg der Konterrevolution beschritten haben, auch nicht als Fehler betrachtet werden.
Logik verpflichtet.

Fünfte Frage. Warum ist dem Korrespondenten des sozialdemokratischen Pressedienstes keine Einreiseerlaubnis in die UdSSR erteilt worden?

Antwort. Weil die sozialdemokratische Presse im Ausland, besonders der „Vorwärts“, mit ihrer ungeheuerlichen Verleumdung der UdSSR und deren Vertreter eine ganze Reihe bürgerlicher Zeitungen überboten hat.
Weil eine Reihe bürgerlicher Zeitungen, wie etwa die „Vossische Zeitung“[58], sich im Kampf gegen die UdSSR bedeutend „objektiver“ und „anständiger“ benimmt als der „Vorwärts“. Dies mag „sonderbar“ erscheinen, ist aber eine Tatsache, mit der man rechnen muss. Wenn der „Vorwärts“ es fertig brächte, sich nicht schlechter zu benehmen als manche bürgerlichen Zeitungen, so würde seinen Vertretern neben den Vertretern anderer, bürgerlicher Zeitungen sicherlich ein Platz in der UdSSR eingeräumt werden.
Dieser Tage wandte sich ein Vertreter des „Vorwärts“ an einen Mitarbeiter unserer diplomatischen Vertretung in Berlin mit der Frage, unter welchen Bedingungen ein Korrespondent des „Vorwärts“ die Einreisegenehmigung in die UdSSR erhalten könnte. Darauf wurde ihm die Antwort gegeben: „Wenn der ‚Vorwärts’ in der Praxis beweist, dass er bereit ist, sich gegenüber der UdSSR und ihren Vertretern nicht schlechter zu benehmen als eine ‚anständige’ liberale Zeitung, wie etwa die ‚Vossische Zeitung’, so wird die Sowjetregierung gegen die Einreise eines Korrespondenten des ‚Vorwärts’ in die UdSSR nichts einzuwenden haben.“
Ich glaube, dass diese Antwort durchaus verständlich ist.

Sechste Frage. Ist eine Vereinigung der II. und der III. Internationale möglich?

Antwort. Ich glaube, sie ist unmöglich.
Sie ist unmöglich, weil die II. und die III. Internationale zwei völlig verschiedene Zielsetzungen haben und in verschiedene Richtungen blicken. Während die III. Internationale ihren Blick auf den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats richtet, richtet die II. Internationale im Gegenteil ihren Blick auf die Aufrechterhaltung des Kapitalismus und die Zerstörung all dessen, was zur Errichtung der Diktatur des Proletariats notwendig ist.
Der Kampf zwischen den zwei Internationalen ist die ideologische Widerspiegelung des Kampfes zwischen den Anhängern des Kapitalismus und den Anhängern des Sozialismus. In diesem Kampfe muss entweder die II. oder die III. Internationale siegen. Es liegt keinerlei Grund vor, daran zu zweifeln, dass die III. Internationale in der Arbeiterbewegung siegen muss.
Ich halte ihre Vereinigung gegenwärtig für unmöglich.

Siebente Frage. Wie ist die Lage in Westeuropa einzuschätzen? Ist in den nächsten Jahren mit revolutionären Ereignissen zu rechnen?

Antwort. Ich bin der Ansicht, dass in Europa die Elemente der tiefsten Krise des Kapitalismus anwachsen und anwachsen werden. Der Kapitalismus kann sich teilweise stabilisieren, kann seine Produktion rationalisieren, kann die Arbeiterklasse eine Zeitlang niederhalten - zu all dem ist der Kapitalismus vorläufig noch imstande, aber er wird nie mehr zu der „Stabilität“ und zu dem „Gleichgewicht“ zurückkehren, wie sie vor dem Weltkriege und vor der Oktoberrevolution bestanden haben. Niemals mehr wird er zu dieser „Stabilität“ und zu diesem „Gleichgewicht“ zurückkehren.
Dass dies richtig ist, das ist schon daraus ersichtlich, dass in den Ländern Europas, ebenso wie auch in den Kolonien, die die Quelle der Existenz des europäischen Kapitalismus sind, immer wieder die Flammen der Revolution hervorbrechen. Heute zeigt sich die Flamme des revolutionären Ausbruchs in Österreich, morgen in England, übermorgen irgendwo in Frankreich oder in Deutschland, dann in China, in Indonesien, in Indien usw.
Was aber sind Europa und die Kolonien? Sie sind das Zentrum und die Peripherie des Kapitalismus. Es ist „unruhig“ in den Zentren des europäischen Kapitalismus. Noch „unruhiger“ ist es an seiner Peripherie. Es reifen die Bedingungen für neue revolutionäre Ereignisse heran. Ich glaube, das markanteste Merkmal der wachsenden Krise des Kapitalismus, das markanteste Beispiel der sich ansammelnden Unzufriedenheit und Empörung der Arbeiterklasse sind die Ereignisse, die mit der Ermordung Saccos und Vanzettis[59] zusammenhängen.
Was bedeutet schon für das kapitalistische Schlachthaus die Ermordung von zwei Arbeitern? Hat man sie, die Arbeiter, bisher nicht zu Dutzenden und Hunderten in jeder Woche, an jedem Tage hingemordet? Indessen genügte die Ermordung zweier Arbeiter, Saccos und Vanzettis, um die Arbeiterklasse der ganzen Welt in Bewegung zu bringen. Wovon zeugt das? Davon, dass dem Kapitalismus der Boden unter den Füßen immer heißer wird. Davon, dass die Bedingungen für neue revolutionäre Ereignisse heranreifen.
Die Tatsache, dass es den Kapitalisten gelingen kann, die erste Welle des revolutionären Ausbruchs einzudämmen - diese Tatsache kann dem Kapitalismus in keiner Weise zum Troste gereichen. Die Revolution gegen den Kapitalismus kann nicht als eine einzige ununterbrochene Welle heranfluten. Sie schwillt stets an im Wechsel von Flut und Ebbe. So war es in Rußland, so wird es in Europa sein. Wir stehen vor neuen revolutionären Ereignissen.

Achte Frage. Ist die Opposition in der russischen Partei stark? Auf welche Kreise stützt sie sich?

Antwort. Ich bin der Ansicht, dass sie sehr schwach ist. Mehr noch, ihre Kräfte in unserer Partei sind kaum der Rede wert. Ich habe die heutige Zeitung in der Hand. Dort wird das Fazit der Diskussion mehrerer Tage gezogen. Die Zahlen besagen, dass für das Zentralkomitee unserer Partei und seine Thesen über 135000 Parteimitglieder stimmten, für die Opposition - 1200 Parteimitglieder. Das macht nicht einmal 1 Prozent aus.
Ich bin der Ansicht, dass die weitere Abstimmung für die Opposition noch schmählichere Resultate ergeben wird. Die Diskussion wird bei uns unmittelbar bis zum Parteitag andauern. Wir werden bestrebt sein, in dieser Zeit möglichst die ganze Partei zu befragen.
Ich weiß nicht, wie bei Ihnen, in den sozialdemokratischen Parteien, diskutiert wird. Ich weiß nicht, ob in den sozialdemokratischen Parteien überhaupt diskutiert wird. Wir nehmen die Diskussion ernst. Wir werden die ganze Partei befragen, und Sie werden sehen, dass sich das spezifische Gewicht der Opposition in unserer Partei als noch geringfügiger erweisen wird, als die soeben angeführten Zahlen besagen. Es ist sehr wohl möglich, dass die Opposition auf unserem XV. Parteitag keinen einzigen Vertreter, keinen einzigen Delegierten haben wird.
Nehmen wir beispielsweise solche riesigen Betriebe wie „Treugolnik“ oder „Putilow“ in Leningrad. Die Zahl der Arbeiter im „Treugolnik“ erreicht 15000. Parteimitglieder gibt es dort 2122. Für die Opposition stimmten 39. Die Zahl der Arbeiter im „Putilow“ beträgt etwa 11000. Davon sind 1718 Parteimitglieder. Für die Opposition stimmten 29.
Auf welche Kreise stützt sich die Opposition? Ich bin der Ansicht, dass sich die Opposition hauptsächlich auf nichtproletarische Kreise stützt. Fragt man die nichtproletarischen Bevölkerungsschichten, jene, die mit dem Regime der Diktatur des Proletariats unzufrieden sind, mit wem sie sympathisieren, so werden sie ohne Zaudern antworten, dass sie mit der Opposition sympathisieren. Warum? Weil der Kampf der Opposition im Grunde genommen ein Kampf gegen die Partei ist, ein Kampf gegen das Regime der Diktatur des Proletariats, mit dem, wie es nicht anders sein kann, bestimmte nichtproletarische Schichten unzufrieden sind. Die Opposition ist die Widerspiegelung der Unzufriedenheit, die Widerspiegelung des Drucks der nichtproletarischen Bevölkerungsschichten auf die Diktatur des Proletariats.

Neunte Frage. Ist die in Deutschland von Ruth Fischer und Maslow verbreitete Behauptung richtig, dass die jetzige Führung der Komintern und der russischen Partei die Arbeiter an die Konterrevolution ausliefere?

Antwort. Man muss annehmen, dass sie richtig ist. Man muss annehmen, dass die Komintern und die KPdSU(B) die Arbeiterklasse der UdSSR mit Haut und Haaren an die Konterrevolutionäre aller Länder ausliefern.
Mehr noch, ich kann Ihnen mitteilen, dass die Komintern und die KPdSU(B) dieser Tage beschlossen haben, alle aus unserem Lande verjagten Gutsbesitzer und Kapitalisten in die UdSSR zurückzuholen und ihnen die Fabriken und Werke zurückzugeben.
Und das ist noch nicht alles. Die Komintern und die KPdSU(B) sind noch weiter gegangen und haben beschlossen, dass für die Bolschewiki die Zeit gekommen ist, zur Ernährung mit Menschenfleisch überzugehen.
Schließlich gibt es bei uns einen Beschluss, alle Frauen zu nationalisieren und die Vergewaltigung der eigenen Schwestern zu praktizieren. (Allgemeine Heiterkeit. Einzelne Ausrufe: „Wer konnte eine solche Frage stellen?“)
Ich sehe, Sie lachen. Möglicherweise wird jemand von Ihnen denken, dass ich diese Frage nicht ernst nehme. Ja, Genossen, solche Fragen kann man nicht ernsthaft beantworten. Ich glaube, solche Fragen kann man nur mit Spott beantworten. (Stürmischer Beifall.)

Zehnte Frage. Wie ist Ihre Stellung zur Opposition und zur Richtung Ruth Fischer-Maslow in Deutschland?

Antwort. Meine Stellung zur Opposition und zu ihrer Agentur in Deutschland ist die gleiche wie die Stellung des bekannten französischen Romanschriftstellers Alphonse Daudet zu Tartarin von Tarascon. (Heiterkeit unter den Delegierten.)
Sie haben wahrscheinlich diesen berühmten Roman Alphonse Daudets über Tartarin von Tarascon gelesen. Der Held dieses Romans, Tartarin, war im Grunde genommen ein gewöhnlicher „guter“ Kleinbürger. Aber er hatte eine so ungestüme Phantasie, und seine Fähigkeit, „gutmütig zu lügen“, war so entwickelt, dass er letzten Endes ein Opfer dieser außergewöhnlichen Fähigkeiten wurde.
Tartarin prahlte, er versicherte allen, er habe in den Bergen des Atlas eine Unmenge Löwen und Tiger erlegt. Die leichtgläubigen Freunde Tartarins erhoben ihn dafür in den Rang des ersten Löwenjägers der Welt. Indes wusste Alphonse Daudet sehr wohl, ebenso wie Tartarin selbst sehr wohl wusste, dass Tartarin niemals weder Löwen noch Tiger zu Gesicht bekommen hatte.
Tartarin prahlte, er versicherte allen, er habe den Montblanc erstiegen. Seine leichtgläubigen Freunde erhoben ihn dafür in den Rang des ersten Alpinisten der Welt. Indes wusste Alphonse Daudet sehr wohl, dass Tartarin nie den Montblanc bestiegen hatte, denn weiter als bis zum Fuße des Montblanc war er nie gekommen.
Tartarin prahlte und versicherte allen, er habe in einem Lande, fern von Frankreich, eine große Kolonie gegründet. Die leichtgläubigen Freunde erhoben ihn dafür in den Rang des ersten Kolonisators der Welt, Indes wusste Alphonse Daudet sehr wohl, ebenso wie es Tartarin selbst zugeben musste, dass aus Tartarins phantastischen Plänen nichts als eine Blamage herauskommen konnte.
Sie wissen, zu welcher Blamage und zu welchem Skandal für Tartarins Gefolge seine phantastische Prahlerei geführt hat.
Ich glaube, dass mit einer gleichen Blamage und einem gleichen Skandal für die Opposition der prahlerische Lärm enden muss, den die Führer der Opposition in Moskau und in Berlin erhoben haben. (Allgemeine Heiterkeit.)

Damit haben wir die erste Liste der Fragen erschöpft.
Gehen wir zu den Fragen der französischen Delegation über.

Erste Frage. Auf welche Weise gedenkt die Regierung der UdSSR, gegen die ausländischen Erdölfirmen zu kämpfen?

Antwort. Ich glaube, die Frage ist falsch gestellt. Bei einer solchen Fragestellung könnte man meinen, die sowjetische Erdölindustrie beabsichtige, eine Attacke gegen die Erdölfirmen anderer Länder zu eröffnen, und sie sei bestrebt, sie zu stürzen und zu vernichten.
Verhält sich das in Wirklichkeit so? Nein, das verhält sich nicht so. In Wirklichkeit handelt es sich darum, dass gewisse Erdölfirmen kapitalistischer Länder bemüht sind, die sowjetische Erdölindustrie zu erdrosseln, die sowjetische Erdölindustrie aber gezwungen ist, sich zu wehren, um leben und sich weiterentwickeln zu können.
Die Dinge liegen so, dass die sowjetische Erdölindustrie schwächer ist als die Erdölindustrie der kapitalistischen Länder sowohl, was den Umfang der Erdölgewinnung betrifft - wir gewinnen weniger als sie -, als auch, was die Marktverbindungen betrifft - sie haben weit mehr Verbindungen mit dem Weltmarkt als wir.
Auf welche Weise wehrt sich die sowjetische Erdölindustrie? Sie wehrt sich durch Verbesserung der Qualität der Produktion und vor allem durch Herabsetzung der Erdölpreise,

durch Verkauf von billigem Erdöl auf dem Markte, von billigerem Erdöl als das Erdöl kapitalistischer Firmen.

Man kann fragen: Sind denn die Sowjets so reich, dass sie die Möglichkeit haben, billiger zu verkaufen als die reichsten kapitalistischen Firmen? Natürlich ist die sowjetische Industrie nicht reicher als die kapitalistischen Firmen. Mehr noch, die kapitalistischen Firmen sind um ein vielfaches reicher als die sowjetische Industrie. Hier aber handelt es sich nicht um Reichtum. Es handelt sich darum, dass die sowjetische Erdölindustrie keine kapitalistische Industrie ist und deshalb keine irrsinnigen Extraprofite braucht, während die kapitalistischen Erdölfirmen nicht ohne kolossale Extraprofite auskommen können. Aber gerade weil die sowjetische Erdölindustrie keine Extraprofite braucht, hat sie die Möglichkeit, ihre Produktion billiger zu verkaufen als die kapitalistischen Firmen.

Das gleiche kann man auch über das sowjetische Getreide, über das sowjetische Holz usw. sagen.

Überhaupt muss man sagen, dass die sowjetischen Waren, insbesondere das sowjetische Erdöl, auf dem internationalen Markt als Faktor wirken, der die Preise herabsetzt und somit die Lage der Verbrauchermassen erleichtert. Darin besteht die Stärke der sowjetischen Erdölindustrie, und das ist das Mittel, mit dem sie sich gegen die Anschläge kapitalistischer Erdölfirmen wehrt. Das ist das Geheimnis, weshalb die Erdölindustriellen aller Länder, insbesondere aber Deterding, aus vollem Halse gegen die Sowjets und gegen die sowjetische Erdölindustrie zetern, wobei sie ihre Politik der hohen Erdölpreise und der Ausplünderung der Verbrauchermassen mit Modephrasen über „kommunistische Propaganda“ verschleiern.

Zweite Frage. Wie gedenken Sie, den Kollektivismus in der Bauernfrage zu verwirklichen?

Antwort. Wir gedenken, den Kollektivismus in der Landwirtschaft allmählich, durch Maßnahmen ökonomischer, finanzieller und kulturpolitischer Art zu verwirklichen.

Ich glaube, die interessanteste Frage ist die Frage nach den Maßnahmen ökonomischer Art. Auf diesem Gebiet verlaufen unsere Maßnahmen auf drei Linien:

auf der Linie der Organisierung der individuellen Bauernwirtschaften zu Genossenschaften;

auf der Linie der Organisierung der Bauernwirtschaften, hauptsächlich vom Typ der armen Bauernwirtschaften, zu Produktionsgenossenschaften, und schließlich

auf der Linie der Erfassung der Bauernwirtschaften durch die planenden und regulierenden Organe des Staates, sowohl was den Absatz der bäuerlichen Produktion als auch was die Versorgung der Bauernschaft mit den notwendigen Erzeugnissen unserer Industrie betrifft.

Vor einigen Jahren war es so, dass zwischen der Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft zahlreiche Zwischenhändler, Privatunternehmer, standen, die die Bauern mit städtischen Erzeugnissen versorgten und den Arbeitern das bäuerliche Getreide verkauften. Natürlich haben die Zwischenhändler nicht umsonst „gearbeitet“ und sowohl aus der bäuerlichen als auch aus der städtischen Bevölkerung Dutzende Millionen Rubel herausgepresst. Es war dies die Periode, als der Zusammenschluss zwischen Stadt und Land, zwischen der sozialistischen Industrie und den individuellen Bauernwirtschaften noch lose war. Die Rolle der Genossenschaften und der staatlichen Verteilungsorgane war damals verhältnismäßig unbedeutend.

Seit jener Zeit haben sich die Dinge von Grund aus geändert. Jetzt kann man sagen, dass die Genossenschaften und die staatlichen Handelsorgane im Warenumsatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und bäuerlicher Wirtschaft nicht nur eine vorherrschende, sondern auch eine beherrschende Stellung, wenn nicht eine Monopolstellung einnehmen. Bei der Versorgung des Dorfes mit Textilwaren macht der Anteil der Genossenschaften und der staatlichen Organe über 70 Prozent aus. Bei der Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen hingegen beträgt der Anteil der Genossenschaften und der staatlichen Organe fast

100 Prozent. Beim Ankauf des bäuerlichen Getreides beträgt der Anteil der Genossenschaften und der staatlichen Organe über 80 Prozent. Beim Ankauf von Rohstoffen für die Industrie, wie Baumwolle, Zuckerrüben usw., macht der Anteil der Genossenschaften und der staatlichen Organe fast 100 Prozent aus.

Was aber bedeutet das?

Das bedeutet erstens, dass der Kapitalist aus der Sphäre des Warenumsatzes verdrängt wird, dass sich die Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft unmittelbar zusammenschließt, dass der Gewinn der Zwischenhändler, der Spekulanten, in der Industrie und in der Landwirtschaft verbleibt, dass die Bauern die Möglichkeit erhalten, die städtischen Waren billiger zu kaufen, und dass die Arbeiter ihrerseits die Möglichkeit erhalten, die landwirtschaftlichen Produkte billiger zu kaufen.

Das bedeutet zweitens, dass die Industrie durch die Vertreibung der kapitalistischen Zwischenhändler aus dem Warenverkehr die Möglichkeit erhält, die bäuerliche Wirtschaft voranzuführen, auf sie einzuwirken und ihr kulturelles Niveau zu heben, sie zu rationalisieren und zu industrialisieren.

Das bedeutet drittens, dass der Staat durch den Zusammenschluss der Landwirtschaft mit der Industrie die Möglichkeit erhält, das Planprinzip bei der Entwicklung der Landwirtschaft einzuführen, sie mit besserem Saatgut und besseren Düngemitteln zu versorgen, den Umfang ihrer Produktion zu bestimmen, im Sinne der Preispolitik auf sie einzuwirken usw.

Das bedeutet schließlich, dass im Dorfe günstige Bedingungen geschaffen werden für die Liquidierung der kapitalistischen Elemente, für die weitere Einschränkung und Verdrängung des Kulakentums, für die Organisierung der Wirtschaften der werktätigen Bauern zu Produktionsgenossenschaften, für die Möglichkeit der Finanzierung dieser Genossenschaften aus Staatsmitteln.

Nehmen wir beispielsweise die Produktion von Zuckerrüben für die Zuckerindustrie und die Produktion von Baumwolle für die Textilindustrie. Der Umfang der Produktion dieser Rohstoffarten, ebenso wie ihre Preise und ihre Qualität werden heutzutage bei uns nicht spontan, nicht durch das Spiel der Kräfte auf dem unorganisierten Markt, durch Zwischenhändler, Spekulanten, durch Börsen und verschiedenartige kapitalistische Kontore usw. bestimmt, sondern planmäßig, durch bestimmte vorherige Verträge zwischen den Zucker- und Textilsyndikaten einerseits und Zehntausenden bäuerlicher Wirtschaften, vertreten durch die Zuckerrüben- und Baumwollgenossenschaften, anderseits.

Hier gibt es bereits keine Börsen, keine Kontore, kein Spiel der Preise usw. mehr. Alle diese Instrumente der kapitalistischen Wirtschaft bestehen bei uns auf diesem Gebiet bereits nicht mehr. Hier treten nur zwei Parteien ohne irgendwelche Börsen und Zwischenhändler auf den Plan - die staatlichen Syndikate einerseits und die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Bauern anderseits. Die staatlichen Syndikate schließen mit den entsprechenden Genossenschaftsorganisationen Verträge ab über die Produktion einer bestimmten Menge von Zuckerrüben und Baumwolle, über die Versorgung der Bauern mit Saatgut, die Gewährung von Darlehen usw. Nach Ablauf des Wirtschaftsjahres steht die gesamte Produktion den Syndikaten zur Verfügung, und die Bauern erhalten dafür entsprechende Summen gemäß den vorher abgeschlossenen Verträgen. Das heißt bei uns Vertragssystem.

Dieses System zeichnet sich dadurch aus, dass es beiden Seiten Vorteile bringt und die bäuerliche Wirtschaft unmittelbar, ohne Zwischenhändler mit der Industrie zusammenschließt. Dieses System ist der sicherste Weg zur Kollektivierung der bäuerlichen Wirtschaft.

Man kann nicht sagen, dass die anderen Zweige der Landwirtschaft bereits eine derartige Entwicklungsstufe erreicht haben. Doch kann man mit Gewissheit sagen, dass sich alle Zweige der Landwirtschaft, die Getreideproduktion nicht ausgenommen, allmählich auf diesen Entwicklungsweg begeben werden. Und dieser Weg führt direkt an die Kollektivierung der Landwirtschaft heran.

Eine allumfassende Kollektivierung wird dann eintreten, wenn die bäuerlichen Wirtschaften mittels Mechanisierung und Elektrifizierung auf moderner technischer Grundlage umgestaltet sein werden, wenn die Mehrheit der werktätigen Bauernschaft von den Genossenschaftsorganisationen erfasst sein wird, wenn die Mehrheit der Dörfer von einem Netz landwirtschaftlicher Genossenschaften kollektivistischen Typs bedeckt sein wird.
Dahin geht die Entwicklung, aber dahin ist es noch nicht gekommen und wird es so bald nicht kommen. Warum? Unter anderem darum, weil dazu gewaltige finanzielle Mittel notwendig sind, die unser Staat noch nicht besitzt, die aber im Laufe der Zeit ohne Zweifel akkumuliert werden. Marx sagte, dass sich keine einzige neue soziale Ordnung in der Geschichte festigte, ohne das sie intensiv, unter Anwendung von Hunderten und abermals Hunderten von Millionen finanziert wurde. Ich glaube, dass wir bereits in jene Entwicklungsphase der Landwirtschaft eintreten, da der Staat die Möglichkeit zu erhalten beginnt, die neue soziale, kollektivistische Ordnung intensiv zu finanzieren. Die Tatsache, dass die sozialistische Industrie sich bereits die Rolle des führenden Elements in der Volkswirtschaft erkämpft hat und die Landwirtschaft führt - diese Tatsache ist die sicherste Gewähr dafür, dass die bäuerliche Wirtschaft auf dem Wege der weiteren Kollektivierung vorwärts schreiten wird.

Dritte Frage. Was waren die Hauptschwierigkeiten im Kriegskommunismus, als man das Geld abzuschaffen versuchte?

Antwort. Schwierigkeiten gab es viele, sowohl auf der Linie der inneren Entwicklung als auch auf der Linie der auswärtigen Beziehungen.
Nimmt man die inneren Beziehungen wirtschaftlicher Art, so könnte man drei Hauptschwierigkeiten anführen.
Erstens. Eine Schwierigkeit bestand darin, dass unsere Industrie zerrüttet und gelähmt war, abgesehen von der Kriegsindustrie, die während der Intervention unseren Bürgerkriegsfronten Munition lieferte. Zwei Drittel unserer Werke und Fabriken standen still, das Verkehrswesen hinkte, Waren gab es nicht oder fast nicht.
Zweitens. Die Landwirtschaft hinkte auf beiden Beinen, die Arbeitskräfte der Bauernwirtschaften waren an die Fronten abgezogen worden. Es mangelte an Rohstoffen, es mangelte an Brot für die städtische Bevölkerung und vor allem für die Arbeiter. Wir gaben an die Arbeiter damals ein halbes Pfund Brot aus, manchmal aber nur ein Achtelpfund pro Tag.
Drittens. Es gab keinen oder fast keinen richtig funktionierenden, den Austausch zwischen Stadt und Land vermittelnden sowjetischen Handelsapparat, der imstande gewesen wäre, das Dorf mit städtischen Erzeugnissen und die Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen. Genossenschaften und staatliche Handelsorgane bestanden nur im Keim.
Nach Beendigung des Bürgerkriegs und nach Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ hat sich jedoch die wirtschaftliche Lage des Landes grundlegend geändert.
Die Industrie hat sich entwickelt, ist erstarkt und hat die Kommandostellung in der ganzen Volkswirtschaft eingenommen. Am charakteristischsten in dieser Beziehung ist die Tatsache, dass es uns in den letzten zwei Jahren gelungen ist, über zwei Milliarden Rubel aus eigenen Akkumulationsmitteln, ohne Hilfe von außen, ohne irgendwelche Anleihen von außen in der Industrie zu investieren. Jetzt kann man schon nicht mehr sagen, dass es für die Bauernschaft überhaupt keine Waren gebe.
Die Landwirtschaft ist auf die Beine gekommen und hat ihre Produktion auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht. Jetzt kann man schon nicht mehr sagen, dass es für die Arbeiter überhaupt kein Getreide und keine anderen landwirtschaftlichen Produkte gebe.
Die Genossenschaften und die staatlichen Handelsorgane haben sich derart entwickelt, dass sie die Kommandostellung im Warenumsatz des Landes eingenommen haben. Jetzt kann man

schon nicht mehr sagen, dass es bei uns keinen Verteilungsapparat gebe, der den Austausch zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und bäuerlicher Wirtschaft vermittelt.
All dies genügt natürlich nicht, um die sozialistische Wirtschaft sofort zu errichten. Aber das ist durchaus hinreichend, um auf dem Wege des erfolgreichen sozialistischen Aufbaus weiter voranzuschreiten.
Wir müssen jetzt unsere Industrie neu ausrüsten und neue Werke auf einer neuen technischen Basis errichten.
Wir müssen die landwirtschaftliche Kultur heben, die Bauernschaft maximal mit landwirtschaftlichen Maschinen versorgen, die Mehrheit der werktätigen Bauernschaft genossenschaftlich zusammenschließen und die individuellen Bauernwirtschaften so umorganisieren, dass sie ein umfassendes Netz landwirtschaftlicher Kollektivgenossenschaften bilden.
Wir müssen einen solchen, den Austausch zwischen Stadt und Land vermittelnden Verteilungsapparat aufbauen, der imstande ist, die Bedürfnisse von Stadt und Land im ganzen Land zu berechnen und zu befriedigen, so, wie jedermann für sich in seinem Haushalt seine Ausgaben und Einnahmen berechnet.
Und wenn wir all dies erreicht haben, wird - so ist anzunehmen - die Zeit eintreten, da man kein Geld mehr brauchen wird.
Doch bis dahin ist es noch weit.

Vierte Frage. Wie ist es um die Frage der „Schere“ bestellt?

Antwort. Wenn man unter „Schere“ versteht, dass die Preise für landwirtschaftliche Produkte und die Preise für Industriewaren, vom Standpunkt der Selbstkosten aus gesehen, auseinandergehen, so ist es um die „Schere“ folgendermaßen bestellt.
Es besteht kein Zweifel, dass unsere Industriewaren noch immer etwas teurer verkauft werden, als sie unter anderen Verhältnissen verkauft werden könnten. Das erklärt sich daraus, dass unsere Industrie jung ist, dass es notwendig ist, sie gegen die auswärtige Konkurrenz zu schützen, dass es notwendig ist, Bedingungen für sie zu schaffen, die ihre Entwicklung beschleunigen können. Ihre rasche Entwicklung aber ist sowohl für die Stadt als auch für das Dorf notwendig. Andernfalls hätten wir nicht die Möglichkeit, die bäuerliche Wirtschaft rechtzeitig mit der genügenden Menge von Textilwaren und landwirtschaftlichen Maschinen zu versorgen. Dieser Umstand führt dazu, dass die Preise für Industriewaren und für landwirtschaftliche Produkte auseinandergehen, bei einem gewissen Verlust für die bäuerliche Wirtschaft.
Um dieses Minus für die bäuerliche Wirtschaft zu beseitigen, haben sich Regierung und Partei das Ziel gesetzt, eine Politik der allmählichen, aber stetigen Senkung der Preise für Industriewaren durchzuführen. Kann man diese Politik real nennen? Ich glaube, dass sie unbedingt real ist. Es ist zum Beispiel bekannt, dass es uns im letzten Jahr gelungen ist, die Einzelhandelspreise für Industriewaren um etwa 8-10 Prozent zu senken. Es ist ferner bekannt, dass unsere Industrieorganisationen die Selbstkosten und die Verkaufspreise der Industriewaren systematisch senken. Es besteht keine Veranlassung, daran zu zweifeln, dass diese Politik auch in Zukunft fortgesetzt werden wird. Mehr noch. Ich muss sagen, dass die Politik der stetigen Senkung der Preise für Industriewaren jener Eckstein unserer Wirtschaftspolitik ist, ohne den weder eine Verbesserung und Rationalisierung unserer Industriewirtschaft noch die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft denkbar ist.
In den bürgerlichen Staaten verfolgt man in dieser Beziehung eine andere Politik. Dort organisiert man gewöhnlich die Unternehmungen zu Trusten und Syndikaten, um innerhalb des Landes die Preise für Industriewaren hochzuschrauben, diese Preise in Monopolpreise zu

verwandeln, auf dieser Grundlage mehr Profit herauszuschlagen und einen Fonds zu schaffen für den Export von Waren ins Ausland, wo die Kapitalisten die gleichen Waren zwecks Eroberung neuer Märkte zu niedrigen Preisen verkaufen.
Die gleiche Politik wurde bei uns, in Rußland, zur Zeit der bürgerlichen Ordnung betrieben, als zum Beispiel der Zucker innerhalb des Landes unerhört teuer verkauft wurde, während der gleiche Zucker im Ausland, zum Beispiel in England, dermaßen billig verkauft wurde, dass man damit die Schweine fütterte.
Die Sowjetregierung führt eine diametral entgegengesetzte Politik durch. Sie ist der Auffassung, dass die Industrie für die Bevölkerung da ist und nicht umgekehrt. Sie ist der Auffassung, dass die stetige Senkung der Preise für Industriewaren das grundlegende Mittel ist, ohne das ein normales Wachstum der Industrie unmöglich ist. Ich spreche schon gar nicht davon, dass die Politik der Senkung der Preise für Industriewaren das Wachstum der Bedürfnisse der Bevölkerung fördert, die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, sowohl des städtischen als auch des ländlichen, vergrößert und somit eine ständig wachsende Quelle schafft, die für die weitere Entfaltung der Industrie erforderlich ist.

Fünfte Frage. Welcher Art sind die Vorschläge der Sowjetregierung an die kleinen französischen Wertpapierinhaber im Zusammenhang mit den Schulden? Wie können die französischen Rentiers davon in Kenntnis gesetzt werden?

Antwort. Unsere Vorschläge hinsichtlich der Vorkriegsschulden sind in dem bekannten Interview Rakowskis veröffentlicht worden. Ich denke, sie müssen Ihnen bekannt sein. Sie enthalten die Bedingung, dass die UdSSR gleichzeitig Kredite erhält. Wir halten uns hier an den bekannten Grundsatz: Gibst du, dann gebe auch ich. Gibt man uns Kredite, so erhält man von uns etwas auf der Linie der Vorkriegsschulden, gibt man uns nichts, so geben wir auch nichts.
Bedeutet das, dass wir damit die Vorkriegsschulden grundsätzlich anerkannt hätten? Nein, das bedeutet es nicht. Das bedeutet lediglich, dass wir, während wir das bekannte Dekret über die Annullierung der Zarenschulden[60] in Kraft lassen, zugleich einverstanden sind, im Rahmen eines praktischen Übereinkommens etwas von den Vorkriegsschulden zu bezahlen, wenn man uns dafür die für uns notwendigen und für die französische Industrie nützlichen Kredite gewährt. Die Zahlungen für die Schulden betrachten wir als zusätzliche Zinsen für die Kredite, die wir zur Entwicklung unserer Industrie erhalten.
Man spricht von den Kriegsschulden des zaristischen Rußlands. Man spricht von verschiedenen Ansprüchen an die UdSSR, die mit den Ergebnissen der Oktoberrevolution zusammenhängen. Aber man vergisst, dass unsere Revolution eine grundsätzliche Negierung der imperialistischen Kriege und der damit verknüpften Zarenschulden ist. Man vergisst, dass die UdSSR die Kriegsschulden nicht zahlen kann noch zahlen wird.
Man vergisst außerdem, dass die UdSSR jene Raub- und Gewalttaten nicht von der Rechnung streichen kann, denen das Land einige Jahre hindurch während der militärischen Intervention der ausländischen Staaten ausgesetzt war und mit denen bestimmte Gegenansprüche der UdSSR verknüpft sind.
Wer trägt die Verantwortung für diese Raub- und Gewalttaten? Wer muss für sie die Verantwortung tragen? Wer muss für diese Raub- und Gewalttaten aufkommen? Die imperialistischen Hauptmacher möchten diese unangenehmen Dinge der Vergessenheit preisgeben. Aber sie müssen wissen, dass diese Dinge nicht vergessen werden.

Sechste Frage. Wie ist das Wodkamonopol mit der Bekämpfung des Alkoholismus in Einklang zu bringen?

Antwort. Ich glaube, dass es schwer ist, sie überhaupt miteinander in Einklang zu bringen. Hier besteht zweifellos ein Widerspruch. Die Partei kennt diesen Widerspruch und ist bewusst darauf eingegangen, da sie weiß, dass im gegenwärtigen Augenblick die Zulassung eines solchen Widerspruchs das kleinere Übel ist.
Als wir das Wodkamonopol einführten, standen wir vor der Alternative:
entweder uns in die Knechtschaft der Kapitalisten zu begeben, indem wir ihnen eine ganze Reihe der wichtigsten Fabriken und Werke ausliefern, und dafür gewisse Mittel zu erlangen, die wir brauchen, um uns durchzuhelfen;
oder aber das Wodkamonopol einzuführen, um aus eigener Kraft die für die Entwicklung unserer Industrie erforderlichen Betriebsmittel aufzubringen und somit der ausländischen Knechtschaft zu entgehen.
Die Mitglieder des ZK, darunter auch ich, hatten damals eine Unterredung mit Lenin, der der Meinung war, dass man, falls man die notwendigen Anleihen von außen nicht erhält, offen und direkt auf das Wodkamonopol wird eingehen müssen als auf ein zeitweiliges Mittel ungewöhnlicher Art.
Das war die Frage, vor der wir standen, als wir das Wodkamonopol einführten.
Natürlich wäre es, allgemein gesprochen, ohne Wodka besser, denn der Wodka ist ein Übel. Aber dann hätte man sich zeitweilig in die Knechtschaft der Kapitalisten begeben müssen, was ein noch größeres Übel ist. Deshalb haben wir das kleinere Übel vorgezogen. Jetzt bringt der Wodka über 500 Millionen Rubel ein. Auf den Wodka jetzt verzichten heißt auf diese Einnahme verzichten, wobei kein Grund zu der Behauptung besteht, dass der Alkoholismus zurückgehen werde, denn der Bauer würde beginnen, eigenen Wodka herzustellen, und sich mit selbst gebranntem Schnaps vergiften.
Eine gewisse Rolle spielen hier offenbar die ernsten Mängel hinsichtlich der kulturellen Entwicklung des Dorfes. Ich spreche schon gar nicht davon, dass der sofortige Verzicht auf das Wodkamonopol unsere Industrie um mehr als eine halbe Milliarde Rubel berauben würde, die durch nichts kompensiert werden könnten.
Bedeutet dies, dass das Wodkamonopol bei uns auch in Zukunft bestehen bleiben muss? Nein, das bedeutet es nicht. Das Wodkamonopol haben wir als eine zeitweilige Maßnahme eingeführt. Darum muss es abgeschafft werden, sobald sich in unserer Volkswirtschaft neue Quellen für neue Einnahmen zur weiteren Entwicklung unserer Industrie finden. Und dass sich solche Quellen finden werden, darüber kann es keinerlei Zweifel geben.
Haben wir richtig gehandelt, als wir die Wodkaerzeugung in die Hände des Staates legten? Ich glaube, wir haben richtig gehandelt. Wäre der Wodka in Privathände übergeben worden, so hätte das zur Folge gehabt:
erstens eine Stärkung des Privatkapitals,
zweitens wäre die Regierung der Möglichkeit beraubt, die Erzeugung und den Verbrauch von Wodka entsprechend zu regulieren, und
drittens würde dies die Einstellung der Erzeugung und des Verbrauchs von Wodka in Zukunft erschweren.
Gegenwärtig läuft unsere Politik darauf hinaus, die Wodkaerzeugung allmählich einzuschränken. Ich glaube, dass es uns in Zukunft gelingen wird, das Wodkamonopol ganz abzuschaffen, die Spriterzeugung auf das für technische Zwecke notwendige Minimum herabzusetzen und sodann den Wodkaverkauf ganz einzustellen.
Ich glaube, dass wir wahrscheinlich weder mit dem Wodka noch mit vielen anderen unangenehmen Dingen etwas zu schaffen hätten, wenn die westeuropäischen Proletarier die Macht ergreifen und uns die nötige Hilfe erweisen würden. Aber was ist da zu machen? Unsere westeuropäischen Brüder wollen vorläufig nicht die Macht ergreifen, und wir sind

gezwungen, uns mit unseren eigenen Mitteln durchzuhelfen. Das aber ist nicht unsere Schuld. Das ist Schicksal.
Wie sie sehen, fällt ein gewisser Teil der Verantwortung für das Wodkamonopol auch auf unsere westeuropäischen Freunde. (Heiterkeit, Beifall.)

Siebente Frage. Gerichtsbefugnisse der GPU, Verhandlungen ohne Zeugen, ohne Verteidiger, geheime Verhaftungen. Da die öffentliche Meinung Frankreichs diese Maßnahmen schwerlich gelten lässt, so wäre es interessant, ihre Begründung zu erfahren. Ist eine Änderung oder Einstellung. dieser Maßnahmen vorgesehen?

Antwort. Die GPU oder Tscheka ist ein Straforgan der Sowjetmacht. Dieses Organ ist dem Sicherheitsausschuss mehr oder weniger analog, der während der großen französischen Revolution geschaffen wurde.
Es bestraft hauptsächlich Spione, Verschwörer, Terroristen, Banditen, Spekulanten, Falschmünzer. Es stellt eine Art politischen Kriegstribunals dar, das zum Schutze der Interessen der Revolution gegen Anschläge seitens konterrevolutionärer Bourgeois und ihrer Agenten geschaffen wurde.
Dieses Organ wurde am Tage nach der Oktoberrevolution geschaffen, nachdem alle möglichen Verschwörer-, Terroristen- und Spionageorganisationen, die von russischen und ausländischen Kapitalisten finanziert wurden, auf den Plan getreten waren.
Dieses Organ entwickelte sich und erstarkte nach einer Reihe von Terrorakten gegen Führer der Sowjetmacht, nach der Ermordung des Genossen Uritzki, Mitglied des Revolutionskomitees in Petrograd (er wurde von einem Sozialrevolutionär ermordet), nach der Ermordung des Genossen Wolodarski, Mitglied des Revolutionskomitees in Petrograd (er wurde ebenfalls von einem Sozialrevolutionär ermordet), nach dem Anschlag auf das Leben Lenins (er wurde von einem Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre verwundet).
Man muss anerkennen, dass die GPU den Feinden der Revolution damals wohl gezielte Schläge versetzte, die nicht fehlgingen. Übrigens hat sie diese Eigenschaft auch bis auf den heutigen Tag bewahrt. Seitdem ist die GPU der Schrecken der Bourgeoisie, der wachsame Hüter der Revolution, das blanke Schwert des Proletariats.
Es kann daher nicht wundernehmen, dass die Bourgeois aller Länder tierischen Hass gegen die GPU hegen. Es gibt kein Märchen, das man der GPU nicht andichtete. Es gibt keine Verleumdung, die man über die GPU nicht verbreitete. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass die GPU die Interessen der Revolution richtig schützt. Die geschworenen Feinde der Revolution beschimpfen die GPU - also handelt die GPU richtig.
Anders verhalten sich die Arbeiter zur GPU. Gehen Sie durch die Arbeiterbezirke und fragen Sie die Arbeiter nach der GPU. Sie werden sehen, dass sie ihr Achtung entgegenbringen. Warum? Weil sie in ihr den treuen Verteidiger der Revolution sehen.
Ich verstehe den Hass und das Misstrauen der Bourgeois gegen die GPU. Ich verstehe die verschiedenen bürgerlichen Reisenden, die, wenn sie in die UdSSR kommen, sich als erstes danach erkundigen, ob die GPU noch besteht und ob noch nicht die Zeit gekommen sei, die GPU abzuschaffen. All das ist verständlich und nicht verwunderlich.
Ich kann aber einige Arbeiterdelegierte nicht verstehen, die, wenn sie in die UdSSR kommen, mit Besorgnis fragen: Sind viele Konterrevolutionäre von der GPU bestraft worden? Wird sie noch diverse Terroristen und Verschwörer gegen die proletarische Macht bestrafen, ist es nicht an der Zeit, die GPU aufzulösen?
Woher kommt nur bei einigen Arbeiterdelegierten diese Besorgtheit um die Feinde der proletarischen Revolution? Wodurch ist sie zu erklären? Wie ist sie zu begründen?
Man predigt größtmögliche Milde, man gibt den Rat, die GPU abzuschaffen... Kann man aber dafür bürgen, dass nach der Abschaffung der GPU die Kapitalisten aller Länder aufhören

werden, konterrevolutionäre Gruppen von Verschwörern, Terroristen, Diversanten, Brandstiftern, Bombenattentätern zu organisieren und zu finanzieren? Die Revolution zu entwaffnen, ohne irgendeine Gewähr zu haben, dass die Feinde der Revolution entwaffnet werden - ist das denn nicht Torheit, ist das denn nicht ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse!

Nein, Genossen, wir wollen nicht die Fehler der Pariser Kommunarden wiederholen. Die Pariser Kommunarden waren gegenüber den Versaillern zu milde, was ihnen Marx seinerzeit mit vollem Recht zum Vorwurf machte. Ihre Milde aber mussten sie damit bezahlen, dass, als Thiers in Paris einzog, Zehntausende Arbeiter von den Versaillern niedergeschossen wurden.

Glauben die Genossen etwa, dass die russischen Bourgeois und Gutsbesitzer minder blutdürstig seien als die Versailler in Frankreich? Wir jedenfalls wissen, wie sie die Arbeiter hinmordeten, als sie im Bündnis mit den französischen und englischen, den japanischen und amerikanischen Interventionisten Sibirien, die Ukraine, den Nordkaukasus besetzt hatten.

Ich will damit keineswegs sagen, dass die innere Lage des Landes uns zwingt, Straforgane der Revolution zu haben. Vom Gesichtspunkt des inneren Zustands ist die Stellung der Revolution so fest und unerschütterlich, dass man ohne GPU auskommen könnte. Aber die Sache ist die, dass die inneren Feinde bei uns keine isoliert dastehenden Einzelgänger sind. Die Sache ist die, dass sie durch Tausende Fäden mit den Kapitalisten aller Länder verknüpft sind, die sie mit allen Kräften, mit allen Mitteln unterstützen. Wir sind ein Land, das von kapitalistischen Staaten umringt ist. Die inneren Feinde unserer Revolution sind eine Agentur der Kapitalisten aller Länder. Die kapitalistischen Staaten stellen die Basis und das Hinterland der inneren Feinde unserer Revolution dar. Indem wir gegen die inneren Feinde kämpfen, führen wir folglich den Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente aller Länder. Urteilen Sie jetzt selbst, ob man unter diesen Verhältnissen ohne Straforgane, wie es die GPU ist, auskommen kann.

Nein, Genossen, wir wollen nicht die Fehler der Pariser Kommunarden wiederholen. Die Revolution braucht die GPU, und die GPU wird bei uns weiter bestehen zum Schrecken der Feinde des Proletariats. (Stürmischer Beifall.)

Ein Delegierter. Gestatten Sie mir, Genosse Stalin, Ihnen im Namen der hier anwesenden Delegierten den Dank auszudrücken für die Aufklärungen und für die Widerlegung jener Lügen, die im Ausland über die UdSSR verbreitet werden. Sie können gewiss sein, dass wir es verstehen werden, den Arbeitern in unserer Heimat die Wahrheit über die UdSSR zu erzählen.

Stalin. Nichts zu danken, Genossen. Ich halte es für meine Pflicht, die Fragen zu beantworten und Ihnen Rechenschaft abzulegen. Wir Sowjetfunktionäre sind der Auffassung, dass wir verpflichtet sind, unseren Klassenbrüdern in allen Fragen, in denen sie Bericht zu erhalten wünschen, Rechenschaft abzulegen. Unser Staat ist ein Kind des Weltproletariats. Die Führer unseres Staates erfüllen lediglich ihre Pflicht gegenüber dem Weltproletariat, wenn sie vor dessen Vertretern Rechenschaft ablegen. (Beifall.)

„Prawda“ Nr. 260 und 261,
13. und 15. November 1927.

DER INTERNATIONALE CHARAKTER DER OKTOBERREVOLUTION

Zum zehnten Jahrestag des Oktobers

Die Oktoberrevolution darf nicht nur als eine Revolution „im nationalen Rahmen“ betrachtet werden. Sie ist vor allem eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung, denn sie bedeutet eine grundlegende Wendung in der Weltgeschichte der Menschheit, die Wendung von der alten, der kapitalistischen Welt zu der neuen, der sozialistischen Welt.

Die Revolutionen der Vergangenheit endeten gewöhnlich damit, dass am Regierungsruder eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe abgelöst wurde. Die Ausbeuter wechselten, die Ausbeutung blieb. So war es zur Zeit der Befreiungsbewegungen der Sklaven. So war es in der Periode der Aufstände der Leibeigenen. So war es in der Periode der bekannten „großen“ Revolutionen in England, in Frankreich, in Deutschland. Ich spreche nicht von der Pariser Kommune, die der erste, ruhmvolle, heroische, aber dennoch erfolglose Versuch des Proletariats war, die Geschichte gegen den Kapitalismus zu wenden.

Die Oktoberrevolution unterscheidet sich grundsätzlich von diesen Revolutionen. Sie setzt sich nicht das Ziel, eine Ausbeutungsform durch eine andere Ausbeutungsform, eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe zu ersetzen, sondern jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, alle und jede Ausbeutergruppen zu vernichten, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, die Macht jener Klasse aufzurichten, die von allen bisher dagewesenen unterdrückten Klassen die revolutionärste ist, eine neue, klassenlose, sozialistische Gesellschaft zu organisieren.

Eben deshalb bedeutet der Sieg der Oktoberrevolution eine grundlegende Wendung in der Geschichte der Menschheit, eine grundlegende Wendung im historischen Schicksalslauf des Weltkapitalismus, eine grundlegende Wendung in der Befreiungsbewegung des Weltproletariats, eine grundlegende Wendung in den Kampfmethoden und den Organisationsformen, in der Lebensweise und den Traditionen, in der Kultur und der Ideologie der ausgebeuteten Massen der ganzen Welt.

Das ist der Grund, weshalb die Oktoberrevolution eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung ist.

Darin liegt auch die Wurzel jener tiefen Sympathie, die die unterdrückten Klassen aller Länder der Oktoberrevolution entgegenbringen, in der sie das Unterpfand ihrer eigenen Befreiung sehen.

Man könnte eine Reihe von grundlegenden Fragen nennen, in denen die Oktoberrevolution auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt einwirkt.

1. Die Oktoberrevolution ist vor allem dadurch bedeutsam, dass sie die Front des Weltimperialismus durchbrochen, die imperialistische Bourgeoisie in einem der größten kapitalistischen Länder gestürzt und das sozialistische Proletariat an die Macht gebracht hat.

Die Klasse der Lohnsklaven, die Klasse der Gehetzten, die Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten ist zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit zur Stellung einer herrschenden Klasse emporgestiegen, und ihr Beispiel wirkt ansteckend auf die Proletarier aller Länder.

Das bedeutet, dass die Oktoberrevolution eine neue Epoche eröffnet hat, die Epoche der proletarischen Revolutionen in den Ländern des Imperialismus.

Sie hat den Gutsbesitzern und Kapitalisten die Produktionsinstrumente und -mittel weggenommen und in gesellschaftliches Eigentum verwandelt und so dem bürgerlichen Eigentum das sozialistische Eigentum entgegengestellt. Sie hat damit die Lüge der Kapitalisten entlarvt, dass das bürgerliche Eigentum unantastbar, heilig, ewig sei.

Sie hat der Bourgeoisie die Macht entrissen, hat der Bourgeoisie die politischen Rechte genommen, den bürgerlichen Staatsapparat zerstört und die Macht den Sowjets übergeben

und so dem bürgerlichen Parlamentarismus, der kapitalistischen Demokratie, die sozialistische Macht der Sowjets, die proletarische Demokratie, entgegengestellt. Lafargue hatte Recht, als er schon 1887 sagte, dass am Tage nach der Revolution „allen ehemaligen Kapitalisten das Wahlrecht genommen werden wird“[61].
Dadurch hat die Oktoberrevolution die Lüge der Sozialdemokraten entlarvt, dass heute ein friedlicher Übergang zum Sozialismus auf dem Wege über den bürgerlichen Parlamentarismus möglich sei.
Doch ist die Oktoberrevolution dabei nicht stehen geblieben und konnte dabei nicht stehen bleiben. Nachdem sie das Alte, das Bürgerliche, zerstört hatte, ging sie daran, das Neue, das Sozialistische, aufzubauen. Die zehn Jahre Oktoberrevolution sind zehn Jahre des Aufbaus der Partei, der Gewerkschaften, der Sowjets, der Genossenschaften, der Kulturorganisationen, des Verkehrswesens, der Industrie, der Roten Armee. Die unzweifelhaften Erfolge des Sozialismus in der UdSSR an der Front des Aufbaus haben anschaulich gezeigt, dass das Proletariat imstande ist, das Land erfolgreich ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu regieren, dass es imstande ist, die Industrie erfolgreich ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie aufzubauen, dass es imstande ist, die ganze Volkswirtschaft erfolgreich ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu leiten, dass es imstande ist, den Sozialismus trotz der kapitalistischen Umkreisung erfolgreich aufzubauen.
Die alte „Theorie“, dass die Ausgebeuteten nicht ohne die Ausbeuter auskommen können, ebenso wie der Kopf und die übrigen Körperteile nicht ohne den Magen auskommen können, ist nicht nur Eigentum des aus der Geschichte des Altertums bekannten römischen Senators Menenius Agrippa. Diese „Theorie“ bildet jetzt den Eckstein der politischen „Philosophie“ der Sozialdemokratie im Allgemeinen und der sozialdemokratischen Politik der Koalition mit der imperialistischen Bourgeoisie im Besonderen. Diese „Theorie“, die den Charakter eines Vorurteils angenommen hat, bildet heute eins der ernstesten Hindernisse auf dem Wege zur Revolutionierung des Proletariats der kapitalistischen Länder. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, dass sie dieser verlogenen „Theorie“ einen tödlichen Schlag versetzt hat.
Braucht man noch zu beweisen, dass diese und ähnliche Ergebnisse der Oktoberrevolution nicht ohne bedeutenden Einfluss auf die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern bleiben konnten noch bleiben können?
So allgemein bekannte Tatsachen wie das fortschreitende Wachstum des Kommunismus in den kapitalistischen Ländern, das Anwachsen der Sympathien der Proletarier aller Länder für die Arbeiterklasse der UdSSR und schließlich die vielen Besuche von Arbeiterdelegationen im Lande der Sowjets zeugen zweifellos davon, dass die von der Oktoberrevolution ausgestreute Saat bereits Früchte zu tragen beginnt.
2. Die Oktoberrevolution hat den Imperialismus nicht allein in den Zentren seiner Herrschaft, nicht allein in den „Mutterländern“ erschüttert. Sie hat auch einen Schlag gegen das Hinterland des Imperialismus, gegen seine Peripherie geführt und die Herrschaft des Imperialismus in den kolonialen und abhängigen Ländern untergraben.
Die Oktoberrevolution, die die Gutsbesitzer und Kapitalisten gestürzt hat, sprengte die Ketten der nationalen und kolonialen Unterdrückung und befreite von ihr ausnahmslos alle unterdrückten Völker eines riesigen Staates. Das Proletariat kann sich nicht befreien, ohne die unterdrückten Völker zu befreien. Einen charakteristischen Zug der Oktoberrevolution bildet die Tatsache, dass sie diese nationalen und kolonialen Revolutionen in der UdSSR nicht unter der Fahne der nationalen Feindschaft und der Zusammenstöße zwischen den Nationen durchgeführt hat, sondern unter der Fahne des gegenseitigen Vertrauens und der brüderlichen Annäherung zwischen den Arbeitern und Bauern der Völker der UdSSR, nicht im Namen des Nationalismus, sondern im Namen des Internationalismus.
Gerade weil die nationalen und kolonialen Revolutionen in unserem Lande unter der Führung des Proletariats und unter dem Banner des Internationalismus vor sich gegangen sind, gerade

darum sind die Pariavölker, die Sklavenvölker zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit zur Stellung von Völkern emporgestiegen, die wirklich frei und wirklich gleich sind, und ihr Beispiel wirkt ansteckend auf die unterdrückten Völker der ganzen Welt.
Das bedeutet, dass die Oktoberrevolution eine neue Epoche eröffnet hat, die Epoche der kolonialen Revolutionen, die in den unterdrückten Ländern der Welt im Bunde mit dem Proletariat und unter Führung des Proletariats durchgeführt werden.
Früher „war es üblich" zu glauben, die Welt sei von jeher in niedere und höhere Rassen, in Farbige und Weiße, eingeteilt, von denen die einen zur Zivilisation unfähig und dazu verdammt seien, Ausbeutungsobjekt zu sein, die anderen aber die einzigen Träger der Zivilisation seien, berufen, die ersteren auszubeuten.
Jetzt muss diese Legende als zerschlagen und erledigt betrachtet werden. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, dass sie dieser Legende den Todesstoß versetzt hat, indem sie in der Praxis zeigte, dass die befreiten nichteuropäischen Völker, in den Strom der Sowjetentwicklung einbezogen, nicht minder als die europäischen Völker befähigt sind, eine wirklich fortschrittliche Kultur und eine wirklich fortschrittliche Zivilisation zu entwickeln.
Früher „war es üblich" zu glauben, die einzige Methode der Befreiung der unterdrückten Völker sei die Methode des bürgerlichen Nationalismus, die Methode des Abfalls der einen Nation von der anderen, die Methode ihrer Entzweiung, die Methode der Verstärkung der nationalen Feindschaft zwischen den werktätigen Massen der verschiedenen Nationen.
Jetzt muss diese Legende als widerlegt betrachtet werden. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, dass sie dieser Legende den Todesstoß versetzt hat, indem sie in der Praxis die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der proletarischen, internationalen Methode der Befreiung der unterdrückten Völker als der einzig richtigen Methode zeigte, indem sie in der Praxis die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des brüderlichen Bundes der Arbeiter und Bauern der verschiedensten Völker auf der Grundlage der Freiwilligkeit und des Internationalismus zeigte. Das Bestehen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die ein Vorbild der zukünftigen Vereinigung der Werktätigen aller Länder in einer einheitlichen Weltwirtschaft ist, muss unbedingt als direkter Beweis dafür gelten.
Es erübrigt sich zu sagen, dass diese und ähnliche Ergebnisse der Oktoberrevolution nicht ohne bedeutenden Einfluss auf die revolutionäre Bewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern bleiben konnten noch bleiben können. Tatsachen wie das Anwachsen der revolutionären Bewegung der unterdrückten Völker in China, in Indonesien, in Indien usw. und die wachsenden Sympathien dieser Völker für die UdSSR zeugen zweifellos davon.
Die Ära der ungestörten Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonien und abhängigen Länder ist vorbei.
Angebrochen ist die Ära der Befreiungsrevolutionen in den Kolonien und abhängigen Ländern, die Ära des Erwachens des Proletariats dieser Länder, die Ära seiner 1Hegemonie in der Revolution.
3. Die Oktoberrevolution, die die Saat der Revolution sowohl in den Zentren des Imperialismus als auch in seinem Hinterland ausstreute, die Macht des Imperialismus in den „Mutterländern" schwächte und seine Herrschaft in den Kolonien erschütterte, hat dadurch die Existenz des Weltkapitalismus als ganzes in Frage gestellt.
Ist die spontane Entwicklung des Kapitalismus unter den Verhältnissen des Imperialismus - infolge der Ungleichmäßigkeit dieser Entwicklung, infolge der Unvermeidlichkeit von Konflikten und kriegerischen Zusammenstößen, schließlich infolge des beispiellosen imperialistischen Gemetzels - in den Prozess der Fäulnis und des Sterbens des Kapitalismus umgeschlagen, so musste die Oktoberrevolution und der mit ihr verbundene Abfall eines riesigen Landes vom Weltsystem des Kapitalismus diesen Prozess beschleunigen, Schritt für Schritt die Grundpfeiler des Weltimperialismus untergraben.

Mehr noch. Die Oktoberrevolution, die den Imperialismus erschüttert hat, schuf gleichzeitig in Gestalt der ersten proletarischen Diktatur eine mächtige und offene Basis der internationalen revolutionären Bewegung, wie diese sie vorher nie besessen hatte und auf die sie sich jetzt stützen kann. Sie schuf jenes mächtige und offene Zentrum der internationalen revolutionären Bewegung, wie sie es vorher nie besessen hatte und um das sie sich jetzt zusammenschließen kann bei der Organisierung der revolutionären Einheitsfront der Proletarier und der unterdrückten Völker aller Länder gegen den Imperialismus.
Das bedeutet vor allem, dass die Oktoberrevolution dem Weltkapitalismus eine tödliche Wunde geschlagen hat, von der er sich nie mehr erholen wird. Eben darum wird der Kapitalismus nie mehr das „Gleichgewicht" und die „Stabilität" wiedererlangen, die er vor dem Oktober besaß.
Der Kapitalismus kann sich teilweise stabilisieren, er kann seine Produktion rationalisieren, die Verwaltung des Landes in die Hände des Faschismus legen, die Arbeiterklasse eine Zeitlang niederhalten, aber er wird nie die „Ruhe" und die „Sicherheit", das „Gleichgewicht" und die „Stabilität" wiedererlangen, deren er sich früher rühmte, denn die Krise des Weltkapitalismus hat eine Entwicklungsstufe erreicht, wo bald in den Zentren des Imperialismus, bald an seiner Peripherie unvermeidlich die Flammen der Revolution hervorbrechen müssen, die die kapitalistischen Flickereien zunichte machen und mit jedem Tag den Sturz des Kapitalismus näher bringen. Ganz so wie in der bekannten Fabel: „Zieht er den Schwanz heraus, bleibt die Schnauze stecken, zieht er die Schnauze heraus, bleibt der Schwanz stecken."
Das bedeutet zweitens, dass die Oktoberrevolution die Kraft und die Bedeutung, den Mut und die Kampfbereitschaft der unterdrückten Klassen der ganzen Welt auf eine bestimmte Höhe gehoben und die herrschenden Klassen gezwungen hat, mit ihnen als mit einem neuen, ernsten Faktor zu rechnen. Heute kann man die werktätigen Massen der Welt nicht mehr als einen „blinden Haufen" betrachten, der im Finstern umherirrt und keine Perspektive hat, denn die Oktoberrevolution hat für sie einen Leuchtturm errichtet, der ihnen den Weg erhellt und ihnen eine Perspektive gibt. Gab es früher kein offenes Weltforum, von dem aus man die Hoffnungen und Bestrebungen der unterdrückten Klassen demonstrieren und gestalten konnte, so besteht heute ein solches Forum in Gestalt der ersten proletarischen Diktatur.
Es ist kaum daran zu zweifeln, dass die Vernichtung dieses Forums das gesellschaftliche und politische Leben der „fortgeschrittenen Länder" für lange Zeit in das Dunkel einer hemmungslos wütenden Reaktion hüllen würde. Es ist nicht zu leugnen, dass schon allein die Tatsache der Existenz des „bolschewistischen Staates" den finsteren Kräften der Reaktion Zügel anlegt und den unterdrückten Klassen den Kampf für ihre Befreiung erleichtert. Dadurch erklärt sich eigentlich auch der tierische Hass, den die Ausbeuter aller Länder gegen die Bolschewiki hegen.
Die Geschichte wiederholt sich, wenn auch auf neuer Grundlage. Wie früher, in der Periode des Untergangs des Feudalismus, das Wort „Jakobiner" bei den Aristokraten aller Länder Schrecken und Abscheu hervorrief, so ruft heute, in der Periode des Untergangs des Kapitalismus, das Wort „Bolschewik" bei der Bourgeoisie aller Länder Schrecken und Abscheu hervor. Und umgekehrt, wie früher Paris Zufluchtsstätte und Schule für die revolutionären Vertreter der aufsteigenden Bourgeoisie war, so ist heute Moskau Zufluchtsstätte und Schule für die revolutionären Vertreter des aufsteigenden Proletariats. Der Hass gegen die Jakobiner hat den Feudalismus nicht vor dem Zusammenbruch gerettet. Kann man bezweifeln, dass der Hass gegen die Bolschewiki den Kapitalismus nicht vor seinem unvermeidlichen Untergang retten wird?
Die Ära der „Stabilität" des Kapitalismus ist vorbei, und mit ihr auch die Legende von der Unerschütterlichkeit der bürgerlichen Ordnung.
Angebrochen ist die Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus.

4. Die Oktoberrevolution darf nicht nur als eine Revolution auf dem Gebiet der ökonomischen und gesellschaftlich-politischen Beziehungen betrachtet werden. Sie ist zugleich eine Revolution in den Köpfen, eine Revolution in der Ideologie der Arbeiterklasse. Die Oktoberrevolution wurde geboren und erstarkte unter dem Banner des Marxismus, unter dem Banner der Idee der Diktatur des Proletariats, unter dem Banner des Leninismus, der der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen ist. Sie bedeutet daher den Sieg des Marxismus über den Reformismus, den Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus, den Sieg der III. Internationale über die II. Internationale.

Die Oktoberrevolution hat eine unüberbrückbare Kluft zwischen Marxismus und Sozialdemokratismus, zwischen der Politik des Leninismus und der Politik des Sozialdemokratismus aufgerissen.

Früher, vor dem Sieg der Diktatur des Proletariats, konnte die Sozialdemokratie mit dem Banner des Marxismus prunken, ohne die Idee der Diktatur des Proletariats offen abzulehnen, wobei sie aber auch nichts, rein gar nichts unternahm, um die Verwirklichung dieser Idee zu beschleunigen; dabei ist klar, dass eine solche Haltung der Sozialdemokratie den Kapitalismus in keiner Weise gefährdete. Damals, in jener Periode, waren formell Sozialdemokratie und Marxismus ganz oder nahezu ein und dasselbe.

Jetzt, nach dem Sieg der Diktatur des Proletariats, da alle mit eigenen Augen gesehen haben, wozu der Marxismus führt und was sein Sieg zu bedeuten hat, kann die Sozialdemokratie nicht mehr mit dem Banner des Marxismus prunken, kann sie nicht mehr mit der Idee der Diktatur des Proletariats kokettieren, ohne eine gewisse Gefahr für den Kapitalismus heraufzubeschwören. Nachdem sie schon lange mit dem Geist des Marxismus gebrochen hatte, musste sie nunmehr auch mit dem Banner des Marxismus brechen, und sie wandte sich offen und unzweideutig gegen die Schöpfung des Marxismus, gegen die Oktoberrevolution, gegen die erste Diktatur des Proletariats in der Welt.

Jetzt musste sie sich vom Marxismus abgrenzen und grenzte sich auch tatsächlich von ihm ab, denn man kann sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht Marxist nennen, ohne offen und rückhaltlos die erste proletarische Diktatur in der Welt zu unterstützen, ohne den revolutionären Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen, ohne die Bedingungen für den Sieg der Diktatur des Proletariats im eigenen Lande zu schaffen.

Zwischen Sozialdemokratie und Marxismus tat sich eine Kluft auf. Von nun an ist der einzige Träger und das einzige Bollwerk des Marxismus der Leninismus, der Kommunismus.

Die Sache hatte aber damit allein nicht ihr Bewenden. Die Oktoberrevolution, die zwischen der Sozialdemokratie und dem Marxismus eine Trennungslinie zog, hatte weiter zur Folge, dass die Sozialdemokratie im Lager der direkten Verteidiger des Kapitalismus gegen die erste proletarische Diktatur der Welt landete. Wenn die Herren Adler und Bauer, Wels und Levi, Longuet und Blum das „Sowjetregime“ beschimpfen und die parlamentarische „Demokratie“ lobpreisen, so wollen sie damit sagen, dass sie für die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Ordnung in der UdSSR, für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Sklaverei in den „zivilisierten“ Staaten kämpfen und kämpfen werden.

Der gegenwärtige Sozialdemokratismus ist eine ideologische Stütze des Kapitalismus. Lenin hatte tausendmal recht, als er sagte, dass die heutigen sozialdemokratischen Politiker „wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, die Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse“ sind, dass sie sich im „Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie“ unvermeidlich „auf die Seite der ‚Versailler’ gegen die ‚Kommunarden’“[62] stellen werden.

Es ist unmöglich, dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten, ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ein Ende bereitet zu haben.

Deshalb ist die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung.

Die gewaltige Bedeutung der Oktoberrevolution besteht unter anderem darin, dass sie den unausbleiblichen Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus in der internationalen Arbeiterbewegung bedeutet.
Die Ära der Herrschaft der II. Internationale und des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ist zu Ende.
Angebrochen ist die Ära der Herrschaft des Leninismus und der III. Internationale.

„Prawda“ Nr. 255,
6.-7. November 1927.
Unterschrift: J. Stalin.

AN DIE PARTEIKONFERENZ DES MOSKAUER MILITÄRBEZIRKS[63]

Brüderlichen Gruß Euch, Genossen! Ich wünsche Euch jeglichen Erfolg in Eurer Arbeit. Es lebe unsere ruhmreiche Rote Armee!

J. Stalin
„Krasnaja Swesda“
(Der Rote Stern) Nr. 263,
18. November 1927.

DIE PARTEI UND DIE OPPOSITION

Rede auf der XVI. Moskauer Gouvernementsparteikonferenz[64]
23. November 1927

Genossen! Gestatten Sie mir, kurz die Bilanz des Kampfes zwischen der Partei und der Opposition, die Bilanz der Diskussion zu ziehen, die sich während der letzten drei, vier Wochen sowohl innerhalb der Partei als auch - das muss offen ausgesprochen werden - außerhalb der Partei entfaltet hat.

I
KURZE BILANZ DER DISKUSSION

In Zahlen ausgedrückt, haben wir folgende Bilanz: Bis zum heutigen Tage haben sich für die Partei, für ihr ZK etwas über 572000 Genossen ausgesprochen; für die Opposition - etwas über 3000.

Die Opposition paradiert gewöhnlich gern mit Zahlen, mit Prozenten; für uns sind 99 Prozent, so sagt sie und ähnliches mehr. Jetzt sieht ein jeder, dass sich mehr als 99 Prozent gegen die Opposition, für das Zentralkomitee der Partei ausgesprochen haben.

Und wer ist „schuld" daran? Die Opposition selbst! Die Opposition war es, die uns immer wieder zur Diskussion drängte. Seit zwei Jahren vergeht kein Tag, ohne dass sie erneut die Forderung nach einer Diskussion erhebt. Wir haben diesem Drängen nicht nachgegeben, wir, die Mitglieder des ZK, haben diesem Drängen nicht nachgegeben, da wir wissen, dass unsere Partei kein Diskussionsklub ist, wie Lenin ganz richtig sagte, da wir wissen, dass unsere Partei die Kampfpartei des Proletariats ist, die von Feinden umringt, den Sozialismus aufbaut, die in ihrer schöpferischen Tätigkeit eine Unmenge praktischer Aufgaben zu bewältigen hat und die infolgedessen nicht jedesmal ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei konzentrieren kann.

Die Zeit für die Diskussion kam jedoch heran, und einen Monat, mehr als einen Monat vor dem XV. Parteitag sagte die Partei, dem Parteistatut entsprechend: Gut, ihr wollt eine Diskussion, ihr fordert Kampf - soll es Kampf geben! Und hier ist die Bilanz: Mehr als 99 Prozent sind für die Partei, für ihr ZK, weniger als 1 Prozent - für die Opposition.

Die Prahlerei der Opposition ist entlarvt, sozusagen hundertprozentig entlarvt.

Man könnte sagen, dass diese Bilanz nicht als entscheidend zu betrachten ist. Man könnte sagen, dass es außer der Partei noch die Arbeiterklasse, die werktätigen Massen der Bauernschaft gibt. Man könnte sagen, dass hier, auf diesem Gebiet, die Bilanz noch nicht gezogen ist. Das stimmt nicht, Genossen! Die Bilanz ist auch auf diesem Gebiet gezogen.

Denn was bedeutet die Demonstration, die am 7. November in allen Städten und Orten unseres unermesslichen Landes stattfand? Ist das etwa nicht eine grandiose Demonstration der Arbeiterklasse, der werktätigen Schichten der Bauernschaft, der Roten Armee, der Roten Flotte für unsere Partei, für die Regierung, gegen die Opposition, gegen den Trotzkismus?

Ist etwa der Skandal, den die Opposition am zehnten Jahrestag des Oktober über sich heraufbeschwor, ist etwa die Einmütigkeit, mit der die Millionen Werktätigen an diesem Tage die Partei und die Regierung begrüßten, ist das alles etwa nicht ein Beweis dafür, dass nicht allein die Partei, sondern auch die Arbeiterklasse, nicht allein die Arbeiterklasse, sondern auch die werktätigen Schichten der Bauernschaft, nicht allein die werktätigen Schichten der Bauernschaft, sondern auch die ganze Armee, die ganze Flotte unerschütterlich zur Partei, zur Regierung stehen, dass sie gegen die Opposition, gegen die Desorganisatoren sind. (.Gang anhaltender Beifall.)

Was für eine Bilanz brauchen Sie noch?

Das, Genossen, ist die kurze Bilanz des Kampfes zwischen der Partei und der Opposition, zwischen den Bolschewiki und der Opposition, der sich innerhalb der Partei entwickelte und dann durch die Schuld eben der Opposition über den Rahmen der Partei hinausging.
Woraus erklärt sich diese schmähliche Niederlage der Opposition? Hat doch noch keine Opposition in der Geschichte unserer Partei, seit die Bolschewiki die Macht ergriffen, je ein so schmähliches Fiasko erlitten.
Wir kennen die Opposition der Trotzkisten in der Periode des Brester Friedens. Damals hatte sie ungefähr ein Viertel der Partei hinter sich.
Wir kennen die Opposition der Trotzkisten im Jahre 1921, während der Gewerkschaftsdiskussion. Damals hatte sie ungefähr ein Achtel der Partei hinter sich.
Wir kennen die Opposition auf dem XIV. Parteitag, die so genannte „neue Opposition", die Sinowjew-Kamenewsche. Damals hatte sie die gesamte Leningrader Delegation hinter sich.
Und jetzt? Jetzt ist die Opposition isoliert wie nie zuvor. Jetzt wird sie schwerlich auch nur einen Delegierten auf dem XV. Parteitag haben. (Lang anhaltender Beifall.)
Das Fiasko der Opposition erklärt sich aus ihrer völligen Losgelöstheit von der Partei, von der Arbeiterklasse, von der Revolution. Die Opposition hat sich als ein Häuflein Intellektueller erwiesen, die sich vom Leben losgelöst, die sich von der Revolution losgelöst haben - hier liegt die Wurzel des schmählichen Fiaskos der Opposition.
Überprüfen wir zwei oder drei von jenen Fragen, die die .Opposition von der Partei trennen.

II
DIE ARBEITERKLASSE UND DIE BAUERNSCHAFT

Die Frage der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.
Lenin sagte, dass die Frage der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in unserem Lande die grundlegende Frage der Diktatur des Proletariats, die grundlegende Frage unserer Revolution ist. Er sagte:

„10-20 Jahre richtiger Beziehungen zur Bauernschaft, und der Sieg ist im Weltmaßstab (sogar bei einer Verzögerung der proletarischen Revolutionen, die anwachsen) gesichert."[65]

Was bedeuten aber richtige Beziehungen zur Bauernschaft? Lenin verstand unter richtigen Beziehungen zur Bauernschaft, dass man, gestützt auf die Dorfarmut, ein „festes Bündnis" mit dem Mittelbauern herstellt.
Welche Auffassung aber hat die Opposition von dieser Frage? Nicht allein, dass sie auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft keinen Wert legt, dass sie nicht versteht, wie wichtig dieses Bündnis für die Entwicklung unserer Revolution ist, sie geht „weiter" und schlägt eine Politik vor, die zwangsläufig zur Sprengung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, zur Untergrabung des Zusammenschlusses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft führen muss.
Um nicht weit auszuholen, könnte ich auf Preobrashenski, den ersten Ökonomen der Opposition, verweisen, der die Bauernschaft als „Kolonie" für unsere Industrie, als Objekt größtmöglicher Ausbeutung betrachtet.
Ich könnte weiter auf eine Reihe von Dokumenten verweisen, in denen sich die Opposition für eine Erhöhung der Preise von Industriewaren ausspricht, für eine Erhöhung, die zwangsläufig zur Verkümmerung unserer Industrie, zur Stärkung des Kulaken, zur Ruinierung des Mittelbauern und zur Knechtung der Dorfarmut durch die Kulaken führen muss.
Alle diese und ähnliche Dokumente der Opposition sind ein Bestandteil der Politik der Opposition, die auf den Bruch mit der Bauernschaft, auf den Bruch mit den mittelbäuerlichen Massen berechnet ist.

Wird darüber etwas in der „Plattform“ oder in den Gegenthesen der Opposition direkt und offen gesagt? Nein, es wird nichts darüber gesagt. In der „Plattform“ und in den Gegenthesen der Opposition werden alle diese Dinge sorgfältig verheimlicht und verschleiert. Im Gegenteil, in der „Plattform“ und in den Gegenthesen der Opposition können Sie Dutzende von Komplimenten sowohl an die Adresse des Mittelbauern als auch an die Adresse der Dorfarmut finden. Sie enthalten außerdem Ausfälle gegen die Partei wegen einer angeblichen kulakischen Abweichung. Aber nichts, rein gar nichts wird darin direkt und offen über die verderbliche Linie der Opposition gesagt, die zum Bruch zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft führt und führen muss.
Das aber, was die Führer der Opposition vor den Arbeitern und Bauern so sorgfältig verbergen, will ich jetzt versuchen, ans Tageslicht zu ziehen und auf den Tisch zu legen, damit der Opposition in Zukunft die Lust vergeht, die Partei zu betrügen. Ich denke an die Rede, die Iwan Nikititsch Smirnow kürzlich auf der Parteikonferenz des Rogoshsko-Simonowski-Stadtbezirks gehalten hat. Smirnow, einer der Führer der Opposition, erwies sich als einer der wenigen ehrlichen Oppositionellen, die den Mut aufbrachten, über die Linie der Opposition die Wahrheit zu sagen. Sie wollen wissen, welches die wirkliche „Plattform“ der Opposition in der Frage der Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft ist? Lesen Sie Smirnows Rede und studieren Sie sie, denn Smirnows Rede ist eins der seltenen Dokumente der Opposition, die die ganze Wahrheit über die wirkliche Stellung unserer Oppositionellen sagen.
Folgendes sagt Smirnow in seiner Rede:

„Wir sagen, dass unser Staatsbudget so revidiert werden muss, dass der größere Teil unseres Fünfmilliardenbudgets für die Industrie ausgegeben wird, weil es für uns besser ist, ein Zerwürfnis mit dem Mittelbauern hinzunehmen, als dem unvermeidlichen Untergang entgegenzugehen.“

Das ist das Grundlegende von all dem, was die Führer der Opposition in ihrer „Plattform“ und in ihren Gegenthesen verheimlicht haben und was Smirnow, ebenfalls einer der Führer der Opposition, gewissenhaft ans Tageslicht zog.
Also, nicht festes Bündnis mit dem Mittelbauern, sondern Zerwürfnis mit dem Mittelbauern - das ist, so stellt sich heraus, das Mittel zur „Rettung“ der Revolution.
Lenin sagte, dass „das höchste Prinzip der Diktatur die Aufrechterhaltung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft ist, damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht behaupten kann“[66].
Die Opposition aber ist damit nicht einverstanden und behauptet, für die Diktatur des Proletariats sei nicht das Bündnis mit der Bauernschaft, mit den Hauptmassen der Bauernschaft, sondern das Zerwürfnis mit ihnen wichtig.
Lenin sagte - und er sagte es nicht nur, sondern wiederholte es seit dem VIII. Parteitag unablässig, dass ein erfolgreicher Aufbau des Sozialismus in unserem Lande ohne „festes Bündnis mit dem Mittelbauern“[67] unmöglich ist.
Die Opposition aber ist damit nicht einverstanden und behauptet, die Politik des festen Bündnisses mit der Mittelbauernschaft könne durch eine Politik des Zerwürfnisses mit ihr ersetzt werden.
Lenin sagte, dass wir beim Aufbau des Sozialismus gemeinsam mit den Hauptmassen der Bauernschaft vorwärts schreiten müssen.
Die Opposition aber ist damit nicht einverstanden und behauptet, dass wir nicht gemeinsam mit der Bauernschaft, sondern im Zerwürfnis mit ihr vorwärts schreiten müssen.
Darin bestehen die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition in der Kardinalfrage, in der Frage der Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft.

Die Opposition versuchte, in ihrer „Plattform“ ihre wirkliche Physiognomie zu verbergen, indem sie sich mit Komplimenten an die Adresse der Bauernschaft herausredete und heuchlerische Ausfälle gegen die Partei wegen einer angeblichen kulakischen Abweichung machte. Smirnow aber nimmt an der „Plattform“ der Opposition eine gründliche Korrektur vor, er hat den Führern der Opposition die Maske vom Gesicht gerissen und der Partei die Wahrheit über die Opposition mitgeteilt, die Wahrheit über die wirkliche Plattform der Opposition.

Was ergibt sich nun daraus? Daraus ergibt sich, dass die „Plattform“ und die Gegenthesen der Opposition nur ein Fetzen Papier sind, darauf berechnet, die Partei und die Arbeiterklasse zu täuschen.

Was aber bedeutet eine Politik des Zerwürfnisses mit dem Mittelbauern? Die Politik des Zerwürfnisses mit dem Mittelbauern ist eine Politik des Zerwürfnisses mit der Mehrheit der Bauernschaft, denn die Mittelbauern machen nicht weniger als 60 Prozent der gesamten Bauernschaft aus. Gerade darum führt die Politik des Zerwürfnisses mit dem Mittelbauern dazu, dass die Mehrheit der Bauernschaft den Kulaken in die Arme getrieben wird. Eine Politik aber, die die Mehrheit der Bauernschaft den Kulaken in die Arme treibt, bedeutet Stärkung des Kulakentums, Isolierung der Dorfarmut, Schwächung der Sowjetmacht im Dorfe und erleichtert dem Kulakentum die Knebelung der Dorfarmut.

Aber damit hat die Sache noch nicht ihr Bewenden. Eine Politik des Zerwürfnisses mit der Mehrheit der Bauernschaft betreiben heißt den Bürgerkrieg im Dorfe eröffnen, die Versorgung unserer Industrie mit Rohstoffen der bäuerlichen Wirtschaft (Baumwolle, Zuckerrüben, Flachs, Leder, Wolle usw.) erschweren, die Versorgung der Arbeiterklasse mit landwirtschaftlichen Produkten desorganisieren, die eigentlichen Grundlagen unserer Leichtindustrie untergraben, unsere ganze Aufbauarbeit vereiteln, unseren ganzen Plan der Industrialisierung des Landes vereiteln.

So sehen die Dinge aus, Genossen, wenn man nicht die leeren Erklärungen ins Auge fasst, die die Opposition in ihrer „Plattform“ und in ihren Gegenthesen abgibt, sondern die wirkliche Politik der Opposition, die uns Smirnow autoritativ erläutert hat.

Es liegt mir fern, die Opposition zu beschuldigen, dass sie bewusst danach strebe, dieses ganze Unheil anzurichten. Aber es geht hier nicht um die Wünsche und Bestrebungen der Opposition. Es geht um die Ergebnisse, die die oppositionelle Politik des Zerwürfnisses mit der Mittelbauernschaft unvermeidlich nach sich ziehen muss.

Der Opposition passiert hier das gleiche, was dem Bären aus Krylows Fabel „Der Eremit und der Bär“ passierte. (Heiterkeit.) Natürlich wollte der Bär, als er seinem Freunde, dem Eremiten, mit einem schweren Stein den Schädel einschlug, diesen nur vor einer zudringlichen Fliege retten. Seine Wünsche waren die allerfreundschaftlichsten. Nichtsdestoweniger ergab sich aus den freundschaftlichen Wünschen des Bären eine keineswegs freundschaftliche Handlung, die zur Folge hatte, dass der Eremit vom Leben Abschied nehmen musste. Die Opposition wünscht der Revolution natürlich alles Gute. Aber sie schlägt dafür Mittel vor, die zur Zerschlagung der Revolution, zur Zerschlagung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, zur Vereitelung unserer ganzen Aufbauarbeit führen müssen.

Die „Plattform“ der Opposition. ist eine Plattform der Sprengung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, eine Plattform der Vereitelung unserer ganzen Aufbauarbeit, eine Plattform der Vereitelung der Industrialisierung.

III
DIE PARTEI UND DIE
DIKTATUR DES PROLETARIATS

Die Frage der Partei.
Lenin sagt, dass die Einheit und die eiserne Disziplin der Partei die Grundlage der Diktatur des Proletariats ist. Die Opposition vertritt in der Praxis entgegengesetzte Auffassungen. Sie ist der Meinung, die Diktatur des Proletariats erfordere nicht Einheit und eiserne Disziplin der Partei, sondern die Zerstörung der Einheit und der Disziplin der Partei, die Spaltung der Partei, die Bildung einer zweiten Partei. Allerdings, die Opposition redet und schreibt, schreibt und redet, und redet nicht einfach, sondern mit großem Stimmaufwand über die Einheit der Partei. Aber das Gerede der Opposition über die Einheit der Partei ist heuchlerisches Geschwätz, darauf berechnet, die Partei zu täuschen. (Beifall.)
Denn während die Opposition von der Einheit redet und schreit, baut sie zugleich eine neue, eine antileninistische Partei auf. Und sie baut sie nicht erst auf. Sie hat sie bereits aufgebaut, wovon authentische Dokumente zeugen, wie die Reden Kusownikows, Sofs und Renos, die früher Oppositionelle waren.
Wir sind jetzt im Besitz erschöpfender Dokumente, die davon zeugen, dass die Opposition nunmehr schon das zweite Jahr eine eigene, antileninistische Partei hat, mit eigenem ZK, eigenen Gebietsbüros, Gouvernementsbüros usw. Was kann die Opposition diesen Tatsachen entgegenstellen, außer verlogenem Geschwätz über die Einheit?
Die Opposition schreit, dem Zentralkomitee der Partei werde es nicht gelingen, sie in die Position einer zweiten Partei zu drängen. Merkwürdig! Hat etwa das ZK jemals die Opposition in eine solche Position drängen wollen? Ist es etwa nicht Tatsache, dass das ZK die Opposition stets davon zurückhielt, auf die Linie der Organisierung einer zweiten Partei hinab zu gleiten?
Die ganze Geschichte unserer Meinungsverschiedenheiten während dieser zwei Jahre ist die Geschichte der Versuche des ZK unserer Partei, die Opposition von spalterischen Schritten zurückzuhalten und die Menschen aus der Opposition für die Partei zu erhalten.
Nehmen Sie die Geschichte der bekannten „Erklärung“ der Opposition vom 16. Oktober 1926. Ist das etwa nicht ein Versuch des Zentralkomitees, die Opposition im Rahmen der Partei zu halten?
Nehmen Sie die zweite „Erklärung“ der Opposition vom 8. August 1927. Wovon zeugt sie, wenn nicht davon, dass das Zentralkomitee der Partei stets darum bemüht war, die Opposition im Rahmen einer einheitlichen Partei zu halten?
Und was geschah? Die Opposition gab Erklärungen ab über die Einheit, Versprechungen über die Einheit, Versicherungen über die Einstellung der Fraktionsmacherei, in Wirklichkeit aber fuhr sie fort, eine zweite Partei aufzubauen.
Wovon zeugt das alles? Davon, dass man den Worten der Opposition nicht glauben darf. Davon, dass man die Opposition nicht auf Grund ihrer „Plattformen“ und Gegenthesen, sondern auf Grund ihrer Taten prüfen muss.
Lenin sagte: Lernt Gruppen, Strömungen, Parteien nicht auf Grund ihrer Versprechungen und „Plattformen“ prüfen, sondern auf Grund ihrer Taten. Wir halten es für unsere Pflicht, Lenin zu folgen und die Opposition nicht auf Grund der Papierchen und „Plattformen“, die sie zusammenschmiert, zu prüfen, sondern auf Grund ihrer Taten.
Wenn die Opposition „Plattformen“ und Gegenthesen verfasst und zugleich mit großem Stimmaufwand über die Einheit der Partei redet, so ist das Betrug an der Partei, so ist das Pharisäertum, so sind das leere Worte. Wenn aber die Opposition eine neue Partei aufbaut, ein eigenes Zentralkomitee schafft, Gebietsbüros organisiert usw. und damit die Einheit und die proletarische Disziplin unserer Partei untergräbt - so sind das die Taten der Opposition, ihre schwarzen Taten.

Das bedeutet natürlich nicht, dass es der Opposition schon gelungen wäre, etwas Ähnliches wie eine wirkliche Partei zu schaffen. Nein, das ist ihr nicht gelungen und wird ihr niemals gelingen. Es wird ihr nicht gelingen, weil die Arbeiterklasse gegen die Opposition ist. Wenn die Opposition versucht, eine neue Partei, eine zweite Partei zu schaffen, gibt sie sich im Grunde genommen mit einem kindischen Spiel ab, sie spielt Partei, ZK, Gebietsbüros usw. Nachdem sie völlig geschlagen sind und sich mit Schande bedeckt haben, trösten sich die Oppositionellen damit, dass sie sich am Parteispielen, am ZK-Spielen, am Gebietsbürospielen usw. ergötzen. (Heiterkeit, Beifall.)

Aber, Genossen, zwischen Spielen und Spielen ist ein Unterschied. Wenn die Opposition Partei spielt, so kann das nur Heiterkeit hervorrufen, denn für die Partei ist dieses Spiel nichts als ein lächerliches Unterfangen.

Aber wir haben es nicht nur mit der Partei zu tun. Bei uns gibt es noch Klassen, bei uns gibt es noch sowjetfeindliche Elemente. Und diese sowjetfeindlichen Elemente verfolgen das Spiel der Opposition und lernen von ihr, wie man gegen die Partei kämpft, gegen die Sowjetmacht kämpft, gegen unsere Revolution kämpft. Für diese Elemente ist das Parteispielen der Opposition, sind die Angriffe der Opposition gegen die Partei, die sowjetfeindlichen Ausfälle der Opposition eine gewisse Schule, eine gewisse Vorschule für den Kampf gegen die Sowjetmacht, für die Entfesselung der Kräfte der Konterrevolution.

Nicht von ungefähr heftet sich an die Opposition ein Schwarm aller möglichen sowjetfeindlichen Elemente. Das ist das Gefährliche an dem Parteispielen der Opposition. Und eben, weil hier eine ernste Gefahr besteht, eben deshalb kann die Partei diesen sowjetfeindlichen Exerzitien der Opposition nicht gleichgültig zusehen, eben deshalb muss sie ihnen ein für allemal ein Ende bereiten.

Die Arbeiterklasse aber sieht die ganze Gefährlichkeit dieses parteifeindlichen Spiels der Opposition. Für die Opposition ist die Partei ein Schachbrett. In ihrem Kampf gegen die Partei macht sie diesen oder jenen Schachzug. Heute gibt sie eine Erklärung über die Einstellung der Fraktionsmacherei ab. Morgen pfeift sie auf ihre eigene Erklärung. Am nächsten Tag gibt sie eine neue Erklärung ab, um einige Tage darauf wiederum auf ihre eigene Erklärung zu pfeifen. Für die Opposition sind das Schachzüge. Sie sind Spieler, nichts weiter.

Eine andere Auffassung hat die Arbeiterklasse von ihrer Partei. Für die Arbeiterklasse ist die Partei kein Schachbrett, sondern das Instrument ihrer Befreiung. Für die Arbeiterklasse ist die Partei kein Schachbrett, sondern ein lebensnotwendiges Mittel zur Überwindung der Feinde, zur Organisierung neuer Siege, zur Erringung des endgültigen Sieges des Sozialismus. Deshalb kann die Arbeiterklasse nur mit Verachtung auf diejenigen blicken, die ihre Partei, ihr Allerheiligstes, in ein Schachbrett für die gaunerischen Exerzitien der oppositionellen Spieler verwandeln wollen. Denn die Arbeiterklasse weiß, dass die Arbeit der Opposition zur Untergrabung der eisernen Disziplin unserer Partei, die Arbeit der Opposition zur Spaltung unserer Partei im Grunde genommen eine Arbeit zur Sprengung der Diktatur des Proletariats in unserem Lande ist.

Die „Plattform" der Opposition ist eine Plattform der Zerstörung unserer Partei, eine Plattform der Entwaffnung der Arbeiterklasse, eine Plattform der Entfesselung der sowjetfeindlichen Kräfte, eine Plattform der Sprengung der Diktatur des Proletariats.

IV
DIE PERSPEKTIVEN UNSERER REVOLUTION

Gehen wir zur dritten Frage über, zur Frage der Perspektiven unserer Revolution.
Ein charakteristischer Zug der ganzen Konzeption der Opposition ist der Unglaube an die Kräfte unserer Revolution, der Unglaube an die Kräfte und an die Fähigkeit des Proletariats, die Bauernschaft zu führen, der Unglaube an die Kräfte und an die Fähigkeit der Arbeiterklasse, den Sozialismus zu errichten.
Ich zitierte bereits die bekannte Stelle aus Smirnows Rede über den unvermeidlichen „Untergang" unserer Revolution, falls wir uns nicht zu einem Zerwürfnis mit der Mittelbauernschaft bereit finden. Das Lied vom „Untergang" der Revolution hören wir von den Oppositionellen nicht zum erstenmal. Ewiges Lamentieren und Kopflosigkeit angesichts von Schwierigkeiten, Prophezeiungen eines Niedergangs und Zusammenbruchs unserer Revolution begegnen uns in den Erklärungen der Oppositionellen nicht zum erstenmal. Seitdem die Fraktionspolitik der Opposition Bankrott über Bankrott erlitt, hörte die Opposition nicht auf, vom „Untergang" unserer Revolution zu schreien, wobei sie den Untergang ihrer eigenen Gruppe für den „Untergang" der Revolution ausgab. Die Opposition braucht nur in der Minderheit zu bleiben, sie braucht nur Schläge von der Partei zu bekommen, und schon läuft sie auf die Straße und erhebt ein großes Geschrei vom „Untergang" der Revolution, wobei sie alle und jegliche Schwierigkeiten gegen die Partei ausnützt.
Bereits in der Periode des Brester Friedens, im Jahre 1918, während der bekannten Schwierigkeiten der Revolution, erhob Trotzki, den die Partei auf dem VII. Parteitag vernichtend geschlagen hatte, ein großes Geschrei vom „Untergang" unserer Revolution. Die Revolution ging jedoch nicht unter, und die Prophezeiungen Trotzkis blieben eben leere Prophezeiungen.
Im Jahre 1921, in der Periode der Gewerkschaftsdiskussion, als sich im Zusammenhang mit der Aufhebung der Ablieferungspflicht neue Schwierigkeiten vor uns erhoben und Trotzki auf dem X. Parteitag abermals eine Niederlage erlitt, erhob er aufs neue ein großes Geschrei vom „Untergang" der Revolution. Ich erinnere mich gut, wie Trotzki im Politbüro, in Anwesenheit des Genossen Lenin, behauptete, dass „der Totenvogel schon gerufen hat" und dass die Tage und Stunden der Sowjetmacht gezählt seien. (Heiterkeit.) Die Revolution ging jedoch nicht unter, die Schwierigkeiten wurden überwunden, und das hysterische Gelärm vom „Untergang" der Revolution blieb eben Gelärm.
Ich weiß nicht, ob der Totenvogel damals gerufen hat oder nicht. (Heiterkeit.) Wenn er aber gerufen hat, so muss man sagen, dass er falsch gerufen hat. (Beifall, Heiterkeit.)
Im Jahre 1923, in einer Periode neuer Schwierigkeiten, die nunmehr auf der Grundlage der NÖP auftraten, in der Periode der Absatzkrise, begann Trotzki aufs neue vom „Untergang" der Revolution zu unken, wobei er die Niederlage seiner eigenen Gruppe auf unserer XIII. Parteikonferenz für eine Niederlage der Revolution ausgab. Die Revolution ging jedoch über dieses Unken hinweg und überwand die damals vor ihr stehenden Schwierigkeiten.
In den Jahren 1925-1926, in einer Periode neuer Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Aufschwung unserer Industrie auftraten, begann Trotzki, diesmal bereits zusammen mit Kamenew und Sinowjew, aufs neue vorn „Untergang" der Revolution zu unken, wobei er die Niederlage seiner eigenen Gruppe auf dem XIV. Parteitag und nach dem XIV. Parteitag für eine Niederlage der Revolution ausgab. Die Revolution dachte jedoch gar nicht daran, unterzugehen, die falschen Propheten wurden in den Hintergrund gedrängt, die Schwierigkeiten aber wurden wie immer, wie auch früher, überwunden, denn für die Bolschewiki sind Schwierigkeiten nicht dazu da, um darüber zu lamentieren und zu flennen, sondern um sie zu überwinden. (Brausender Beifall.)

Jetzt, Ende 1927, im Zusammenhang mit den neuen Schwierigkeiten, die in der Periode der Umgestaltung unserer gesamten Wirtschaft auf neuer technischer Basis aufgetreten sind, begannen sie aufs neue vom „Untergang“ der Revolution zu unken, um damit den tatsächlichen Untergang ihrer eigenen Gruppe zu verschleiern. Aber Sie alle sehen, Genossen, dass die Revolution lebt und gedeiht und dass es andere sind, die untergehen.
So haben sie geunkt und geunkt, bis sie schließlich ausgeunkt hatten. (Heiterkeit.)
Die „Plattform“ der Opposition ist eine Plattform des „Untergangs“ unserer Revolution.

V
WAS NUN WEITER?

Das ist die wirkliche Plattform der Opposition zu den drei Grundfragen unserer Meinungsverschiedenheiten: zur Frage der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, zur Frage der Partei und der Diktatur des Proletariats und schließlich zur Frage der Perspektiven unserer Revolution.
Wie Sie sehen, zeugt diese seltsame Plattform von der völligen Losgelöstheit der Opposition von der Partei, von der Arbeiterklasse, von unserer Revolution. Sie ist eine Plattform von Intellektuellen, die mit dem Leninismus gebrochen und sich vom Leben losgelöst haben.
Kann es nach all dem wundernehmen, dass sich die Partei und- die Arbeiterklasse vollends von der Opposition abgewandt hat?
Das ist der Grund, weshalb die Opposition in ihrem Kampf gegen die Partei während der letzten Diskussion schmählichen Bankrott erlitten hat. Was nun weiter? - fragt man uns.
Die Opposition beschwert sich darüber, dass sie auf eine von 31 Trotzkisten unterzeichnete Erklärung über die Einheit, die sie dieser Tage abgegeben hat, noch keine befriedigende Antwort erhalten habe. Was für eine Antwort kann es aber eigentlich auf die heuchlerische Erklärung der 31 Trotzkisten geben, wenn die verlogenen Erklärungen der Opposition immer wieder durch ihre spalterischen Handlungen über den Haufen geworfen werden? Die Geschichte unserer Partei kennt eine analoge Erklärung von 31 Menschewiki, die, glaube ich, im Jahre 1907 abgegeben wurde. (Zurufe: „Sehr richtig!“) Lenin nannte diese Erklärung damals „Heuchelei der 31 Menschewiki“[68]. (Heiterkeit.) Ich glaube, dass die Heuchelei der 31 Trotzkisten der Heuchelei der 31 Menschewiki völlig analog ist. (Zurufe: „Völlig richtig!“)
Die Opposition hat die Partei zweimal betrogen. Jetzt hat sie die Absicht, sie ein drittes Mal zu betrügen. Nein, Genossen, genug des Betrugs, genug des Spiels. (Beifall.)
Was nun weiter?
Weiter geht es nicht, Genossen, denn alle Grenzen des in der Partei Zulässigen sind überschritten. Man kann sich nicht länger in zwei Parteien gleichzeitig herumtreiben, sowohl in der alten, Leninschen Partei, die eine einheitliche und die einzige Partei ist, als auch in der neuen, trotzkistischen Partei. Es gilt, zwischen diesen zwei Parteien zu wählen.
Entweder vernichtet die Opposition selbst diese zweite, trotzkistische Partei, sagt sich von ihren antileninistischen Anschauungen los und brandmarkt ihre eigenen Fehler offen vor der gesamten Partei;
oder die Opposition tut das nicht - und dann werden wir selbst die trotzkistische Partei restlos vernichten. (Beifall.)
Entweder das eine oder das andere.
Entweder die Oppositionellen entschließen sich zu diesem unerlässlichen Schritt, oder sie tun das nicht, und dann - werden sie aus der Partei hinausfliegen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall. Ovationen des ganzen Saales. Gesang der „Internationale“.)

„Prawda“ Nr. 269,
24. November 1927.

DER XV. PARTEITAG DER KPdSU(B)[69]

2.-19. Dezember 1927

„Prawda" Nr. 279 und 282
6. und 9. Dezember 1927.

POLITISCHER RECHENSCHAFTSBERICHT DES ZENTRALKOMITEES

3. Dezember

I
DIE ANWACHSENDE KRISE DES WELTKAPITALISMUS UND DIE AUSSENPOLITISCHE STELLUNG DER UdSSR

Genossen, unser Land lebt und entwickelt sich inmitten einer kapitalistischen Umwelt. Seine außenpolitische Stellung hängt nicht nur von seinen inneren Kräften ab, sondern auch von dem Zustand dieser kapitalistischen Umwelt, von der Lage in den kapitalistischen Ländern, die unser Land umgeben, von ihrer Stärke und Schwäche, von der Stärke und Schwäche der unterdrückten Klassen in der ganzen Welt, von der Stärke und Schwäche der revolutionären Bewegung dieser Klassen. Ich rede schon gar nicht davon, dass unsere Revolution ein Teil der internationalen revolutionären Bewegung der unterdrückten Klassen ist.
Deshalb glaube ich, dass der Bericht des ZK mit einer Skizzierung der internationalen Stellung unseres Landes, mit einer Skizzierung der Lage in den kapitalistischen Ländern und des Zustands der revolutionären Bewegung in allen Ländern beginnen muss.

1. Die Wirtschaft des Weltkapitalismus und die Verschärfung des Kampfes um die Auslandsmärkte

a) Die erste Frage ist die nach dem Zustand der Produktion und des Handels in den größten kapitalistischen Ländern.
Genossen, die grundlegende Tatsache auf diesem Gebiet besteht darin, dass die Produktion der kapitalistischen Länder in diesen zwei Jahren, in der Berichtsperiode, über den Vorkriegsstand hinausgegangen ist, die Vorkriegsnormen überschritten hat.
Hier einige Zahlen darüber.
Der Index der Weltproduktion von Roheisen lag 1925 bei 97,6 Prozent und 1926 bereits bei 100,5 Prozent der Vorkriegsleistung; für das Jahr 1927 gibt es keine vollständigen Unterlagen; vorhanden sind Angaben über das erste Halbjahr, und diese sprechen von einem weiteren Anwachsen der Roheisenproduktion.
Der Index der Weltproduktion von Stahl lag 1925 bei 118,5 Prozent und 1926 bei 122,6 Prozent der Vorkriegsleistung.
Der Index der Weltproduktion von Kohle lag 1925 bei 97,9 Prozent, 1926 gab es einen gewissen Rückgang - auf 96,8 Prozent. Hier hat sich offenbar der Einfluss des englischen Streiks geltend gemacht.
Der Weltverbrauch von Baumwolle erreichte im Jahre 1925/26 108,3 Prozent und 1926/27 112,5 Prozent des Vorkriegsverbrauchs.
Die Welternte von fünf Getreidearten[70] belief sich im Jahre 1925 auf 107,2 Prozent, 1926 auf 110,5 Prozent und 1927 auf 112,3 Prozent der Vorkriegsernte.
So kommt der Gesamtindex der Weltproduktion langsam, in kleinen Schrittchen, voran und gelangt über das Vorkriegsniveau hinaus.
Dafür gibt es aber einige kapitalistische Länder, die nicht vorwärts schreiten, sondern vorwärts springen und das Vorkriegsniveau weit hinter sich lassen, so zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Nordamerika und in geringerem Maße auch Japan. Einige Angaben über die Vereinigten Staaten von Nordamerika: Die Produktion der verarbeitenden Industrie war 1925 auf 148 Prozent, im Jahre 1926 auf 152 Prozent, die der Grundstoffindustrie 1925 auf 143 Prozent und 1926 auf 154 Prozent des Vorkriegsstandes gestiegen.

Das Wachstum des internationalen Handels. Der Welthandel wächst nicht so rasch wie die Produktion, er bleibt gewöhnlich hinter der Produktion zurück, aber er ist trotzdem seinem Vorkriegsstand nahe gekommen. Der Index des Außenhandelsumsatzes in der ganzen Welt bzw. in den wichtigsten Ländern lag 1925 bei 98,1 Prozent, 1926 bei 97,1 Prozent des Vorkriegsumsatzes. Von den einzelnen Ländern erreichten die Vereinigten Staaten von Nordamerika 1925 134,3 und 1926 143 Prozent ihres Vorkriegsumsatzes; Frankreich 98,2 bzw. 99,2 Prozent; Deutschland 74,8 bzw. 73,6 Prozent; Japan 176,9 bzw. 170,1 Prozent.
Im Großen und Ganzen ist der Welthandel bereits dem Vorkriegsstand nahe gekommen, in einigen Ländern aber, zum Beispiel in Nordamerika und Japan, hat er den Vorkriegsstand bereits überschritten.
Schließlich eine dritte Reihe von Tatsachen, die von dem technischen Fortschritt, von der Rationalisierung der kapitalistischen Industrie, von der Schaffung neuer Wirtschaftszweige, von verstärkter Vertrustung, von verstärkter Kartellierung der Industrie im internationalen Maßstab sprechen. Diese Tatsachen sind, glaube ich, allen bekannt. Deshalb will ich mich nicht weiter darüber verbreiten. Ich stelle nur fest, dass das Kapital Erfolge aufzuweisen hat nicht nur hinsichtlich des Wachstums der Produktion wie des Handels, sondern auch auf dem Gebiet der Verbesserung der Produktionstechnik, auf dem Gebiet des technischen Fortschritts, auf dem Gebiet der Rationalisierung der Produktion, wobei dies alles zu einer weiteren Stärkung der größten Truste und zur Gründung neuer, mächtiger monopolistischer Kartelle geführt hat.
Das sind die Tatsachen, Genossen, die man feststellen und von denen man ausgehen muss.
Bedeutet das alles, dass die Stabilisierung des Kapitalismus damit fest, dass sie dauerhaft geworden wäre? Natürlich nicht! Bereits auf dem XIV. Parteitag hieß es im Bericht[71], dass der Kapitalismus bis zum Vorkriegsstand gelangen, dass er diesen Vorkriegsstand überschreiten, dass er seine Produktion rationalisieren kann, was aber noch nicht - bei weitem noch nicht - bedeutet, dass die Stabilisierung des Kapitalismus dadurch zu einer dauerhaften werden, dass der Kapitalismus die einstige Vorkriegsfestigkeit wiedererlangen könnte. Im Gegenteil, aus der Stabilisierung selbst, aus der Tatsache, dass die Produktion wächst, dass der Handel wächst, dass der technische Fortschritt und die Produktionsmöglichkeiten wachsen, während der Weltmarkt, die Grenzen dieses Marktes und die Einflusssphären der einzelnen imperialistischen Gruppen mehr oder weniger stabil bleiben - gerade daraus erwächst die tiefste und schärfste Krise des Weltkapitalismus, die mit neuen Kriegen schwanger geht und das Bestehen jeder wie immer gearteten Stabilisierung bedroht.
Aus der teilweisen Stabilisierung erwächst eine Verschärfung der Krise des Kapitalismus, die anwachsende Krise legt die Stabilisierung in Trümmer - das ist die Dialektik der Entwicklung des Kapitalismus im gegebenen historischen Moment.
b) Am charakteristischsten an diesem Wachstum der Produktion und des Handels des Weltkapitalismus ist die Tatsache, dass die Entwicklung ungleichmäßig vor sich geht. Die Entwicklung verläuft nicht so, dass die kapitalistischen Länder eins nach dem anderen vorwärts eilen, ruhig und gleichmäßig, ohne einander zu stören und niederzurennen, sondern umgekehrt - auf dem Wege der Verdrängung und des Niedergangs der einen Länder, auf dem Wege des Vorrückens und Emporkommens der anderen, als ein Kampf auf Leben und Tod, der von den Kontinenten und Ländern uni die Vorherrschaft auf dem Markt geführt wird.
Das Zentrum der Wirtschaft verlagert sich von Europa nach Amerika, vom Atlantischen nach dem Großen Ozean. Dadurch wächst der relative Anteil Amerikas und Asiens am Welthandelsumsatz auf Kosten Europas.
Einige Zahlen: waren 1913 Europa am Welthandel mit 58,5 Prozent, Amerika mit 21,2 Prozent und Asien mit 12,3 Prozent beteiligt, so ist 1925 der Anteil Europas auf 50 Prozent gesunken, dagegen der Anteil Amerikas auf 26,6 Prozent und der Asiens auf 16 Prozent gestiegen. Neben den Ländern mit vorwärts stürmendem Kapitalismus (Vereinigte Staaten von Nordamerika und in geringerem Maße Japan) haben wir Länder des wirtschaftlichen

Niedergangs (England). Neben dem erstarkenden kapitalistischen Deutschland und den in den letzten Jahren emporgekommenen und weiter aufsteigenden Ländern (Kanada, Australien, Argentinien, China, Indien) haben wir Länder eines sich stabilisierenden Kapitalismus (Frankreich, Italien). Es wächst die Zahl der Prätendenten auf Absatzmärkte, es wachsen die Produktionsmöglichkeiten, es wächst das Angebot, der Umfang der Märkte aber und die Grenzen der Einflusssphären bleiben mehr oder weniger stabil.
Das ist die Grundlage für die wachsenden unversöhnlichen Widersprüche des modernen Kapitalismus.
c) Dieser Widerspruch zwischen dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten und der relativen Stabilität der Märkte ist der Grund dafür, dass das Problem der Märkte jetzt das Hauptproblem des Kapitalismus ist. Verschärfung des Problems der Absatzmärkte im Allgemeinen, Verschärfung des Problems der Auslandsmärkte im Besonderen, Verschärfung des Problems der Märkte für Kapitalexport im Einzelnen - das ist der jetzige Zustand des Kapitalismus.
Hieraus erklärt sich denn auch, weshalb die Unterbelastung der Industriebetriebe zu einer gewöhnlichen Erscheinung wird. Mit der Verstärkung der Zollschranken wird nur Öl ins Feuer gegossen. Es wird dem Kapitalismus zu eng im Rahmen der jetzigen Märkte und Einflusssphären. Versuche, das Problem der Märkte friedlich zu lösen, blieben ergebnislos und mussten ergebnislos bleiben. Die bekannte Deklaration der Bankiers vom Jahre 1926 über die Freiheit des Handels endete bekanntlich mit einem Fiasko[72]. Die Wirtschaftskonferenz des Völkerbunds im Jahre 1927, die sich die „Vereinigung der wirtschaftlichen Interessen“ der kapitalistischen Länder zur Aufgabe stellte, hat ebenfalls mit einem Fiasko geendet. Der friedliche Weg zur Lösung des Problems der Märkte bleibt dem Kapitalismus verschlossen. Es bleibt für den Kapitalismus ein einziger „Ausweg“: eine Neuverteilung der Kolonien und Einflusssphären auf dem Wege der Gewalt, auf dem Wege militärischer Zusammenstöße, auf dem Wege neuer imperialistischer Kriege.
Aus der Stabilisierung entspringt das Anwachsen der Krise des Kapitalismus.

2. Die internationale Politik des Kapitalismus und die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege

a) Im Zusammenhang damit ist jetzt die Frage der Neuaufteilung der Welt und der Einflusssphären, die die Basis der Auslandsmärkte bilden, in der Politik des Weltkapitalismus die Hauptfrage. Ich sagte bereits, dass die jetzige Verteilung der Kolonien und Einflusssphären, die im Ergebnis des letzten imperialistischen Krieges festgesetzt wurde, schon wieder veraltet ist. Sie befriedigt jetzt weder Nordamerika, das in Asien (vor allem in China) einzudringen sucht und sich nicht mit Südamerika begnügt, noch England, dessen Händen die Dominions und eine Reihe wichtigster Märkte im Osten entgleiten, noch Japan, das in China dauernd von England und Amerika „gestört“ wird, noch Italien und Frankreich, zwischen denen unzählige „Streitfragen“ bestehen, sowohl in den Donauländern als auch im Mittelmeer, und um so weniger Deutschland, das noch immer keine Kolonien hat.
Daher der „allgemeine“ Drang nach einer Neuaufteilung der Märkte und Rohstoffquellen. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, dass die asiatischen Märkte und die Wege dahin die Hauptarena des Kampfes sind. Daher eine Reihe von Schlüsselproblemen, die Herde für neue Zusammenstöße bilden. Daher das so genannte Pazifikproblem (Antagonismus Amerika - Japan - England) als Ursache des Kampfes um die Vorherrschaft in Asien und auf den Wegen dahin. Daher das Mittelmeerproblem (Antagonismus England - Frankreich - Italien) als Ursache des Kampfes um die Vorherrschaft an den Küsten des Mittelmeers, des Kampfes um die kürzesten Wege nach dem Osten. Daher die Verschärfung des Erdölproblems (Antagonismus England --- Amerika), denn ohne Erdöl kann man nicht Krieg führen, wer

aber auf dem Gebiet des Erdöls überlegen ist, der hat auch Siegeschancen im kommenden Krieg.
Vor kurzem ist in der englischen Presse der „jüngste“ Plan Chamberlains veröffentlicht worden, der das Mittelmeerproblem „regulieren“ soll. Ich kann mich nicht dafür verbürgen, dass dieser Plan authentisch ist. Dass aber die Veröffentlichung des Chamberlainschen Planes symptomatisch ist, daran kann nicht gezweifelt werden. Er, dieser Plan, besteht darin, dass das „Mandat“ über Syrien Frankreich genommen und Italien übergeben wird, dass Tanger gegen eine finanzielle Abfindung Spaniens Frankreich übergeben wird, dass Deutschland Kamerun zurückerhält, dass Italien sich verpflichtet, nicht mehr auf dem Balkan „herumzurumoren“ usw.
All das geschieht unter der Flagge des Kampfes gegen die Sowjets. Bekanntlich wird jetzt überhaupt keine einzige Gemeinheit verübt, ohne dass man mit diesem Schmutz die Sowjets in Verbindung bringt.
Worin besteht jedoch der wirkliche Sinn dieses Planes? Der Sinn des Planes besteht darin, die französische Bourgeoisie aus Syrien zu verdrängen. Syrien ist von alters her das Tor nach dem Osten, nach Mesopotamien, nach Ägypten usw. Von Syrien aus kann man England sowohl am Suezkanal als auch in Mesopotamien schaden. Und nun will Chamberlain offenbar dieser unangenehmen Sache ein Ende machen. Wie nicht erst gesagt zu werden braucht, ist es kein Zufall, dass dieser Plan in die Presse gelangt ist. Der Wert dieser Tatsache besteht darin, dass sie eine krasse Charakteristik jener Zänkereien, Konflikte und militärischen Zusammenstöße gibt, mit denen die jetzigen Beziehungen der so genannten „Großmächte“ geladen sind.
Was den jetzigen Zustand des Erdölproblems und den Kampf um das Erdöl betrifft, so spricht darüber in recht beredter Weise die bekannte amerikanische Zeitschrift „World’s Work“[73] in ihrer Oktobernummer wie folgt:

„Darin liegt eine sehr reale Gefahr für den Frieden und das gegenseitige Verständnis zwischen den angelsächsischen Völkern ... Das Staatsdepartement wird die amerikanischen Geschäftsleute unweigerlich immer stärker unterstützen, je mehr das Bedürfnis danach zunimmt. Wenn die britische Regierung sich mit der britischen Erdölindustrie identifiziert, so wird auch die amerikanische Regierung sich früher oder später mit der amerikanischen Erdölindustrie identifizieren. Der Kampf kann nicht an die Regierungen übergehen, ohne dass die Kriegsgefahr gewaltig gesteigert wird.“

Zweifel sind unmöglich: Es handelt sich um die Organisierung neuer Mächtekoalitionen zwecks Vorbereitung neuer Kriege um die Auslandsmärkte, um die Rohstoffquellen und um die Wege zu ihnen.
b) Gab es in der Berichtsperiode Versuche zu einer „friedlichen Bereinigung“ der heranreifenden militärischen Konflikte? Ja, es gab sie. Es gab ihrer mehr, als man erwarten konnte. Aber diese Versuche haben zu nichts, zu rein gar nichts geführt. Noch mehr, diese Versuche erwiesen sich lediglich als ein Deckmantel für die Vorbereitungen der „Mächte“ zu neuen Kriegen, als ein Deckmantel, um das Volk, die „öffentliche Meinung“ zu betrügen.
Nehmen wir den Völkerbund, der nach Meinung der verlogenen bürgerlichen Presse und der nicht weniger verlogenen sozialdemokratischen Presse ein Instrument des Friedens ist. Wozu hat das Geschwätz des Völkerbunds von Frieden, Abrüstung und Rüstungseinschränkung geführt? Zu nichts Gutem, zu nichts anderem als zum Betrug an den Massen, als zu neuen fieberhaften Rüstungen, als zu einer neuen Verschärfung der heranreifenden Konflikte. Kann man es etwa als Zufall betrachten, dass der Völkerbund drei Jahre lang über Frieden und Abrüstung schwätzt, dass dieses verlogene Geschwätz drei Jahre lang von der so genannten II. Internationale unterstützt wird, während die „Nationen“ immer weiter rüsten und rüsten, die alten Konflikte zwischen den „Mächten“ ausweiten, neue Konflikte auftürmen und auf diese Weise den Frieden untergraben?

Was anders besagt das Fiasko der Dreierkonferenz über die Einschränkung der Flottenrüstungen (England, Amerika und Japan)[74], als dass dem Pazifikproblem neue imperialistische Kriege entspringen, dass die „Mächte“ weder abrüsten noch die Rüstungen einschränken wollen? Was hat der Völkerbund getan, um diese Gefahr abzuwenden?
Oder nehmen wir zum Beispiel die von der Sowjetdelegation unlängst in Genf unternommenen Schritte für eine wirkliche (und nicht bloß dekorative) Abrüstung[75]. Womit lässt es sich erklären, dass die gradsinnige und aufrichtige Erklärung des Genossen Litwinow über die völlige Abrüstung den Völkerbund in einen Zustand der Lähmung versetzt hat und für ihn „völlig unerwartet“ kam? Beweist diese Tatsache nicht, dass der Völkerbund kein Instrument des Friedens und der Abrüstung, sondern ein. Instrument zur Tarnung neuer Rüstungen, zur Tarnung der Vorbereitung neuer Kriege ist?
Die käufliche bürgerliche Presse aller Länder, von Japan bis England, von Frankreich bis Amerika, schreit aus vollem Halse über die „Unaufrichtigkeit“ der sowjetischen Abrüstungsvorschläge. Warum stellt man in einem solchen Fall nicht die Aufrichtigkeit der sowjetischen Vorschläge auf die Probe und schreitet nicht auf der Stelle praktisch zur Abrüstung oder wenigstens zu einer ernstlichen Einschränkung der Rüstungen? Was steht dem im Wege?
Oder nehmen wir zum Beispiel das jetzige System von „Freundschaftsverträgen“ der kapitalistischen Staaten, den Vertrag Frankreichs mit Jugoslawien, den Vertrag Italiens mit Albanien, den „Freundschaftsvertrag“ zwischen Polen und Litauen, den Pilsudski vorbereitet, das „Locarno-System“[76], den „Geist von Locarno“ usw. - was ist dies alles, wenn nicht ein System der Vorbereitung neuer Kriege und der Gruppierung der Kräfte für künftige militärische Konflikte?
Oder nehmen wir zum Beispiel folgende Tatsachen: von 1913 bis 1927 ist die Stärke der Armeen Frankreichs, Englands, Italiens, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japans von 1888000 auf 2262000 Mann angewachsen; in der gleichen Periode sind die Militärhaushalte derselben Länder von 2345 Millionen auf 3948 Millionen Goldrubel angewachsen; die Zahl der in diesen fünf Ländern vorhandenen einsatzbereiten Flugzeuge ist von 1923 bis 1927 von 2655 auf 4340 angewachsen, die Tonnage der Kreuzer dieser fünf Mächte von 724000 Tonnen im Jahre 1922 auf 864000 Tonnen im Jahre 1926; die Lage hinsichtlich des Gaskrieges wird durch die bekannte Erklärung des Chefs des kriegschemischen Dienstes der Vereinigten Staaten von Nordamerika, des Generals Fries, illustriert: „Eine 450 Kilogramm schwere, mit Lewisit geladene chemische Fliegerbombe kann zehn Häuserblocks von New York unbewohnbar machen, während 100 Tonnen Lewisit, von 50 Flugzeugen abgeworfen, ganz New York zumindest auf eine Woche unbewohnbar machen können.“
Wovon sprechen diese Tatsachen, wenn nicht davon, dass die Vorbereitung eines neuen Krieges mit Volldampf betrieben wird?
Das sind die Ergebnisse der „Friedenspolitik“ und der „Abrüstungs“-politik der bürgerlichen Staaten überhaupt, des Völkerbunds im Besonderen und der sozialdemokratischen Liebedienerei vor dem Kapital im Einzelnen.
Früher versuchte man, das Wachstum der Rüstungen mit dem Vorhandensein des bis an die Zähne bewaffneten Deutschlands zu rechtfertigen. Jetzt fällt diese „Rechtfertigung“ fort, da Deutschland entwaffnet ist.
Ist es etwa nicht klar, dass das Anwachsen der Rüstungen eine gebieterische Folge der Unvermeidlichkeit neuer imperialistischer Kriege zwischen den „Mächten“ ist, dass der „Geist des Krieges“ der Hauptinhalt des „Geistes von Locarno“ ist?
Ich glaube, dass man die jetzigen „friedlichen Beziehungen“ vergleichen könnte mit einem alten, abgetragenen Hemd, bestehend nur noch aus Flicken, die durch ein dünnes Fädchen zusammengehalten werden. Man braucht bloß mehr oder weniger ernstlich an diesem Fädchen zu zerren, es an dieser oder jener Stelle zu zerreißen, und das ganze Hemd fällt

auseinander, es bleibt nichts übrig als die Lappen. Man braucht nur irgendwo in Albanien oder in Litauen, in China oder in Nordafrika an den jetzigen „friedlichen Beziehungen“ zu rütteln, und das ganze „Gebäude der friedlichen Beziehungen“ fällt in Trümmer.
So war es vor dem letzten imperialistischen Krieg, als der Mord in Sarajewo[77] zum Kriege führte.
So steht es auch jetzt.
Aus der Stabilisierung erwächst die Unvermeidlichkeit neuer imperialistischer Kriege.

3. Der Zustand der internationalen revolutionären Bewegung und die Vorboten eines neuen revolutionären Aufschwungs

a) Zur Kriegführung genügt nicht das Wachstum der Rüstungen, genügt nicht die Organisierung neuer Koalitionen. Dazu bedarf es noch der Stärkung des Hinterlands in den Ländern des Kapitalismus. Kein einziges kapitalistisches Land kann einen ernsten Krieg führen, ohne vorher sein eigenes Hinterland gestärkt, ohne den „eigenen“ Arbeitern, ohne den „eigenen“ Kolonien den Zaum angelegt zu haben. Daher die allmähliche Faschisierung der Politik der bürgerlichen Regierungen.
Es kann nicht als Zufall bezeichnet werden, dass jetzt in Frankreich der Rechtsblock, in England der Block Hicks - Deterding - Urquhart, in Deutschland der Bürgerblock, in Japan die Kriegspartei, in Italien und Polen faschistische Regierungen an der Macht sind.
Daher der Druck auf die Arbeiterklasse, das Gewerkschaftsgesetz in England[78], das Gesetz über die „Bewaffnung der Nation“ in Frankreich[79], die Abschaffung des Achtstundentags in einer Reihe von Ländern, die überall zu beobachtende Offensive der Bourgeoisie gegen das Proletariat.
Daher der gesteigerte Druck auf die Kolonien und die abhängigen Länder, die Verstärkung der imperialistischen Truppenkontingente in diesen Ländern auf rund 1 Million Mann, wobei mehr als 700000 Soldaten davon in den britischen „Einflusssphären“ und „Besitzungen“ stehen.
b) Es lässt sich unschwer begreifen, dass dieser bestialische Druck der faschisierten Regierungen nicht ohne eine Gegenbewegung der unterdrückten Völker in den Kolonien und der Arbeiterklasse in den Metropolen bleiben konnte. Solche Tatsachen wie das Anwachsen der revolutionären Bewegung in China, in Indonesien, in Indien usw. müssen für die Geschicke des Weltimperialismus unweigerlich von entscheidender Bedeutung sein.
Urteilen Sie selbst. Von 1905 Millionen Bewohnern des gesamten Erdballs leben 1134 Millionen in den Kolonien und abhängigen Ländern, 143 Millionen leben in der UdSSR, 264 Millionen in den Ländern mit einer Zwischenstellung und nur 363 Millionen in den großen imperialistischen Ländern, die die Kolonien und abhängigen Länder unterdrücken.
Es ist klar, dass das revolutionäre Erwachen der kolonialen und abhängigen Länder das Ende des Weltimperialismus ankündigt. Die Tatsache, dass die chinesische Revolution noch nicht zum direkten Sieg über den Imperialismus geführt hat, diese Tatsache kann für die Perspektiven der Revolution keine entscheidende Bedeutung haben. Große Volksrevolutionen siegen nie vollständig im ersten Turnus ihrer Aktionen. Sie wachsen und erstarken im Wechsel von Flut und Ebbe. So war es überall, auch in Rußland. Ebenso wird es in China sein.
Das wichtigste Resultat der chinesischen Revolution ist die Tatsache, dass sie Hunderte Millionen von Ausgebeuteten und Unterdrückten aus jahrhundertelangem Schlaf gerüttelt und in Bewegung gebracht, den konterrevolutionären Charakter der Generalscliquen vollends entlarvt, den Kuomintanglakaien der Konterrevolution die Maske abgerissen, die Autorität der Kommunistischen Partei bei den unteren Schichten des Volkes gestärkt, die Bewegung in ihrer Gesamtheit auf eine höhere Stufe gebracht und bei den Millionen Menschen der unterdrückten Klassen Indiens, Indonesiens usw. neue Hoffnungen erweckt hat. Höchstens

Blinde und Kleinmütige können daran zweifeln, dass die chinesischen Arbeiter und Bauern einem neuen revolutionären Aufschwung entgegengehen.

Was die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in Europa betrifft, so haben wir auch hier, auch auf diesem Gebiet, unverkennbare Anzeichen einer Linksentwicklung der Massen der einfachen Arbeiter und einer revolutionären Belebung. Solche Tatsachen wie der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik in England, die revolutionäre Erhebung der Arbeiter in Wien, die revolutionären Demonstrationen in Frankreich und Deutschland aus Anlass der Ermordung Saccos und Vanzettis, die Wahlerfolge der deutschen und der polnischen Kommunistischen Partei, die unverkennbare Differenzierung der Arbeiterbewegung in England, kraft deren die Arbeiter nach links gehen, die Führer aber nach rechts, in den Schoß des offenen Sozialimperialismus, wie die Entartung der II. Internationale zu einem direkten Anhängsel des imperialistischen Völkerbunds, das Sinken der Autorität der sozialdemokratischen Parteien unter den breiten Massen der Arbeiterklasse, das überall zu beobachtende Wachstum des Einflusses und der Autorität der Komintern und ihrer Sektionen unter den Proletariern aller Länder, das Wachstum der Autorität der UdSSR unter den unterdrückten Klassen der ganzen Welt, der „Kongress der Freunde der Sowjetunion“[80] usw. - alle diese Tatsachen sprechen unzweifelhaft dafür, dass Europa in eine neue Phase revolutionären Aufschwungs eintritt.

Wenn eine Tatsache wie die Ermordung Saccos und Vanzettis Demonstrationen der Arbeiterklasse auszulösen vermochte, so ist das zweifellos ein Beweis dafür, dass sich in den Tiefen der Arbeiterklasse eine revolutionäre Energie angesammelt hat, die nach einem Anlass, einer Gelegenheit, mitunter sogar nach einer anscheinend ganz unbedeutenden Gelegenheit sucht und suchen wird, um zum Durchbruch zu kommen und sich gegen das kapitalistische Regime zu entladen.

Wir leben am Vorabend eines neuen revolutionären Aufschwungs sowohl in den Kolonien als auch in den Metropolen.

Aus der Stabilisierung erwächst ein neuer revolutionärer Aufschwung.

4. Die kapitalistische Welt und die UdSSR

a) Wir haben also alle Anzeichen der schwersten Krise und wachsender Labilität des Weltkapitalismus.

Wenn die zeitweilige Nachkriegskrise der Wirtschaft von 1920 und 1921 mit ihrem Chaos im Innern der kapitalistischen Länder und dem Zerfall der äußeren Verbindungen dieser Länder als überwunden gelten kann, weswegen ja die Periode der teilweisen Stabilisierung eintrat, so ist die allgemeine und grundlegende Krise des Kapitalismus, die sich infolge des Sieges der Oktoberrevolution und des Ausscheidens der UdSSR aus dem kapitalistischen Weltsystem abzeichnete, nicht nur nicht überwunden, sondern im Gegenteil, sie vertieft sich immer mehr und mehr und erschüttert die Existenzgrundlagen des Weltkapitalismus.

Die Stabilisierung hat die Entwicklung dieser allgemeinen und grundlegenden Krise nicht nur nicht behindert, sondern im Gegenteil, sie hat den Nährboden und die Quelle geliefert für deren weitere Entwicklung. Der zunehmende Kampf um die Märkte, die Notwendigkeit einer Neuaufteilung der Welt und der Einflusssphären, das Fiasko des bürgerlichen Pazifismus und des Völkerbunds, die fieberhafte Arbeit an der Bildung neuer Koalitionen und an der Umgruppierung der Kräfte angesichts eines möglichen neuen Krieges, das tollwütige Anwachsen der Rüstungen, der bestialische Druck auf die Arbeiterklasse und die kolonialen Länder, das Ansteigen der revolutionären Bewegung in den Kolonien und in Europa, das Wachstum der Autorität der Komintern in der ganzen Welt, schließlich die Festigung der Macht der Sowjetunion und die Stärkung ihrer Autorität unter den Arbeitern Europas und den werktätigen Massen der Kolonien - all das sind Tatsachen, die unweigerlich den internationalen Kapitalismus in seinen Grundfesten erschüttern müssen.

Die Stabilisierung des Kapitalismus wird immer fauler und unsicherer.
Konnte und musste man vor zwei Jahren von einem Abebben der revolutionären Wogen in Europa sprechen, so haben wir jetzt allen Grund zu der Behauptung, dass Europa eindeutig in die Phase eines neuen revolutionären Aufschwungs eintritt. Ich rede schon gar nicht von den kolonialen und abhängigen Ländern, wo die Stellung der Imperialisten immer katastrophaler wird.
b) Die Hoffnungen der Kapitalisten, die UdSSR kirre machen zu können, die Hoffnungen auf eine kapitalistische Entartung der UdSSR, auf ein Sinken ihrer Autorität unter den Arbeitern Europas und den werk-tätigen Massen der Kolonien sind zusammengebrochen. Die UdSSR wächst und entwickelt sich gerade als das Land des im Aufbau befindlichen Sozialismus. Ihr Einfluss unter den Arbeitern und Bauern der ganzen Welt wächst und erstarkt. Schon allein die Existenz der UdSSR als eines Landes des im Aufbau befindlichen Sozialismus trägt als einer der mächtigsten Faktoren dazu bei, den Weltimperialismus zu zersetzen und seine Stabilität sowohl in Europa als auch in den Kolonien zu untergraben. Die UdSSR wird unverkennbar zum Banner der Arbeiterklasse Europas und der unterdrückten Völker der Kolonien.
Um sich daher die Bahn frei zu machen für künftige imperialistische Kriege, um zwecks Festigung des kapitalistischen Hinterlands der „eigenen" Arbeiterklasse die Daumenschrauben noch fester anzuziehen und den „eigenen" Kolonien den Zaum anzulegen, muss man, so glauben die bürgerlichen Machthaber, vor allem die UdSSR zügeln, diesen Herd und Nährboden der Revolution, der überdies einen der größten Absatzmärkte für die kapitalistischen Länder darstellt. Daher das Aufleben der Interventionstendenzen unter den Imperialisten, die Politik der Isolierung der UdSSR, die Politik der Einkreisung der UdSSR, die Politik der Vorbereitung der Bedingungen für einen Krieg gegen die UdSSR.
Die Verstärkung der Interventionstendenzen im Lager der Imperialisten und die Gefahr eines Krieges (gegen die UdSSR) ist einer der Hauptfaktoren der jetzigen Lage.
Als der angesichts der sich entwickelnden Krise des Kapitalismus am meisten „gefährdete" und „in Mitleidenschaft gezogene" Teil gilt die englische Bourgeoisie. Sie ist es auch, die die Initiative ergriffen hat bei der Stärkung der Interventionstendenzen. Es ist klar, dass die Unterstützung der englischen Bergarbeiter durch die sowjetischen Arbeiter und die Sympathie der Arbeiterklasse der UdSSR für die revolutionäre Bewegung in China unweigerlich Öl ins Feuer sein mussten. Alle diese Umstände bedingten den Bruch Englands mit der UdSSR und die Verschlechterung der Beziehungen zu einer Reihe anderer Staaten.
c) Der Kampf zweier Tendenzen in den Beziehungen zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR, der Tendenz militärischer Aggression (England vor allem) und der Tendenz der Fortsetzung friedlicher Beziehungen (eine Reihe anderer kapitalistischer Länder), ist infolgedessen im gegenwärtigen Moment die grundlegende Tatsache im System unserer auswärtigen Beziehungen.
Tatsachen, die die Tendenz friedlicher Beziehungen in der Berichtsperiode kennzeichnen: der Nichtangriffsvertrag mit der Türkei; der Garantievertrag mit Deutschland; das Zollabkommen mit Griechenland; das Kreditabkommen mit Deutschland; der Garantievertrag mit Afghanistan; der Garantievertrag mit Litauen; die Paraphierung eines Garantievertrags mit Lettland; der Handelsvertrag mit der Türkei; die Beilegung des Konflikts mit der Schweiz; der Neutralitätsvertrag mit Persien; die Besserung der Beziehungen zu Japan; der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Amerika und Italien.
Tatsachen, die die Tendenz militärischer Aggression in der Berichtsperiode kennzeichnen: die englische Note anlässlich der finanziellen Unterstützung der streikenden Bergarbeiter; der Überfall auf die sowjetischen diplomatischen Vertreter in Peking, Tientsin und Schanghai; der Überfall auf die Arcos; der Bruch Englands mit der UdSSR; die Ermordung Wojkows; die Terrorakte englischer Söldlinge in der UdSSR; die Verschärfung der Beziehungen zu Frankreich in der Frage der Abberufung Rakowskis.

Konnte und musste man vor zwei Jahren von der Periode eines gewissen Gleichgewichts und „friedlichen Zusammenlebens“ zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern sprechen, so haben wir jetzt allen Grund zu der Behauptung, dass die Periode „friedlichen Zusammenlebens“ der Vergangenheit anzugehören beginnt und einer Periode imperialistischer Anrempelungen und der Interventionsvorbereitungen gegen die UdSSR Platz macht.
Allerdings sind die Versuche Englands, eine Einheitsfront gegen die UdSSR zustande zu bringen, zunächst noch nicht gelungen. Die Ursachen dieses Fehlschlags sind: der Interessengegensatz im Lager der Imperialisten, die Interessiertheit bestimmter Länder an wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR, die Friedenspolitik der UdSSR, der Widerstand der Arbeiterklasse Europas, die Furcht der Imperialisten, im Falle eines Krieges gegen die UdSSR die Revolution bei sich zu Hause zu entfachen. Das bedeutet aber noch nicht, dass England seine Bemühungen um die Bildung einer Einheitsfront gegen die UdSSR aufgeben wird, dass es ihm nicht gelingen wird, eine solche Front zu organisieren. Die Gefahr eines Krieges bleibt trotz des zeitweiligen Misserfolgs Englands bestehen.
Daher die Aufgabe, die Widersprüche im Lager der Imperialisten in Rechnung zu stellen, den Krieg hinauszuzögern, sich zu diesem Zweck von den Kapitalisten „loszukaufen“ und alle Maßnahmen zu ergreifen zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.
Wir dürfen die Worte Lenins nicht vergessen, dass sehr viel für unseren Aufbau davon abhängt, ob es uns gelingen wird, den Krieg mit der kapitalistischen Welt hinauszuzögern, der unvermeidlich ist, den man aber hinauszögern kann, entweder bis zu dem Moment, da die proletarische Revolution in Europa herangereift ist, oder bis zu dem Moment, da die kolonialen Revolutionen vollständig reif geworden sind, oder endlich bis zu dem Moment, da die Kapitalisten einander wegen der Aufteilung der Kolonien in die Haare geraten.
Deshalb ist für uns die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern eine unerlässliche Aufgabe.
Die Grundlage unserer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern besteht darin, dass wir ein Nebeneinanderbestehen der beiden entgegengesetzten Systeme für möglich halten. Die Praxis hat das vollständig gerechtfertigt. Der Stein des Anstoßes ist mitunter die Frage der Schulden und Kredite. Unsere Politik ist hier klar. Sie basiert auf der Formel: „Gibst du, dann gebe auch ich.“ Gibt man uns Kredite, mit denen wir unsere Industrie befruchten können, so bezahlen wir dafür einen gewissen Teil der Vorkriegsschulden, den wir als zusätzliche Zinsen für die Kredite betrachten. Gibt man uns nichts, so geben auch wir nichts. Die Tatsachen beweisen, dass wir in der Erlangung von Industriekrediten gewisse Erfolge verbuchen können. Ich denke dabei nicht nur an Deutschland, sondern auch an Amerika und England. Worin besteht hier das Geheimnis? Darin, dass unser Land ein ganz gewaltiger Markt für die Einfuhr von Maschinen ist und dass die kapitalistischen Länder einen Markt gerade für solche Erzeugnisse benötigen.

5. Schlußfolgerungen

Als Ergebnis haben wir:
Erstens das Anwachsen der Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Umwelt; die für den Kapitalismus bestehende Notwendigkeit einer Neuaufteilung der Welt durch einen Krieg; die Interventionstendenzen eines Teils der kapitalistischen Welt mit England an der Spitze; die Abgeneigtheit eines anderen Teils der kapitalistischen Welt, sich in einen Krieg mit der UdSSR verwickeln zu lassen, da er es vorzieht, wirtschaftliche Beziehungen zu ihr anzubahnen; der Kampf dieser beiden Tendenzen und eine gewisse Möglichkeit für die UdSSR, diese Widersprüche zwecks Aufrechterhaltung des Friedens in Rechnung zu stellen.
Zweitens die zerbröckelnde Stabilisierung; das Ansteigen der revolutionären Bewegung in den Kolonien; die Anzeichen eines neuen revolutionären Aufschwungs in Europa; das

Anwachsen der Autorität der Komintern und ihrer Sektionen in der ganzen Welt; das unverkennbare Anwachsen der Sympathien der Arbeiterklasse Europas für die UdSSR; die wachsende Stärke der UdSSR und die sich festigende Autorität der Arbeiterklasse unseres Landes unter den unterdrückten Klassen der ganzen Welt.
Daher die Aufgaben für die Partei:

1. Auf dem Gebiet der internationalen revolutionären Bewegung:

1. *Kampf für die Entwicklung der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt;*
2. *Kampf für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaften und der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Offensive des Kapitals;*
3. *Kampf für die Festigung der Freundschaft zwischen der Arbeiterklasse der UdSSR und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder;*
4. *Kampf für die Festigung des Zusammenschlusses zwischen der Arbeiterklasse der UdSSR und der Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern.*

2. Auf dem Gebiet der Außenpolitik der UdSSR:

a) *Kampf gegen die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege;*
b) *Kampf gegen die Interventionstendenzen Englands und Steigerung der Verteidigungsfähigkeit der UdSSR;*
c) *eine Politik des Friedens und Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern;*
d) *Erweiterung unseres Warenaustauschs mit dem Ausland auf der Grundlage der Festigung des Außenhandelsmonopols;*
e) *Annäherung an die so genannten „schwachen“ und „nicht gleich-berechtigten“ Staaten, die von den herrschenden imperialistischen Mächten unterjocht und ausgebeutet werden.*

II
DIE ERFOLGE DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS UND DIE INNERE LAGE DER UdSSR

Gestatten Sie mir, Genossen, zur inneren Lage unseres Landes, zu den Erfolgen unseres sozialistischen Aufbaus, zur Frage nach dem Schicksal der Diktatur des Proletariats, nach ihrer Entwicklung, nach ihrer Festigung überzugehen.
Unser XIV. Parteitag beauftragte das Zentralkomitee, unsere Volkswirtschaft unter dem Gesichtspunkt folgender Hauptaufgaben zu entwickeln:
erstens, dass unsere Politik ein fortschreitendes Anwachsen der Produktion der gesamten Volkswirtschaft fördert;
zweitens, dass die Politik der Partei das Entwicklungstempo der Industrie beschleunigt und dieser die führende Rolle in der gesamten Volkswirtschaft sichert;
drittens, dass im Zuge der Entwicklung der Volkswirtschaft dafür gesorgt wird, dass der Anteil des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft, der sozialistischen Wirtschaftsformen immer mehr anwächst auf Kosten des Sektors der privaten Warenwirtschaft und des kapitalistischen Sektors;
viertens, dass unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung, die Organisierung neuer Industriezweige, die Entwicklung bestimmter Rohstoffindustrien usw. derart betrieben wird, dass die Gesamtentwicklung unserem Lande die ökonomische Unabhängigkeit garantiert, dass unser Land sich nicht in ein Anhängsel des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems verwandelt;

fünftens, dass die Diktatur des Proletariats, der Block der Arbeiter-klasse und der Bauernmassen und die führende Rolle der Arbeiterklasse in diesem Block gestärkt werden;
sechstens, dass die materielle und kulturelle Lage der Arbeiterklasse und der Dorfarmut ständig gebessert wird.
Was hat unsere Partei, was hat das Zentralkomitee unserer Partei in der Berichtsperiode getan, um diese Aufgaben zu erfüllen?

1. Die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit

Die erste Frage ist die Entwicklung der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit. ich werde hier einige grundlegende Zahlen anführen zu der Frage, wie die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, die Industrie und die Landwirtschaft im Einzelnen während der Berichtsperiode gewachsen sind. Ich entnehme diese Zahlen den bekannten Aufstellungen der Staatlichen Plankommission. Ich habe die Kontrollzahlen der Staatlichen Plankommission für das Jahr 1927/28 und den Rohentwurf des Fünfjahrplans im Auge.
a) Das Wachstum der gesamten volkswirtschaftlichen Produktion der UdSSR in den letzten zwei Jahren. Lag die Bruttoproduktion der Landwirtschaft nach den neuen Berechnungen der Staatlichen Plankommission im Jahre 1924/25 bei 87,3 Prozent des Vorkriegsstandes, die Produktion der gesamten Industrie aber bei 63,7 Prozent der Vorkriegsleistung, so haben wir jetzt, zwei Jahre später, im Jahre 1926/27, bereits eine landwirtschaftliche Produktion von 108,3 Prozent und eine industrielle Produktion von 100,9 Prozent. In den Kontrollzahlen der Staatlichen Plankommission ist für 1927/28 eine weitere Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion auf 111,8 Prozent, der industriellen auf 114,4 Prozent des Vorkriegsstandes vorgesehen.
Das Wachstum des Handelsumsatzes im Lande in den letzten zwei Jahren. Setzt man den Umsatz von 1924/25 gleich 100 (14613 Millionen Rubel Tscherwonez-Währung), so haben wir im Jahre 1926/27 eine Steigerung um 97 Prozent (28775 Millionen Rubel), während für 1927/28 eine weitere Erhöhung auf mehr als 116 Prozent (33440 Millionen Rubel) geplant ist.
Die Entwicklung unseres Kreditsystems in den letzten zwei Jahren. Setzt man die Bilanzsummen aller unserer Kreditanstalten am 1. Oktober 1925 gleich 100 (5343 Millionen Rubel Tscherwonez-Währung), so hatten wir am 1. Juli 1927 eine Erhöhung um 53 Prozent (8175 Millionen Rubel). Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, dass das Jahr 1927/28 uns ein weiteres Anwachsen unseres nationalisierten Kreditsystems bringen wird.
Die Entwicklung des Eisenbahnwesens in den letzten zwei Jahren. Hatten wir 1924/25 für unser gesamtes Eisenbahnnetz einen Güterumschlag von 63,1 Prozent der Vorkriegszeit, so haben wir jetzt, im Jahre 1926/27, 99,1 Prozent und werden im Jahre 1927/28 111,6 Prozent haben. Ich rede gar nicht davon, dass in diesen zwei Jahren unser Eisenbahnnetz sich von 74400 Kilometer auf 76200 Kilometer vergrößert hat, was eine Vergrößerung von 30,3 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit und von 8,9 Prozent gegenüber dem Jahre 1917 ergibt.
Das Wachstum des Staatshaushalts in den letzten zwei Jahren. War unser Gesamthaushalt (der einheitliche Staatshaushalt zuzüglich der lokalen Haushalte) 1925/26 gleich 72,4 Prozent des Vorkriegshaushalts (5024 Millionen Rubel), so muss der Gesamthaushalt gegenwärtig, das heißt für 1927/28, 110-112 Prozent des Vorkriegshaushalts (mehr als 7 Milliarden Rubel) ausmachen. Er ist in den letzten zwei Jahren um 41,5 Prozent gewachsen.
Das Wachstum des Außenhandels in den letzten zwei Jahren. Hatte unser Außenhandel im Jahre 1924/25 einen Gesamtumsatz von 1282 Millionen Rubel, das heißt ungefähr 27 Prozent des Vorkriegsbetrags, so haben wir jetzt, im Jahre 1926/27, einen Umsatz von 1483 Millionen Rubel, das heißt 35,6 Prozent des Vorkriegsbetrags, während im Jahre 1927/28 ein Umsatz von 1626 Millionen Rubel vorgesehen ist, das heißt 37,9 Prozent des Vorkriegsbetrags.
Die Ursachen der verzögerten Außenhandelsentwicklung sind:

erstens die Tatsache, dass die bourgeoisen Staaten unserem Außenhandel häufig Hindernisse in den Weg legen, die zuweilen in eine versteckte Blockade übergehen;
zweitens die Tatsache, dass wir nicht nach der bourgeoisen Formel Handel treiben können: „Selbst nicht satt, aber dennoch ausführen".
Ein Plus ist hier der Aktivsaldo des Außenhandelskommissariats für das Jahr 1926/27 in Höhe von 57 Millionen Rubel. Es ist das erste Mal seit 1923/24, dass die Außenhandelsbilanz mit einem Aktivsaldo abschließt.
Als Ergebnis haben wir folgendes Bild des allgemeinen Wachstums des gesamten Nationaleinkommens in den letzten zwei Jahren: Nimmt man das Nationaleinkommen der UdSSR im Jahre 1924/25 mit 15589 Millionen Rubel Tscherwonez-Währung an, so hatten wir im Jahre 1925/26 20252 Millionen Rubel, das heißt einen Jahreszuwachs um 29,9 Prozent, und im Jahre 1926/27 22 560 Millionen Rubel, das heißt einen Jahreszuwachs um 11,4 Prozent. Nach den Kontrollzahlen der Staatlichen Plankommission werden wir im Jahre 1927/28 24208 Millionen Rubel haben, das heißt einen Zuwachs um 7,3 Prozent.
Berücksichtigt man, dass die durchschnittliche Jahreszunahme des Nationaleinkommens der Vereinigten Staaten 3-4 Prozent nicht überschreitet (nur einmal in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatten die Vereinigten Staaten eine Zunahme des Nationaleinkommens von ungefähr 7 Prozent), die Jahreszunahme des Nationaleinkommens der anderen Länder dagegen, zum Beispiel Englands und Deutschlands, 1 bis 3 Prozent nicht überschreitet, so muss man zugeben, dass das Nationaleinkommen der UdSSR in den letzten Jahren in einem Rekordtempo gewachsen ist im Vergleich mit den großen kapitalistischen Ländern Europas und Amerikas.
Schlussfolgerung: Die Volkswirtschaft unseres Landes wächst in raschem Tempo.
Die Aufgabe der Partei: die Entwicklung der Volkswirtschaft unseres Landes, die Entwicklung aller Produktionszweige weiter voranzutreiben.
b) Das Wachstum der Volkswirtschaft erfolgt bei uns nicht ins Blaue hinein, es ist kein bloß quantitatives Wachstum der Produktion, sondern es verläuft in einer bestimmten, streng festgesetzten Richtung. Die entscheidenden Faktoren für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den letzten zwei Jahren sind zwei Hauptumstände.
Erstens steht die Entwicklung unserer Volkswirtschaft im Zeichen der Industrialisierung des Landes, im Zeichen der wachsenden Rolle der Industrie gegenüber der Landwirtschaft.
Zweitens entwickelt sich die Volkswirtschaft, entwickelt sich die Industrialisierung des Landes in Richtung auf ein Anwachsen des Anteils und der vorherrschenden Rolle der sozialistischen Wirtschaftsformen, sowohl in der Produktion als auch im Warenumsatz, auf Kosten des Sektors der privaten Warenwirtschaft und des kapitalistischen Sektors.
Die Zunahme des Anteils der Industrie im System der Volkswirtschaft (ohne Verkehrswesen und Elektrifizierung) zeigen folgende Zahlen. Entfielen 1924/25, in Vorkriegspreisen berechnet, auf die Bruttoproduktion der Industrie 32,4 Prozent, auf die Landwirtschaft aber 67,6 Prozent der Gesamtproduktion der Volkswirtschaft, so ist 1926/27 der Anteil der Industrie auf 38 Prozent gestiegen, während der Anteil der Landwirtschaft auf 62 Prozent zurückgegangen ist. Im Jahre 1927/28 soll der Anteil der Industrie bis auf 40,2 Prozent anwachsen, während der Anteil der Landwirtschaft auf 59,8 Prozent zurückgehen soll.
Die Zunahme des Anteils der Produktion von Produktionsinstrumenten und -mitteln - dieses Rückgrats der Industrie - im System der gesamten Industrie in den letzten zwei Jahren zeigen folgende Zahlen: im Jahre 1924/25 betrug der Anteil der Produktion von Produktionsmitteln 34,1 Prozent, im Jahre 1926/27 37,6 Prozent, im Jahre 1927/28 aber soll er auf 38,6 Prozent gebracht werden.
Die Zunahme des Anteils der Produktion von Produktionsmitteln in der staatlichen Großindustrie in den letzten zwei Jahren zeigen folgende Zahlen: im Jahre 1924/25 42,0 Prozent, im Jahre 1926/27 44,0 Prozent, im Jahre 1927/28 aber soll er auf 44,9 Prozent gebracht werden.

Was die Warenproduktion der Industrie und ihren Anteil an der gesamten Warenmenge betrifft, so ist der Anteil der Industrie in den letzten zwei Jahren von 53,1 Prozent im Jahre 1924/25 auf 59,5 Prozent im Jahre 1926/27 angewachsen, und im Jahre 1927/28 soll er 60,7 Prozent erreichen, während der Anteil der Warenproduktion der Landwirtschaft im Jahre 1924/25 46,9 Prozent betrug, im Jahre 1926/27 auf 40,5 Prozent zurückging und im Jahre 1927/28 auf 39,3 Prozent zurückgehen soll.
Schlussfolgerung: Unser Land wird zu einem Industrieland.
Die Aufgabe der Partei: mit allen Mitteln die Industrialisierung unseres Landes voranzutreiben.
Das Anwachsen des Anteils und der vorherrschenden Rolle der sozialistischen Wirtschaftsformen auf Kosten des Sektors der privaten Warenwirtschaft und des kapitalistischen Sektors in den letzten zwei Jahren zeigen folgende Zahlen. Während die Kapitalinvestitionen des vergesellschafteten Sektors der Volkswirtschaft (Staats- und Genossenschaftsindustrie, Verkehrswesen, Elektrifizierung usw.) von 1231 Millionen Rubel im Jahre 1924/25 auf 2683 Millionen im Jahre 1926/27 stiegen und im Jahre 1927/28 auf 3456 Millionen anwachsen sollen, was einen Zuwachs der Investitionen von 43,8 Prozent im Jahre 1924/25 auf 65,3 Prozent im Jahre 1927/28 ausmacht, sind die Investitionen des nicht vergesellschafteten Sektors der Volkswirtschaft die ganze Zeit über relativ zurückgegangen und in absoluten Zahlen nur unbedeutend angewachsen: von 1577 Millionen im Jahre 1924/25 auf 1717 Millionen im Jahre 1926/27, und 1927/28 sollen sie 1836 Millionen erreichen, was eine Verringerung des Anteils der Investitionen des nicht vergesellschafteten Sektors von 56,2 Prozent im Jahre 1924/25 auf 34,7 Prozent im Jahre 1927/28 ergibt.
Während die Bruttoproduktion des vergesellschafteten Sektors der Industrie von 81 Prozent der gesamten Industrieproduktion im Jahre 1924/25 auf 86 Prozent im Jahre 1926/27 angewachsen ist und sich im Jahre 1927/28 auf 86,9 Prozent erhöhen wird, sank der Anteil des nicht vergesellschafteten Sektors der Industrie von Jahr zu Jahr: von 19 Prozent der Produktion der Gesamtindustrie im Jahre 1924/25 auf 14 Prozent im Jahre 1926/27, und im Jahre 1927/28 soll er auf 13,1 Prozent zurückgehen.
Was die Rolle des Privatkapitals in der Großindustrie (Zensusindustrie) betrifft, so sinkt sie nicht nur relativ (3,9 Prozent im Jahre 1924/25 und 2,4 Prozent im Jahre 1926/27), sondern auch absolut (169 Millionen Vorkriegsrubel im Jahre 1924/25 und 165 Millionen Vorkriegsrubel im Jahre 1926127).
Dieselbe Verdrängung der privatkapitalistischen Elemente haben wir auch im Warenumsatz des Landes. Während der Anteil des vergesellschafteten Sektors am gesamten Handelsumsatz im Jahre 1924/25 72,6 Prozent, am Großhandel 90,6 Prozent, am Kleinhandel dagegen 57,3 Prozent betrug, wuchs im Jahre 1926/27 der Anteil des vergesellschafteten Sektors am Gesamtumsatz auf 81,9 Prozent, am Großhandel auf 94,9 Prozent, am Kleinhandel auf 67,4 Prozent, während der Anteil des privaten Sektors am gesamten Handelsumsatz in dieser Zeit von 27,4 Prozent auf 18,1 Prozent zurückging, am Großhandel von 9,4 Prozent auf 5,1 Prozent, am Kleinhandel von 42,7 auf 32,6 Prozent, wobei für 1927/28 ein weiterer Rückgang des Anteils des privaten Sektors auf allen Gebieten des Handels vorgesehen ist.
Schlussfolgerung: Unser Land schreitet unbeirrt und rasch zum Sozialismus, die kapitalistischen Elemente in den Hintergrund schiebend und sie Schritt für Schritt aus der Volkswirtschaft verdrängend.
Diese Tatsache enthüllt uns die Grundlage der Frage „Wer - wen“. Diese Frage stellte Lenin im Jahre 1921 nach Einführung der Neuen Ökonomischen Politik. Werden wir es verstehen, unsere sozialisierte Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft zu verbinden, den Privathändler, den Privatkapitalisten zu verdrängen und selbst den Handel zu erlernen, oder wird das Privatkapital uns unterkriegen, eine Spaltung zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft zuwege bringen? - das war damals die Frage. Jetzt können wir sagen, dass wir auf diesem

Gebiet im Großen und Ganzen bereits entscheidende Erfolge zu verzeichnen haben. Höchstens Blinde oder Narren können das leugnen.
Jetzt aber gewinnt die Frage „Wer - wen“ schon einen anderen Charakter. Jetzt wird diese Frage hinübergetragen aus dem Gebiet des Handels auf das Gebiet der Produktion, auf das Gebiet der handwerklichen Produktion, auf das Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion, wo das Privatkapital ein bestimmtes Gewicht hat und von wo man es systematisch verdrängen muss.
Die Aufgabe der Partei: unsere sozialistischen Kommandohöhen in allen Zweigen der Volkswirtschaft, sowohl in der Stadt als auch im Dorfe, zu erweitern und zu festigen und auf die Liquidierung der kapitalistischen Elemente in der Volkswirtschaft hinzusteuern.

2. Das Tempo der Entwicklung unserer sozialistischen Großindustrie

a) Das Wachstum der Produktion der nationalisierten Großindustrie, deren Anteil an der gesamten Industrie im Lande 77 Prozent übersteigt. War die Produktion der nationalisierten Großindustrie (in Vorkriegsrubeln) gegenüber dem Vorjahr im Jahre 1925/26 um 42,2 Prozent und 1926/27 um 18,2 Prozent gewachsen und wird sie 1927/28 um 15,8 Prozent wachsen, so wird nach den viel zu niedrigen Ansätzen des von der Staatlichen Plankommission ausgearbeiteten Fünfjahrplanentwurfs der Gesamtzuwachs in fünf Jahren 76,7 Prozent betragen, was im arithmetischen Durchschnitt einen jährlichen Produktionszuwachs von 15 Prozent bedeutet, so dass sich die Industrieproduktion 1931/32 gegenüber der Vorkriegsproduktion verdoppelt haben wird.
Nimmt man die Bruttoproduktion der gesamten Industrie des Landes, der großen (staatlichen und privaten) wie der kleinen, so wächst nach dem Fünfjahrplanentwurf der Staatlichen Plankommission die Produktion im arithmetischen Jahresdurchschnitt um ungefähr 12 Prozent, was bis 1931/32 eine Gesamtsteigerung der industriellen Produktion gegenüber der Vorkriegszeit um fast 70 Prozent ergibt.
In Amerika betrug die jährliche Zunahme der gesamten industriellen Produktion in den fünf Jahren 1890-1895 8,2 Prozent, in den fünf Jahren 1895-1900 5,2 Prozent, in den fünf Jahren 1900-1905 2,6 Prozent und in den fünf Jahren 1905-1910 3,6 Prozent. In Rußland betrug die durchschnittliche Jahreszunahme in den zehn Jahren 1895-1905 10,7 Prozent, in den acht Jahren 1905-1913 8,1 Prozent.
Der Prozentsatz der jährlichen Produktionssteigerung unserer sozialistischen Industrie wie auch der gesamten Industrie ist ein Rekordsatz, wie ihn kein einziges großes kapitalistisches Land in der Welt aufzuweisen hat.
Und das alles, obgleich sowohl die amerikanische als auch besonders die russische Industrie vor dem Kriege durch einen mächtigen Zustrom von ausländischem Kapital reichlich befruchtet wurde, während unsere nationalisierte Industrie auf ihre eigenen Akkumulationen angewiesen ist.
Und das alles, obgleich unsere nationalisierte Industrie bereits in die Periode der Rekonstruktion eingetreten ist, in der die Neuausrüstung der alten Betriebe und die Errichtung neuer die entscheidende Bedeutung erlangt für die Zunahme der industriellen Produktion.
Was das Entwicklungstempo betrifft, so holt unsere Industrie überhaupt, unsere sozialistische Industrie im Besonderen, die Industrie der kapitalistischen Länder ein, ja überholt sie.
b) Wodurch ist dieses beispiellose Entwicklungstempo unserer Großindustrie zu erklären?
Erstens dadurch, dass sie eine nationalisierte Industrie ist, also frei ist von den eigennützigen und gesellschaftsfeindlichen Interessen der privat-kapitalistischen Gruppen und die Möglichkeit hat, sich im Interesse der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu entwickeln.
Zweitens dadurch, dass sie die größte und konzentrierteste Industrie der ganzen Welt ist, weshalb sie alle Möglichkeiten hat, die privatkapitalistische Industrie zu schlagen.

Drittens dadurch, dass der Staat, der das nationalisierte Verkehrswesen, das nationalisierte Kreditwesen, den nationalisierten Außenhandel, den gesamten Staatshaushalt in seinen Händen hält, alle Möglichkeiten hat, die nationalisierte Industrie planmäßig als einheitliche industrielle Wirtschaft zu leiten, was gegenüber jeder anderen Industrie einen gewaltigen Vorzug bietet und ihr Entwicklungstempo um ein Vielfaches beschleunigt.
Viertens dadurch, dass die nationalisierte Industrie als die größte und leistungsfähigste Industrie alle Möglichkeiten hat, eine Politik ständiger Senkung der Selbstkosten, der Herabsetzung ihrer Lieferpreise und der Verbilligung ihrer Produktion durchzuführen, wodurch sie den Markt für ihre Erzeugnisse erweitert, die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes steigert und sich eine immer reichlicher fließende Quelle der weiteren Produktionsentwicklung schafft.
Fünftens dadurch, dass sich die nationalisierte Industrie aus vielen Gründen, unter anderem auch, weil sie eine Politik der Preissenkung treibt, unter Bedingungen entwickeln kann, wie sie die allmähliche Annäherung zwischen Stadt und Land, zwischen Proletariat und Bauernschaft ihr bietet, im Gegensatz zur kapitalistischen Industrie, die sich in einer Atmosphäre wachsender Feindseligkeit zwischen der bourgeoisen Stadt, die der Bauernschaft das Mark aussaugt, und dem dem Ruin verfallenden Dorfe entwickelt.
Schließlich dadurch, dass die nationalisierte Industrie sich auf die Arbeiterklasse, als den Hegemon unserer gesamten Entwicklung, stützt, so dass sie die Möglichkeit hat, die Technik überhaupt, die Arbeitsproduktivität insbesondere leichter zu heben, die Produktion und die Verwaltung mit Unterstützung der breitesten Massen der Arbeiterklasse zu rationalisieren, was beim kapitalistischen Industriesystem nicht der Fall ist und nicht der Fall sein kann.
Ein unanfechtbarer Beweis für all dies ist die rasche Entwicklung unserer Technik in den letzten zwei Jahren und die rasche Entwicklung neuer Industriezweige (Maschinenbau, Werkbankbau, Turbinenbau, Automobil- und Flugzeugbau, chemische Industrie usw.).
Ein Beweis dafür ist auch die bei uns durchgeführte Rationalisierung der Produktion bei gleichzeitiger Verkürzung des Arbeitstages (Siebenstundentag) und bei ständiger Hebung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiterklasse, was unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht der Fall ist und nicht der Fall sein kann.
Das beispiellose Entwicklungstempo unserer sozialistischen Industrie ist ein direkter, unbestreitbarer Beweis dafür, dass das sowjetische System der Produktion dem kapitalistischen System überlegen ist.
Lenin hatte recht, als er schon im September 1917, vor der Eroberung der Macht durch die Bolschewiki, erklärte, wir könnten und müssten nach Errichtung der Diktatur des Proletariats „die fortgeschrittenen Länder auch ökonomisch einholen und überholen“. (4. Ausgabe, Bd. 25, S. 338 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 130].)
Die Aufgabe der Partei: das erreichte Entwicklungstempo der sozialistischen Industrie zu halten und es in nächster Zukunft weiter zu steigern, damit die günstigen Vorbedingungen geschaffen werden, die notwendig sind, um die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einholen und überholen zu können.

3. Das Tempo der Entwicklung unserer Landwirtschaft

a) Auf dem Lande haben wir dagegen ein verhältnismäßig langsames Anwachsen der Produktion. War die Bruttoproduktion (in Vorkriegsrubeln) gegenüber dem Vorjahr im Jahre 1925/26 um 19,2 Prozent und 1926/27 um 4,1 Prozent gewachsen und wird sie 1927/28 um 3,2 Prozent wachsen, so wird nach den viel zu niedrigen Ansätzen des von der Staatlichen Plankommission ausgearbeiteten Fünfjahrplanentwurfs der Produktionszuwachs in fünf Jahren 24 Prozent betragen, was im arithmetischen Durchschnitt einen jährlichen Produktionszuwachs von 4,8 Prozent bedeutet, so dass die landwirtschaftliche Produktion, 1931/32 um 28-30 Prozent über der Vorkriegsproduktion liegen wird.

Das ist ein mehr oder weniger leidlicher Jahreszuwachs der landwirtschaftlichen Produktion. Er kann jedoch weder als eine Rekordleistung im Vergleich mit den kapitalistischen Ländern bezeichnet werden noch als hinreichend, um in Zukunft das notwendige Gleichgewicht zwischen der Landwirtschaft und unserer nationalisierten Industrie aufrechtzuerhalten.
In den Vereinigten Staaten von Nordamerika betrug der jährliche Zuwachs der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion in den zehn Jahren 1890-1900 9,3 Prozent, in den zehn Jahren 1900-1910 3,1 Prozent und in den zehn Jahren 1910-1920 1,4 Prozent. Im Rußland der Vorkriegszeit betrug der jährliche Zuwachs der landwirtschaftlichen Produktion in dem Jahrzehnt 1900-1911 3,2 bis 3,5 Prozent.
Allerdings wird der jährliche Zuwachs unserer landwirtschaftlichen Produktion in den fünf Jahren 1926/27 bis 1931/32 4,8 Prozent betragen, wobei, wie zu ersehen ist, die prozentuale Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion unter sowjetischen Verhältnissen größer ist als in der Periode des kapitalistischen Rußlands. Man darf jedoch nicht vergessen, dass, während die Bruttoproduktion der nationalisierten Industrie im Jahre 1931/32 gegenüber der Vorkriegsproduktion verdoppelt sein und die gesamte Industrieproduktion im Jahre 1931/32 das Vorkriegsniveau um ungefähr 70 Prozent überschreiten wird, die landwirtschaftliche Produktion zu diesem Zeitpunkt die Vorkriegsproduktion erst um 28-30 Prozent, das heißt um weniger als ein Drittel, überschritten haben wird.
Infolgedessen kann das Entwicklungstempo unserer Landwirtschaft nicht als hinlänglich zufrieden stellend bezeichnet werden.
b) Wodurch ist ein solches, im Vergleich zu dem Entwicklungstempo unserer nationalisierten Industrie relativ langsames Entwicklungstempo der Landwirtschaft zu erklären?
Es erklärt sich sowohl durch die außerordentliche Rückständigkeit unserer landwirtschaftlichen Technik als auch durch das zu niedrige Kulturniveau des Dorfes, ferner aber besonders dadurch, dass unsere zersplitterte landwirtschaftliche Produktion nicht über die Vorzüge verfügt, die unsere vereinigte nationalisierte Großindustrie besitzt. Vor allem ist die landwirtschaftliche Produktion nicht nationalisiert und nicht zusammengefasst, sondern in durcheinander gewürfelte Stücke zersplittert. Sie wird nicht planmäßig betrieben und unterliegt vorläufig noch zum größten Teil der Anarchie der Kleinproduktion. Sie ist nicht zusammengeschlossen und nicht durch Kollektivierung zu größeren Einheiten zusammengefasst, weshalb sie noch einen günstigen Boden für die Ausbeutung durch kulakische Elemente bietet. Diese Umstände berauben die zersplitterte Landwirtschaft jener kolossalen Vorzüge einer zusammengefassten, planmäßig betriebenen Großproduktion, wie sie unsere nationalisierte Industrie besitzt.
Wo ist der Ausweg für die Landwirtschaft? Vielleicht in der Verlangsamung des Entwicklungstempos unserer Industrie überhaupt, unserer nationalisierten Industrie im Besonderen? Auf keinen Fall! Das wäre die reaktionärste antiproletarische Utopie. (Zurufe: „Sehr richtig!“) Die nationalisierte Industrie muss und wird sich in beschleunigtem Tempo entwickeln. Darin liegt die Garantie für unseren Vormarsch zum Sozialismus. Darin liegt die Garantie dafür, dass unsere Landwirtschaft selbst schließlich industrialisiert werden wird.
Wo ist nun der Ausweg? Der Ausweg liegt im Übergang der kleinen, zersplitterten Bauernwirtschaften zu großen, zusammengeschlossenen Wirtschaften auf der Grundlage der gesellschaftlichen Bodenbestellung, im Übergang zur kollektiven Bodenbestellung auf der Grundlage der modernen, höheren Technik.
Der Ausweg liegt darin, die bäuerlichen Klein- und Zwergwirtschaften allmählich, aber unentwegt, nicht durch Zwang, sondern durch Beispiel und Überzeugung zu Großwirtschaften zusammenzuschließen auf der Grundlage der gesellschaftlichen, gemeinschaftlichen, kollektiven Bodenbestellung, unter Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und Traktoren, unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden zur Intensivierung der Landwirtschaft.
Andere Auswege gibt es nicht.

Anders wird unsere Landwirtschaft nie imstande sein, die in landwirtschaftlicher Beziehung am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Länder (Kanada usw.) einzuholen oder gar zu überholen.

Alle unsere Maßnahmen zur Einschränkung der kapitalistischen Elemente der Landwirtschaft, zur Entwicklung der sozialistischen Elemente im Dorfe, zur Einbeziehung der Bauernwirtschaften in den Strom der Genossenschaftsentwicklung, zur planmäßigen Einwirkung des Staates auf das Dorf mit dem Ziel, die bäuerliche Wirtschaft sowohl hinsichtlich der Versorgung und des Absatzes als auch hinsichtlich der Produktion zu erfassen - alle diese Maßnahmen sind zwar entscheidende, aber doch nur vorbereitende Maßnahmen für die Hinüberleitung der Landwirtschaft in die Bahnen des Kollektivismus.

c) Was hat die Partei in den letzten zwei Jahren in dieser Richtung getan? Nicht wenig. Aber bei weitem noch nicht alles, was getan werden konnte.

Was die Erfassung der Landwirtschaft sozusagen von außen betrifft, die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Waren und den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, so haben wir folgende Errungenschaften zu verzeichnen: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften vereinigen jetzt ungefähr ein Drittel aller Bauernhöfe; die Konsumgenossenschaften haben ihren Anteil an der Versorgung des Dorfes von 25,6 Prozent im Jahre 1924/25 auf 50,8 Prozent im Jahre 1926/27 vergrößert; die genossenschaftlichen und staatlichen Organe haben ihren Anteil am Absatz der landwirtschaftlichen Produktion von 55,7 Prozent im Jahre 1924/25 auf 63 Prozent im Jahre 1926/27 erhöht.

Was die Erfassung der Landwirtschaft sozusagen von innen, die landwirtschaftliche Produktion, betrifft, so haben wir auf diesem Gebiet erschreckend wenig getan. Es genügt zu sagen, dass die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften gegenwärtig nur etwas über 2 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion liefern und etwas über 7 Prozent der Warenproduktion.

Hierfür gibt es natürlich nicht wenig Ursachen, sowohl objektive als auch subjektive. Ungeschicktes Herangehen an die Sache, ungenügende Aufmerksamkeit unserer Funktionäre für diese Aufgabe, Konservatismus und Rückständigkeit der Bauern, Mangel an Mitteln, die notwendig sind, um die Umstellung der Bauern auf gesellschaftliche Bodenbestellung finanzieren zu können usw. Und hier sind nicht wenig Mittel erforderlich.

Lenin sagte auf dem X. Parteitag, dass wir noch nicht die Fonds besitzen, die notwendig sind, um die Landwirtschaft dem staatlichen oder kollektiven Prinzip unterordnen zu können. Ich glaube, dass wir jetzt diese Fonds haben werden, und sie müssen mit der Zeit anwachsen. Indessen nimmt die Sache nun eine derartige Wendung, dass es ohne Zusammenfassung der zersplitterten Bauernwirtschaften, ohne Umstellung dieser Wirtschaften auf gesellschaftliche Bodenbestellung unmöglich ist, die Intensivierung und Maschinisierung der Landwirtschaft ernstlich vorwärtszutreiben, dass es unmöglich ist, die Sache derart zu organisieren, dass unsere Landwirtschaft imstande wäre, in ihrem Entwicklungstempo solche kapitalistischen Länder wie zum Beispiel Kanada einzuholen.

Es ist deshalb unsere Aufgabe, die Aufmerksamkeit unserer Funktionäre im Dorf auf diese wichtige Sache zu konzentrieren.

Ich glaube, dass die Ausleihstellen bei den Organen der Landwirtschaftskommissariate und der landwirtschaftlichen Genossenschaften hier die größte Rolle spielen müssen.

Hier ein Beispiel dafür, wie die Sowjetwirtschaften mitunter den Bauern helfen, zum gewaltigen Vorteil für die Bauern, zur kollektiven Bodenbestellung überzugehen. Ich denke dabei an die Vereinigung ukrainischer Sowjetwirtschaften, die die Bauern des Odessaer Bezirks mit Traktoren unterstützte, und an den unlängst in den „Iswestija“ erschienenen Dankbrief dieser Bauern für die erwiesene Hilfe. Gestatten Sie mir, diesen Brief im Wortlaut vorzulesen. (Zurufe: „Bitte!“)

„Wir Neusiedler der Dörfer ‚Scwetschenko', ‚Krassin', ‚Kalinin', ‚Tscherwona Sirka' [Morgenröte] und Woßchodjaschtscheje' [Aufgehende Sonne] sprechen der Sowjetmacht unseren tiefsten Dank aus für die große Unterstützung, die uns beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft erwiesen worden ist. Die meisten von uns sind arme Bauern, die keine Pferde und kein Inventar besitzen. Wir waren daher nicht imstande, den uns zugeteilten Boden zu bearbeiten, und mussten ihn den altansässigen Kulaken gegen Überlassung eines Teils der Ernte verpachten. Die Ernte war durchweg schlecht, da bekanntlich kein Pächter fremden Boden sorgfältig bearbeitet. Die geringfügigen Darlehen, die wir vom Staat bekamen, verzehrten wir, und wir wurden von Jahr zu Jahr ärmer.
In diesem Jahr kam zu uns ein Vertreter der Vereinigung ukrainischer Sowjetwirtschaften und schlug uns vor, statt Gelddarlehen zu nehmen, unseren Boden mit Traktoren bearbeiten zu lassen. Alle Neusiedler, die paar Kulaken ausgenommen, gaben ihre Zustimmung, obwohl sie kaum glaubten, dass die Arbeit wirklich sorgsam ausgeführt werden wird. Zu unserer größten Freude und zum Ärger der Kulaken pflügten die Traktoren das gesamte Neuland und Brachland um, zwecks Reinigung von Unkraut wurde fünf-, sechsmal nachgepflügt und geeggt, und schließlich wurde das ganze Feld mit einer reinen Weizensorte besät. Jetzt lachen die Kulaken nicht mehr über die Arbeit der Traktorenkolonne.
In diesem Jahre hatten die Bauern in unserem Bezirk, da Regenfälle ausblieben, fast kein Wintergetreide gesät, und auf dem Boden, wo gesät wurde, ist noch nichts aufgegangen. Bei unseren Neusiedlern aber grünt auf Hunderten Deßjatinen [Deßjatine entspricht ca. 1,1 ha] Brache prächtiger Weizen, wie man ihn nicht einmal in den reichsten deutschen Kolonien antrifft.
Die Traktoren haben nicht nur die Winterweizenfläche bestellt, sondern auch auf der ganzen für Sommergetreide vorgesehenen Fläche den Herbststurz gepflügt. letzt gibt es bei uns nicht eine einzige Deßjatine ungeackerten oder verpachteten Landes mehr. Es gibt bei uns keinen einzigen armen Bauern, der nicht mehrere Deßjatinen Winterweizen auf Brache hätte.
Nachdem wir diese Arbeit der Traktoren gesehen haben, wollen wir nicht mehr als Dorfarme unseren Kleinbetrieb weiterführen, sondern haben beschlossen, eine vergesellschaftete Traktorenwirtschaft zu organisieren, in der es nicht mehr abgesonderte bäuerliche Landfetzen geben wird. Die Organisierung einer solchen Traktorenwirtschaft besorgt uns die Sowjetwirtschaft ‚Taras Schewtschenko', mit der wir einen Vertrag abgeschlossen haben." („Iswestija" Nr. 267 vom 22. November 1927.)

So schreiben die Bauern.
Recht viele solche Beispiele, Genossen, und wir könnten das Werk der Kollektivierung des Dorfes weit voranbringen.
Die Aufgabe der Partei: verstärkte Erfassung der bäuerlichen Wirtschaft durch die Genossenschaften und Staatsorgane auf dem Gebiet des Absatzes und der Versorgung und als nächste praktische Aufgabe unseres Aufbaus im Dorfe die allmähliche Hinüberleitung der zersplitterten Bauernwirtschaften in die Bahnen vereinigter Großwirtschaften, die Umstellung auf gesellschaftliche, kollektive Bodenbestellung auf Basis der Intensivierung und Maschinisierung des Ackerbaus mit Rücksicht darauf, dass dieser Entwicklungsweg das wichtigste Mittel ist zur Beschleunigung des Entwicklungstempos der Landwirtschaft und zur Überwindung der kapitalistischen Elemente im Dorfe.

*

Das sind im Großen und Ganzen unsere Ergebnisse und Errungenschaften auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus.
Das bedeutet nicht, dass bei uns alles gut bestellt wäre auf diesem Gebiet. Nein, Genossen, bei uns ist bei weitem nicht alles gut bestellt.
Es gibt bei uns zum Beispiel Elemente des Warenhungers. Das ist ein Minus in unserer Wirtschaft. Aber dieses Minus ist einstweilen leider noch unvermeidlich. Denn die Tatsache, dass wir die Produktion von Produktionsinstrumenten und -mitteln schneller entwickeln als die Leichtindustrie - schon diese Tatsache bedingt es, dass wir in den nächsten paar Jahren

noch Elemente des Warenhungers haben werden. Wir können aber nicht anders handeln, wenn wir die Industrialisierung des Landes in jeder Weise vorwärts bringen wollen.
Es gibt Leute, zum Beispiel unsere Opposition, die das Material für ihre Ideologie aus den von Schleichhändlern gebildeten Käuferschlangen schöpfen und über Warenhunger schreien, gleichzeitig aber die Durchführung einer Politik der „Überindustrialisierung“ fordern. Aber das ist natürlich Unsinn, Genossen. So können nur Ignoranten reden. Wir können und dürfen die Schwerindustrie nicht um einer mit allen Kräften vorangetriebenen Entwicklung der Leichtindustrie willen einschränken. Ja, und außerdem kann auch die Leichtindustrie ohne eine beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie nicht in genügendem Maße entwickelt werden.
Man könnte die Einfuhr von Fertigwaren steigern und auf diese Weise den Warenhunger mildern, wie das die Opposition eine Zeitlang nachdrücklich verlangte. Aber das war eine Dummheit, von der die Opposition abrücken musste. Eine andere Frage ist es, wie geschickt bei uns an der Milderung der Elemente des Warenhungers gearbeitet wird, was unter unseren Verhältnissen durchaus möglich ist und von der Partei stets gefordert wurde. Ich glaube, dass gerade auf diesem Gebiet bei uns nicht alles zum Besten bestellt ist.
Ferner haben wir eine solche Tatsache wie die verhältnismäßig beträchtliche Zahl von Kapitalisten sowohl in der Industrie als auch im Handel. Das spezifische Gewicht dieser Elemente ist keineswegs so gering, wie manche Genossen es bei uns mitunter darstellen. Das ist ebenfalls ein Minus in der Bilanz unserer Wirtschaft.
Unlängst habe ich ein in jeder Beziehung interessantes Büchlein des Genossen Larin, „Das Privatkapital in der UdSSR“, gelesen. Ich möchte den Genossen empfehlen, dieses Buch zu lesen. Sie werden aus diesem Buch ersehen, wie listig und geschickt sich der Kapitalist unter der Flagge der Gewerbegenossenschaft, unter der Flagge der landwirtschaftlichen Genossenschaften, unter der Flagge dieser oder jener staatlichen Handelsorgane versteckt. Wird nun alles getan, um die kapitalistischen Elemente einzuschränken, zu vermindern und schließlich aus der Sphäre der Volkswirtschaft zu verdrängen? Ich glaube, nicht alles. Ich weiß zum Beispiel, dass es im Kleingewerbe überhaupt und im Leder- und Textilgewerbe im Besonderen nicht wenige neue Millionäre gibt, die Handwerker und überhaupt Kleinproduzenten unterjochen. Wird nun alles getan, um diese Ausbeuterelemente ökonomisch einzukreisen und zu verdrängen, dadurch, dass die Kleingewerbetreibenden mit den Genossenschaften oder mit den Staatsorganen in Verbindung gebracht werden? Man kann wohl kaum daran zweifeln, dass auf diesem Gebiet bei weitem nicht alles getan wird. Indessen ist diese Frage für uns von ernstester Bedeutung.
Wir haben ferner ein gewisses Wachstum des Kulakentums im Dorfe. Das ist ein Minus in der Bilanz unserer Wirtschaft. Wird nun alles getan, um das Kulakentum ökonomisch einzuschränken und zu isolieren? Ich glaube, nicht alles. Unrecht haben die Genossen, die da glauben, man könnte und müsste mit dem Kulaken durch administrative Maßnahmen, durch die GPU Schluss machen: befohlen, gestempelt und basta. Das ist ein leichtes, aber bei weitem nicht wirksames Mittel. Der Kulak muss durch wirtschaftliche Maßnahmen und auf dem Boden der sowjetischen Gesetzlichkeit angepackt werden. Die sowjetische Gesetzlichkeit aber ist keine leere Phrase. Das schließt natürlich die Anwendung gewisser notwendiger administrativer Maßnahmen gegen den Kulaken nicht aus. Aber die administrativen Maßnahmen dürfen nicht an die Stelle der wirtschaftlichen Maßnahmen treten. Es gilt, die ernsteste Aufmerksamkeit zu richten auf die Entstellung der Parteilinie im Kampf gegen das Kulakentum in der Praxis unserer Genossenschaftsorgane, insbesondere im landwirtschaftlichen Kreditwesen.
Wir haben ferner eine solche Tatsache wie das außerordentlich langsame Tempo der Senkung der Selbstkosten in der Industrie, der Lieferpreise für Industriewaren und besonders der Einzelhandelspreise für städtische Waren. Das ist ebenfalls ein Minus in der Bilanz unseres wirtschaftlichen Aufbaus. Es muss festgestellt werden, dass wir hier beim Apparat, beim

Staats-, Genossenschafts- und Parteiapparat, auf gewaltigen Widerstand stoßen. Unsere Genossen scheinen nicht zu verstehen, dass die Politik der Herabsetzung der Preise für Industriewaren einer der wichtigsten Hebel ist zur Verbesserung unserer Industrie, zur Erweiterung des Marktes und zur Stärkung jener Quelle, dank der allein die Entfaltung unserer Industrie möglich ist. Es kann wohl kaum daran gezweifelt werden, dass nur durch rücksichtslose Bekämpfung dieser Trägheit des Apparats, seines Widerstands gegen die Durchführung der Preissenkungspolitik dieses Minus liquidiert werden kann.

Schließlich haben wir solche Minusposten wie den Wodka im Staatshaushalt, wie das außerordentlich langsame Entwicklungstempo unseres Außenhandels und den Mangel an Reserven. Ich glaube, man könnte mit einem allmählichen Abbau der Wodkaerzeugung anfangen und an Stelle des Wodkas solche Einnahmequellen wie Radio und Kino setzen. In der Tat, warum sollten wir nicht diese überaus wichtigen Mittel in die Hände nehmen und tüchtige Leute, wirkliche Bolschewiki, auf diesem Gebiet arbeiten lassen, die mit Erfolg die Sache entwickeln könnten, so dass schließlich der Abbau der Wodkaerzeugung möglich wird?

Was den Außenhandel betrifft, so scheint mir, dass eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, die wir bei uns in der Wirtschaft haben, in dem ungenügenden Export wurzeln. Können wir den Export steigern? Ich glaube, ja. Wird nun alles getan, um den Export voll in Gang zu bringen? Ich glaube, nicht alles.

Dasselbe gilt für die Reserven. Unrecht haben die Genossen, die mitunter aus Leichtsinn, mitunter aus Unkenntnis der Dinge behaupten, wir hätten keine Reserven. Nein, Genossen, wir haben schon einige kleine Reserven. Alle Organe unseres Staates, von den Kreis- und Gouvernementsorganen bis zu den Gebiets- und Zentralorganen, bemühen sich, gewisse Reserven für den Fall der Not zusammenzubekommen. Aber diese Reserven sind gering. Das muss man zugeben. Deshalb besteht unsere Aufgabe darin, die Reserven soweit wie möglich zu vergrößern, sogar auf Kosten einiger Bedürfnisse des heutigen Tages, die mitunter eingeschränkt werden müssten.

Das, Genossen, sind die Schattenseiten unseres wirtschaftlichen Aufbaus, auf die wir unsere Aufmerksamkeit richten und die wir um jeden Preis liquidieren müssen, um in schnellerem Tempo vorwärts marschieren zu können.

4. Die Klassen, der Staatsapparat, die kulturelle Entwicklung des Landes

Kommen wir nun von den Fragen der Wirtschaftslage des Landes zu den Fragen der politischen Lage.

a) Die Arbeiterklasse. Das zahlenmäßige Anwachsen der Arbeiterklasse und der Lohn- und Gehaltsempfänger überhaupt geht aus folgenden Zahlen hervor: 1924/25 gab es 8215000 Lohn- und Gehaltsempfänger (ohne Arbeitslose), 1926/27 10346000. Ein Zuwachs um 25 Prozent. Von diesen waren Handarbeiter, landwirtschaftliche und Saisonarbeiter eingeschlossen, im Jahre 1924/25 5448000, im Jahre 1926/27 7060000. Ein Zuwachs um 29,6 Prozent. Von diesen waren Arbeiter der Großindustrie im Jahre 1924/25 1794000, im Jahre 1926127 2388000. Ein Zu-wachs um 33 Prozent.

Die materielle Lage der Arbeiterklasse. Auf die Lohn- und Gehaltsempfänger entfielen 1924/25 24,1 Prozent des Nationaleinkommens, im Jahre 1926127 stieg dieser Anteil auf 29,4 Prozent, was den Vorkriegsanteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Nationaleinkommen um 30 Prozent überschreitet, während der Anteil der anderen sozialen Gruppen am Nationaleinkommen, darunter auch der Bourgeoisie, in dieser Periode zurückgegangen ist (zum Beispiel fiel der Anteil der Bourgeoisie von 5,5 auf 4,8 Prozent). Der Reallohn der Arbeiter in der gesamten Staatsindustrie belief sich 1924/25 ohne die Zuschläge auf 25,18 Moskauer Indexrubel monatlich, im Jahre 1926/27 auf 32,14 Rubel, was eine Erhöhung in zwei Jahren um 27,6 Prozent bedeutet und das Vorkriegsniveau um 5,4 Prozent überschreitet.

Mit den Zuschlägen (für Sozialversicherung, kulturelle Bedürfnisse, kommunale Dienste usw.) war der Arbeitslohn 1924/25 gleich 101,5 Prozent, im Jahre 1926/27 dagegen gleich 128,4 Prozent des Vorkriegslohns. Die Sozialversicherungsfonds stiegen von 461 Millionen Rubel im Jahre 1924/25 auf 852 Millionen Rubel im Jahre 1926/27, das heißt um 85 Prozent, was die Möglichkeit bot, 513000 Personen in Erholungsheimen und Sanatorien unterzubringen, 460000 Arbeitslose und 700000 Rentner (Arbeits- und Bürgerkriegsinvaliden) zu unterstützen und kranken Arbeitern während ihrer Krankheit den vollen Arbeitslohn weiterzuzahlen.
Die Ausgaben, das heißt die Aufwendungen für den Bau von Arbeiterwohnungen betrugen vor zwei Jahren, im Jahre 1924/25, über 132 Millionen Rubel, im Jahre 1925/26 über 230 Millionen, im Jahre 1926127 282 Millionen und im Jahre 1927128 werden sie über 391 Millionen betragen, einschließlich der 50 Millionen, die auf Grund des Manifests des Zentralexekutivkomitees für diesen Zweck ausgeworfen worden sind. Insgesamt wurden in den verflossenen drei Jahren für den Bau von Arbeiterwohnungen, ohne den Bau von Eigenheimen, von der Industrie, dem Verkehrswesen, den Exekutivkomitees der Sowjets und den Genossenschaften 644,7 Millionen Rubel ausgegeben, zusammen mit den für 1927/28 bewilligten Summen aber 1036 Millionen Rubel. Diese Bewilligungen machten es möglich, in den letzten drei Jahren Wohnungen mit 4594000 Quadratmeter Wohnfläche fertig zu stellen und 257000 Arbeiter unterzubringen, zusammen mit den Familien ungefähr 900000 Personen.
Die Frage der Arbeitslosigkeit. Ich muss feststellen, dass hier eine Differenz zwischen dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion und dem Volkskommissariat für Arbeit besteht. Ich nehme die Zahlen des Volkskommissariats für Arbeit, weil sie das wirklich arbeitslose Element erfassen, das bei den Arbeitsnachweisen gemeldet ist. Nach den Angaben des Volkskommissariats für Arbeit ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten zwei Jahren von 950000 auf 1048000 gestiegen. Davon sind 16,5 Prozent Industriearbeiter, dagegen 74 Prozent geistige Arbeiter und nicht qualifizierte Arbeiter. Die Hauptquelle unserer Arbeitslosigkeit ist also in der Übervölkerung des Dorfes zu suchen, und nur eine Nebenquelle liegt in dem Umstand, dass ein bestimmtes minimales Kontingent von Industriearbeitern noch nicht in unserer Industrie untergekommen ist.
Das Fazit: eine unzweifelhafte Hebung des materiellen Niveaus der gesamten Arbeiterklasse.
Die Aufgabe der Partei: Fortsetzung der Linie, die auf die weitere Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiterklasse, auf die weitere Erhöhung des Verdienstes der Arbeiterklasse gerichtet ist.
b) Die Bauernschaft. Ich glaube, zur Frage der Differenzierung der Bauernschaft brauche ich keine Zahlen anzuführen, da mein Bericht sich sowieso schon in die Länge gezogen hat, die Zahlen aber allgemein bekannt sind. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Differenzierung, die unter der proletarischen Diktatur vor sich geht, nicht gleichgesetzt werden darf mit der Differenzierung unter dem kapitalistischen Regime. Unter dem Kapitalismus wachsen die Extreme: Dorfarmut und Kulakentum, der Mittelbauer aber wird hinweggeschwemmt. Bei uns dagegen wächst die Mittelbauernschaft auf Kosten eines gewissen Teils der Dorfarmut, der zu Mittelbauern wird, es wächst der Kulak, die Dorfarmut aber vermindert sich. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, dass der Mittelbauer die Zentralfigur in der Landwirtschaft war und bleibt. Der Block mit den Mittelbauern, wobei die Dorfarmut unsere Stütze bildet, ist von ausschlaggebender Bedeutung für das Schicksal unseres gesamten Aufbaus, für die Diktatur des Proletariats.
Die allgemeine Hebung der materiellen Lage des Dorfes. Wir haben Zahlen über die Steigerung des Einkommens der Bauernbevölkerung. Das Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung betrug vor zwei Jahren, im Jahre 1924/25, 3548 Millionen Rubel, 1926/27 wuchs dieses Einkommen auf 4792 Millionen Rubel, das heißt um 35,1 Prozent, während die Bauernbevölkerung in dieser Periode nur um 2,38 Prozent angewachsen ist. Das ist ein untrüglicher Gradmesser dafür, dass die materielle Lage des Dorfes sich bessert.

Dies bedeutet nicht, dass die Bauernschaft ihre materielle Lage in allen Gebieten des Landes gebessert hätte. Bekanntlich hatten wir in diesen zwei Jahren hier und da recht verschiedene Ernten, und die Folgen der Missernte von 1924 sind noch nicht völlig überwunden. Daher die staatliche Unterstützung für die werktätige Bauernschaft überhaupt und die bäuerliche Armut insbesondere. Die staatliche Unterstützung für die werktätige Bauernschaft betrug im Jahre 1925/26 373 Millionen Rubel, im Jahre 1926/27 427 Millionen Rubel. Die Sonderunterstützung für die Dorfarmut betrug im Jahre 1925/26: Bewilligungen für die ärmsten Wirtschaften 38 Millionen Rubel, Steuervergünstigungen für die armen Bauernwirtschaften 44 Millionen Rubel, Versicherungsvergünstigungen für die arme Bauernschaft 9 Millionen Rubel, insgesamt 91 Millionen Rubel. Im Jahre 1926/27 betrug die Sonderunterstützung für die arme Bauernschaft nach denselben Rubriken 39 Millionen, 52 Millionen und 9 Millionen Rubel, insgesamt rund 100 Millionen Rubel.
Das Fazit: die Verbesserung der materiellen Lage der Hauptmassen der Bauernschaft.
Die Aufgabe der Partei: Fortsetzung der Linie, die auf die weitere Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Hauptmassen der Bauernschaft und vor allen Dingen der armen Bauern gerichtet ist, Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, Hebung der Autorität der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Dorfe.
c) Die neue Bourgeoisie. Die Intelligenz. Ein charakteristischer Zug der neuen Bourgeoisie ist der, dass sie, im Gegensatz zur Arbeiterklasse und zur Bauernschaft, keinen Grund hat, mit der Sowjetmacht zufrieden zu sein. Ihre Unzufriedenheit ist keine zufällige Erscheinung. Sie hat ihre Wurzeln im Leben.
Ich sprach vorhin über das Wachstum unserer Volkswirtschaft, ich sprach über das Wachstum unserer Industrie, über das Wachstum der sozialistischen Elemente der Volkswirtschaft, über den Rückgang der relativen Bedeutung des Privatunternehmers, über die Verdrängung der Kleinhändler. Was bedeutet das aber? Das bedeutet, dass, während unsere Industrie und unsere Handelsorgane wachsen, Zehntausende von kleinen und mittleren Kapitalisten ruiniert werden. Wie viele kleine und mittlere Läden sind in diesen Jahren geschlossen worden? Tausende. Und wie viele kleine Industrielle wurden proletarisiert? Tausende. Und wie viele Angestellte wurden beim Personalabbau aus unserem Staatsapparat entlassen? Hunderte und Tausende.
Die Vorwärtsentwicklung unserer Industrie, die Vorwärtsentwicklung unserer Handels- und Genossenschaftsorgane, die Verbesserung unseres Staatsapparats ist eine Vorwärtsentwicklung und eine Verbesserung mit einem Plus für die Arbeiterklasse, mit einem Plus für die Hauptmassen der Bauernschaft, aber mit einem Minus für die neue Bourgeoisie, mit einem Minus für die Mittelschichten überhaupt, für die städtischen Mittelschichten im besonderen. Ist es da verwunderlich, dass die Unzufriedenheit mit der Sowjetmacht unter diesen Schichten wächst? Daher die konterrevolutionären Stimmungen in diesen Kreisen. Daher die Smena-Wech-Ideologie als Modeware auf dem politischen Markt der neuen Bourgeoisie.
Es wäre jedoch falsch, wollte man glauben, dass die gesamte Angestelltenschaft, die ganze Intelligenz sich in einem Zustand der Unzufriedenheit mit der Sowjetmacht, in einem Zustand des Murrens und der Gärung befindet. Neben steigender Unzufriedenheit innerhalb der neuen Bourgeoisie haben wir die Tatsache der Differenzierung der Intelligenz, die Tatsache des Abrückens vom Smenowechismus, des Übergangs von Hunderten und Tausenden werktätiger Intellektueller zur Sowjetmacht. Diese Tatsache, Genossen, ist eine zweifellos positive Tatsache, die hervorgehoben werden muss.
Bahnbrecherin ist hier die technische Intelligenz, denn sie, die aufs engste mit dem Produktionsprozess verknüpft ist, kann nicht umhin zu sehen, dass die Bolschewiki unser Land vorwärts bringen, die Sache zum Besseren wenden. So gigantische Unternehmungen wie Wolchowstroi, Dnjeprostroi, Swirstroi, die Turkestanische Eisenbahn, der Wolga-Don-Kanal, jene ganze Reihe neuer gigantischer Betriebe, mit denen das Schicksal ganzer

Schichten der technischen Intelligenz verknüpft ist, können nicht ohne einen gewissen wohltuenden Einfluss auf diese Schichten bleiben. Das ist für sie nicht nur eine Brotfrage. Das ist für sie gleichzeitig eine Sache der Ehre, eine Sache des Schöpfertums, die sie auf natürliche Weise der Arbeiterklasse, der Sowjetmacht näher bringt.

Ich rede schon gar nicht von der werktätigen Intelligenz auf dem Lande, insbesondere von der Dorflehrerschaft, die sich längst der Sowjetmacht zugewandt hat und nicht umhinkann, die Entwicklung des Schulwesens auf dem Lande zu begrüßen.

Deshalb haben wir neben steigender Unzufriedenheit unter gewissen Schichten der Intelligenz die Tatsache des Zusammenschlusses der werk-tätigen Intelligenz mit der Arbeiterklasse zu verzeichnen.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, die auf Isolierung der neuen Bourgeoisie gerichtete Linie fortzusetzen und den Zusammenschluss der Arbeiterklasse mit der sowjetischen werktätigen Intelligenz in Stadt und Land zu festigen.

d) Der Staatsapparat und der Kampf gegen den Bürokratismus. Vom Bürokratismus wird so viel gesprochen, dass ich mich nicht weiter darüber auszulassen brauche. Dass Elemente des Bürokratismus bei uns im Staatsapparat, im Genossenschaftsapparat und im Parteiapparat vorhanden sind, darüber kann kein Zweifel bestehen. Dass die Elemente des Bürokratismus bekämpft werden müssen und dass wir so lange vor dieser Aufgabe stehen werden, als wir eine Staatsmacht haben, als ein Staat existiert - das ist ebenfalls eine Tatsache.

Man muss aber doch Grenzen kennen. Den Kampf gegen den Bürokratismus im Staatsapparat so weit treiben, bis der Staatsapparat völlig unmöglich gemacht, bis er diskreditiert ist, es bis zu Versuchen treiben, den Staatsapparat zu zerbrechen - heißt gegen den Leninismus angehen, heißt vergessen, dass unser Apparat ein Sowjetapparat ist, der im Vergleich mit allen anderen in der Welt vorhandenen Staatsapparaten den höchsten Typus des Staatsapparats darstellt.

Worin besteht die Stärke unseres Staatsapparats? Darin, dass er die Staatsmacht durch die Sowjets mit den Millionenmassen der Arbeiter und Bauern verbindet. Darin, dass die Sowjets eine Schule der Verwaltung für Zehntausende und Hunderttausende Arbeiter und Bauern sind. Darin, dass der Staatsapparat sich nicht von den Millionenmassen des Volkes abschließt, sondern mit ihnen durch eine Unzahl von Massenorganisationen, allen möglichen Kommissionen, Sektionen, Beratungen, Delegiertenversammlungen usw. verschmilzt, die die Sowjets umgeben und auf diese Weise eine Stütze der Organe der Staatsmacht bilden.

Worin besteht die Schwäche unseres Staatsapparats? Im Vorhandensein bürokratischer Elemente, die seine Arbeit verderben und entstellen. Um den Bürokratismus aus dem Staatsapparat zu vertreiben - und man kann ihn nicht in ein, zwei Jahren vertreiben -, muss man den Staatsapparat systematisch verbessern, ihn den Massen näher bringen, ihn durch neue, der Sache der Arbeiterklasse ergebene Leute auffrischen, ihn im Geiste des Kommunismus umgestalten, nicht aber ihn zerbrechen, nicht aber ihn diskreditieren. Lenin hatte tausendmal recht, als er sagte: „Ohne den ‚Apparat’ wären wir längst zugrunde gegangen. Ohne den systematischen und beharrlichen Kampf für die Verbesserung des Apparats werden wir zugrunde gehen, bevor wir noch die Grundlage für den Sozialismus geschaffen haben.“[81]

Ich will mich nicht über diejenigen Mängel unseres Staatsapparats verbreiten, die auch so schon ins Auge stechen. Ich denke vor allen Dingen an den „guten alten Amtsschimmel“. In meinen Händen befindet sich eine ganze Mappe voll Material über den Amtsschimmel, worin die verbrecherische Fahrlässigkeit einer Reihe von Organisationen im Gerichtswesen, in der Verwaltung, im Versicherungswesen, in den Genossenschaften und auf anderen Gebieten enthüllt wird.

Da haben wir einen Bauern, der 21mal in eine Versicherungsstelle fuhr, um sein Recht durchzusetzen, und dennoch nichts erreicht hat.

Da haben wir einen anderen Bauern, einen alten Mann von 66 Jahren, der 600 Werst zu Fuß zurücklegte, um bei der Kreisfürsorgestelle eine klare Entscheidung zu erreichen, und dennoch nichts erreicht hat.

Da haben wir eine alte Bäuerin von 56 Jahren, die auf Vorladung des Volksgerichts 500 Werst zu Fuß und 600 Werst zu Wagen zurückgelegt hat, und dennoch nicht zu ihrem Recht gekommen ist.

Solche Tatsachen gibt es in Mengen. Es lohnt nicht, sie aufzuzählen. Aber das ist eine Schmach für uns, Genossen! Wie kann man solche Schändlichkeiten dulden?

Schließlich die Tatsache der „Rückbeförderten". Es stellt sich heraus, dass wir außer den beförderten Arbeitern, die auf verantwortliche Posten gestellt wurden, auch noch „Rückbeförderte" haben, die von ihren eigenen Kollegen in den Hintergrund gedrängt werden, nicht weil sie unfähig wären oder nicht zu arbeiten verstünden, sondern wegen ihrer Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit in der Arbeit.

Da haben wir einen Arbeiter, einen Werkzeugschlosser, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert wurde, weil er ein fähiger und unbestechlicher Mensch ist. Er arbeitet ein, zwei Jahre, arbeitet ehrlich, schafft Ordnung, beseitigt Misswirtschaft und Verschwendung. Aber dieses sein Wirken berührt die Interessen einer bestimmten trauten Kumpanei von „Kommunisten", es stört ihre Ruhe. Und was geschieht? Die traute Kumpanei von „Kommunisten" wirft ihm Knüppel zwischen die Beine und zwingt ihn auf diese Weise zur „Rückbeförderung". „Du wolltest klüger sein als wir, wolltest nicht, dass wir in Ruhe leben und unser Schäfchen ins trockne bringen - zurück mit dir, mein Lieber!"

Da haben wir einen anderen Arbeiter, ebenfalls Werkzeugschlosser, Einrichter von Bolzenschneidemaschinen, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert worden ist. Er arbeitet eifrig und ehrlich. Aber durch diese Arbeit stört er manchen in seiner Ruhe. Und was geschah? Man fand einen Anlass, den „unruhigen" Genossen loszuwerden. Wie ist nun diesem, auf verantwortliche Arbeit beförderten Genossen beim Abgang zumute, welches Gefühl erfüllt ihn? Das folgende: „überall, wo man mich hingestellt hat, war ich bemüht, das mir erwiesene Vertrauen zu rechtfertigen. Aber diese Beförderung hier, die mir so übel mitgespielt hat, die werde ich nie vergessen. Man hat mich mit Schmutz beworfen. Mein Wunsch, alles ans Tageslicht zu bringen, ist ein frommer Wunsch geblieben. Weder das Betriebskomitee noch die Werkverwaltung, noch die Zelle wollten mich auch nur anhören. Für eine Beförderung bin ich nicht mehr zu haben, und wenn man mich mit Gold überschüttete - ich gehe nirgends mehr hin." („Trud"[82] Nr. 128 vom 9. Juni 1927.)

Aber das ist doch eine Schmach für uns, Genossen! Wie kann man solche Schändlichkeiten dulden?

Die Aufgabe der Partei besteht darin, im Kampf gegen den Bürokratismus und für die Verbesserung des Staatsapparats solche Schändlichkeiten, von denen ich eben gesprochen habe, mit glühendem Eisen aus unserer Praxis auszubrennen.

e) Über die Leninsche Losung der Kulturrevolution. Das sicherste Mittel gegen den Bürokratismus ist die Hebung des Kulturniveaus der Arbeiter und Bauern. Man kann den Bürokratismus im Staatsapparat schelten und heruntermachen, soviel man will, man kann den Bürokratismus in unserer Praxis brandmarken und an den Schandpfahl nageln, aber wenn es den breiten Arbeitermassen an einem bestimmten Kulturniveau fehlt, das die Möglichkeit, den Wunsch, die Fähigkeit schafft, den Staatsapparat von unten her, durch die Arbeitermassen selbst zu kontrollieren, dann wird der Bürokratismus trotz allem bestehen bleiben. Deshalb ist die kulturelle Entwicklung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen der Bauernschaft, nicht nur im Sinne weiterer Entwicklung der Schulbildung, wenn auch die Schulbildung die Grundlage einer jeden Kultiviertheit ist, sondern vor allem im Sinne der Erlangung von Fertigkeiten und der Fähigkeit, sich in die Verwaltung des Landes einzuarbeiten, der Haupthebel zur Verbesserung des staatlichen und jedes anderen Apparats. Darin besteht der Sinn und die Bedeutung der Leninschen Losung von der Kulturrevolution.

Lenin sagte darüber im März 1922 vor Eröffnung unseres XI. Parteitags in seinem an Genossen Molotow adressierten Schreiben an das ZK folgendes :

„Das Wichtigste, was uns fehlt, ist Kultiviertheit, ist die Kunst, zu verwalten... Ökonomisch und politisch sichert uns die NÖP vollauf die Möglichkeit, das Fundament der sozialistischen Ökonomik zu errichten. Es kommt ‚nur' auf die kulturellen Kräfte des Proletariats und seiner Avantgarde an.“[83]

Diese Worte Lenins dürfen wir nicht vergessen, Genossen. (Zurufe: „Sehr richtig!“)
Daher die Aufgabe der Partei: den Kampf für den kulturellen Aufschwung der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten der Bauernschaft zu verstärken.

*

Welches Fazit können wir nun in Bezug auf die innerpolitische Lage unseres Landes ziehen?
Das Fazit ist, dass die Sowjetmacht die stabilste Staatsmacht der Welt ist. (Stürmischer Beifall.)
Aber wenn die Sowjetmacht die festeste Staatsmacht der Welt ist, um die jede beliebige bürgerliche Regierung uns beneiden kann, so heißt das noch nicht, dass bei uns auf diesem Gebiet alles gut bestellt ist. Nein, Genossen, bei uns gibt es manches Minus auch auf diesem Gebiet, das wir als Bolschewiki nicht verbergen können und dürfen.
Wir haben erstens die Arbeitslosigkeit. Das ist ein ernstes Minus, das wir um jeden Preis überwinden oder wenigstens auf ein Minimum reduzieren müssen.
Zweitens haben wir ernste Mängel im Bau von Wohnungen für Arbeiter, eine Wohnungskrise, die wir ebenfalls in den nächsten Jahren überwinden oder wenigstens auf ein Minimum reduzieren müssen.
Wir haben gewisse Ansätze des Antisemitismus nicht nur in bestimmten Kreisen der Mittelschichten, sondern auch unter einem gewissen Teil der Arbeiterschaft und sogar an manchen Stellen in unserer Partei. Gegen dieses Übel müssen wir, Genossen, mit aller Unerbittlichkeit ankämpfen.
Wir haben ferner ein solches Minus wie die Abschwächung des antireligiösen Kampfes.
Wir haben schließlich eine schreckliche kulturelle Rückständigkeit, nicht nur im weiteren Sinne dieses Wortes, sondern auch im engeren Sinne, im Sinne der elementaren Schulbildung, denn der Prozentsatz der Analphabeten ist in der UdSSR immer noch nicht gering.
Alle diese und ähnliche Mängel, Genossen, müssen beseitigt werden, wenn wir in mehr oder weniger beschleunigtem Tempo vorwärts schreiten wollen.
Um mit diesem Abschnitt meines Berichts zu Ende zu kommen, gestatten Sie mir, einige Worte über die charakteristischsten Ernennungen in der Berichtsperiode zu sagen. Die Ernennung der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR will ich nicht berühren. Nicht berühren will ich auch die Ernennung der Volkskommissare für den Obersten Volkswirtschaftsrat, für das Handelskommissariat und für die Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung der UdSSR. Kurz erwähnen möchte ich drei Ernennungen, die sehr bezeichnend sind. Sie wissen, dass zum Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates der RSFSR Lobow ernannt worden ist. Er ist Metallarbeiter. Sie wissen, dass zum Vorsitzenden des Moskauer Sowjets an Stelle von Kamenew der Metallarbeiter Uchanow gewählt worden ist. Sie wissen ferner, dass zum Vorsitzenden des Leningrader Sowjets an Stelle von Sinowjew ebenfalls ein Metallarbeiter, Komarow, gewählt worden ist. Also bei uns sind die „Lord-Mayors“ beider Hauptstädte Metallarbeiter. (Beifall.) Allerdings sind sie keine Adligen, aber sie leiten die Wirtschaft der Hauptstädte besser als irgendein Adliger. (Beifall.) Sie werden sagen, das sei eine Tendenz zur Metallisierung. Ich glaube, daran ist nichts Schlechtes. (Zurufe: „Im Gegenteil, das ist sehr gut!“)

Wünschen wir den kapitalistischen Ländern, wünschen wir London, wünschen wir Paris, dass sie uns endlich einholen und ihre Metallarbeiter zu „Lord-Mayors" machen. (Beifall.)

III
DIE PARTEI UND DIE OPPOSITION

1. Der Zustand der Partei

Genossen, ich werde mich nicht über das zahlenmäßige und ideologische Wachstum unserer Partei auslassen, ich werde keine Zahlen anführen, denn Kossior wird Ihnen ausführlich darüber berichten.

Ich will auch nicht über die soziale Zusammensetzung unserer Partei und über die entsprechenden Zahlen reden, da Kossior in seinem Bericht Ihnen erschöpfende Angaben darüber machen wird.

Ich möchte einige Worte sagen über das höhere Niveau, über die qualitative Besserung der leitenden Arbeit unserer Partei auf dem Gebiet der Wirtschaft wie auch auf dem Gebiet der Politik. Es gab eine Zeit, Genossen, etwa vor zwei oder drei Jahren, wo ein Teil der Genossen, anscheinend mit Trotzki an der Spitze (Heiterkeit, Zurufe: „Anscheinend?"), gegen unsere Gouvernementskomitees, unsere Gebietskomitees, unser ZK den Vorwurf erhoben, die Parteiorganisationen seien nicht kompetent und mischten sich unnützerweise in die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landes ein. Ja, eine solche Zeit gab es. Jetzt wird wohl kaum jemand einen solchen Vorwurf gegen die Parteiorganisationen über die Lippen bringen. Dass die Gouvernementskomitees und Gebietskomitees die Führung der Wirtschaft gemeistert haben, dass die Parteiorganisationen an der Spitze des wirtschaftlichen Aufbaus stehen und nicht hinter ihm hertraben, das ist eine so ins Auge stechende Tatsache, dass höchstens Blinde oder Narren sie leugnen können. Schon die Tatsache, dass wir uns entschlossen haben, vor diesen Parteitag die Frage eines Fünfjahrplans des volkswirtschaftlichen Aufbaus zu bringen, schon diese Tatsache beweist, dass die Partei weit vorangekommen ist in der planmäßigen Leitung unseres wirtschaftlichen Aufbaus, sowohl draußen im Lande als auch im Zentrum.

Manche glauben, das sei gar nichts Besonderes. Nein, Genossen. Das ist etwas Besonderes und Wichtiges, das hervorgehoben werden muss. Man beruft sich mitunter auf amerikanische, auf deutsche Wirtschaftsorgane, die angeblich ebenfalls planmäßig die Volkswirtschaft leiten. Nein, Genossen, dort hat man das noch nicht erreicht und wird es auch nicht erreichen, solange dort die kapitalistische Ordnung besteht. Um planmäßig leiten zu können, braucht man ein anderes, ein sozialistisches und kein kapitalistisches Industriesystem, braucht man zumindest eine nationalisierte Industrie, ein nationalisiertes Kreditsystem, nationalisierten Grund und Boden, einen sozialistischen Zusammenschluss mit dem Dorf, die Macht der Arbeiterklasse im Lande usw.

Allerdings, auch sie haben so etwas wie Pläne. Aber das sind bloße Plan-Prognosen, Plan-Vermutungen, die für niemand verbindlich sind und auf Grund deren man die Wirtschaft des Landes nicht leiten kann. Anders bei uns. Unsere Pläne sind keine Plan-Prognosen, keine Plan-Vermutungen, sondern Plan-Direktiven, die für die leitenden Organe verbindlich sind und die Richtung unserer wirtschaftlichen Entwicklung in der Zukunft für das ganze Land bestimmen.

Sie sehen, dass wir hier einen prinzipiellen Unterschied haben.

Deshalb sage ich, schon die einfache Tatsache, dass die Frage eines Fünfjahrplans der volkswirtschaftlichen Entwicklung vor den Parteitag gebracht wird, schon diese Tatsache ist ein Zeichen für die qualitative Besserung unserer leitenden Planarbeit.

Ich will mich auch nicht über das Wachstum der innerparteilichen Demokratie in unserer Partei verbreiten. Höchstens Blinde sehen nicht, dass die innerparteiliche Demokratie, die wirkliche innerparteiliche Demokratie, der wirkliche Aufschwung der Aktivität der

Parteimassen, bei uns wächst und sich entwickelt. Man schwätzt über Demokratie. Aber was ist die Demokratie in der Partei? Eine Demokratie für wen? Versteht man unter Demokratie die Freiheit für ein paar von der Revolution losgelöste Intellektuelle, ohne Ende zu schwätzen, ein eigenes Presseorgan zu besitzen usw., so brauchen wir eine solche „Demokratie“ nicht, denn sie ist eine Demokratie für eine verschwindende Minderheit, die den Willen der großen Mehrheit durchbricht. Versteht man dagegen unter Demokratie die Freiheit für die Parteimassen, über die Fragen unseres Aufbaus zu entscheiden, den Aufschwung der Aktivität der Parteimassen, ihre Heranziehung zur Führung der Partei, die Entwicklung ihres Gefühls, Herr in der Partei zu sein, so haben wir eine solche Demokratie, wir brauchen sie, und wir werden sie unbeirrbar weiterentwickeln, was auch kommen mag. (Beifall.)

Ich will mich auch nicht darüber verbreiten, Genossen, dass gleichzeitig mit der innerparteilichen Demokratie bei uns Schritt für Schritt die Kollegialität in der Führung zunimmt. Nehmen wir unser ZK und unsere ZKK. Sie bilden zusammen ein leitendes Zentrum von 200 bis 250 Genossen, das regelmäßig zusammentritt und über die wichtigsten Fragen unseres Aufbaus entscheidet. Dies ist eins der demokratischsten und am kollegialsten arbeitenden Zentren, die unsere Partei jemals gehabt hat. Und was zeigt sich? Ist es denn nicht Tatsache, dass die Entscheidung über die wichtigsten Fragen unserer Arbeit immer mehr und mehr aus den Händen einer engen führenden Gruppe in die Hände dieses breiten Zentrums übergeht, das mit allen Zweigen des Aufbaus und mit allen Bezirken unseres riesigen Landes aufs engste verbunden ist?

Ich will mich auch nicht über das Wachstum unserer Parteikader auslassen. Es ist unbestreitbar, dass in diesen letzten Jahren die alten Kader unserer Partei von neuen emporsteigenden Kadern durchsetzt worden sind, die hauptsächlich aus Arbeitern bestehen. Wenn wir früher unsere Kader nach Hunderten und Tausenden zählten, so müssen wir sie jetzt nach Zehntausenden zählen. Ich glaube, wenn wir bei den untersten Organisationen, bei den Organisationen in den einzelnen Werkabteilungen, bei den untersten Zellen anfangen und in der gesamten Union bis ganz hinauf fortschreiten, so zählen unsere Parteikader, deren gewaltige Mehrheit aus Arbeitern besteht, jetzt nicht weniger als 100000 Funktionäre. Das ist ein gewaltiges Wachstum unserer Partei. Das ist ein gewaltiges Wachstum unseres Kaderbestandes, ein Wachstum seiner ideologisch-organisatorischen Erfahrungen, ein Wachstum seiner kommunistischen Kultur.

Schließlich noch eine Frage, über die wir uns nicht zu verbreiten brauchen, die wir aber vermerken müssen. Es ist die Frage des Wachstums der Autorität der Partei unter den parteilosen Arbeitern und überhaupt unter den werktätigen Massen in unserem Lande, unter den Arbeitern und überhaupt unter den unterdrückten Klassen in der ganzen Welt. Jetzt kann man wohl kaum noch daran zweifeln, dass unsere Partei zum Banner der Befreiung für die werktätigen Massen der ganzen Welt, der Name Bolschewik aber zu einem Ehrennamen für die Besten der Arbeiterklasse wird.

Das ist, Genossen, in großen Zügen das Bild unserer Errungenschaften auf dem Gebiet des Parteiaufbaus.

Das bedeutet nicht, Genossen, dass wir keine Mängel in der Partei hätten. Nein, es sind Mängel vorhanden, ernste Mängel. Gestatten Sie mir, ein paar Worte über diese Mängel zu sagen.

Nehmen wir zum Beispiel die Leitung der wirtschaftlichen und sonstigen Organisationen durch die Parteiorganisationen. Ist hier alles bei uns gut bestellt? Nein, nicht alles. Bei uns werden die Fragen nicht nur draußen im Lande, sondern auch im Zentrum nicht selten sozusagen familiär, auf Gevatterart, entschieden. Iwan Iwanowitsch, Mitglied der leitenden Spitze irgendeiner Organisation, hat, sagen wir, einen sehr schweren Fehler begangen und der Sache geschadet. Aber Iwan Fjodorowitsch will nicht Kritik an ihm üben, seine Fehler bloßlegen, seine Fehler korrigieren. Er will das nicht, denn er möchte sich keine „Feinde machen“. Es ist ein Fehler passiert, der Sache ist geschadet worden - was ist schon dabei! Wer

von uns macht keine Fehler? Heute schone ich, Iwan Fjodorowitsch, ihn. Morgen wird er, Iwan Iwanowitsch, mich schonen. Denn woher habe ich die Garantie, dass ich nicht ebenfalls einen Fehler machen werde? Alles in bester Ordnung. Friede und Wohlgefallen. Man sagt, ein vernachlässigter Fehler schade unserer großen Sache? Wenn schon! Irgendwie werden wir das Ding schon deichseln.

So, Genossen, pflegen einige unserer verantwortlichen Funktionäre zu urteilen.

Aber was bedeutet das? Wenn wir Bolschewiki, die alle Welt kritisieren, die, um mit Marx zu reden, den Himmel stürmen, wenn wir um der Ruhe dieser oder jener Genossen willen auf Selbstkritik verzichten - ja, ist es da nicht klar, dass wir nichts als den Untergang unserer großen Sache zu erwarten hätten? (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)

Marx sagte, die proletarische Revolution unterscheidet sich unter anderem dadurch von jeder anderen Revolution, dass sie sich selbst kritisiert und sich durch die Selbstkritik stärkt[84]. Das ist ein sehr wichtiger Hinweis von Marx. Wenn wir, die Vertreter der proletarischen Revolution, vor unseren Mängeln die Augen verschließen, wenn wir Fragen auf familiäre Art entscheiden, unsere Fehler gegenseitig decken und die Krankheit in das Innere unseres Parteiorganismus treiben - wer wird dann diese Fehler, diese Mängel korrigieren?

Ist es etwa nicht klar, dass wir aufhören würden, proletarische Revolutionäre zu sein, und dass wir dem sicheren Untergang verfallen würden, wenn wir nicht aus unserer Mitte dieses Spießertum, diese Vetternwirtschaft bei der Entscheidung wichtiger Fragen unseres Aufbaus ausmerzten?

Ist es etwa nicht klar, dass wir, wenn wir ehrliche und aufrechte Selbstkritik ablehnten, wenn wir auf eine ehrliche und offene Korrektur unserer Fehler verzichteten, uns den Weg für den Vormarsch, den Weg zur Besserung unserer Sache, zu neuen Erfolgen unserer Sache versperren würden?

Unsere Entwicklung vollzieht sich ja nicht in der Form eines reibungslosen allgemeinen Aufschwungs. Nein, Genossen, wir haben Klassen, wir haben Widersprüche innerhalb des Landes, wir haben eine Vergangenheit, wir haben eine Gegenwart und eine Zukunft, wir haben Widersprüche zwischen ihnen, und durch geruhsames Schaukeln auf den Wellen des Lebens können wir nicht vorwärtskommen. Unser Vormarsch erfolgt im Kampf, durch Entwicklung der Widersprüche, durch Überwindung dieser Widersprüche, durch Bloßlegung und Liquidierung dieser Widersprüche.

Niemals, solange es Klassen gibt, wird sich ein Zustand herbeiführen lassen, wo man wird sagen können: Nun, Gott sei Dank, jetzt ist alles gut. Niemals wird das bei uns der Fall sein, Genossen.

Stets wird bei uns im Leben irgendetwas absterben. Was aber stirbt, will nicht einfach sterben, sondern es kämpft um seine Existenz, es verteidigt seine überlebte Sache.

Stets wird bei uns im Leben irgendetwas Neues geboren. Was aber geboren wird, wird nicht einfach geboren, sondern es kreischt, es schreit, es verteidigt sein Recht auf Existenz. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)

Kampf zwischen dem Alten und dem Neuen, zwischen dem Absterbenden und dem zur Welt Kommenden - das ist die Grundlage unserer Entwicklung. Wenn wir nicht offen und ehrlich, wie es Bolschewiki geziemt, die Fehler und Mängel unserer Arbeit feststellen und aufdecken, dann versperren wir uns selbst den Weg nach vorn. Wir wollen aber vorwärts schreiten. Und gerade, weil wir vorwärts schreiten wollen, müssen wir die ehrliche und revolutionäre Selbstkritik zu einer unserer wichtigsten Aufgaben machen. Ohne das gibt es keinen Vormarsch. Ohne das gibt es keine Entwicklung.

Aber gerade in dieser Hinsicht hinkt die Sache bei uns immer noch. Ja noch mehr, es genügen einige Erfolge, um Mängel vergessen zu machen, um sich zu beruhigen und zu überheben. Zwei, drei große Erfolge, und schon dünkt man sich ein Goliath. Noch zwei, drei große Erfolge, und schon ist man überheblich geworden: „Das machen wir mit dem kleinen

Finger!“ Aber die Fehler bleiben, die Mängel bestehen weiter, die Krankheit wird in das Innere des Parteiorganismus getrieben, und die Partei wird krank.

Ein zweiter Mangel. Er besteht in der Übertragung der Methoden des Administrierens in die Partei, in der Ersetzung der Methode des Überzeugens, die in der Partei von entscheidender Bedeutung ist, durch die Methode des Administrierens. Dieser Mangel ist eine nicht weniger erhebliche Gefahr als der erste Mangel. Weshalb? Weil er die Gefahr in sich birgt, dass unsere Parteiorganisationen, Organisationen mit lebendiger Initiative, sich in öde Kanzleiinstitutionen verwandeln. Wenn man in Betracht zieht, dass die Zahl unserer aktivsten Funktionäre sich auf mindestens 60000 beläuft und dass sie über alle möglichen wirtschaftlichen, genossenschaftlichen und staatlichen Institutionen verstreut sind und dort gegen den Bürokratismus kämpfen, so muss man zugeben, dass ein Teil von ihnen, der in diesen Institutionen gegen den Bürokratismus kämpft, mitunter selbst vom Bürokratismus infiziert wird und ihn in die Parteiorganisation hineinträgt. Und das, Genossen, ist nicht unsere Schuld, sondern unser Unglück, denn solange der Staat besteht, wird dieser Prozess in höherem oder geringerem Grade fortdauern. Und gerade weil dieser Prozess gewisse Wurzeln im Leben hat, gerade deshalb müssen wir uns zum Kampf gegen diesen Mangel rüsten, indem wir die Aktivität der Parteimassen heben, sie zur Entscheidung über die von der Parteiführung zu regelnden Fragen heranziehen, systematisch die innerparteiliche Demokratie pflegen und nicht zulassen, dass in unserer Parteipraxis die Methode der Überzeugung ersetzt werde durch die Methode des Administrierens.

Der dritte Mangel. Dieser Mangel besteht darin, dass eine Anzahl unserer Genossen leicht und ruhig mit dem Strom schwimmen wollen, ohne Perspektiven, ohne in die Zukunft zu blicken, auf solche Art, dass ringsum eine festliche und feierliche Stimmung herrsche, dass jeden Tag bei uns feierliche Sitzungen stattfinden, dass nur ja überall Beifall geklatscht und womöglich jeder von uns der Reihe nach als Ehrenmitglied in alle möglichen Präsidien gewählt werde. (Heiterkeit, Beifall.)

Eben dieser unbezwingliche Wunsch, überall eine festliche Stimmung zu finden, dieser Drang nach Aufmachung, nach allen möglichen Jubiläen, nötigen und unnötigen, dieser Wunsch, dahin zu gleiten, wohin es eben geht, ohne Ausschau zu halten, wohin wir getrieben werden (Heiterkeit, Beifall) - alles das ist es, was das Wesen des dritten Mangels in unserer Parteipraxis, die Grundlage unserer Mängel in unserem Parteileben bildet.

Haben Sie schon einmal Ruderer gesehen, die sich rechtschaffen, im Schweiße ihres Angesichts, in die Riemen legen, aber nicht sehen, wohin die Strömung sie treibt? Ich habe solche Ruderer auf dem Jenissej gesehen. Das sind rechtschaffene und unermüdliche Ruderer. Aber ihr Unglück besteht darin, dass sie nicht sehen und nicht sehen wollen, wie die Woge sie an einen Felsen schleudern kann, wo ihnen der Untergang droht.

Dasselbe gilt von einigen unserer Genossen. Sie rudern rechtschaffen, unermüdlich, sie gleiten glatt dahin, sie überlassen sich der Strömung, aber wohin sie getrieben werden, das wissen sie nicht und wollen sie nicht einmal wissen. Eine Arbeit ohne Perspektiven, eine Arbeit ohne Steuer und Segel - dazu führt der Wunsch, unbedingt mit der Strömung zu schwimmen.

Und die Resultate? Die Resultate sind klar: Zuerst schimmeln sie an, dann werden sie ganz grau, dann bleiben sie im Schlamm des Spießertums stecken und schließlich verwandeln sie sich in echte Spießer. Das eben ist der Weg wirklicher Entartung.

Da haben Sie, Genossen, einige Mängel in unserer Parteipraxis und unserem Parteileben, von denen ich Ihnen ein paar bittere Worte sagen wollte.

Jetzt aber gestatten Sie mir, zu den Fragen der Diskussion und unserer so genannten Opposition überzugehen.

2. Die Ergebnisse der Diskussion

Hat die Parteidiskussion irgendeinen Sinn, irgendeinen Wert?
Manchmal sagt man: Weshalb zum Teufel habt ihr eine Diskussion angefacht, wer hat sie nötig, wäre es nicht besser, die strittigen Fragen intern zu erledigen, ohne sie an die große Glocke zu hängen? Das ist nicht richtig, Genossen. Eine Diskussion ist mitunter absolut notwendig und unbedingt nützlich. Fragt sich nur, was für eine Diskussion. Wenn die Diskussion im Rahmen der Kameradschaftlichkeit, im Parteirahmen geführt wird, wenn sie sich ehrliche Selbstkritik, wenn sie sich die Kritik der Parteimängel zum Ziel setzt, wenn sie also unser Werk bessert und die Arbeiterklasse wappnet, dann ist eine solche Diskussion notwendig und nützlich.
Es gibt aber auch eine anders geartete Diskussion, die sich nicht die Besserung unseres gemeinsamen Werks zum Ziel setzt, sondern seine Verschlechterung, nicht die Stärkung unserer Partei, sondern ihre Zersetzung und Diskreditierung. Eine solche Diskussion führt gewöhnlich nicht dazu, das Proletariat zu wappnen, sondern es zu entwaffnen. Eine solche Diskussion brauchen wir nicht. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)
Als die Opposition verlangte, in der ganzen Sowjetunion solle drei Monate vor dem Parteitag, vor der Ausarbeitung der Thesen des ZK, vor der Veröffentlichung dieser Thesen, eine Diskussion eingeleitet werden, da versuchte sie, uns eine Diskussion von einer Art aufzuzwingen, die unweigerlich unseren Feinden, den Feinden der Arbeiterklasse, den Feinden unserer Partei ihr Werk erleichtert hätte. Gerade deshalb widersetzte sich das ZK den Plänen der Opposition. Und gerade weil es sich den Plänen der Opposition widersetzte, gelang es uns, die Diskussion in die richtigen Bahnen zu leiten, da wir ihr in den Parteitagsthesen des ZK eine Basis gaben. Jetzt können wir ohne Schwanken sagen, dass die Diskussion im Ganzen ein Plus ergeben hat.
Dass man die strittigen Fragen an die große Glocke hänge, das sind Redereien, Genossen. Wir haben uns nie davor gefürchtet und werden uns nie davor fürchten, uns und unsere Fehler vor der ganzen Partei offen zu kritisieren. Die Stärke des Bolschewismus besteht eben darin, dass er Kritik nicht fürchtet und aus der Kritik seiner Mängel Energie schöpft für den weiteren Vormarsch. Die jetzige Diskussion ist also ein Zeichen der Stärke unserer Partei, ein Zeichen ihrer Kraft.
Man sollte nicht vergessen, dass in jeder großen Partei, besonders in einer Partei wie die unsrige, die an der Macht steht und in der es einen gewissen Teil Bauern und Angestelltenelemente gibt, sich im Laufe einer bestimmten Zeit gewisse indifferente, den Fragen der Parteipraxis gleichgültig gegenüberstehende Elemente ansammeln, die mit geschlossenen Augen stimmen und mit dem Strom schwimmen. Das Vorhandensein einer großen Zahl solcher Elemente ist ein Übel, gegen das man kämpfen muss. Diese Elemente bilden den Sumpf unserer Partei.
Die Diskussion ist ein Appell an diesen Sumpf. An ihn appellieren die Oppositionellen, um einen gewissen Teil von ihm loszureißen. Und sie reißen wirklich seinen schlechteren Teil weg. Die Partei appelliert an ihn, um den besseren Teil von ihm loszureißen und ihn in das aktive Parteileben einzugliedern. Das Ergebnis ist, dass der Sumpf trotz seiner Passivität zur Entscheidung gezwungen wird. Und er entscheidet sich wirklich infolge dieser Appelle, er gibt einen Teil an die Opposition ab, den andern an die Partei, und auf diese Weise hört er als Sumpf zu bestehen auf. In der gesamten Entwicklungsbilanz unserer Partei ist das ein Plus. Ein Ergebnis der jetzigen Diskussion ist die Verminderung des Sumpfes, der entweder ganz zu bestehen aufgehört hat oder doch aufzuhören im Begriff steht. Das ist das Plus der Diskussion.
Die Ergebnisse der Diskussion? Die Ergebnisse sind bekannt. Bis zum gestrigen Tage stimmten, wie sich herausstellt, für die Partei 724000 Genossen, für die Opposition etwas über 4000. Da haben Sie das Ergebnis. Die Oppositionellen bei uns wetterten, das ZK habe

sich von der Partei losgelöst, die Partei habe sich von der Klasse losgelöst, und wenn das Wenn und das Aber nicht wäre, dann flögen gebratene Tauben daher, dann hätten sie, die Oppositionellen, unfehlbar 99 Prozent auf ihrer Seite. Da ihr aber die gebratenen Tauben nicht in den Mund fliegen, hat die Opposition nicht einmal 1 Prozent der Stimmen bekommen. Das ist das Ergebnis.

Wie konnte es kommen, dass die Partei in ihrer Gesamtheit und mit ihr die Arbeiterklasse die Opposition so unsanft isoliert hat? Dort, an der Spitze der Opposition, stehen doch bekannte Leute mit Namen, Leute, die es verstehen, Reklame für sich zu machen (Zurufe: „Sehr richtig!“), Leute, die nicht an Bescheidenheit kranken (Beifall), die es verstehen, sich anzupreisen und die Ware von der vorteilhaften Seite zu zeigen.

Das geschah deshalb, weil die führende Gruppe der Opposition sich als eine Gruppe kleinbürgerlicher Intellektueller entpuppte, losgerissen vom Leben, losgerissen von der Revolution, losgerissen von der Partei, von der Arbeiterklasse. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)

Ich sprach vorhin über die Erfolge unserer Arbeit, über unsere Errungenschaften auf dem Gebiet der Industrie, auf dem Gebiet des Handels, auf dem Gebiet der gesamten Wirtschaft, auf dem Gebiet der Außenpolitik. Aber die Opposition kümmert sich nicht um diese Errungenschaften. Sie sieht sie nicht oder will sie nicht sehen. Sie will diese Erfolge nicht sehen, teilweise aus Ignoranz, teilweise kraft einer gewissen Halsstarrigkeit vom Leben losgerissener Intellektueller.

3. Die Hauptdifferenzen zwischen der Partei und der Opposition

Sie werden fragen, worin denn nun schließlich die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition bestehen, auf welche Fragen sich diese Meinungsverschiedenheiten erstrecken.

Auf alle Fragen, Genossen. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Unlängst las ich die Erklärung eines parteilosen Arbeiters in Moskau, der im Begriff ist, in die Partei einzutreten, oder schon eingetreten ist. Er formuliert die Frage der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition folgendermaßen:

„Früher suchten wir nach, worin die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition bestehen. Jetzt aber findet man nichts mehr, worin sie mit der Partei einverstanden ist. (Heiterkeit, Beifall.) Die Opposition ist gegen die Partei in allen Fragen, also würde ich, wenn ich Anhänger der Opposition wäre, nicht in die Partei eintreten.“ (Heiterkeit, Beifall.) (Siehe „Iswestija“ Nr.264.)

So kurz und treffend drücken sich die Arbeiter mitunter aus. Ich glaube, dies ist die treffendste und richtigste Charakteristik der Beziehungen der Opposition zur Partei, zu ihrer Ideologie, zu ihrem Programm, zu ihrer Taktik.

Eben weil die Opposition mit der Partei in allen Fragen auseinander geht, eben darum ist die Opposition eine Gruppe mit eigener Ideologie, mit eigenem Programm, mit eigener Taktik, mit eigenen Organisationsprinzipien.

Alles, was für eine neue Partei notwendig ist, alles das findet sich bei der Opposition. Es fehlt bloß eine „Kleinigkeit“, es fehlt ihr die Kraft dazu. (Heiterkeit, Beifall.)

Ich könnte sieben Hauptfragen aufzählen, auf die sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition erstrecken.

Erstens. Die Frage der Möglichkeit des siegreichen sozialistischen Aufbaus in unserem Lande. Ich werde mich nicht auf die Dokumente und Erklärungen der Opposition in dieser Frage berufen. Sie sind allgemein bekannt, und es hat keinen Sinn, sie zu wiederholen. Für alle ist es klar, dass die Opposition die Möglichkeit eines siegreichen Aufbaus des Sozialismus in

unserem Lande leugnet. Indem sie aber diese Möglichkeit leugnet, rutscht sie direkt und ganz offen zum Standpunkt der Menschewiki hinab.
Diese Einstellung der Opposition in der gegebenen Frage ist für ihre jetzigen Führer nichts Neues. Von dieser Einstellung gingen Kamenew und Sinowjew aus, als sie den Oktoberaufstand ablehnten. Sie erklärten damals direkt, dass wir, wenn wir den Aufstand beginnen, dem Untergang entgegengehen, man müsse die Konstituierende Versammlung abwarten, die Verhältnisse seien für den Sozialismus noch nicht reif und würden nicht sobald heranreifen.
Von derselben Einstellung ging Trotzki aus, als er dem Aufstand zustimmte. Denn er erklärte direkt, wenn uns nicht in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die siegreiche proletarische Revolution im Westen zu Hilfe komme, so wäre es eine Dummheit, zu glauben, dass das revolutionäre Rußland imstande sei, sich gegen ein konservatives Europa zu behaupten.
In der Tat, wie standen damals auf der einen Seite Kamenew und Sinowjew, auf der anderen Seite Trotzki und auf der dritten Seite Lenin und die Partei zum Aufstand? Das ist eine sehr interessante Frage, Genossen, und es lohnt sich, darüber ein paar Worte zu sagen.
Sie wissen, dass Kamenew und Sinowjew den Aufstand mitmachten, weil man ihnen mit dem Stock drohte. Lenin trieb sie mit dem Stock an, drohte er ihnen doch mit dem Ausschluss aus der Partei (Heiterkeit, Beifall.), und so mussten sie sich denn zum Aufstand bequemen. (Heiterkeit, Beifall.)
Trotzki machte den Aufstand freiwillig mit. Aber er machte nicht einfach mit, sondern mit einem kleinen Vorbehalt, der ihn bereits damals Kamenew und Sinowjew nahe brachte. Es ist interessant, dass Trotzki es gerade vor dem Oktober, im Juni 1917, für angebracht hielt, in Petrograd seine alte Broschüre „Das Friedensprogramm“ neu herauszugeben, als ob er damit sagen wollte, dass er den Aufstand unter seiner eigenen Flagge mitmache. Was sagt er nun in dieser Broschüre? Er polemisiert dort gegen Lenin in der Frage der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, er hält diesen Gedanken Lenins für unrichtig und behauptet, man werde zwar die Macht ergreifen müssen, wenn aber die siegreichen westeuropäischen Arbeiter uns nicht rechtzeitig zu Hilfe kämen, dann wäre es aussichtslos, zu glauben, dass ein revolutionäres Rußland einem konservativen Europa gegenüber sich werde behaupten können, und wer nicht an Trotzkis Kritik glaube, der kranke an nationaler Beschränktheit.
Hier eine Stelle aus der damaligen Broschüre Trotzkis:

„Ohne auf die anderen zu warten, beginnen wir den Kampf auf nationalem Boden und setzen ihn hier fort in der vollen Überzeugung, dass unsere Initiative dem Kampf in den anderen Ländern einen Anstoß geben wird; wenn das aber nicht geschehen sollte, dann wäre es aussichtslos, zu glauben - davon zeugen sowohl die geschichtlichen Erfahrungen als auch theoretische Erwägungen -, dass zum Beispiel ein revolutionäres Rußland einem konservativen Europa gegenüber sich behaupten... könnte.“ „Die Perspektiven der sozialen Revolution im nationalen Rahmen zu betrachten, würde bedeuten, ein Opfer jener nationalen Beschränktheit zu werden, die das Wesen des Sozialpatriotismus ist.“ (Trotzki, „Das Jahr 1917“, Bd. III, Teil 1, S.90.)

Hier, Genossen, haben Sie den kleinen trotzkistischen Vorbehalt, der uns in vieler Hinsicht die Ursachen und Hintergründe seines jetzigen Blocks mit Kamenew und Sinowjew klarmacht.
Wie aber schritt Lenin, wie schritt die Partei zum Aufstand? Ebenfalls mit einem kleinen Vorbehalt? Nein, Lenin und seine Partei schritten ohne jeden Vorbehalt zum Aufstand. Hier eine Stelle aus Lenins trefflichem Artikel „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, der im September 1917 im Ausland veröffentlicht wurde:

„Der in einem Lande zum Siege gelangte Sozialismus schließt keineswegs auf einmal alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt sie voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus

geht in den verschiedenen Ländern höchst ungleichmäßig vor sich. Anders kann es auch nicht sein bei der Warenproduktion. Daher die unumgängliche Schlussfolgerung: der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird vorerst in einem Lande, oder einigen Ländern siegen, die übrigen aber werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muss nicht nur Reibungen hervorrufen, sondern auch das direkte Bestreben der Bourgeoisie anderer Länder, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates niederzuwerfen. In diesen Fällen wäre ein Krieg von unserer Seite rechtmäßig und gerecht. Dies wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie." (Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", „Blätter des Lenin-Instituts", Lieferung II, S.7[85].)

Sie sehen, hier haben wir eine ganz andere Einstellung. Wenn Trotzki den Aufstand mit einem Vorbehalt mitmachte, der ihn Kamenew und Sinowjew nahe brachte, indem er behauptete, die proletarische Macht könne an und für sich nicht etwas Besonderes darstellen, wenn man ihr nicht rechtzeitig von außen zu Hilfe komme, so schritt umgekehrt Lenin ohne Vorbehalte zum Aufstand und behauptete, dass die proletarische Macht in unserem Lande die Basis werden muss, die den Proletariern der anderen Länder helfen wird, sich vom Joch der Bourgeoisie zu befreien.
So also schritten die Bolschewiki zum Oktoberaufstand, und deshalb haben Trotzki und Kamenew samt Sinowjew im zehnten Jahre der Oktoberrevolution eine gemeinsame Sprache gefunden.
Man könnte die Unterhaltung, die Trotzki einerseits und Kamenew und Sinowjew anderseits bei der Bildung des Oppositionsblocks miteinander führten, etwa in der Form des folgenden Dialogs darstellen.
Kamenew und Sinowjew zu Trotzki: „Sie sehen, werter Genosse, wir haben zu guter Letzt recht behalten, als wir sagten, dass der Oktoberaufstand nicht gemacht werden durfte, dass die Konstituierende Versammlung abgewartet werden musste usw. Jetzt sehen alle, dass das Land entartet, dass die Staatsmacht entartet, dass wir dem Untergang entgegengehen und dass es keinen Sozialismus bei uns geben wird. Man hätte nicht zum Aufstand schreiten sollen. Sie aber machten den Aufstand freiwillig mit. Sie haben einen großen Fehler begangen."
Trotzki antwortete ihnen: „Nein, werte Kollegen, Sie tun mir Unrecht. Ich habe zwar den Aufstand mitgemacht, aber wie ich ihn mitgemacht habe, das haben Sie wohl vergessen. Ich habe doch den Aufstand nicht ohne weiteres, sondern mit einem Vorbehalt mitgemacht. (Allgemeine Heiterkeit.) Und da sich jetzt herausgestellt hat, dass wir äußere Hilfe von nirgendsher zu erwarten haben, so ist es klar, dass wir dem Untergang entgegengehen, wie ich das seinerzeit im ‚Friedensprogramm' auch vorausgesagt habe."
Sinowjew und Kamenew: „Es scheint wirklich so zu sein. Wir haben den kleinen Vorbehalt vergessen. Jetzt ist es klar, dass unser Block ideologisch fundiert ist." (Allgemeine Heiterkeit, Beifall.)
So kam es zu der negativen Einstellung der Opposition zur Frage der Möglichkeit des siegreichen sozialistischen Aufbaus in unserem Lande.
Was aber bedeutet diese Einstellung? Sie bedeutet Kapitulantentum. Vor wem? Offenbar vor den kapitalistischen Elementen unseres Landes. Vor wem noch? Vor der Weltbourgeoisie. Und die linken Phrasen, die revolutionären Gesten - wo sind sie geblieben? Sie sind in alle Winde verflogen. Rütteln Sie unsere Opposition tüchtig, schütteln Sie ihr die revolutionäre Phraseologie ab - und Sie werden sehen, wie bei ihr das Kapitulantentum zum Vorschein kommt. (Beifall.)
Zweitens. Die Frage der Diktatur des Proletariats. Haben wir die Diktatur des Proletariats oder haben wir sie nicht? Die Frage klingt etwas seltsam. (Heiterkeit.) Trotzdem kommt die Opposition in jeder ihrer Erklärungen mit dieser Frage. Die Opposition sagt, bei uns gebe es eine thermidorianische Entartung. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass wir keine Diktatur des Proletariats haben, dass Wirtschaft wie Politik bei uns versagen und zurückgehen,

dass wir nicht dem Sozialismus entgegen schreiten, sondern zum Kapitalismus zurückkehren. Das ist natürlich grotesk und dumm. Aber die Opposition bleibt bei ihrer Leier.
Hier, Genossen, haben Sie noch eine Differenz. Hierauf gründet sich die bekannte These Trotzkis von Clemenceau. Wenn die Staatsmacht entartet ist oder entartet, lohnt es sich da, sie zu schonen, zu schützen, zu verteidigen? Natürlich nicht. Wenn eine günstige Gelegenheit eintritt, diese Macht „abzusetzen“, sagen wir, wenn der Feind auf 80 Kilometer an Moskau herankommt - ist es dann nicht klar, dass die Situation ausgenutzt werden müsste, um diese Regierung wegzufegen und eine neue, eine Clemenceau-Regierung, das heißt eine trotzkistische Regierung, einzusetzen?
Es ist klar, dass es in dieser „Einstellung“ nichts Leninsches gibt. Das ist Menschewismus von reinstem Wasser. Die Opposition ist beim Menschewismus gelandet.
Drittens. Die Frage des Blocks der Arbeiterklasse mit dem Mittelbauern. Die Opposition hat die ganze Zeit hindurch ihr ablehnendes Verhalten zur Idee dieses Blocks verhehlt. Ihre Plattform, ihre Gegenthesen sind nicht so sehr bemerkenswert durch das, was dort gesagt ist, als durch das, was die Opposition der Arbeiterklasse zu verhehlen versucht hat. Nun aber hat sich ein Mann gefunden, I. N. Smirnow, ebenfalls ein Führer der Opposition, der den Mut hatte, die Wahrheit über die Opposition zu sagen, sie ans Tageslicht zu zerren. Und was stellte sich heraus? Es stellte sich heraus, dass wir „dem Untergang entgegengehen“ und dass wir, wenn wir uns „retten“ wollen, es auf ein Zerwürfnis mit dem Mittelbauern ankommen lassen müssen. Nicht sehr klug. Aber dafür klar.
Auch hier haben sich schließlich die menschewistischen Eselsohren der Opposition vor aller Welt gezeigt.
Viertens. Die Frage nach dem Charakter unserer Revolution. Wenn die Möglichkeit der siegreichen Errichtung des Sozialismus in unserem Lande geleugnet wird, wenn das Vorhandensein der Diktatur des Proletariats geleugnet wird, wenn die Notwendigkeit eines Blocks der Arbeiterklüse mit der Bauernschaft geleugnet wird - was bleibt dann von unserer Revolution, von ihrem sozialistischen Charakter übrig? Natürlich nichts, einfach gar nichts. Das Proletariat ist zur Macht gekommen, es hat die bürgerliche Revolution zu Ende geführt, die Bauernschaft kann jetzt mit der Revolution nichts mehr anfangen, da sie bereits den Boden erhalten hat - also kann das Proletariat abtreten und anderen Klassen das Feld räumen.
Da haben Sie die Einstellung der Opposition, wenn man bis zu den Wurzeln der oppositionellen Anschauungen vordringt.
Da haben Sie alle Wurzeln des Kapitulantentums unserer Opposition. Nicht umsonst wird sie von dem Kapitulanten Abramowitsch aus dem „Bund“ gelobt.
Fünftens. Die Frage der Leninschen Einstellung bei der Führung kolonialer Revolutionen. Lenin ging aus von dem Unterschied zwischen imperialistischen und unterdrückten Ländern, zwischen der Politik des Kommunismus in den Ländern des Imperialismus und der Politik des Kommunismus in den Kolonialländern. Von diesem Unterschied ausgehend, sagte er schon während des Krieges, dass die Idee der Vaterlandsverteidigung, die in imperialistischen Ländern für den Kommunismus unannehmbar und konterrevolutionär ist, in unterdrückten Ländern, die einen Befreiungskrieg gegen den Imperialismus führen, vollauf annehmbar und gerechtfertigt ist.
Gerade deshalb hielt Lenin in einem bestimmten Stadium und für eine bestimmte Frist die Möglichkeit eines Blocks und sogar eines Bündnisses mit der nationalen Bourgeoisie der Kolonialländer für zulässig, wenn diese gegen den Imperialismus Krieg führt und wenn sie die Kommunisten nicht daran hindert, die Arbeiter und die bäuerliche Armut im Geiste des Kommunismus zu erziehen.
Der Sündenfall der Opposition besteht hier darin, dass sie mit dieser Einstellung Lenins endgültig bricht und zur Einstellung der II. Internationale hinabsinkt, die die Zweckmäßigkeit einer Unterstützung revolutionärer Kriege der Kolonialländer gegen den Imperialismus

verneint. Eben daraus erklärt es sich, dass unsere Opposition in der Frage der chinesischen Revolution so sehr in die Patsche geraten ist.

Da haben Sie eine weitere Meinungsverschiedenheit.

Sechstens. Die Frage der Einheitsfronttaktik in der internationalen Arbeiterbewegung. Der Sündenfall der Opposition besteht hier darin, dass sie mit der Leninschen Taktik in der Frage der allmählichen Gewinnung der Millionenmassen der Arbeiterklasse für den Kommunismus bricht. Damit die Millionenmassen der Arbeiterklasse für den Kommunismus gewonnen werden, ist es nicht nur notwendig, dass die Politik der Partei richtig ist. Eine richtige Politik der Partei ist eine große Sache, aber bei weitem noch nicht alles. Damit die Millionenmassen der Arbeiterklasse auf die Seite des Kommunismus übergehen, ist es notwendig, dass sich die Massen selbst an Hand eigener Erfahrungen von der Richtigkeit der Politik des Kommunismus überzeugen. Damit sich aber die Massen davon überzeugen, dazu bedarf es Zeit, dazu ist es notwendig, dass die Partei kundig und geschickt daran arbeite, die Massen an ihre Positionen heranzubringen, dass die Partei kundig und geschickt daran arbeite, die Millionenmassen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen.

Wir waren im April 1917 völlig im Recht, denn wir wussten, dass es zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung der Sowjetmacht kommen werde. Aber damals riefen wir die breiten Massen der Arbeiterklasse noch nicht zum Aufstand gegen die Macht der Bourgeoisie auf. Warum? Weil die Massen noch nicht die Möglichkeit gehabt hatten, sich von der Richtigkeit unserer unbedingt richtigen Politik zu überzeugen. Erst als sich die kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki in den Hauptfragen der Revolution vollends blamiert hatten, erst als die Massen sich von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen begannen, erst dann führten wir sie zum Aufstand. Und eben weil wir die Massen zur rechten Zeit zum Aufstand führten, eben deshalb trugen wir damals den Sieg davon.

Hier liegen die Wurzeln der Einheitsfrontidee. Lenin setzte die Einheitsfronttaktik ja gerade deswegen in Aktion, um es den von den Vor-urteilen des sozialdemokratischen Paktierertums infizierten Millionenmassen der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder zu erleichtern, sich an Hand eigener Erfahrungen von der Richtigkeit der Politik der Kommunisten zu überzeugen und auf die Seite des Kommunismus überzugehen.

Der Sündenfall der Opposition besteht darin, dass sie diese Taktik glattweg ablehnt. Eine Zeitlang war sie Feuer und Flamme, war sie albern und unvernünftig für die Einheitsfronttaktik begeistert und begrüßte in jeder Weise das Abkommen mit dem Generalrat in England, hielt dieses Abkommen für „eine der ernstlichsten Friedensgarantien“, „eine der ernstlichsten Garantien gegen die Intervention“, eines der ernstlichsten Mittel „zur Unschädlichmachung des Reformismus in Europa“ (siehe das Referat Sinowjews auf dem XIV. Parteitag der KPdSU(B)). Als sie sich aber bitter enttäuscht sah in ihren Hoffnungen, den Reformismus mit Hilfe der Purcell und Hicks „unschädlich machen“ zu können, da verfiel sie in das andere Extrem und lehnte die Idee der Einheitsfronttaktik in Bausch und Bogen ab.

Hier, Genossen, haben Sie noch eine Meinungsverschiedenheit, die die völlige Abkehr der Opposition von der Leninschen Einheitsfronttaktik demonstriert.

Siebentens. Die Frage des Leninschen Parteiprinzips, der Leninschen Einheit in der KPdSU(B) und in der Komintern. Die Opposition bricht hier glattweg mit der Leninschen organisatorischen Einstellung und betritt den Weg der Bildung einer zweiten Partei, den Weg der Bildung einer neuen Internationale.

Da haben Sie die sieben Hauptfragen, die zeigen, dass die Opposition in allen diesen Fragen zum Menschewismus hinabgesunken ist.

Kann man diese menschewistischen Auffassungen der Opposition für vereinbar halten mit der Ideologie unserer Partei, mit dem Programm unserer Partei, mit ihrer Taktik, mit der Taktik der Komintern, mit der organisatorischen Einstellung des Leninismus?

Auf keinen Fall, für keinen Augenblick!
Sie werden sagen: Wie konnte bei uns eine solche Opposition aufkommen, wo sind ihre sozialen Wurzeln? Ich glaube, die sozialen Wurzeln der Opposition liegen im Ruin der kleinbürgerlichen Stadtschichten angesichts unserer Entwicklung, in der Unzufriedenheit dieser Schichten mit dem Regime der Diktatur des Proletariats, in dem Streben dieser Schichten nach Änderung dieses Regimes, nach seiner „Verbesserung“ im Geiste der Einführung der bürgerlichen Demokratie.
Ich habe bereits gesagt, dass infolge unseres Vormarsches, infolge des Wachstums unserer Industrie, infolge des steigenden Anteils der sozialistischen Wirtschaftsformen ein Teil der Kleinbourgeoisie, besonders der städtischen Bourgeoisie, ruiniert wird und untergeht. Die Opposition widerspiegelt das Murren und die Unzufriedenheit dieser Schichten mit dem Regime der proletarischen Revolution.
Da stecken die sozialen Wurzeln der Opposition.

4. Was nun weiter?

Was soll mit der Opposition weiter geschehen?
Bevor wir zu dieser Frage übergehen, möchte ich Ihnen die Geschichte des Versuchs einer Zusammenarbeit mit Trotzki erzählen, den Kamenew im Jahre 1910 unternahm. Das ist eine sehr interessante Frage. Umso mehr, als sie einen gewissen Schlüssel liefern kann zur richtigen Lösung der gestellten Frage. Im Jahre 1910 fand eine Plenarsitzung unseres ZK im Ausland statt. Behandelt wurde die Frage der Beziehungen der Bolschewiki zu den Menschewiki, insbesondere zu Trotzki (wir waren damals Teil einer gemeinsamen Partei, der auch die Menschewiki angehörten, und bezeichneten uns als Fraktion). Die Plenarsitzung sprach sich für eine Versöhnung mit den Menschewiki, also auch mit Trotzki aus, trotz Lenin und gegen Lenin. Lenin blieb in der Minderheit. Und was tat Kamenew? Kamenew nahm es auf sich, die Zusammenarbeit mit Trotzki zustande zu bringen. Und er brachte die Zusammenarbeit zustande, nicht ohne Wissen und Zustimmung Lenins, denn Lenin wollte, dass Kamenew sich durch Erfahrungen überzeuge von der Schädlichkeit und Unzulässigkeit einer Zusammenarbeit mit Trotzki gegen den Bolschewismus.
Hören wir, was Kamenew darüber erzählt:

„Im Jahre 1910 unternahm die Mehrheit unserer Fraktion den Versuch einer Versöhnung und Verständigung mit Gen. Trotzki. Wladimir Iljitsch stand diesem Versuch scharf ablehnend gegenüber, und gewissermaßen ‚zur Strafe’ für die Hartnäckigkeit, mit der ich versuchte, eine Verständigung mit Trotzki herbeizuführen, bestand er darauf, dass gerade ich vom Zentralkomitee als dessen Vertreter in die Redaktion der Zeitung des Gen. Trotzki delegiert würde. Im Herbst 1910, nachdem ich einige Monate in dieser Redaktion gearbeitet hatte, überzeugte ich mich davon, dass Wladimir Iljitsch recht gehabt hatte mit seiner ablehnenden Einstellung zu meiner ‚versöhnlichen’ Linie, und mit seinem Einverständnis trat ich aus der Redaktion des Organs des Gen. Trotzki aus. Unser damaliger Bruch mit Gen. Trotzki fand seinen Niederschlag in einer Reihe von scharfen Artikeln im Zentralorgan der Partei. Gerade damals schlug Wladimir Iljitsch mir vor, eine Broschüre zu schreiben, die die Bilanz unserer Meinungsverschiedenheiten mit den liquidatorischen Menschewiki und mit Gen. Trotzki ziehen sollte. ‚Sie haben eine Verständigung mit dem linkesten (dem trotzkistischen) Flügel der antibolschewistischen Gruppierungen versucht, Sie haben sich von der Unmöglichkeit einer Verständigung überzeugt, also müssen Sie eine zusammenfassende Broschüre schreiben’, sagte mir Wladimir Iljitsch. Natürlich bestand Wladimir Iljitsch besonders darauf, dass gerade auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen dem Bolschewismus und dem, was wir damals Trotzkismus nannten, alles ausgesprochen werde... bis zu Ende.“ (Vorwort L. Kamenews zu seiner Broschüre „Zwei Parteien“.)

Und das Resultat? Hören Sie weiter:

„Der Versuch einer gemeinsamen Arbeit mit Trotzki - ich wage zu behaupten, ein von mir ehrlich angestellter Versuch, wie ja meine von Trotzki heute missbrauchten Briefe und privaten Äußerungen beweisen - hat gezeigt, dass das Versöhnlertum unweigerlich zur Verteidigung des Liquidatorentums hinabsinkt, dass es entschieden auf dessen Seite tritt.“ (L. Kamenew, „Zwei Parteien“.)

Und weiter:

„Oh, wenn der ‚Trotzkismus’ als Stimmung in der Partei gesiegt hätte, was für ein herrliches Leben für das Liquidatorentum, für den Otsowismus, für alle sich gegen die Partei stemmenden Strömungen hätte dann begonnen.“ (Ebenda.)

Da haben Sie, Genossen, die Erfahrungen eines Versuchs, mit Trotzki zusammenzuarbeiten. (Zuruf: „Lehrreiche Erfahrungen.“) Kamenew legte die Ergebnisse dieses Versuchs damals in einer besonderen Broschüre dar, die im Jahre 1911 unter dem Titel „Zwei Parteien“ erschienen ist. Ich zweifle nicht daran, dass diese Broschüre von großem Nutzen gewesen ist für alle die Genossen, die sich noch Illusionen machten über eine Zusammenarbeit mit Trotzki.
Und nun stelle ich die Frage: Würde Kamenew nicht noch einmal den Versuch machen, eine Broschüre zu schreiben, ebenfalls unter dem Titel „Zwei Parteien“, und zwar über die jetzigen Erfahrungen seiner Zusammenarbeit mit Trotzki? (Allgemeines Gelächter, Beifall.) Vielleicht wäre das nicht unnützlich. Natürlich kann ich Kamenew nicht die Garantie geben, dass Trotzki jetzt nicht, ebenso wie damals, seine Briefe und intimen Äußerungen gegen ihn ausnutzen wird. (Allgemeine Heiterkeit.) Aber davor sollte man sich nicht fürchten. Auf jeden Fall muss hier die Wahl getroffen werden: entweder Furcht davor, dass Trotzki die Briefe Kamenews ausnutzt und dessen geheime Unterredungen mit Trotzki bekannt gibt - und dann die Gefahr, sich außerhalb der Partei zu stellen, oder Abschütteln jeder Furcht und Verbleiben in der Partei.
So ist die Frage jetzt gestellt, Genossen: entweder das eine oder das andere.
Man sagt, die Opposition habe eine Erklärung, die sie dem Parteitag zu unterbreiten beabsichtigt, wonach sie, die Opposition, sich allen Beschlüssen der Partei unterwirft und unterwerfen wird (Zuruf: „Ebenso wie im Oktober 1926?“), ihre Fraktion auflöst (Zuruf: „Das haben wir schon zweimal gehört!“) und ihre Ansichten, auf die sie nicht verzichtet (Zurufe: „Hört, hört!“ „Nein, wir lösen sie lieber selber auf!“), im Rahmen des Parteistatuts vertreten wird. (Zurufe: „Mit allerlei Vorbehalten.“ „Unsere Rahmen sind nicht aus Gummi.“)
Ich glaube, Genossen, dieser Trick wird nicht ziehen. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Anhaltender Beifall.) Auch wir haben, Genossen, gewisse Erfahrungen in Bezug auf Erklärungen (Beifall), gewisse Erfahrungen in Bezug auf zwei Erklärungen (Zurufe: „Sehr richtig!“), nämlich die vom 16.Oktober 1926 und vom 8. August 1927. Wozu hat dieser Versuch geführt? Ich schicke mich zwar nicht an, eine Broschüre über „Zwei Parteien“ zu schreiben, wage es aber zu erklären, dass dieser Versuch zu den negativsten Resultaten geführt hat (Zurufe: „Sehr richtig!“), zu einem zweimaligen Betrug an der Partei, zur Schwächung der Parteidisziplin. Welchen Grund hat jetzt die Opposition, von uns zu fordern, dass wir, der Parteitag der großen Partei, der Parteitag der Partei Lenins, ihnen nach diesen Erfahrungen aufs Wort glauben sollen? (Zurufe: „Das wäre eine Dummheit.“ „Wer’s glaubt, fällt herein.“)
Es heißt, die Opposition rege auch die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in die Partei an. (Zurufe: „Kommt nicht in Frage.“ „Die können in den menschewistischen Sumpf gehen.“) Ich glaube, Genossen, dass auch daraus nichts werden wird. (Anhaltender Beifall.)
Warum hat die Partei Trotzki und Sinowjew ausgeschlossen? Weil sie die Organisatoren des ganzen Werks der parteifeindlichen Opposition sind (Zurufe: „Sehr richtig!“), weil sie sich das Ziel gesteckt haben, die Gesetze der Partei zu brechen, weil sie sich eingebildet haben,

man werde sich nicht erkühnen, sie anzutasten, weil sie sich in der Partei eine Adelsstellung verschaffen wollten.

Aber wollen wir etwa Adlige in der Partei haben, die Privilegien genießen, und Bauern, die solche Privilegien nicht haben? Glaubt man denn wirklich, wir Bolschewiki, die wir den Adelsstand mit den Wurzeln ausgerodet haben, würden ihn jetzt in unserer Partei wiederherstellen? (Beifall.)

Sie fragen: Warum haben wir Trotzki und Sinowjew aus der Partei ausgeschlossen? Weil wir in der Partei keine Adligen haben wollen. Weil bei uns in der Partei nur ein Gesetz gilt und alle Mitglieder der Partei gleiche Rechte haben. (Zurufe: „Sehr richtig!" Anhaltender Beifall.)

Wenn die Opposition in der Partei bleiben will, so soll sie sich dem Willen der Partei, ihren Gesetzen, ihren Direktiven ohne Vorbehalt, ohne Zweideutigkeiten fügen. Will sie das nicht, dann mag sie dahin gehen, wo sie sich wohler fühlt. (Zurufe: „Sehr richtig!" Beifall.) Neue Gesetze, die der Opposition Vergünstigungen gewähren, wollen und werden wir nicht schaffen. (Beifall.)

Man fragt nach den Bedingungen. Wir stellen nur eine Bedingung: Die Opposition muss völlig die Waffen strecken, sowohl in ideologischer als auch in organisatorischer Beziehung. (Zurufe: „Sehr richtig!" Anhaltender Bei f all.)

Sie muss ihre antibolschewistischen Ansichten offen und ehrlich widerrufen, vor aller Welt. (Zurufe: „Sehr richtig!" Anhaltender Beifall.)

Sie muss die Fehler, die sie begangen hat, Fehler, die zu einem Verbrechen gegen die Partei geworden sind, offen und ehrlich brandmarken, vor aller Welt.

Sie muss uns ihre Zellen übergeben, damit die Partei die Möglichkeit hat, sie restlos aufzulösen. (Zurufe: „Sehr richtig!" Anhaltender Beifall.)

Entweder sie nimmt das an oder sie verlässt die Partei. Geht sie aber nicht selber, dann werden wir sie hinausjagen. (Zurufe: „Sehr richtig!" Anhaltender Beifall.)

So, Genossen, ist es um die Opposition bestellt.

IV
DAS GESAMTERGEBNIS

Ich komme zum Schluss, Genossen.

Welches ist das Gesamtergebnis der Berichtsperiode? Das Ergebnis ist folgendes:

1. Wir haben den Frieden mit den Staaten, die uns umgeben, trotz größter Schwierigkeiten, trotz provokatorischer Ausfälle der Bourgeoisie der „Großmächte" behauptet;
2. wir haben den Zusammenschluss der Arbeiterklasse der ‘UdSSR mit den Arbeitern der imperialistischen Länder und der Kolonien trotz einer Unmasse von Hindernissen, trotz eines Meeres von Verleumdungen der korrupten, hundertzüngigen bürgerlichen Presse gefestigt;
3. wir haben die Autorität der proletarischen Diktatur unter den werktätigen Millionenmassen in allen Weltteilen erhöht;
4. wir als Partei haben der Komintern und ihren Sektionen geholfen, ihren Einfluss in allen Ländern der ‘Welt zu stärken;
5. wir haben alles getan, was eine Partei nur tun kann, um die internationale revolutionäre Bewegung weiterzuentwickeln und zu beschleunigen;
6. wir haben unsere sozialistische Industrie hochgebracht, indem wir sie in einem Rekordtempo entwickelten und ihre Hegemonie in der ganzen Volkswirtschaft sicherstellten;
7. wir haben den Zusammenschluss der sozialistischen Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft hergestellt;

8. wir haben, auf die Dorfarmut gestützt, das Bündnis der Arbeiterklasse mit dem Mittelbauern gefestigt;
9. wir haben in unserem Lande trotz der feindlichen internationalen Einkreisung die Diktatur des Proletariats gefestigt und dadurch den Arbeitern aller Länder gezeigt, dass das Proletariat nicht nur den Kapitalismus zu zerstören, sondern auch den Sozialismus aufzubauen versteht;
10. wir haben die Partei gefestigt, den Leninismus behauptet und die Opposition vernichtend geschlagen.

Das ist das Gesamtergebnis.
Welche Schlussfolgerung ergibt sich? Eine einzige: Wir befinden uns auf dem richtigen Wege, die Politik unserer Partei ist richtig. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)
Daraus aber folgt, dass wir, wenn wir auf diesem Wege weiter schreiten, unbedingt zum Siege des Sozialismus in unserem Lande, zum Siege des Sozialismus in allen Ländern gelangen werden. (Anhaltender Beifall.)
Das bedeutet noch nicht, dass wir auf unserem Wege keine Schwierigkeiten finden werden. Schwierigkeiten wird es geben. Aber wir fürchten sie nicht, denn wir sind Bolschewiki, gestählt im Feuer der Revolution.
Schwierigkeiten wird es geben. Aber wir werden sie überwinden, wie wir sie bisher überwunden haben, denn wir sind Bolschewiki, von der ehernen Partei Lenins gestählt, damit wir gegen die Schwierigkeiten ankämpfen und sie überwinden, nicht aber jammern und seufzen.
Und eben weil wir Bolschewiki sind, werden wir unbedingt siegen.
Genossen! Vorwärts zum Siege des Kommunismus in unserem Lande, zum Siege des Kommunismus in der ganzen Welt! (Stürmischer und anhaltender Beifall. Alle erheben sich und bereiten dem genossen Stalin eine Ovation. Man singt die „Internationale“.)

SCHLUSSWORT ZUM POLITISCHEN RECHENSCHAFTSBERICHT DES ZK

7. Dezember

Genossen! Nach den Reden einer ganzen Reihe von Delegierten bleibt mir wenig zu sagen. Zu den Reden Jewdokimows und Muralows habe ich nichts Wesentliches zu bemerken, da sie hierfür keinen Stoff bieten. Über sie ließe sich nur eins sagen: Allah vergebe ihnen ihre Sünden, denn sie wissen nicht, was sie schwätzen. (Heiterkeit, Beifall.) Eingehen möchte ich auf die Rede Rakowskis und vor allem auf die Rede Kamenews, die pharisäischste und verlogenste von allen Reden der Oppositionellen. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

I
ÜBER RAKOWSKIS REDE

a) Über Außenpolitik. Ich glaube, Rakowski hätte die Frage des Krieges und der Außenpolitik hier lieber nicht anschneiden sollen. Ein jeder weiß, dass Rakowski auf der Moskauer Konferenz in der Kriegsfrage eine Dummheit gemacht hat. Er ist hierher gekommen und hat das Wort ergriffen, vermutlich, um die begangene Dummheit wieder gutzumachen. Was herauskam, war noch dümmer. (Heiterkeit.) Ich glaube, es wäre für Rakowski besser gewesen, über die Außenpolitik zu schweigen.

b) Über Links und Rechts. Rakowski behauptet, die Opposition sei der linke Sektor unserer Partei. Da lachen ja die Hühner, Genossen! Derartige Erklärungen geben politische Bankrotteure offenbar zu ihrem eigenen Troste ab. Es ist erwiesen, dass die Opposition ein menschewistischer Flügel in unserer Partei ist, dass die Opposition beim Menschewismus gelandet ist, dass die Opposition objektiv zu einem Werkzeug der bürgerlichen Elemente geworden ist. Alles das ist bewiesen und hundertfach erhärtet. Wie kann man da sagen, die Opposition stehe links? Wo hat man je gehört, dass eine menschewistische Gruppe, die objektiv zum Werkzeug einer „dritten Kraft“, der bürgerlichen Elemente, geworden ist, dass so eine Gruppe linker wäre als die Bolschewiki? Liegt es nicht klar auf der Hand, dass die Opposition den rechten, menschewistischen Flügel in de, KPdSU(B) bildet?

Rakowski hat sich offenbar endgültig verheddert, kann rechts und links nicht mehr unterscheiden. Erinnern Sie sich Gogols Selifan: „Ach, du Schwarzfüßige... Weiß nicht, wo rechts und wo links ist!“

c) Über die Hilfe der Opposition. Rakowski erklärt, die Opposition sei bereit, die Partei zu unterstützen, falls die Imperialisten uns angreifen sollten. Sehe einer an, wie gnädig! Sie, eine kleine Gruppe, die nicht einmal ein halbes Prozent unserer Partei ausmacht, bietet uns huldvoll ihre Hilfe an für den Fall, dass die Imperialisten unser Land angreifen sollten. Wir glauben nicht an eure Hilfe, und wir brauchen sie nicht! Wir bitten euch nur um eins: Stört uns nicht, hört auf, uns zu stören! Alles andere werden wir allein besorgen, davon könnt ihr überzeugt sein. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)

d) Über „Signalisierer“. Rakowski erklärt weiter, die Opposition signalisiere uns Gefahren, Schwierigkeiten, den „Untergang“ unseres Landes. Das sind mir die rechten „Signalisierer“, die die Partei vor dem „Untergang“ retten wollen, wo sie doch selbst untergehen und tatsächlich der Rettung bedürfen! Sie halten sich selber kaum auf den Beinen und wollen andere retten! Ist das nicht lächerlich, Genossen? (Heiterkeit.)

Stellen Sie sich einen kleinen Kahn auf dem Meere vor, der sich mit Mühe oben hält und jeden Augenblick untergehen muss, und stellen Sie sich einen prächtigen Dampfer vor, der kraftvoll die Wellen durchschneidet und zuversichtlich vorwärts zieht. Was würden Sie sagen, wenn dieser kleine Kahn den großen Dampfer retten wollte? (Heiterkeit.) Nicht wahr, das

wäre doch mehr als lächerlich? In genau derselben Lage befinden sich aber gegenwärtig unsere „Signalisierer“ aus der Opposition. Sie signalisieren uns Gefahren, Schwierigkeiten, den „Untergang“, alles, was Sie wollen, wo sie doch selbst untergehen und nicht merken, dass sie bereits Schiffbruch erlitten haben.

Wenn die Oppositionellen sich selbst als „Signalisierer“ bezeichnen, so erheben sie damit Anspruch auf die Führung der Partei, der Arbeiterklasse, des Landes. Fragt sich mit welcher Berechtigung? Haben denn sie, die Oppositionellen, praktisch bewiesen, dass sie überhaupt irgendetwas leiten können, geschweige denn eine Partei, eine Klasse, ein Land? Ist es denn nicht Tatsache, dass die Opposition, geführt von Leuten wie Trotzki, Sinowjew, Kamenew, ihre Gruppe nun bereits seit zwei Jahren leitet und dass die Führer der Opposition ihre Gruppe zum endgültigen Bankrott geführt haben? Ist es nicht Tatsache, dass die Opposition in diesen zwei Jahren ihre Gruppe von Niederlage zu Niederlage geführt hat? Was beweist dies anders, als dass die Oppositionsführer ihre totale Unfähigkeit bekundet haben, dass ihre Leitung sich als eine Leitung zur Niederlage und nicht zum Sieg erwiesen hat? Wenn aber die Oppositionsführer sich im Kleinen als unfähig erwiesen haben, welcher Grund liegt dann vor zu der Annahme, dass sie im Großen mehr Befähigung zeigen werden? Ist es nicht klar, dass niemand sich entschließen wird, die Leitung einer so großen Sache, wie die Partei, die Arbeiterklasse, das Land, Leuten anzuvertrauen, die bei der Leitung einer kleinen Gruppe völlig Bankrott gemacht haben?

Das ist es, was unsere „Signalisierer“ nicht verstehen wollen.

II
ÜBER KAMENEWS REDE

Ich komme zu Kamenews Rede. Diese Rede ist die verlogenste, pharisäischste, betrügerischste und gaunerischste aller Oppositionsreden, die von dieser Tribüne herab gehalten worden sind. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)

a) Zwei Gesichter bei einem Wesen. Das erste, womit Kamenew sich in seiner Rede befasste, war, die Spuren zu verwischen. Die Vertreter der Partei sprachen hier von den Errungenschaften unserer Partei, von den Erfolgen unseres Aufbaus, von der Verbesserung unserer Arbeit usw. Sie sprachen weiter von dem menschewistischen Sündenfall der Oppositionellen, sie sprachen davon, dass diese beim Menschewismus gelandet sind, da sie die Möglichkeit eines erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande leugnen, da sie das Vorhandensein der proletarischen Diktatur in der UdSSR leugnen, da sie die Zweckmäßigkeit der Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit dem Mittelbauern leugnen, da sie Verleumdungen hinsichtlich eines Thermidor verbreiten usw. Die Vertreter der Partei sagten schließlich, dass solche Ansichten der Opposition unvereinbar sind mit der Zugehörigkeit zu unserer Partei, dass die Opposition diese menschewistischen Ansichten widerrufen muss, wenn sie in der Partei bleiben will.

Und was zeigt sich? Kamenew hat nichts Besseres gefunden, als diese Fragen zu umgehen, die Spuren zu verwischen und daran vorbeizugehen. Man befragt ihn über die wichtigsten Fragen unseres Programms, unserer Politik, unseres Aufbaus. Er aber umgeht sie, als ob ihn das nichts anginge. Kann man ein solches Verhalten Kamenews als ernste. Einstellung zur Sache bezeichnen? Wodurch ist eine solche Haltung der Opposition zu erklären? Sie lässt sich nur durch eins erklären: durch den Wunsch, die Partei zu täuschen, ihre Wachsamkeit einzuschläfern, die Partei noch einmal zu hintergehen.

Die Opposition hat zwei Gesichter: das eine ist pharisäisch-freundlich, das andere menschewistisch-antirevolutionär. Sie zeigt der Partei ihr pharisäisch-freundliches Gesicht, wenn die Partei sie unter Druck setzt und von ihr verlangt, sie solle die Fraktionstätigkeit, die Spaltungspolitik aufgeben. Sie zeigt ihr menschewistisch-antirevolutionäres Gesicht, wenn sie darangeht, an die nichtproletarischen Kräfte zu appellieren, wenn sie darangeht, gegen die

Partei, gegen die Sowjetmacht an die „Straße“ zu appellieren. Jetzt wendet sie uns, wie Sie sehen, ihr pharisäisch-freundliches Gesicht zu, da sie die Partei noch einmal betrügen möchte. Das ist der Grund, weshalb Kamenew versucht hat, die Spuren zu verwischen, indem er die wichtigsten Fragen unserer Meinungsverschiedenheiten umging. Kann dieses Doppelspiel, dieses Januswesen noch weiter geduldet werden?

Eins von beiden: Entweder will die Opposition im Ernst mit der Partei reden - und dann muss sie ihre Maske abwerfen; oder aber sie denkt auch weiterhin zwei Gesichter zu behalten - dann aber wird sie außerhalb der Partei bleiben müssen. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

b) Von den Traditionen des Bolschewismus. Kamenew versichert, es gehöre nicht zu den Traditionen unserer Partei, zu den Traditionen des Bolschewismus, von einem Parteimitglied zu fordern, er solle gewisse, mit unserer Parteiideologie, mit unserem Programm unvereinbare Ansichten widerrufen. Stimmt das? Natürlich stimmt es nicht. Noch mehr - es ist eine Lüge, Genossen!

Ist es denn nicht Tatsache, dass wir alle, Kamenew inbegriffen, Mjasnikow und die Mjasnikowanhänger aus der Partei ausgeschlossen haben? Weswegen schlossen wir sie aus? Gerade weil ihre menschewistischen Ansichten sich als unvereinbar erwiesen hatten mit den Ansichten der Partei.

Ist es denn nicht Tatsache, dass wir alle, Kamenew inbegriffen, einen Teil der „Arbeiteropposition“ aus der Partei ausgeschlossen haben? Weswegen schlossen wir ihn denn aus? Gerade weil seine menschewistischen Ansichten sich als unvereinbar erwiesen hatten mit den Ansichten unserer Partei.

Und weswegen wurden Ossowski, Daschkowski aus der Partei ausgeschlossen? Weswegen wurden Maslow, Ruth Fischer, Katz und andere aus der Komintern ausgeschlossen? Weil ihre Ansichten sich als unvereinbar erwiesen hatten mit der Ideologie der Komintern, mit der Ideologie der KPdSU(B).

Unsere Partei wäre keine Leninsche Partei, wenn sie das Bestehen antileninistischer Elemente im Rahmen unserer Organisationen für zulässig hielte. Warum sollten wir dann nicht auch Menschewiki in unsere Partei aufnehmen? Wie sollen wir mit Leuten verfahren, die als Mitglieder unserer Partei beim Menschewismus gelandet sind und für ihre antileninistischen Ansichten Propaganda machen? Was kann es Gemeinsames geben zwischen der Leninschen Partei und solchen Leuten? Kamenew verleumdet unsere Partei, er bricht mit den Traditionen unserer Partei, er bricht mit den Traditionen des Bolschewismus, wenn er behauptet, man könne in unserer Partei Leute dulden, die sich zum Menschewismus bekennen und menschewistische Ansichten predigen. Gerade weil Kamenew und mit ihm die ganze Opposition die revolutionären Traditionen unserer Partei mit Füßen treten - gerade darum fordert die Partei von der Opposition, dass sie ihre antileninistischen Ansichten widerrufe.

c) Die angebliche Prinzipientreue der Opposition. Kamenew beteuert, ihm und den anderen Oppositionellen falle es schwer, ihre Ansichten zu widerrufen, weil sie es gewohnt seien, auf bolschewistische Art ihre Ansichten zu verteidigen. Er sagt, es würde prinzipienlos von der Opposition sein, wenn sie ihre Ansichten widerriefe. Es scheint also fast, als wären die Oppositionsführer höchst prinzipientreue Leute. Stimmt das, Genossen? Legen die Oppositionsführer wirklich soviel Wert auf ihre Prinzipien, ihre Ansichten, ihre Überzeugungen? Es sieht nicht ganz danach aus, Genossen. Es sieht nicht danach aus, wenn man an die Geschichte der Bildung des Oppositionsblocks denkt. (Heiterkeit.) Gerade umgekehrt liegen die Dinge. Die Geschichte besagt, die Tatsachen besagen, dass noch niemand so leicht von den einen Prinzipien zu den anderen hinübergewechselt ist, dass noch niemand so leicht und hemmungslos seine Ansichten geändert hat wie die Führer unserer Opposition. Warum sollten sie nicht auch jetzt ihre Ansichten widerrufen, wenn die Parteiinteressen das fordern?

Hier einige Beispiele aus der Geschichte des Trotzkismus.

Bekanntlich berief Lenin, als er die Partei sammelte, im Jahre 1912 eine Konferenz der Bolschewiki in Prag ein. Bekanntlich hatte diese Konferenz größte Bedeutung in der Geschichte unserer Partei, denn sie zog den Trennungsstrich zwischen Bolschewiki und Menschewiki und vereinigte die bolschewistischen Organisationen im ganzen Lande zur einheitlichen bolschewistischen Partei.
Bekanntlich fand in demselben Jahr 1912 eine menschewistische Beratung des Augustblocks mit Trotzki an der Spitze statt. Bekannt ist weiter, dass diese Beratung der bolschewistischen Konferenz den Krieg erklärte und die Arbeiterorganisationen aufrief, die Leninsche Partei zu liquidieren. Wessen beschuldigte damals Trotzkis Augustblock auf seiner Beratung die bolschewistische Konferenz in Prag? Aller Todsünden. Sie bezichtigte sie des Usurpatorentums, des Sektierertums, der Organisation eines „Staatsstreichs" in der Partei, und der Teufel weiß wessen noch.
Die Beratung des Augustblocks äußerte sich damals in ihrer an die II. Internationale gerichteten Erklärung über die bolschewistische Konferenz in Prag folgendermaßen:

„Die Beratung erklärt diese Konferenz (die Konferenz der Bolschewiki in Prag im Jahre 1912. J. St.) als einen offenen Versuch einer Gruppe von Personen, die mit vollem Bewusstsein die Partei zur Spaltung führten, die Parteifahne zu usurpieren, und spricht ihr tiefes Bedauern darüber aus, dass einige Parteiorganisationen und Genossen diesem Betrug zum Opfer gefallen sind und dadurch die Spaltungs- und Usurpationspolitik der Leninschen Koterie gefördert haben. Die Beratung spricht ihre Überzeugung aus, dass alle Parteiorganisationen in Rußland und im Auslande gegen den ausgeführten Staatsstreich entschieden protestieren, die von der Konferenz gewählten Zentralinstanzen nicht anerkennen werden und mit allen Mitteln die Wiederherstellung der Parteieinheit mittels Einberufung einer wirklich allgemeinen Parteikonferenz fördern werden." (Aus der Erklärung des Augustblocks an die II. Internationale, veröffentlicht im „Vorwärts" vom 26. März 1912.)

Sie sehen, hier ist alles zu finden: Leninsche Koterie, Usurpation und „Staatsstreich" in der Partei.
Und was weiter? Es vergingen einige Jahre, und Trotzki widerrief diese seine Ansichten über die bolschewistische Partei. Er widerrief sie nicht nur, sondern er kam zur bolschewistischen Partei auf dem Bauche gekrochen und trat in sie ein als eines ihrer aktiven Mitglieder. (Heiterkeit.)
Welchen Grund haben wir nach alledem zu der Annahme, dass Trotzki und die Trotzkisten es nicht fertig bringen werden, ihre Ansichten hinsichtlich Thermidortendenzen in unserer Partei, hinsichtlich Usurpation usw. noch einmal zu widerrufen?
Ein anderes Beispiel aus dem gleichen Gebiet.
Bekanntlich gab Trotzki Ende 1924 eine Broschüre heraus mit dem Titel „Die Lehren des Oktober". Bekanntlich qualifizierte Trotzki in dieser Broschüre Kamenew und Sinowjew als rechten, halbmenschewistischen Flügel unserer Partei. Bekanntlich wurde diese Broschüre Trotzkis die Ursache einer ganzen Diskussion in unserer Partei. Und was weiter? Kaum war ein Jahr vergangen, da widerrief Trotzki seine Ansichten und erklärte, Sinowjew und Kamenew stellten nicht den rechten Flügel unserer Partei, sondern ihren linken, revolutionären Flügel dar.
Noch ein Beispiel, diesmal aus der Geschichte der Sinowjewgruppe. Bekanntlich haben Sinowjew und Kamenew einen ganzen Haufen Broschüren gegen den Trotzkismus geschrieben. Bekanntlich erklärten Sinowjew und Kamenew noch im Jahre 1925, gemeinsam mit der ganzen Partei, den Trotzkismus als mit dem Leninismus unvereinbar. Bekanntlich haben Sinowjew und Kamenew, gemeinsam mit der ganzen Partei, sowohl auf den Parteitagen unserer Partei als auch auf dem V. Kongress der Komintern Resolutionen über den Trotzkismus als kleinbürgerliche Abweichung zur Annahme gebracht. Und was weiter? Kaum war ein Jahr vergangen, da schworen sie ihre Ansichten ab, sagten sich von ihnen los

und verkündeten, Trotzkis Gruppe sei eine wahrhaft Leninsche und revolutionäre Gruppe in unserer Partei. (Zuruf: „Gegenseitige Amnestie !“)
Das Genossen, sind die Tatsachen, deren Zahl auf Wunsch noch vergrößert werden könnte.
Geht aus alledem nicht klar hervor, dass die große Prinzipientreue der Oppositionsführer, von der uns Kamenew hier erzählt, ein Märchen ist, das mit der Wirklichkeit nichts gemein hat?
Ist es nicht klar, dass es in unserer Partei noch niemand zuwege gebracht hat, so leicht und hemmungslos seine Grundsätze abzuschwören wie Trotzki, Sinowjew und Kamenew? (Heiterkeit.)
Es fragt sich: Welchen Grund haben wir zu der Annahme, dass die Oppositionsführer, die schon mehrfach ihre Grundsätze, ihre Ansichten widerrufen haben, es nicht noch einmal über sich bringen werden, sie zu widerrufen?
Ist es nicht klar, dass unsere an die Opposition gerichteten Forderungen, sie möge ihre menschewistischen Ansichten widerrufen, für die Oppositionsführer nicht gar so schwer sind, wie Kamenew das darzustellen versucht? (Heiterkeit.) Sie stehen doch nicht zum erstenmal vor der Notwendigkeit, ihre Ansichten zu widerrufen - warum sollten sie es nicht noch einmal tun? (Heiterkeit.)
d) Entweder die Partei oder die Opposition. Kamenew beteuert, man könne von den Oppositionellen nicht die Aufgabe einiger ihrer Ansichten fordern, die unvereinbar geworden sind mit der Ideologie und mit dem Programm der Partei. Ich habe schon erwähnt, wie wenig ernst diese Behauptung Kamenews ist, wenn man sich die Vergangenheit und Gegenwart des Oppositionsblocks vor Augen führt. Nehmen wir jedoch für einen Augenblick an, Kamenew habe Recht. Was ergäbe sich dann? Kann eine Partei, kann unsere Partei ihren Ansichten, Überzeugungen, Prinzipien entsagen? Kann man von unserer Partei fordern, dass sie ihren Ansichten, ihren Prinzipien entsage? Die Partei hat die bestimmte Überzeugung gewonnen, dass die Opposition ihre antileninistischen Ansichten zu widerrufen verpflichtet ist, dass sie andernfalls aus der Partei hinausfliegen muss. Wenn man von der Opposition nicht den Widerruf ihrer Überzeugungen fordern kann, wieso darf man dann von der Partei fordern, sie solle auf ihre Ansichten und Überzeugungen hinsichtlich der Opposition verzichten? Nach Kamenew liegen die Dinge doch so, dass die Opposition auf ihre antileninistischen Ansichten nicht Verzicht leisten kann, während die Partei Verzicht leisten soll auf ihre Überzeugung, dass es unmöglich ist, die Opposition in unserer Partei zu belassen, wenn diese ihre antileninistischen Ansichten nicht widerruft. Wo bleibt hier die Logik? (Heiterkeit, Beifall.)
Kamenew beteuert, die Oppositionellen seien mutige Leute, die ihre Überzeugung bis zu Ende verfechten. Ich habe wenig Glauben an den Mut und die Prinzipienfestigkeit der Oppositionsführer. Besonders wenig
Mut traue ich zum Beispiel Sinowjew oder Kamenew zu (Heiterkeit), die noch gestern gegen Trotzki wetterten, während sie heute in seinen Armen liegen. (Zuruf: „Sie haben sich an das Bockspringen gewöhnt!“) Nehmen wir jedoch für einen Augenblick an, den Oppositionsführern sei noch etwas Mut und Prinzipienfestigkeit verblieben. Besteht irgendein Grund zu der Annahme, dass die Partei weniger Mut und Prinzipienfestigkeit besitzt als, sagen wir, Sinowjew, Kamenew oder Trotzki? Welcher Grund besteht zu der Annahme, dass es der Partei leichter fallen wird, Verzicht zu leisten auf ihre Überzeugung, dass die menschewistischen Ansichten der Opposition unvereinbar sind mit der Ideologie und dem Programm der Partei, als den Oppositionsführern der Widerruf ihrer Ansichten, die sie so schon dauernd wie Handschuhe wechseln? (Heiterkeit.)
Wird hieraus nicht klar, dass Kamenew von der Partei den Verzicht auf ihre Ansichten über die Opposition und ihre menschewistischen Fehler fordert? Nimmt sich Kamenew nicht zu viel heraus? Wird er nicht der Feststellung beipflichten müssen, dass es gefährlich ist, sich so viel herauszunehmen?

Die Frage ist so gestellt: entweder die Partei oder die Opposition. Entweder widerruft die Opposition ihre antileninistischen Ansichten, oder sie tut es nicht - und dann wird sie spurlos aus der Partei verschwinden. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)

e) Die Opposition hat mit den Traditionen des Bolschewismus gebrochen. Kamenew behauptet, es entspräche nicht den bolschewistischen Traditionen, von Parteimitgliedern den Widerruf ihrer Ansichten zu fordern. Die Diskussionsredner haben überzeugend nachgewiesen, dass dies falsch ist. Die Tatsachen bestätigen, dass Kamenew die direkte Unwahrheit sagt.

Aber nun die Frage: Entspricht vielleicht das, was die Opposition sich herausgenommen hat und noch weiter herausnimmt, den bolschewistischen Traditionen? Die Opposition hat eine Fraktion organisiert und sie in eine Partei innerhalb unserer bolschewistischen Partei verwandelt. Wo aber hat man je gehört, dass die bolschewistischen Traditionen irgendjemand eine solche Schändlichkeit erlaubt hätten? Wie kann man von bolschewistischen Traditionen reden, wenn man gleichzeitig die Partei spaltet und in ihr eine neue, antibolschewistische Partei bildet?

Weiter. Die Opposition hat eine illegale Druckerei eingerichtet, nachdem sie einen Block mit bürgerlichen Intellektuellen eingegangen ist, die ihrerseits, wie sich gezeigt hat, einen Block mit unverhüllten Weißgardisten gebildet haben. Es fragt sich: Wie kann man von Traditionen des Bolschewismus reden, wenn man diese Schändlichkeiten verübt, die an direkten Verrat an der Partei und der Sowjetmacht grenzen?

Schließlich organisierte die Opposition eine parteifeindliche, antisowjetische Demonstration, womit sie an die „Straße“, an nichtproletarische Elemente appellierte. Wie aber kann man von bolschewistischen Traditionen reden, wenn man gegen seine Partei, gegen seine Sowjetmacht an die „Straße“ appelliert? Wo hat man je gehört, dass die bolschewistischen Traditionen derartige Schändlichkeiten zuließen, die an direkte Konterrevolution grenzen?

Ist es nicht klar, dass Kamenew von Traditionen des Bolschewismus redet, um im Interesse seiner antibolschewistischen Gruppe seinen Bruch mit diesen Traditionen zu verschleiern?

Aus dem Appell an die „Straße“ hat die Opposition nichts herausschlagen können, da sie sich als eine nichtige Gruppe erwiesen hat. Aber dass es so gekommen ist, das ist nicht ihr Verdienst, sondern ihr Malheur. Was aber, wenn die Opposition etwas stärker wäre? Ist es nicht klar, dass der Appell an die „Straße“ sich in einen richtigen Putsch gegen die Sowjetmacht verwandelt hätte? Ist es denn schwer zu begreifen, dass dieser Versuch der Opposition sich im Grunde durch nichts unterscheidet von dem bekannten Versuch der linken Sozialrevolutionäre im Jahre 1918? (Zurufe: „Sehr richtig!“) Von Rechts wegen hätten wir die aktiven Verfechter der Opposition wegen derartiger Versuche am 7. November sämtlich verhaften lassen müssen. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Anhaltender Beifall.) Wir haben davon abgesehen, nur weil sie uns leid taten, weil wir Großmut zeigten und ihnen die Möglichkeit geben wollten, zur Vernunft zu kommen. Sie aber deuteten unsere Großmut als Schwäche.

Ist es nicht klar, dass Kamenews Gerede über die bolschewistischen Traditionen leeres und falsches Geschwätz ist, das den Bruch der Opposition mit den Traditionen des Bolschewismus verdecken soll?

f) Über scheinbare und wahre Einheit. Kamenew sang uns hier Hymnen auf die Einheit. Er floss schier über, als er die Partei bat, zu Hilfe zu kommen und die Einheit „um jeden Preis“ herzustellen. Sie, die’ Oppositionsführer, sind auf einmal gegen eine Politik von zwei Parteien. Sie sind auf einmal für die Einheit der Partei „um jeden Preis“. Indessen wissen wir aber ganz genau, dass im selben Augenblick, da Kamenew hier die Parteieinheit besang, seine Gesinnungsgenossen in ihren illegalen Versammlungen Resolutionen fassten, denen zufolge die Einheitserklärung der Opposition ein Manöver ist, das die Erhaltung ihrer Kräfte und die Fortsetzung ihrer Spaltungspolitik sicherstellen soll. Auf der einen Seite - Einheitshymnen der Oppositionellen auf dem Parteitag der Leninschen Partei. Auf der anderen Seite - illegale Bemühungen der Oppositionellen um die Spaltung der Partei, um die Schaffung einer zweiten

Partei, um Untergrabung der Parteieinheit. Das heißt bei ihnen Einheit „um jeden Preis“. Ist es nicht an der Zeit, mit diesem verbrecherischen, gaunerischen Spiel Schluss zu machen?
Kamenew sprach von Einheit. Einheit mit wem? Einheit mit der Partei oder mit Schtscherbakow? Ist es nicht an der Zeit, zu begreifen, dass es nicht angeht, die Leninisten und die Herren Schtscherbakow in ein und derselben Partei zu vereinigen?
Kamenew sprach von Einheit. Einheit mit wem? Mit Maslow und Souvarine oder mit der Komintern und der KPdSU(B)? Ist es nicht an der Zeit, zu begreifen, dass es nicht angeht, über Einheit mit der KPdSU(B) und der Komintern zu sprechen, während man die Einheit mit den Maslow und Souvarine aufrechterhält? Ist es nicht an der Zeit, zu begreifen, dass es unmöglich ist, die Leninschen Ansichten mit den menschewistischen Ansichten der Opposition zu vereinigen?
Lenin mit Abramowitsch vereinigen? Nein und abermals nein, Genossen! Es ist an der Zeit, mit diesem gaunerischen Spiel Schluss zu machen.
Das ist der Grund, warum ich glaube, dass Kamenews Gerede über Einheit „um jeden Preis“ ein pharisäisches Spiel ist, das die Partei täuschen soll.
Wir brauchen wirkliche Einheit, kein Spiel mit der Einheit. Haben wir die wahre Leninsche Einheit in unserer Partei? Ja, wir haben sie. Wenn 99 Prozent unserer Partei für die Partei und gegen die Opposition stimmen, so ist das eine wirkliche und wahrhaft proletarische Einheit, wie wir sie noch nie in unserer Partei hatten. Hier haben wir einen Parteitag ohne einen einzigen oppositionellen Delegierten. (Beifall.) Was ist das anders als die Einheit unserer Leninschen Partei? Das eben heißt bei uns Leninsche Einheit der bolschewistischen Partei.
g) „Die Opposition hat ausgespielt!“ Die Partei hat alles getan, was nur getan werden konnte, um die Opposition auf den Leninschen Weg zu bringen. Die Partei ließ die größte Milde und Großmut walten, um der Opposition die Möglichkeit zu bieten, zur Vernunft zu kommen und ihre Fehler zu korrigieren. Die Partei forderte die Opposition auf, offen und ehrlich vor der ganzen Partei ihre antileninistischen Ansichten zu widerrufen. Die Partei forderte die Opposition auf, ihre Fehler einzugestehen und sie zu brandmarken, um sich ein für allemal von ihnen frei zu machen. Die Partei forderte die Opposition auf, restlos die Waffen zu strecken, sowohl in ideologischer als auch in organisatorischer Beziehung.
Was bezweckt die Partei damit? Sie bezweckt damit, mit der Opposition Schluss zu machen und zur positiven Arbeit überzugehen. Sie will die Opposition endlich beseitigen, um unmittelbar unsere gewaltige Aufbauarbeit in Angriff nehmen zu können.
Lenin sagte auf dem X. Parteitag: „Wir brauchen jetzt keine Opposition... mit der Opposition ist es jetzt zu Ende, sie hat ausgespielt, wir haben jetzt von den Oppositionen genug!“[86]
Die Partei will, dass diese Losung Lenins in den Reihen unserer Partei endlich verwirklicht werde. (Anhaltender Beifall.)
Wenn die Opposition die Waffen streckt - gut. Wenn sie nicht die Waffen strecken will - dann werden wir sie selbst entwaffnen. (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.)

III
SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Rede Kamenews ist zu entnehmen, dass die Opposition nicht gewillt ist, restlos die Waffen zu strecken. Dasselbe besagt die Erklärung der Opposition vom 3. Dezember. Die Opposition zieht es offenbar vor, außerhalb der Partei zu bleiben. Nun wohl, mag sie also außerhalb der Partei stehen. Darin, dass sie es vorziehen, außerhalb der Partei zu bleiben, dass sie sich von der Partei trennen, liegt nichts Schreckliches, nichts Besonderes, nichts Verwunderliches. Geht man die Geschichte unserer Partei durch, so wird einem klar, dass jedesmal bei bestimmten ernsten Wendungen unserer Partei ein gewisser Teil der alten Führer aus dem Wagen der bolschewistischen Partei hinauskippte und neuen Leuten Platz machte. Eine Wendung ist eine ernste Sache, Genossen. Eine Wendung ist gefährlich für Leute, die im

Parteiwagen nicht fest sitzen. Bei einer Wendung kann nicht jeder das Gleichgewicht behalten. Man macht mit dem Wagen eine Wendung, man sieht sich um, und einer oder der andere ist aus ihm hinausgekippt. (Beifall.)
Nehmen wir das Jahr 1903, die Zeit des II. Parteitags unserer Partei. Das war eine Periode der Wendung der Partei von einem Übereinkommen mit den Liberalen zum Kampf auf Leben und Tod gegen die liberale Bourgeoisie, von der Vorbereitung des Kampfes gegen den Zarismus zum offenen Kampf gegen ihn, zum Kampf für die völlige Zerschlagung des Zarismus und Feudalismus. An der Spitze der Partei stand damals die Sechsergruppe Plechanow, Sassulitsch, Martow, Lenin, Axelrod, Potressow. Die Wendung erwies sich als verhängnisvoll für fünf Mitglieder dieser Sechsergruppe. Sie kippten aus dem Wagen. Lenin allein blieb. (Beifall.) Es kam so, dass alte Führer der Partei, Begründer der Partei (Plechanow, Sassulitsch, Axelrod) und zwei junge (Martow und Potressow) einem gleichfalls jungen Führer, Lenin, gegenüberstanden. Wenn Sie wüssten, wie damals geschrieen, gejammert und geheult wurde, die Partei werde zugrunde gehen, die Partei werde nicht standhalten, ohne die alten Führer werde nichts aus der Sache werden. Aber das Schreien und Klagen verhallte, die Tatsachen dagegen blieben. Die Tatsachen aber waren so beschaffen, dass gerade dank dem Abgang der Fünf die Partei auf den richtigen Weg gelangte. Jetzt ist es jedem Bolschewik klar, dass unsere Partei sich ohne den entschlossenen Kampf Lenins gegen die Fünf, ohne die Verdrängung der Fünf niemals hätte zusammenschließen können zur Partei der Bolschewiki, die imstande ist, die Proletarier zur Revolution gegen die Bourgeoisie zu führen. (Zurufe: „Sehr richtig!“)
Nehmen wir die nächste Periode, die Jahre 1907 und 1908. Dies war die Periode der Wendung unserer Partei vom offenen revolutionären Kampf gegen den Zarismus zu den Kampfmethoden der Umgehung, zur Ausnutzung aller und jeglicher legalen Möglichkeiten - von den Versicherungskassen bis zur Dumatribüne. Das war die Periode des Rückzugs, nachdem wir in der Revolution von 1905 geschlagen worden waren. Diese Wendung erforderte von uns die Aneignung neuer Kampfmethoden, um nach der Sammlung der Kräfte den offenen revolutionären Kampf gegen den Zarismus aufs Neue aufzunehmen. Aber diese Wendung erwies sich als verhängnisvoll für eine ganze Reihe alter Bolschewiki. Aus dem Wagen kippte Alexinski, der eine Zeitlang kein schlechter Bolschewik gewesen war. Hinaus kippte Bogdanow, der einer der am ernstesten zu nehmenden Führer unserer Partei gewesen war. Hinaus kippte Roshkow, ein ehemaliges Mitglied des ZK unserer Partei. Und so weiter. Wehgeschrei und Heulereien über einen Untergang der Partei gab es damals wohl nicht weniger als im Jahre 1903. Aber das Wehgeschrei verhallte, die Tatsachen dagegen blieben. Die Tatsachen aber besagten, dass unsere Partei nicht imstande gewesen wäre, unter den neuen Kampfbedingungen auf den richtigen Weg zu gelangen, wenn sie nicht von den schwankenden und das Werk der Revolution hemmenden Leuten gesäubert worden wäre. Was bezweckte Lenin damals? Nur eins: die Partei so rasch wie möglich von den schwankenden und lamentierenden Elementen zu befreien, damit sie die Partei nicht am Vorwärtskommen hinderten. (Beifall.)
So, Genossen, wuchs unsere Partei.
Unsere Partei ist ein lebender Organismus. Wie in jedem Organismus, so findet auch in ihr ein Stoffwechsel statt: Altes, Absterbendes fällt ab (Beifall), Neues, Wachsendes lebt und entwickelt sich (Beifall). Die einen gehen, sowohl oben wie unten. Es wachsen neue Kräfte heran, sowohl oben wie unten, und führen das Werk weiter. So wuchs unsere Partei, so wird sie auch in Zukunft wachsen.
Dasselbe ist über die gegenwärtige Periode unserer Revolution zu sagen. Wir durchleben jetzt eine Periode der Wendung von der Wiederherstellung der Industrie und der Landwirtschaft zur Rekonstruktion der ganzen Volkswirtschaft, zu ihrem Umbau auf neuer technischer Grundlage, da der Aufbau des Sozialismus nicht mehr eine Zukunftsperspektive ist, sondern

eine aktuelle praktische Aufgabe, die die Überwindung der ernstesten Schwierigkeiten innerer und äußerer Natur erforderlich macht.

Sie wissen, dass diese Wendung sich als verhängnisvoll erwiesen hat für die Führer unserer Opposition, die vor den neuen Schwierigkeiten Angst bekamen und nun beabsichtigten, die Partei aufs Kapitulantentum hinzulenken. Und wenn jetzt einige Führer, die nicht fest im Wagen sitzen wollen, aus ihm hinauskippen sollten, so kann das nicht wundernehmen. Dies wird die Partei nur von Leuten befreien, die ihr an den Füßen hängen und sie am Vormarsch hindern. Diese Leute scheinen ernstlich aus unserem Parteiwagen hinaus zu wollen. Nun wohl, wenn diese oder jene alten Führer sich in Ballast verwandeln und aus dem Wagen kippen wollen, so ist das wohl der ihnen beschiedene Weg! (Stürmischer, anhaltender Beifall. Der ganze Saal erhebt sich und bereitet denn genossen Stalin eine Ovation.)

ERKLÄRUNG FÜR DIE VERTRETER DER AUSLÄNDISCHEN PRESSE ÜBER DIE GEFÄLSCHTEN „ARTIKEL STALINS“

In Beantwortung einer Anfrage der Vertreter der ausländischen Presse in Moskau (Associated Press, Agentur Wolff, „Neue Freie Presse“[87] usw.) im Zusammenhang mit den gefälschten „Artikeln Stalins“ halte ich es für nötig, folgendes zu erklären.

Es besteht jetzt wohl kaum eine Notwendigkeit, die Fälscher aus dem „New York American“[88], der Agentur Wide World News oder des Anglo-American Newspaper Service zu widerlegen, die alle möglichen Märchen in Form von in Wirklichkeit nicht existierenden „Artikeln Stalins“ über die „Luftstreitkräfte“ der UdSSR, über die „Aussöhnung“ der Sowjetmacht mit der „rechtgläubigen Kirche“, über die „Rückgabe der Erdölbesitzungen“ in der UdSSR an die Kapitalisten usw. verbreiten. Es besteht keine Notwendigkeit, sie zu widerlegen, da diese Herren sich selbst in der Presse entlarven eben als berufsmäßige Fälscher, die vom Handel mit Fälschungen leben. Es genügt, die dieser Tage in der Presse abgegebenen „Erklärungen“ dieser Herren zu lesen, in denen sie versuchen, ihr gaunerisches Treiben zu „rechtfertigen“, um zu begreifen, dass wir es hier nicht mit Pressevertretern zu tun haben, sondern mit Banditen der Feder.

Dennoch bin ich bereit, auf die Anfrage der Pressevertreter zu erklären, dass

a) mir ein „Hermann Godfrey“ oder irgendwelche anderen Vertreter der ausländischen Presse, die mich interviewt haben sollen, niemals vor Augen gekommen sind;

b) ich im letzten Jahr weder diesen Herren noch irgendeinem anderen Vertreter der ausländischen Presse irgendein Interview gegeben habe;

c) ich weder im „Präsidium des Moskauer Sowjets“ noch im „Moskauer Komitee“ der Partei irgendwelche Reden über die „Rückgabe der Erdölbesitzungen“ in der UdSSR an die Kapitalisten, über die „rechtgläubige Kirche“ oder über die „Luftstreitkräfte“ der UdSSR gehalten habe;

d) ich keinerlei „Artikel“ oder „Notizen“ in diesem Sinne an die Presse gegeben habe.

Die Herren vom „New York American“, von den Wide World News und dem Anglo-American Newspaper Service betrügen die Leser mit der Behauptung, dass die gefälschten „Artikel Stalins“ seinerzeit von Moskau aus nicht dementiert worden seien. Die gefälschten „Artikel“ über die „Luftstreitkräfte“ der UdSSR und über die „Aussöhnung“ mit der „rechtgläubigen Kirche“ wurden in Moskau Ende November 1927 bekannt. Sie wurden gleich damals vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten als Fälschung entlarvt, worüber dem Vertreter der Associated Press in Moskau, Herrn Reswick, Mitteilung gemacht wurde. Auf Grund dessen sandte Herr Reswick gleich damals das folgende Telegramm am 1. Dezember an die Agentur Associated Press:

„Heute wurde mir im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten erklärt, dass hier ernstlich die Frage erwogen werde, in New York gegen die Zeitung ‚New York American’ und gegen die Hearst-Zeitungen überhaupt ein Gerichtsverfahren anzustrengen mit dem Ziel, der Verbreitung von Artikeln mit der Unterschrift Stalins ein Ende zu machen. Die Behörden erheben besonders heftig Einspruch gegen die Notiz im ‚New York American’ vom 6. November mit der Überschrift: ‚Ausnutzung der Kirche zur Unterstützung der Sowjets’, worüber angeblich Stalin ein vertrauliches Referat in der Sitzung des Moskauer Präsidiums gehalten haben soll. Nach Mitteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten stellen diese Artikel eine reine Erfindung dar. Reswick, 1. Dezember 1927.“

Wurde dieses Telegramm in den USA abgedruckt? Und wenn nicht, warum nicht? Nicht vielleicht deshalb, weil die Veröffentlichung des Telegramms des Herrn Reswick die

Einnahmequellen des amerikanischen Ungarn oder des ungarischen Amerikaners, Herrn Korda, zum Versiegen gebracht hätte?
Der „New York American“ versucht nicht zum erstenmal, aus Fälschungen mit nicht existierenden „Interviews“ und „Artikeln“ Stalins Kapital zu schlagen. Mir ist zum Beispiel bekannt, dass der „New York American“ im Juni 1927 ein gefälschtes „Interview Stalins“ mit irgendeinem Cecil Winchester anlässlich des „Bruches mit England“, über einen Verzicht auf die „Weltrevolution“, über eine Haussuchung in der Arcos usw. veröffentlicht hat. Das Ausschnittbüro Argus richtete damals in Verbindung damit die Bitte an mich, die Echtheit des „Interviews“ zu bestätigen und sein Kunde zu werden. Da ich nicht daran zweifelte, dass ich es mit einer Gaunerei zu tun hatte, sandte ich gleich damals folgendes Dementi an die New-Yorker Zeitung „Daily Worker“[89]:
„Werte Genossen! Das Ausschnittbüro Argus schickte mir einen Ausschnitt der Zeitung ‚New York American’ (vom 12. Juni 1927) mit einem Interview, das ich angeblich einem gewissen Cecil Winchester gegeben haben soll. Hiermit erkläre ich, dass mir niemals irgendein Cecil Winchester vor Augen gekommen ist, dass ich weder ihm noch irgendjemand anderem irgendein Interview gegeben habe und absolut keine Beziehungen zum ‚New York American’ habe. Wenn das Ausschnittbüro Argus kein Büro von Gaunern ist, so ist anzunehmen, dass es von Gaunern und Erpressern irregeführt worden ist, die Beziehungen zum ‚New York American’ haben. J. Stalin, 11. Juli 1927.“
Nichtsdestoweniger setzen die Fälscher aus der Organisation des Herrn Korda ihr gaunerisches Treiben fort...
Was ist der Sinn dieses Treibens? Was wollten Korda und Konsorten mit ihren Fälschungen erreichen? Vielleicht eine Sensation? Nein, nicht nur eine Sensation. Ihr Ziel ist, die Wirkung zu erschüttern, die die Delegation der UdSSR in Genf mit ihrer Deklaration über die völlige Abrüstung erzielt hat.
Werden sie ihr Ziel erreichen? Natürlich nicht! Die Fälschung wird entlarvt werden (sie ist bereits entlarvt), die Tatsachen dagegen bleiben bestehen. Die Tatsachen aber sind die, dass die UdSSR das einzige Land der Welt ist, das eine aufrichtige Friedenspolitik durchführt, dass die UdSSR das einzige Land der Welt ist, das ehrlich die Frage einer wirklichen Abrüstung gestellt hat.
Die Tatsache, dass die Agenten des Kapitals gezwungen sind, im Kampf gegen die Friedenspolitik der UdSSR alle möglichen verdächtigen Individuen und allerlei Banditen der Feder um Hilfe anzugehen - diese Tatsache demonstriert besser als alles andere die moralische Kraft und die prinzipielle Stärke der Position, die die Delegation der UdSSR in Genf in der Frage der Abrüstung bezogen hat.

J. Stalin

16. Dezember 1927.

„Prawda“ Nr. 290,
18. Dezember 1927.

ANMERKUNGEN

1. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) tagte vom 29. Juli bis zum 9. August 1927. Das Plenum behandelte die Fragen: über die internationale Lage, über die wirtschaftlichen Direktiven für das Jahr 1927/28, über die Arbeit der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, über den XV. Parteitag, über die Verletzung der Parteidisziplin durch Sinowjew und Trotzki. In der Sitzung des Plenums am 1. August hielt J. W. Stalin die Rede „Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR". Am 2. August wählte das Plenum J. W. Stalin zum Mitglied der Kommission für die Ausarbeitung einer Resolution über die internationale Lage. Nachdem das Plenum die Verstärkung der Gefahr eines neuen kriegerischen Überfalls auf die Sowjetunion festgestellt hatte, verurteilte es die defätistische Position des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks und stellte die Aufgabe, die Wehrkraft der Sowjetunion mit allen Mitteln zu festigen. Das Plenum gab die wirtschaftlichen Direktiven für das Jahr 1927/28 und konstatierte den völligen Bankrott der Kapitulantenlinie der Opposition auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. In dem Beschluss über die Arbeit der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion umriss das Plenum das Programm zur weiteren Verbesserung der Arbeit des Staatsapparats. Bei der Erörterung des Berichts von G. K. Ordshonikidse über die Verletzung der Parteidisziplin durch Sinowjew und Trotzki hielt J. W. Stalin in der Sitzung des Plenums am 5. August eine Rede. Am 6. August wählte das Plenum J. W. Stalin in die Kommission für die Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfs zum Bericht G. K. Ordshonikidses. Das Plenum entlarvte die verbrecherische Tätigkeit der Führer des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks und stellte die Frage des Ausschlusses Trotzkis und Sinowjews aus dem ZK der KPdSU(B). Erst danach überreichten die Führer der Opposition dein Plenum am 8. August eine „Erklärung", in der sie doppelzünglerisch ihr Verhalten verurteilten und die Fraktionstätigkeit abschworen. In der Sitzung des Plenums am 9. August ergriff J. W. Stalin anlässlich der „Erklärung" der Opposition das Wort. Das Plenum erteilte Trotzki und Sinowjew eine strenge Rüge mit Verwarnung, verpflichtete die Führer des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks, die Fraktion sofort aufzulösen und rief alle Organisationen und alle Mitglieder der Partei auf, die Einheit und die eiserne Disziplin in der Partei zu verteidigen. (Die Resolutionen des Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B), siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", Teil II, 1941, S. 170-194, russ.)
2. Gemeint ist der bewaffnete Umsturz in Polen, der von Pilsudski im Mai 1926 vollzogen wurde. Durch den Umsturz wurde das Diktaturregime Pilsudskis und seiner Clique errichtet, die die Faschisierung des Landes betrieben. (Über den Umsturz Pilsudskis siehe J. W. Stalin, „Werke", Bd. 8, S. 168-172 [deutsche Ausgabe S. 149-153].)
3. Es handelt sich um die revolutionäre Aktion des Wiener Proletariats vom 15.-18. Juli 1927. Ausgelöst wurde die Aktion dadurch, dass ein Wiener bürgerlicher Gerichtshof eine Gruppe von Faschisten, die mehrere Arbeiter ermordet hatten, freisprach. Die spontan ausgebrochene Aktion wurde zu einem Aufstand mit Straßenkämpfen gegen Polizei und Militär. Infolge des Verrats der Führer der österreichischen Sozialdemokratie wurde der Aufstand unterdrückt.
4. Gemeint ist der „linke" Flügel der österreichischen Sozialdemokratischen Partei, der im Jahre 1916 entstand und von F. Adler und O. Bauer geführt wurde. Unter dem Deckmantel revolutionärer Phrasen trat die sozialdemokratische „Linke" in

Wirklichkeit gegen die Interessen der Arbeiter auf und bildete daher den gefährlichsten Teil der Sozialdemokratie.

5. Der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik in England wurden ausgelöst durch den Angriff der Unternehmer auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse. Die Bergarbeiter beantworteten die Aussperrung, die von den Grubenbesitzern verhängt worden war, weil die Bergarbeiter einen Abbau der Löhne und eine Verlängerung des Arbeitstages abgelehnt hatten, am 1. Mai 1926 mit dem Streik. Zum Zeichen der Solidarität mit den Bergarbeitern begann am 3. Mai ein Generalstreik, an dem mehrere Millionen organisierter Arbeiter der wichtigsten Zweige der Industrie und des Verkehrswesens teilnahmen. Am 12. Mai, mitten im Kampfe der Arbeiter, übten die Führer des Generalrats der englischen Trade-Unions an den streikenden Arbeitern Verrat und erklärten den Generalstreik für beendet. Aber der Kampf der Bergarbeiter ging weiter. Lediglich die Repressalien der Regierung und der Unternehmer sowie die schwere materielle Lage zwangen die Bergarbeiter, im November 1926 den Streik einzustellen und die Bedingungen der Grubenbesitzer anzunehmen. (Über den englischen Generalstreik siehe J.W. Stalin, „Werke“, Bd. 8, S.155-168 [deutsche Ausgabe 5.138-149].)
6. Generalrat - Exekutivorgan des Kongresses der englischen Trade-Unions; erstmalig gewählt 1921.
7. „Die Kommunistische Internationale“ - Zeitschrift, Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Die Zeitschrift erschien von Mai 1919 bis Juni 1943 in russischer, französischer, deutscher, englischer und in anderen Sprachen. Die Herausgabe wurde eingestellt in Verbindung mit dem Beschluss des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern vom 15. Mai 1943 über die Auflösung der Kommunistischen Internationale.
8. Brandlerianertum - rechtsopportunistische Strömung in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wurde nach Brandler benannt, der in den Jahren 1922-1923 die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands innehatte und an der Spitze der Gruppe der Rechten stand. Die Kapitulantenpolitik der Brandlerleute und ihre Zusammenarbeit mit der Spitze der Sozialdemokratie führten zur Niederlage der Arbeiterklasse Deutschlands in der Revolution von 1923. Im Jahre 1929 wurde Brandler wegen parteifeindlicher fraktioneller Tätigkeit aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.
9. W.I. Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 24, S.1-7 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.7-11]).
10. Der Hongkonger Streik der chinesischen Arbeiter, der am 19. Juni 1925 begann, dauerte 16 Monate. Der Streik trug politischen Charakter und war gegen das Joch des ausländischen Imperialismus gerichtet.
11. Kuomintang - politische Partei in China, im Jahre 1912 von Sun Yat-sen zum Kampf für die Republik und die nationale Unabhängigkeit des Landes gegründet. Der Eintritt der Kommunistischen Partei Chinas in die Kuomintang (1924) trug zur Verwandlung der Kuomintang in eine revolutionäre Massenpartei des Volkes bei. In der ersten Entwicklungsetappe der chinesischen Revolution von 1925 bis 1927, als die Revolution eine antiimperialistische Revolution der vereinigten gesamtnationalen Front war, war die Kuomintang eine Partei des Blocks des Proletariats, der Kleinbourgeoisie in Stadt und Land sowie eines Teils der nationalen Großbourgeoisie. In der zweiten Etappe, in der Periode der Agrarrevolution, der bürgerlich-demokratischen Revolution, nachdem die nationale Bourgeoisie ins Lager der Konterrevolution übergegangen war, stellte die Kuomintang einen Block des Proletariats, der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie dar und führte

eine antiimperialistische revolutionäre Politik durch. Die Entfaltung der Agrarrevolution und der Druck der Feudalherren auf die Kuomintang einerseits und anderseits der Druck der Imperialisten, die von der Kuomintang den Bruch mit den Kommunisten forderten, erschreckten die kleinbürgerliche Intelligenz (die Linken in der Kuomintang), die sich der Konterrevolution zuwandte. Als die linken Kuomintangleute von der Revolution abzuschwenken begannen (Sommer 1927), traten die Kommunisten aus der Kuomintang aus, die Kuomintang aber verwandelte sich in ein Zentrum des Kampfes gegen die Revolution. (Über die Kuomintang siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 9, S. 242-251, 340-348 [deutsche Ausgabe S. 209-217, 293-301].)

12. Siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 8, S. 368, 372 [deutsche Ausgabe S. 329, 332].
13. Gemeint ist der konterrevolutionäre Umsturz in China, der von den rechten Kuomintangleuten mit Tschiang Kai-schek an der Spitze am 12. April 1927 vollzogen wurde. Im Ergebnis des Umsturzes wurde eine konterrevolutionäre Regierung in Nanking gebildet. (Über den Umsturz Tschiang Kai-scheks siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 9, S.225-227 [deutsche Ausgabe S. 195-197].)
14. W.I. Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 122-128 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 770-776]).
15. Die von der Ostkommission des VI. erweiterten Plenums des Exekutivkomitees der Komintern ausgearbeitete Resolution zur chinesischen Frage wurde in der Plenarsitzung vom 13. März 1926 angenommen. (Siehe „Das VI. erweiterte Plenum des Exekutivkomitees der Komintern. Thesen und Resolutionen“, Moskau/Leningrad 1926, S. 131-136, russ.)
16. In einem seiner Artikel über die Entwicklung der chinesischen Revolution von 1925-1927 stellte A. Martynow (ehemaliger Menschewik, der auf dem XII. Parteitag in die KPR(B) aufgenommen worden war) die These auf, dass in China ein friedlicher Übergang von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur proletarischen Revolution möglich sei. Die Verantwortung für diese falsche These Martynows versuchte der antisowjetische trotzkistisch-sinowjewistische Block auf die Führung der Komintern und der KPdSU(B) zu wälzen.
17. Siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd.9, S. 358 [deutsche Ausgabe S. 309/310].
18. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 24, S. 15-18 (russ.).
19. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 25, S.164-170 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 68-75].
20. Das Englisch-Sowjetische oder Englisch-Russische Einheitskomitee (Vereinigtes Beratendes Komitee der Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens und der UdSSR) wurde auf Initiative des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion auf der englisch-russischen Gewerkschaftskonferenz, die vom 6. bis zum 8. April 1925 in London tagte, gebildet. Dem Komitee gehörten Vertreter des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion und des Generalrats des Kongresses der englischen Trade-Unions an. Wegen der verräterischen Politik der reaktionären Führer der englischen Trade-Unions hörte das Komitee im Herbst 1927 auf zu existieren. (über das Englisch-Russische Komitee siehe J.W. Stalin, „Werke“, Bd. 8, S. 183-191, 194-203 [deutsche Ausgabe S. 164-171, 174-1821.)
21. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 1-97 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 669-757].
22. Siehe J.W. Stalin, „Werke“, Bd.4, 5.2491250 [deutsche Ausgabe S.220/221].
23. Gemeint ist die auf Grund des Urteils des Kollegiums der OGPU der UdSSR vom 9. Juni 1927 wegen terroristischer Tätigkeit, Diversions- und Spionagetätigkeit erfolgte Erschießung von 20 weißgardistischen Monarchisten, die von den Spionagediensten

ausländischer Staaten in die UdSSR geschickt worden waren. Unter den Erschossenen befanden sich ehemalige russische Fürsten und Adlige, Großgrundbesitzer, Industrielle, Kaufleute und Gardeoffiziere der zaristischen Armee.

24. Curzon-Ultimatum - Note des englischen Außenministers Curzon vom 8. Mai 1923, die die Androhung einer neuen Intervention gegen die UdSSR enthielt.
25. „Sozialistitscheski Wjestnik“ (Der sozialistische Bote) - Zeitschrift der menschewistischen weißen Emigranten; erschien von Februar 1921 bis März 1933 in Deutschland, später in Frankreich und in den USA. Der „Sozialistitscheski Wjestnik“ ist ein Sprachrohr der reaktionären weißen Emigration.
26. „Rulj“ (Das Steuer) - Zeitung der kadettischen weißen Emigranten, die von November 1920 bis Oktober 1931 in Berlin erschien.
27. J.W. Stalin, „Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens“ (siehe „Werke“, Bd.7, S. 133-152 [deutsche Ausgabe S. 115 bis 1311).
28. W. I. Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ (siehe „Werke“, 3. Ausgabe, Bd. XVIII, S. 232/233 und 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 311 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 753]).
29. Gemeint ist die Resolution „Über die Aufgaben der Komintern und der KPR(B) im Zusammenhang mit dem erweiterten Plenum des EKKI“, angenommen von der XIV. Konferenz der KPR(B), die vom 27. bis zum 29. April 1925 tagte. (Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S.25-31, russ.)
30. Es handelt sich um die Resolution zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, angenommen vom XIV. Parteitag der KPdSU(B), der vom 18. bis zum 31. Dezember 1925 tagte. (Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 47-53, russ.)
31. Gemeint ist die Resolution „über den Oppositionsblock in der KPdSU(B)“, angenommen von der XV. Konferenz der KPdSU(B), die vom 26. Oktober bis zum 3. November 1926 tagte. (Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 148-155, russ.)
32. Gemeint ist die Resolution zur russischen Frage, angenommen vom VII. erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern, das vom 22. November bis zum 16. Dezember 1926 tagte. (Siehe „Thesen und Resolutionen des VII. erweiterten Plenums des Exekutivkomitees der Komintern“, Moskau/ Leningrad 1927, S.60-70, russ.)
33. Es handelt sich um die Resolution zur russischen Frage, angenommen vom V. Kongress der Kommunistischen Internationale, der vom 17. Juni bis zum 8. Juli 1924 tagte. (Siehe „Der V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Thesen, Resolutionen und Beschlüsse“, Moskau 1924, S. 175-186, russ.)
34. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S.427-435 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 988-995].
35. Ossowskitum“ - konterrevolutionäre „Theorie“, die die Bildung einer trotzkistischen Partei in der UdSSR zu begründen versuchte. Der Urheber dieser „Theorie“, der Trotzkist Ossowski, wurde im August 1926 aus der KPdSU(B) ausgeschlossen.
36. Gemeint ist die Resolution „Über die Einheit der Partei“, angenommen vom X. Parteitag der KPR(B), der vom B. bis zum 16. März 1921 tagte. (Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 364-366, russ.)
37. „Arbeiterwahrheit“ - illegale konterrevolutionäre Gruppe, die im Jahre 1921 entstand. Die Mitglieder dieser Gruppe wurden aus der KPR(B) ausgeschlossen.

38. Konferenz in Genua - internationale Wirtschaftskonferenz, die vom 10. April bis zum 19. Mai 1922 in Genua (Italien) tagte. An der Konferenz nahmen auf der einen Seite England, Frankreich, Italien, Japan und andere kapitalistische Staaten, auf der anderen Seite Sowjetrußland teil. Bei Eröffnung der Konferenz entwickelte die Sowjetdelegation ein groß angelegtes Programm für den Wiederaufbau Europas und legte das Projekt einer allgemeinen Abrüstung vor. Die Anträge der Sowjetdelegation wurden abgelehnt. Die Vertreter der kapitalistischen Länder stellten der Sowjetdelegation Forderungen, deren Erfüllung die Verwandlung des Sowjetlandes in eine Kolonie des westeuropäischen Kapitals bedeutet hätte (Bezahlung aller Kriegs- und Vorkriegsschulden, Rückgabe des nationalisierten Eigentums an die ausländischen Besitzer u.a.). Die Sowjetdelegation lehnte die Ansprüche der ausländischen Kapitalisten ab.
39. Es handelt sich um die internationale Vereinigung der reformistischen Gewerkschaften, die im Juli 1919 auf dem Kongress in Amsterdam (Holland) gegründet wurde. Die Amsterdamer Internationale betrieb eine reformistische Politik, arbeitete offen mit der Bourgeoisie zusammen, kämpfte gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und verhielt sich der Sowjetunion gegenüber feindselig. Während des zweiten Weltkriegs stellte die Amsterdamer Internationale faktisch ihre Tätigkeit ein; offiziell wurde sie am 14.Dezember 1945 im Zusammenhang mit der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes aufgelöst.
40. Amerikanische Arbeitsföderation - Vereinigung eines Teils der Gewerkschaftsverbände der USA, gegründet 1881. Die Führer der Föderation stellen eine Agentur des amerikanischen Imperialismus in der Gewerkschaftsbewegung der USA dar und betreiben eine Spaltertätigkeit in der internationalen Arbeiterbewegung.
41. Vom 10. bis zum 21. Juli 1925 fand im Staate Tennessee (USA) ein Gerichtsprozess statt, der weithin bekannt wurde. Der Lehrer John Scopes, der gerichtlich belangt wurde, weil er im College Darwins Evolutionstheorie gelehrt hatte, wurde von amerikanischen reaktionären Dunkelmännern der Verletzung der Gesetze des Staates für schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe verurteilt.
42. J.W. Stalin, „Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens“ (siehe „Werke“, Bd. 7, S. 139 [deutsche Ausgabe S.121]).
43. J.W. Stalin, „Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens“ (siehe „Werke“, Bd. 7, S. 138 [deutsche Ausgabe S.120]).
44. W.I. Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“ (siehe „Werke“, 3. Ausgabe, Bd. XIX, S. 40 und 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 135, russ.).
45. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) tagte vom 21. bis zum 23. Oktober 1927. Das Plenum behandelte und bestätigte die vom Politbüro des ZK der KPdSU(B) vorgeschlagenen Thesenentwürfe zu den Fragen, die auf der Tagesordnung des XV. Parteitags der KPdSU(B) standen: über die Direktiven zur Ausarbeitung des Fünfjahrplans der Volkswirtschaft und über die Arbeit auf dem Lande; das Plenum bestätigte die Referenten, fasste einen Beschluss über die Diskussion und beschloss, die Thesen zum XV. Parteitag zu veröffentlichen, damit sie in den Parteiversammlungen und in der Presse erörtert werden können. In Verbindung mit dem Ausfall der Führer der trotzkistisch-sinowjewistischen Opposition gegen das zum zehnten Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution angenommene Manifest des ZEK der UdSSR und insbesondere gegen den Punkt über den Übergang zum Siebenstundentag behandelte das Plenum diese Frage und erkannte in einer besonderen Resolution die Initiative des Politbüros des ZK bei der Herausgabe des Manifests und das Manifest des ZEK der UdSSR selbst als richtig an. Das Plenum nahm den Bericht des Präsidiums der ZKK über die

Fraktionstätigkeit Trotzkis und Sinowjews nach dem Augustplenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) (1927) entgegen. Bei Erörterung dieser Frage in der Sitzung des Plenums am 23. Oktober hielt J. W. Stalin die Rede „Die trotzkistische Opposition früher und jetzt". Wegen Betrugs und fraktionellen Kampfes gegen die Partei schloss das Plenum Trotzki und Sinowjew aus dem ZK aus und beschloss, dem XV. Parteitag alle Materialien über die Spaltertätigkeit der Führer der trotzkistisch-sinowjewistischen Opposition zur Überprüfung vorzulegen. (Die Resolutionen und Beschlüsse des Plenums siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", Teil II, 1941, S. 195-220, russ.)

46. W.I. Lenin, „Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki" und „Brief an das Zentralkomitee der SDAPR" (siehe „Werke", 4. Ausgabe, Bd. 26, S. 185-188, 192-196, russ.).
47. W.I. Lenin, Rechenschaftsbericht über die polnische Tätigkeit des ZK der KPR(B) vom 8. März 1921 (siehe „Werke", 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 152, russ.).
48. W.I. Lenin, Schlusswort zum Rechenschaftsbericht des ZK der KPR(B) vom 9. März 1921 (siehe „Werke", 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 170, 177, russ.).
49. „Nowaja Shisn" (Das Neue Leben) - menschewistische Zeitung, die von April 1917 bis Juli 1918 in Petrograd erschien.
50. Gruppe Mjasnikow - illegale konterrevolutionäre Gruppe, die sich „Arbeitergruppe" nannte. Die Gruppe wurde im Jahre 1923 in Moskau von G. Mjasnikow und anderen aus der KPR(B) Ausgeschlossenen gegründet und vereinigte eine unbedeutende Anzahl von Mitgliedern. Die Gruppe wurde im gleichen Jahre liquidiert.
51. „Vorwärts" - Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie; erschien von 1876 bis 1933. In der Zeit nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war der „Vorwärts" ein Zentrum der antisowjetischen Propaganda.
52. Gemeint sind die konterrevolutionären Aufstände in Georgien am 28. August 1924, die auf Direktive und mit finanzieller Unterstützung der imperialistischen Staaten und der Führer der II. Internationale von Resten der zerschlagenen bürgerlich-nationalistischen Parteien und von der menschewistischen Emigranten„regierung" N. Jordanias organisiert worden waren. Die Aufstände wurden mit aktiver Unterstützung der georgischen Arbeiter und der werktätigen Bauernschaft am Tage darauf, am 29. August, liquidiert.
53. Gemeint ist der bewaffnete Überfall einer Abteilung chinesischer Soldaten und der Polizei auf die Sowjetbotschaft in Peking (Peiping) am 6. April 1927, der im Auftrage ausländischer Imperialisten mit dem Ziel unternommen wurde, einen kriegerischen Konflikt zwischen China und der UdSSR herbeizuführen.
54. Gemeint ist der Überfall der englischen Polizei auf die Handelsvertretung der Sowjetunion und auf die Arcos (Sowjetgesellschaft für den Handel mit England) in London, der am 12. Mai 1927 von der englischen konservativen Regierung ins Werk gesetzt wurde.
55. Gemeint ist die antisowjetische Kampagne in Frankreich im Herbst 1927. Die französische Regierung, die diese Kampagne inspiriert hatte, unterstützte jede Art antisowjetischer Tätigkeit, betrieb eine Hetze gegen die offiziellen sowjetischen Vertreter und Institutionen in Paris und verhielt sich wohlwollend zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR durch England.
56. Smena-Wech-Leute - Vertreter einer 1921 im Ausland unter der russischen weißgardistischen Intelligenz entstandenen bürgerlichen politischen Strömung. An der Spitze der Smena-Wech-Strömung stand die Gruppe N. Ustrjalows, J. Kljutschnikows u. a., die die Zeitschrift „Smena Wech" (Wechsel der Wegzeichen)

herausgab. Die Smena-Wech-Leute brachten die Auffassungen der neuen Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz in Sowjetrußland zum Ausdruck, die im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik auf eine allmähliche Entartung des Sowjetsystems im Geiste der bürgerlichen Demokratie rechneten. (Über die Smena-Wech-Leute siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S.256/257 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 934/935] und J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 7, S. 341 /342 und Bd. 9, S. 70-74 [deutsche Ausgabe, Bd. 7, S. 296/297 und Bd. 9, S. 62-651.)

57. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 3. Ausgabe, Bd. VI, S. 155-336 und 4. Ausgabe, Bd. 7, S. 185-392 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 325-415].
58. „Vossische Zeitung“ - deutsche bürgerliche Zeitung, die von 1704 bis April 1934 in Berlin erschien.
59. Sacco und Vanzetti - italienische Arbeiter, die nach den Vereinigten Staaten von Amerika emigriert waren. Sie wurden am 5. Mai 1920 in Brockton (Staat Massachusetts) unter der wissentlich falschen Anschuldigung des Raubmords verhaftet und im Jahre 1921 von einem reaktionären amerikanischen Gerichtshof zum Tode verurteilt. Millionen von Werktätigen der ganzen Welt protestierten gegen das Urteil durch Massendemonstrationen, Kundgebungen und Streiks. Am 23. August 1927 wurden Sacco und Vanzetti hingerichtet.
60. Das Dekret des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über die Annullierung der Staatsanleihen der zaristischen Regierung wurde am 21. Januar 1918 angenommen.
61. Paul Lafargue, „Am Tage nach der Revolution“ (siehe „Werke“, Bd. I, 1925, S. 329/330, russ.).
62. W.I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (siehe „Werke“, 3. Ausgabe, Bd. XIX, S. 77 und 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 182 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S.774]).
63. Die VII. Bezirksparteikonferenz des Moskauer Militärbezirks tagte vom 15. bis zum 17. November 1927. J. W. Stalins Begrüßung wurde in der Vormittagssitzung der Konferenz am 17. November verlesen.
64. Die XVI. Moskauer Gouvernementskonferenz der KPdSU(B) tagte vom 20. bis zum 28. November 1927. Die Konferenz nahm die Berichte des ZK und der ZKK der KPdSU(B) entgegen, erörterte die Perspektiven des wirtschaftlichen Aufbaus des Moskauer Gouvernements in Verbindung mit dem allgemeinen Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR, die Rechenschaftsberichte des Moskauer Komitees und der Moskauer Kontrollkommission der KPdSU(B), den Bericht über die Arbeit» auf dem Lande und andere Fragen. J. W. Stalin hielt in der Vormittagssitzung der Konferenz am 23. November eine Rede. In der Resolution zum Bericht des ZK der KPdSU(B) billigte die Konferenz die politische und organisatorische Tätigkeit des Zentralkomitees und seine Beschlüsse über die trotzkistische Opposition. Die Konferenz wählte J. W. Stalin zum Delegierten für den XV. Parteitag der KPdSU(B).
65. W.I. Lenin, „Plan und Konspekte für die Broschüre ‚über die Naturalsteuer’„ (siehe „Werke“, 3. Ausgabe, Bd. XXVI, S. 313, 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 302/303, russ.).
66. W.I. Lenin, Referat über die Taktik der KPR(B) am 5. Juli 1921 auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 32, 5.466, russ.).
67. W. I. Lenin, Rede bei der Eröffnung des VIII. Parteitags der KPR(B) am 18. März 1919 (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 29, S. 125, russ.).
68. W.I. Lenin, „Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiki“ (siehe „Werke“, 3. Ausgabe, Bd. X, S. 303-315 und 4. Ausgabe, Bd. 12, S. 17-27, russ.).

69. Der XV. Parteitag der KPdSU(B) tagte in Moskau vom 2. bis zum 19. Dezember 1927. Der Parteitag erörterte den politischen und den organisatorischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, die Rechenschaftsberichte der Zentralen Revisionskommission, der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, der Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Komintern, die Direktiven für die Ausarbeitung eines Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft, einen Bericht über die Arbeit auf dem Lande sowie ein Referat der Parteitagskommission über die Frage der Opposition und wählte die Zentralinstanzen der Partei. J. W. Stalin erstattete am 3. Dezember den politischen Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU(B) und hielt am 7. Dezember das Schlusswort. Am 12. Dezember wählte der Parteitag J.W. Stalin in die Kommission, die eine Resolution zu dem Bericht über die Tätigkeit der Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Komintern ausarbeiten sollte. Der Parteitag billigte die politische und die organisatorische Linie des Zentralkomitees der Partei und erteilte diesem den Auftrag, auch weiterhin eine Politik des Friedens und der Festigung der Wehrkraft der UdSSR durchzuführen, die sozialistische Industrialisierung des Landes in ungeschwächtem Tempo fortzusetzen, den sozialistischen Sektor in Stadt und Land zu erweitern und zu festigen sowie auf die Liquidierung der kapitalistischen Elemente in der Volkswirtschaft hinzusteuern. Der Parteitag fasste den Beschluss über die allseitige Entfaltung der Kollektivierung der Landwirtschaft, er legte einen Plan zur Erweiterung der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften fest und gab Anweisungen über die Methoden zum Kampfe für die Kollektivierung der Landwirtschaft. Der XV. Parteitag der KPdSU(B) ist in die Geschichte der Partei als der Parteitag der Kollektivierung eingegangen. Der Parteitag erteilte die Direktive zur Ausarbeitung des ersten Fünfjahrplans der Volkswirtschaft der UdSSR. In seinen Beschlüssen über die Opposition, die auf die Liquidierung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks gerichtet waren, konstatierte der Parteitag, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition in programmatische Meinungsverschiedenheiten umgeschlagen sind, dass die trotzkistische Opposition den Weg des antisowjetischen Kampfes betreten hat, und erklärte die Zugehörigkeit zur trotzkistischen Opposition und die Propagierung ihrer Anschauungen für unvereinbar mit dem Verbleiben in den Reihen der bolschewistischen Partei. Der Parteitag billigte den gemeinsamen Beschluss des ZK und der ZKK der KPdSU(B) (vom November 1927) über den Ausschluss Trotzkis und Sinowjews aus der Partei und beschloss, alle aktiven Teilnehmer des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks aus der Partei auszuschließen. (über den XV. Parteitag der KPdSU(B) siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 2751276 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S.359-3611. Die Resolutionen und Beschlüsse des Parteitags siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 222-262, russ.)
70. Gemeint sind die Getreidearten: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais.
71. J.W. Stalin, Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XIV. Parteitag der KPdSU(B) am 18. Dezember 1925 (siehe „Werke“, Bd.7, S. 261-352 [deutsche Ausgabe S. 227-3051).
72. Gemeint ist eine im Oktober 1926 veröffentlichte Deklaration von Bankiers, Industriellen und Kaufleuten der USA, Englands und anderer Länder. Die Deklaration verlangte die Aufhebung der von den europäischen Staaten eingeführten Zollbeschränkungen und war im Grunde ein Versuch des englisch-amerikanischen Finanzkapitals, seine Hegemonie in Europa zu errichten.

73. „World’s Work“ - eine in Garden City (Staat New York) von 1899 bis 1932 erschienene Zeitschrift, die die Ansichten der herrschenden Kreise der Großbourgeoisie der USA zum Ausdruck brachte.
74. Die Dreierkonferenz über die Einschränkung der Flottenrüstungen tagte vom 20. Juni bis zum 4. August 1927 in Genf (Schweiz).
75. Am 30. November 1927 wurde in Genf die IV. Session der Völkerbundkommission eröffnet, die die bevorstehende Abrüstungskonferenz vorbereiten sollte. Die Sowjetdelegation verlas in der Kommission eine Deklaration, in der beantragt wurde, ein Programm allgemeiner und vollständiger Abrüstung zu verwirklichen. Das sowjetische Abrüstungsprojekt wurde abgelehnt.
76. „Locarno-System“ - ein System von Verträgen und Abkommen, die auf der Konferenz in Locarno (Schweiz) vom 5. bis zum 16. Oktober 1925 von den imperialistischen Staaten abgeschlossen wurden, um die durch den Versailler Friedensvertrag festgesetzte Nachkriegsordnung in Europa zu verankern und Deutschland gegen die Sowjetunion auszunutzen. (über die Konferenz von Locarno siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 7, S. 271, 273-274 [deutsche Ausgabe, S. 236, 237/238].)
77. Gemeint ist die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch einen serbischen Nationalisten am 28. Juni 1914 in Sarajewo (Bosnien). Dieser Mord diente als äußerer Anlass zur Entfesselung des imperialistischen Weltkriegs von 1914-1918.
78. Das von der konservativen Regierung Englands im Jahre 1927 angenommene Gewerkschaftsgesetz begünstigte das Streikbrechertum, behinderte die Gewerkschaften bei der Sammlung von Mitteln für politische Zwecke und verbot den Staatsangestellten den Eintritt in die dem Trade-Unions-Kongress und der Labourpartei angeschlossenen Gewerkschaften. Das Gesetz gewährte der Regierung das Recht, jeden Streik für ungesetzlich zu erklären.
79. Das von der Deputiertenkammer Frankreichs im März 1927 beschlossene Gesetz über die „Bewaffnung der Nation“ war Teil eines allgemeinen Planes zur Reorganisierung der Kriegsmaschinerie des französischen Imperialismus und zur Vorbereitung eines neuen Krieges. Das Gesetz sah vor: Militarisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Lande, Mobilisierung der gesamten Bevölkerung sowohl der Metropole als auch der Kolonien im Kriegsfall, Militarisierung der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen, Abschaffung des Streikrechts, Vergrößerung des stehenden Heeres und seine Ausnutzung zur Unterdrückung revolutionärer Aktionen des Proletariats in Frankreich und der unterdrückten Völker in den Kolonien.
80. Der Weltkongress der Freunde der Sowjetunion tagte in Moskau vom 10. bis zum 12. November 1927. Einberufen wurde der Kongress auf Initiative ausländischer Arbeiterdelegationen, die anlässlich der 10. Jahresfeier der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Sowjetunion besuchten. Dem Kongress wohnten 947 Delegierte aus 43 Ländern bei. Es wurden Referate gehalten über die Ergebnisse des zehnjährigen sozialistischen Aufbaus in der UdSSR und über die Verteidigung des ersten proletarischen Staates der Welt gegen die Kriegsgefahr. Ein von dem Kongress beschlossener Aufruf endete mit dem folgenden Appell an die Werktätigen der ganzen Welt: „Kämpft, schützt und verteidigt mit allen Mitteln, mit allen Methoden die Sowjetunion, das Vaterland der Werktätigen, das Bollwerk des Friedens, die Heimstätte der Befreiung, die Festung des Sozialismus!“
81. W.I. Lenin, „Plan und Konspekte für die Broschüre ‚Über die Naturalsteuer’ (siehe „Werke“, 3. Ausgabe, Bd. XXVI, S.312, 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 301, russ.).

82. „Trud“ (Die Arbeit) - Organ des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, erscheint seit dem 19. Februar 1921 als Tageszeitung in Moskau.
83. W.I. Lenin, Brief an W. M. Molotow über den Plan des politischen Referats auf dem XI. Parteitag (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 223/224, russ.).
84. K. Marx, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ (siehe K. Marx und F. Engels, „Ausgewählte Schriften“ in zwei Bänden, Bd. I, 1948, S. 215 [deutsche Ausgabe S. 229]).
85. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 3. Ausgabe, Bd. XIX, S. 3241325 und 4. Ausgabe, Bd. 23, S. 67 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 1, S. 878].
86. W.I. Lenin, Schlusswort zum Rechenschaftsbericht des ZK an den X. Parteitag der KPR(B) vom 9. März 1921 (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 177, russ.).
87. „Treue Freie Presse“ - bürgerlich-liberale Zeitung, die in Wien von 1864 bis Januar 1939 erschien.
88. „New York American“ - Zeitung des amerikanischen Reaktionärs Hearst, die in New York von 1882 bis 1937 erschien. In den letzten Jahren ihres Erscheinens nahm die Zeitung eine profaschistische Position ein.
89. „Daily Worker“ - Zeitung, Zentralorgan der Arbeiterpartei (Kommunistischen Partei) der USA. Vom Jahre 1922 an erschien die Zeitung in Chicago einmal wöchentlich unter dem Titel „Worker“, seit 1924 erscheint sie als Tageszeitung unter dem Titel „Daily Worker“. Seit 1927 wird die Zeitung in New York herausgegeben.

ENDE BAND 10